

Beschlussbuch

**GERECHT
JETZT
ODER NIE**

**Bundeskongress der JungsozialistInnen in der SPD
vom 16. bis zum 18. November 2012
in der Messe Magdeburg,
Tessenowstraße 9, 39114 Magdeburg**

www.jusos.de

Inhaltsverzeichnis

Arbeit & Soziales	4
A2 - Rechte der Beschäftigten stärken.....	4
A4 - Für eine familienfreundlichere Arbeitswelt	8
A6 - Leiharbeit bekämpfen!.....	10
A9 - Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil.....	14
A18 - Kindergrundsicherung	15
Bildung, Ausbildung, Jugend & Chancengleichheit	17
B1 - Mehr Möglichkeiten für alle	17
B3 - Schulische Praktika stärken und verbessern!	37
B4 - Unsere Schule: Bildung, Demokratie und Lebenskompetenz.....	41
B8 - Studieren ohne Abitur - Lippenbekenntnisse in die Tat umsetzen!	45
B13 - Chancengleichheit schaffen, BAföG reformieren.....	48
B17 - Friedlichen Fortschritt stärken - Zivilklausel bundesweit einführen!	50
B20 - Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bestehenden Freiwilligendienststrukturen.....	51
B22 - Freiwilliges Engagement stärken!.....	54
Demokratie, Partizipation & Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen	56
D1 - Demokratie und Teilhabe als verbundene Herausforderungen	56
D5 - Resolution zu den Ludendorffern	77
D6/7 - All inclusive - Gemeinsam in eine inklusive Gesellschaft	78
D13 - Lobbyismus bekämpfen, Transparenz schaffen.....	84
Europa, Frieden & Internationales	85
E1 - Frieden durch Dialog: Unser Willy-Brandt-Center in Jerusalem.....	85
E5 - Für ein Verbot der Hisbollah in der EU!	94

E8 - Entschuldung für die Dritte Welt	95
Feminismus, Gleichstellung & Gender.....	98
F2 - Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einführen	98
F4 - Die Dekonstruktion der Geschlechter und ihre politischen Folgen	100
Kapitalismuskritik, Finanzmärkte & Wirtschaft	106
K1 - Die Zukunft Europas ist unsere Zukunft.....	106
Migration & Integration	118
M1 - Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft für Alle! Lasst uns die Welt zur Heimat machen!	118
M2 - Flughafenverfahren abschaffen! Anwendung des § 18/ §18a Asylverfahrensgesetz einstellen!	123
M3 - Asyl ist Menschenrecht!	125
Netpolitik, Datenschutz & Inneres.....	128
N1 - Mehr Verantwortung bei der Polizei	128
N13 - 17 Thesen für ein modernes UrheberInnenrecht.....	136
N15 - Leben in der digitalen Gesellschaft	136
N20 - Datenschutz in der digitalen Gesellschaft.....	139
N28 - Indect- Nein Danke!	141
Organisation	142
O1 - Unsere Arbeit weiterentwickeln	142
O9 - Keinen Tag für Deutschland, sondern für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!	151
O10 - Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband "Deutsche Burschenschaften"	153
Sonstiges	154
S2 - Digitale Spartenkanäle erhalten. Für eine kreative Fernsehlandschaft kämpfen.	154
Umwelt, Nachhaltigkeit & Energie.....	155
U18 - Ernährungspolitik	155

Initiativanträge & Resolutionen	174
INI 1 – Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und Europa.....	174
INI 2 – ECOSY jetzt stärken	179
INI 3 – Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – Kein neuer Wein in alten Schläuchen!	181
R 1 – Resolution: Den völkischen Nationalismus in Ungarn bekämpfen!.....	182
R 2 – 20 Jahre danach: Rassismus konsequent entgegenreten!	186

Rechte der Beschäftigten stärken

- Die Mitbestimmung gerät durch die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union zunehmend unter Druck. Während auf der einen Seite die Arbeit der international operierenden Unternehmen seit längerem immer wieder erleichtert wird, z.B. bestehen Freiheiten bei der Wahl ihres Verwaltungssitzes und der Rechtsform ihrer Gesellschaft, werden der Mitbestimmung in zunehmendem Maße die Grenzen aufgezeigt. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Wahlfreiheiten, die Auswirkungen auf das für das Unternehmen anzuwendende Recht haben, macht die obligatorische Teilhabe an wichtigen Entscheidungsprozessen, sofern es sie in einem Staat gibt, an den staatlichen Grenzen halt. Während die Entwicklung der Unternehmen somit gestärkt wird, wird die Entwicklung der Mitbestimmung in Europa beschränkt bzw. zurückgedrängt. Jede Schwächung der Unternehmensmitbestimmung ist zudem dazu geeignet, das einseitige Shareholder-Value-Prinzip weiter zu fördern.
- Mitbestimmungsrechte in Unternehmen existieren in ihrer heutigen Ausformung auf zwei Ebenen einer Gesellschaft. Einerseits bestehen unternehmerische Mitbestimmungsrechte über Teilhabe an und Einfluss auf Leitungs- und Planungsentscheidungen, denen andererseits betriebliche Mitbestimmungsrechte über sozial und arbeitsorganisatorische Entscheidungen zur Seite stehen, um die Interessen der Beschäftigten bei der Umsetzung der unternehmerischen Entscheidungen zu wahren.

Die Unternehmensebene

- Während für den Bereich der Montanindustrie eine echte paritätische Besetzung des Aufsichtsrates vorgesehen ist, befinden sich in den übrigen Mitbestimmungsgesetzen Regelungen, die lediglich eine Drittelung bzw. quasi paritätische Besetzung der Aufsichtsratsposten vorsehen. Somit liegt bei der Mehrheit der Unternehmen bei zentralen Fragen der Unternehmensentscheidungen die letztendliche Entscheidungsmacht auf der Seite der Anteilseigner_innen. Vor allem die Drittelbeteiligung verleiht den Beschäftigten eher symbolische Macht, die jedoch den demokratiepolitischen Mainstream in der EU darstellt. In der ökonomischen Realität werden dadurch die Interessen der Beschäftigten nur eingeschränkt berücksichtigt und sie verlieren dadurch ihren Einfluss auf die Ausübung der Aufsichtsratsfunktionen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht hinnehmbar. Eine der Forderungen der Jusos der vergangenen Jahre lautet daher, die Regelungen aus dem Bereich der Montanmitbestimmung auch auf die anderen Wirtschaftsbereiche zu übertragen, um in allen Bereichen die gleichen demokratischen Prinzipien zu etablieren. Diese Forderung ist auch weiterhin zentral für die Jusos, um die Etablierung einer echten Wirtschaftsdemokratie zu ermöglichen.

Unternehmensmitbestimmung in Deutschland

- Eine Ausweitung der Montan-Mitbestimmung auf alle Wirtschaftsbereiche kann aber nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie auch in allen Unternehmen in Deutschland Anwendung findet. Die Mitbestimmungsregelungen für in Deutschland ansässige Unternehmen finden nach der derzeit geltenden Gesetzeslage nur auf die Unternehmen Anwendung, die nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet wurden. Jedoch gilt innerhalb der Europäischen

Union die sog. Niederlassungsfreiheit, bei der die Unternehmen ihre ursprüngliche Rechtsform entweder behalten oder diese frei wählen können, egal in welchem Mitgliedsstaat sie ihren Sitz haben bzw. ihren Sitz verlegen.

50

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zählt derzeit 43 in Deutschland ansässige Unternehmen, die nicht nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet wurden bzw. mit Beteiligung von nicht nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet Unternehmen, auf die die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung keine Anwendung finden. Im Vergleich dazu gab es im Jahr 2006 nur 17 derartige Unternehmen. Die Anzahl an Beschäftigten, denen die Mitbestimmung nach der aktuellen Rechtslage verwehrt bleibt beläuft sich auf ca. 250.000. Einige Manager_innen von Unternehmen benannten sogar explizit das Ziel der Mitbestimmungsvermeidung, bevor das Unternehmen in eine andere Rechtsform umgewandelt wurde. Hier werden den Beschäftigten ihre zustehenden Mitbestimmungsrechte zielgerichtet vorenthalten.

60

Bei einer solch hohen Zahl von Beschäftigten, denen die Mitbestimmung vorenthalten wird, kann keine Rede mehr von mangelndem Regelungsbedarf sein.

65 ***Unternehmensmitbestimmung und europäisches Gesellschaftsrecht***

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union haben zur Harmonisierung ihrer Wirtschaftspolitik vor einigen Jahren neue Gesellschaftsformen eingeführt, die eine supranationale Rechtsform besitzen und demzufolge eine supranationale Mitbestimmung ermöglichen. Mit der Einführung dieser Gesellschaftsformen, der Societas Europaea (SE) und der Societas Cooperativa Europaea (SCE), war es fortan möglich eine grenzüberschreitende Gesellschaft zu gründen. In Bezug auf die Mitbestimmung von Beschäftigten wurde hier lediglich der kleinste gemeinsame Nenner erreicht. Bei Gründung einer solchen Gesellschaft sind Beschäftigte und Unternehmensleitung verpflichtet über das Maß an Mitbestimmung auf Unternehmensebene zu verhandeln. Die Ergebnisse der Verhandlungen gehen grundsätzlich den innerstaatlichen Bestimmungen vor. So ist es möglich, dass die Mitbestimmung auf Unternehmensebene gänzlich fehlt oder eine Erhöhung der Anzahl an Aufsichtsratsmandaten für die Beschäftigten bei steigender Beschäftigtenzahl ausbleibt. Vorgeschrieben ist nur die Regelung von Anhörungs- und Informationsrechten.

80

Nach einer Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung befinden sich derzeit allein 85 von 169 operativ tätigen Europäischen Aktiengesellschaften (SE) in Deutschland. Von diesen 85 Unternehmen beschäftigen 13 mehr als 2.000 Menschen, sodass hier eine paritätische Besetzung der Aufsichtsratsposten vorhanden sein sollte. Dies ist jedoch lediglich in 11 Unternehmen der Fall. 30 SE beschäftigen mehr als 500 Menschen, es verfügen jedoch lediglich 15 über eine Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat. Zudem beschäftigen 42 der 85 Unternehmen weniger als 500 Menschen. Laut HBS lag die Anzahl an Beschäftigten in der Mehrzahl der Unternehmen bei Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft kurz unter den Schwellenwerten für die Einrichtung von Aufsichtsräten mit Beteiligung der Beschäftigten oder der Ausweitung der Mandate für die Beschäftigten nach deutschem Recht. Die Grundsätze des „Schutzes erworbener Rechte“ und des „Vorher-Nachher-Prinzips“, die ein Absinken des Mitbestimmungsniveaus verhindern sollen, führen hier nicht weiter. Die Unternehmen können durch eine Umwandlung verhindern, die Mitbestimmung bei steigender Beschäftigtenzahl einzuführen bzw. den Status quo zu erhalten und einzufrieren. Die Studie zeigt somit, dass auch die Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft dazu geeignet ist, die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Beschäftigten in diesen Unternehmen zu

95

umgehen.

100 Durch ein solches agieren der Unternehmensführungen wird auch deutlich, dass ein an der
Anzahl der Beschäftigten orientiertes Mitbestimmungsniveau nicht maßgeblich für die
Einführung demokratischer Strukturen und Prozesse sein darf, da dieses zu leicht zu umgehen
ist. Demokratische Teilhabe muss unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten
gewährleistet sein. In einer vermehrt wissensbasierten (Arbeits-)Gesellschaft, in der in
105 zunehmendem Maße Maschinen die Fertigung übernehmen, wäre dies zudem nicht nur
unzeitgemäß, sondern auch falsch.

„Probleme gibt es auch bei jenen Gesellschaften, die „Mutterkonzernen“, die ihren Sitz in
Ländern mit niedrigerem Mitbestimmungsniveau haben, per Beherrschungsvertrag gehören.
Bei ihnen gilt zwar innerhalb der „Tochterfirma“ das jeweilige nationale
110 Mitbestimmungsrecht. Ein Veto des Aufsichtsrats der Tochterfirma kann vom Mutterkonzern
überstimmt werden, da sie die Tochter uneingeschränkt lenken kann. Bei deutschen
Kommanditgesellschaften kann das Mitbestimmungsrecht ausgehebelt werden, wenn die
Komplementärin ihren Sitz in einem Land mit niedrigerem Mitbestimmungsniveau hat. In
Firmen, die nur eine Niederlassung in einem anderen Land haben, wird das
115 Mitbestimmungsrecht ihres Sitzes angewendet. Ein eher hohes Mitbestimmungsniveau gibt
es innerhalb der EU in den skandinavischen Ländern, Deutschland, Tschechien, Slowenien
u.a. In allen anderen Ländern ist es eingeschränkt oder nicht vorhanden. Also kann es für
Angestellte in Deutschland (und anderswo) dazu kommen, dass durch einen
Beherrschungsvertrag oder durch eine Komplementärschaft Mitbestimmungsrechte
120 ausgehebelt werden können, wenn die Gesellschaft ihren Sitz bspw. in Frankreich oder
Bulgarien hat. Dies erleichtert es auch, via nationale Standortpolitik Beschäftigte desselben
Konzerns gegeneinander auszuspielen.

Die betriebliche Ebene

125 Die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene ist die zweite tragende Säule in den
Unternehmen. Innerstaatlich ist dies anerkannt und hat Niederschlag im
Betriebsverfassungsgesetz gefunden. Auf Ebene der Europäischen Union wird der
Internationalisierung der Konzernstrukturen jedoch noch nicht ausreichend Rechnung
130 getragen. Die Europäische Union ermöglicht zwar in den Richtlinien (EBR-RL, SE/SCE-RL)
die Bildung von Eurobetriebsräten und SE/SCE-Betriebsräten. Diese Betriebsräte sind bisher
jedoch nur in wirtschaftlichen Angelegenheiten zuständig, haben hier keine obligatorischen
Mitbestimmungsrechte, sondern nur Anspruch auf Information und Anhörung. Sie haben
somit zwar Beteiligungsrechte, sind aber letztendlich lediglich Beratungsorgan. Auch wenn
135 sich die Rechte zumindest des EBR mit der Reform der EBR-RL im Jahr 2009 durch
erweiterte Möglichkeiten der frühzeitigen Einflussnahme auf Entscheidungen an das Niveau
der SE/SCE-BR angepasst wurden, ist hier bisher keine befriedigende Ausgestaltung
gefunden worden. Das Niveau der Beteiligungsrechte ist weiterhin maßgeblich von
Verhandlungen abhängig.

140

Was muss passieren

Demokratische Strukturen und politische Teilhabe in Unternehmen können nicht allein vom
individuellen Verhandlungsgeschick bzw. -erfolg eines Gremiums abhängig gemacht werden.
145 Die Gesetzgebenden sind hier in der Pflicht, verbindlich Rahmenbedingungen zu schaffen, in
der größtmögliche Mitbestimmung möglich ist und Gewerkschaften in Tarifverhandlungen

150 für die Rechte der Belegschaften kämpfen können. Die Europäisierung der wirtschaftlichen
Strukturen ist zu einem Problem für die Mitbestimmung der Beschäftigten in den
Unternehmen aber auch für die Gewerkschaften geworden. Unternehmen dürfen keine
mitbestimmungsfreien Zonen sein oder werden. Entgegen den Vorstellungen einer Mehrheit
in den europäischen Entscheidungsgremien dürfen Mitbestimmungsrechte zudem nicht nach
unten harmonisiert werden. Stattdessen ist ein europaweiter Ausbau von
Mitbestimmungsrechten für Beschäftigte sowohl im innerstaatlichen als auch im
Europäischen Gesellschaftsrecht zu erkämpfen.

155 Für uns geht es bei der Forderung nach Mitbestimmung der Beschäftigten in den
Unternehmen nicht um die Frage nach der ökonomischen Effizienz, nicht um einen
„Standortvorteil“ oder mögliche Produktivitätssteigerungen. Die demokratische Teilhabe im
Arbeits- und Wirtschaftsleben durch die Mitbestimmung der Beschäftigten an
160 Entscheidungen über die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, ist der zentrale Aspekt einer
demokratisierten Wirtschaft und notwendig, um die gleichberechtigte Berücksichtigung der
Faktoren Arbeit und Kapital sicherzustellen. Neben der Förderung von genossenschaftlich
organisierten Unternehmen, die wir hier als zentral ansehen, um dieses Ziel zu erreichen, ist
die Einführung bzw. Ausweitung (echter) paritätischer Mitbestimmung unabdingbar für die
165 Beschäftigten.

Um demokratische Teilhabe aller Beschäftigten an Entscheidungen in den Unternehmen zu
gewährleisten und ein unterwandern der derzeit geltenden Mitbestimmungsrechte zu
verhindern, fordern wir:

- 170
- die Ausweitung der Prinzipien der Vollparität auf alle Branchen der Wirtschaft
 - die Erstreckung der deutschen Mitbestimmungsgesetze auf alle in Deutschland
ansässigen Unternehmen, unabhängig von der Rechtsform und vom Sitz der
Gesellschaft und keine Erstreckung, wenn das Unternehmen aus Sicht der
175 Arbeitnehmer_innen weiter gehenden Mitbestimmungsgesetzen unterliegt
 - die Einführung der Vollparität auf europäischer Ebene in Unternehmen mit einer
Rechtsform nach europäischem Recht
 - die Abkoppelung der Regelungen zur Einführung der Mitbestimmung von der
Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen und der Art des
180 Beschäftigungsverhältnisses. Alle Beschäftigten müssen die Möglichkeit haben, die
Organe zu wählen
 - die Beteiligungsrechte aufzuwerten und Mitbestimmungsrechte sowohl für
Aufsichtsräte als auch für Betriebsräte einzuführen bzw. auszuweiten
 - die Stärkung europaweites Streikrecht in multinationalen Unternehmen, als auch in
185 europaweiten Branchen

Für eine familienfreundlichere Arbeitswelt

Die Jusos stellen fest: durch die Flexibilisierung im Berufsleben und der Arbeitsverdichtung fehlt es vielen Menschen an einem Gefühl von Sicherheit für die persönliche Lebensplanung. Die Berufsstarter_Innen müssen dabei abwägen und sich möglicherweise entscheiden: eine neue Wohnung, ein Auto, der erste Jahresurlaub oder die Gründung einer Familie, all das und viele andere Punkte können Menschen nicht gleichzeitig realisieren.

Viel zu oft wird heutzutage das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ durch eine Aneinanderreihung von befristeten Verträgen konterkariert.

Dabei werden Wirtschaftslobbyist_Innen nicht Müde das Mantra der gesteigerten Anforderungen an Flexibilität zu wiederholen ohne das es dabei richtiger wird.

Junge ArbeitnehmerInnen und BerufseinsteigerInnen sind heute aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation verunsichert und stellen deshalb ihren Kinderwunsch hinten an. Gut ausgebildete junge Menschen wollen ihren Kindern ein gutes Leben bieten, dazu gehören ein sicherer Arbeitsplatz und ein auskömmliches Einkommen, mit dem Frauen und Männer ihre Familien versorgen können.

Minijobs, Leiharbeit und Befristung der Arbeitsverhältnisse können junge Menschen davon abhalten, sich frühzeitig für Kinder zu entscheiden. Wer sich von Jahresvertrag zu Jahresvertrag hangelt, kann keine Familiengründung mit Kindern planen. Die Gesellschaft kann vor diesem Hintergrund Frauen und Männer nicht für diese nachvollziehbare Entscheidung bestrafen. Wir müssen ihnen vielmehr die Sicherheit geben, die sie brauchen, um sich für Kinder zu entscheiden. Neben vielen richtigen Forderungen wie der nach Mindestlohn, dem Recht auf einen Kindergartenplatz und Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss es vor allem darum gehen, mittelfristig eine wirtschaftliche Planungssicherheit für Haushalte mit Kindern zu schaffen. Die Jusos fordern deshalb:

- Die Abschaffung sachgrundloser Befristungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Darüber hinaus ist das „insbesondere“ in § 14 I TzBfG in ‚nur dann‘ zu ändern und Befristungsgesetz (TzBfG) zu streichen:
- die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt, um den Übergang des Arbeitnehmers in eine Anschlussbeschäftigung zu erleichtern,
- die Eigenart der Arbeitsleistung die Befristung rechtfertigt
- in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe die Befristung rechtfertigen,
- der Arbeitnehmer aus Haushaltsmitteln vergütet wird, die haushaltsrechtlich für eine befristete Beschäftigung bestimmt sind, und er entsprechend beschäftigt wird
- Umwandlung von nach dem dann geänderten § 14 I TzBfG sachgrundlos befristeten

Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst in unbefristete Arbeitsverhältnisse

- 50 • Gesetzliche Verpflichtung zur Entfristung der Arbeitsverhältnisse in der freien Wirtschaft
- Verpflichtung der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes zur Einrichtung bzw. Bereitstellung von Förderangeboten zur Wiedereingliederung in den Betrieb nach der Elternzeit
- 55 • Größeres Engagement der Wirtschaft bei der Einrichtung von Betriebskindertagesstätten
- Lebensarbeitszeitkonten: Das Langzeitkonto dient der Anpassung der Arbeitszeit, die über die Jahresarbeitszeit hinausgeht. Es werden Plusstunden angespart, damit in Lebensphasen, in denen z. B. mehr Zeit für die Familie, Pflege für ältere Angehörige oder für Weiterbildung gewünscht wird, die Arbeitszeit unter Beibehaltung eines gleichmäßigen Gehalts reduziert werden kann. Langzeitkonten ermöglichen auch
- 60 einen früheren gleitenden Übergang in die Rente
- 65 • Sabbatical: Bei einem Sabbatical erwirkt der die Mitarbeiter_in durch den Aufbau von Plusstunden einen Freizeitanspruch, den sie oder er als Freizeitblock von z. B. drei Monaten oder einem Jahr nehmen kann. Während des gesamten Zeitraums bleibt das Einkommen konstant.
- 70 • Flexiblere Arbeitszeitmodelle im Rahmen der unbefristeten Arbeitsverhältnisse wie z.B. mit Anspruch auf Rückkehrrecht zur Vollzeit
- Die in den Arbeitsverträgen festgeschriebenen Arbeitszeiten müssen konsequent umgesetzt werden.

Leiharbeit bekämpfen!

Einleitung

5 Nachdem wir uns schon seit einiger Zeit für „equal pay“ und „equal treatment“ einsetzen, zeigt uns jedoch die aktuelle Entwicklung, dass das dadurch erhoffte Umdenken - allgemein in der Gesellschaft und speziell in der Wirtschaft - leider nicht stattgefunden hat.

10 Die Verschiebung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ist allgegenwärtig. Dies spiegelt sich in der Wirtschaftspolitik aber vor allem auch in der Arbeitsmarktpolitik wider. Der immer weiter zunehmende Machtüberhang des Faktors Kapital hat dabei unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Polarisierung in unserer Gesellschaft.

Kurzanalyse der sozialen Realität auf dem Arbeitsmarkt

15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Vergangenheit massiv unter Druck geraten. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Sockelarbeitslosigkeit entwickelt, die sich scheinbar zunehmend auf ein Überangebot an Arbeitskräften in unserer Volkswirtschaft eingependelt hat.

20 Dadurch hat die Wirtschaft einen Vorteil bei der Gestaltung von Arbeitsverträgen bekommen.

Schwächelnde Gewerkschaften

25 Dabei spielt die Schwäche der Gewerkschaften ebenfalls eine tragende Rolle: Der Organisationsgrad der Gewerkschaften des DGB hat seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren stetig abgenommen. So hat sich die Zahl der im DGB organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von fast 12 Millionen auf jetzt knapp 6,16 Millionen Mitglieder (Stand: 2011) fast halbiert. Zugleich nahm die Zahl von „Scheingewerkschaften“ vor allem in den letzten Jahren massiv zu. Diese setzen in den so genannten
30 Gehaltstarifverträge Löhne von zum Teil unter 5 Euro pro Stunde durch.

Verfehlungen in der Arbeitsmarktpolitik

35 Es muss jedoch auch deutlich auf die Fehlentwicklung in der Arbeitsmarktpolitik hingewiesen werden. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist hierbei wesentlich auch unter der rot-grünen Bundesregierung vorangeschritten. So wurde in der Zeit eine Politik betrieben, die überwiegend dem angebotsorientierten, neoliberalen Mainstream angepasst war. Neben der Lockerung des Kündigungsschutzes, sind vor allem die
40 Arbeitsmarktreformen unter der Leitung von Peter Hartz zu nennen: Der Slogan „Fördern und Fordern“ hat hierbei einen hohen Druck auf Beschäftigungslose ausgeübt. So wurde in der 2. Legislaturperiode des Kabinetts Schröder der Ausbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen in Form von 1-Euro- (Hartz IV), Mini- und Midi-Jobs (Hartz II)
45 beschlossen sowie die Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Hartz I) gelockert, welches die Leiharbeitsverhältnisse bis dato stärker eingeschränkt hatte. Wir

lehnen es strikt ab, dass die Annahme von nicht versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen als zumutbar erklärt wird.

50 **Wo liegen die Probleme der Leiharbeit?**

Neben schlechteren Arbeitsbedingung belastet die LeiharbeiterInnen auch die schlechte Bezahlung. Für die Stammbesellschaft gelten LeiharbeiterInnen als Job-Klauer und so finden diese auch keine Akzeptanz in den Betrieben. Beschäftigte in der Leiharbeit werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie haben nur eine geringe Chance, im Betrieb soziale Kontakte aufzubauen.

Resultat der neoliberalen Reformen - Beschäftigung ohne Perspektive

60 Das Ergebnis dieser Verfehlungen ist verheerend. Die Schere zwischen arm und reich geht seit Jahren immer weiter auseinander. Menschen, die in Leiharbeitsverhältnissen stehen, sind in die Perspektivlosigkeit geschickt worden. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt wie Waren hin und her geschoben und verfügen über keinen Kündigungsschutz im ausgeliehenen Unternehmen. Menschen müssen sich zunehmend immer mehr der Wirtschaft anpassen. Die Wirtschaft dient nicht länger den Menschen, vielmehr dienen die Menschen der Wirtschaft. 65 Die dadurch verbundene Machtverschiebung der Faktoren Arbeit und Kapital auf die Kapitalseite, die man auch als Diktatur des Kapitals beschreiben könnte, gilt es zu korrigieren.

70 Ein Leiharbeitender kann selten mehrere Jahre in die Zukunft planen. Gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel muss darauf verwiesen werden, dass es wenig verwunderlich ist, wenn ein junges Paar es sich aufgrund fehlender langfristiger sozialen Absicherung mehr als einmal überlegt, Nachwuchs zu kriegen.

75 **Bezahlung unter Tarif**

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden grundsätzlich schlechter bezahlt als die restliche Stammbesellschaft im Unternehmen. Dies kommt dadurch zustande, weil 80 LeiharbeiterInnen keinen Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben, die durch Gewerkschaften erkämpft worden sind. Sie sind letztlich im Betrieb, in dem sie ihre Arbeitsleistung erbringen, nur „ausgeliehen“. Bei Protest gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen droht die sofortige Versetzung oder Entlassung. So wird der Leiharbeiter an der kurzen Leine gehalten und ist gezwungen, seine Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

85 Dies trägt letztlich auch zu der Reallohnentwicklung in Deutschland bei. In der Bundesrepublik sind die Reallöhne vom Jahr 2000 bis 2008 um 0,8 Prozent zurückgegangen, wohingegen sie in allen anderen EU-Staaten in den letzten Jahren preisbereinigt gestiegen sind.

90 Auch wenn die Reallöhne im letzten Jahr durch die geringe Inflation leicht gestiegen sind, nimmt Deutschland europaweit in dieser Statistik den letzten Platz ein, was auch auf die Entwicklung der Renten einen negativen Einfluss hat.

95 Letztlich bleibt es für uns untragbar, dass ArbeiterInnen faktisch in Klassen eingeteilt werden! Wir sehen es nicht ein, warum LeiharbeiterInnen schlechter bezahlt werden sollen, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten wie die fest Angestellten. Deshalb sagen wir: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

100 **Aushebelung der Mitbestimmung**

Viele Betriebe nutzen die Leiharbeit auch, um die betriebliche Mitbestimmung bei sich auszuhebeln. Dazu muss man wissen, dass für die Bestimmung der Größe von Betriebsräten die Anzahl der abhängig Beschäftigten herangezogen wird. Nun gibt es die Möglichkeit diese Anzahl künstlich zu drücken, in dem man zu einer festen Anzahl der Stammbesellschaft, die knapp unter der Schwellengrenze zu einer höheren Anzahl der Betriebsratsplätze liegt, die restlichen ArbeitnehmerInnen aus der Leiharbeit generiert. Damit geraten Betriebsräte unter einem immensen Druck, da sie nicht mehr im Stande sind, die anfallenden Arbeitsprozesse fristgerecht und ordentlich zu erledigen.

Uns ist diese Möglichkeit der Aushebelung der demokratischen Mitbestimmung ein Dorn im Auge. Schließlich stehen wir für die Demokratisierung in allen Lebensbereichen – vor allem in der Arbeitswelt. Wir wollen nicht, dass Demokratie am Werkstor endet!

Fehlende Argumente der Wirtschaft

Die Argumentation seitens der Wirtschaft, die sich deutlich für eine Beibehaltung von Leiharbeit ausspricht, ist nicht haltbar. Leider müssen wir erkennen, dass die überwiegende Mehrheit der Medien jedoch auf diese Argumentationslinie eingeht und sie mit verteidigt, ohne sie einmal grundlegend in Frage zu stellen. Damit wird eine Meinung in der Gesellschaft vorgegeben, die jedweder Logik widerspricht. Hierbei sollen vor allem typische Argumente widerlegt werden, die angeblich für Leiharbeitsverhältnisse stehen.

Es steht die Aussage im Raum, dass Leiharbeit zum Abfang von Produktionsspitzen nötig sei. Ohne sie könnten Unternehmen die kurzfristig benötigten Arbeitskräfte nicht schnell genug einstellen bzw. könnten sich nach der Zeit der starken Auftragseingänge ihrer nicht wieder schnell erledigen. Das heißt mit anderen Worten, dass die Leiharbeit einen entscheidenden Anteil daran habe, die Arbeitslosenquote (zumindest kurzfristig) zu senken. Diese These trifft natürlich nicht zu, da einerseits Unternehmen den Faktor Arbeit verstärkt einsetzen müssen, um ihre Rendite durch die neu anfallenden Aufgaben zu maximieren. Dies ist auch ohne der Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Leiharbeit möglich. Andererseits sieht das so genannte „Kündigungsschutzgesetz“ keine Schranken vor, ArbeiterInnen, die kein halbes Jahr beschäftigt worden sind, fristlos zu entlassen. Es ist letztlich nur eine bequemere Lösung für Unternehmen billige Arbeitskräfte zu organisieren. Die Verfehlung der reinen Angebotsorientierung auf dem Arbeitsmarkt gilt es grundsätzlich - aus dem sozialdemokratischen Grundverständnis heraus – zu hinterfragen.

Diktatur des Kapitals verursacht Krankheiten

Es wird deutlich, dass aus dem Machtüberhang des Kapitals zu einer Unmündigkeit der arbeitenden Bevölkerung hervorgeht. Dieser zunehmenden Druck auf die ArbeiterInnenschaft hat auch unmittelbare Folgen auf den physischen und mentalen Gesundheitszustand vieler Menschen. So ist auch im vergangenen Jahr trotz Wirtschaftskrise die Anzahl der Krankheitstage wieder einmal angestiegen und befindet sich auf dem höchsten Stand seit 2003. Davon sind jedoch nicht nur LeiharbeiterInnen sondern auch andere unbefristet Beschäftigte bisweilen sogar auch Manager betroffen. Vor allem hervorzuheben ist die steigende Anzahl an psychischen Erkrankungen, bei denen die höchste Wachstumsrate zu vermelden ist. Man sieht also, dass das System, welches von einem enormen Leistungsanspruch geprägt ist, die Menschen in allen Berufsgruppen krank macht.

Konsequentes Handeln

- Eine Höchstquote für Leiharbeiter_innen in Betrieben in Höhe von 8% der festangestellten Arbeiter_innen. Leiharbeit dient der Abfederung von

- 160 Produktionsspitzen. Höheren Produktionszuwächsen als 8% muss Festanstellung folgen.
- Leiharbeiter_innen müssen wie Festangestellte zur Bestimmung der Größe des Betriebsrates mitgezählt werden. Ihnen steht ebenso das aktive und passive Wahlrecht zu.
 - Wir fordern ein Synchronisationsverbot. Wir fordern einen Flexibilitätszuschlag für Leiharbeiter_innen in Höhe von 10% des Bruttolohnes.
- 165

170 **Durch ein Verbot von Leiharbeit würde vielen Menschen eine Perspektive gegeben, was historisch bedingt schon immer das Ziel sozialdemokratischer Politik gewesen ist. Auch wenn dadurch der Mensch nicht von den Fesseln des Kapitalismus befreit wird, so macht es doch das Leben in der Gemeinschaft lebenswerter und sorgt so für einen stärkeren solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.**

Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil

5 Die SPD-Bundestagsfraktion möge einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, der die Finanzierung der Transferleistungen nach dem SGB II neu regelt. Die Transferleistungen nach dem SGB II dürfen nicht länger zu Lasten des kommunalen Haushaltes gehen.

Begründung:

10 Derzeit beteiligt sich der Bund prozentual an bestimmten Leistungen in Abhängigkeit vom Bundesland. Strukturschwache Städte und Gemeinden mit einer hohen Arbeitslosigkeit werden derzeit kaum berücksichtigt. Diese Regionen leiden unter einer Doppelbelastung:

1. geringe Einnahmen durch fehlende Arbeitgeber in der Region;
- 15 2. hohe Kosten durch daraus folgende Erwerbslose, sowie derer, die im Niedriglohn- und Dienstleistungssektor beschäftigt sind und aufstockend zu ihrem Gehalt Leistungen empfangen müssen.

20 Aus der daraus folgenden Knappheit der kommunalen Haushalte ergeben sich wiederum Einschnitte bei Leistungen der Städte und Gemeinden. Dies hat unter anderem zur Folge, dass Bibliotheken, Schwimmhallen, Jugendeinrichtungen, sowie Sozialleistungen nicht mehr unterstützt oder geschlossen bzw. eingestellt werden müssen. Um diese Aufgaben zu sichern und den Leistungsempfängenden nach SGB II eine soziale Teilhabe zu gewährleisten, gilt es solche Kommunen gesondert zu betrachten und zu entlasten.

Kindergrundsicherung

Die Jusos fordern den Bundesvorstand der SPD und die Bundestagsfraktion auf, sich vor dem Bundestagswahlkampf 2013 für eine Reform der Kindergrundsicherung anhand folgender Grundsätze zu positionieren und einzusetzen.

5

Um eine Gleichbehandlung von Kindern zu gewährleisten, muss es eine neue Art von Finanzierung der Kinder und Jugendlichen geben. Statt unterschiedlicher kleiner Transferleistungen, wie Kindergeld oder Kinderzuschlag, fordern wir eine Kindergrundsicherung. Dabei ist es wichtig, dass die Kindergrundsicherung sozial gerecht gestaltet wird.

10

Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von 536 € für jedes Kind ohne Einschränkungen, welche auch nicht auf das ALG II angerechnet wird. Dieser Betrag soll dabei ohne Abschreibungsmöglichkeiten voll auf das Einkommen der Eltern angerechnet und versteuert werden, so dass für Spitzenverdiener eine Nettoleistung von rund 280 € verbleibt, Geringverdiener aber vom vollen Betrag von 536 € profitieren. Dies ist der Betrag, welcher zur Versorgung von Kindern aus verfassungsrechtlicher Sicht nötig ist. Er setzt sich zusammen aus dem sächlichen Existenzminimum von 356 € und den notwendigen Ausgaben für Bildung und Betreuung von derzeit 180 €.

15

20

Begründung:

Eine Grundsicherung für alle Kinder!

25

Auch wenn die Bundesregierung sich darüber uneins ist, Armut ist ein zunehmendes Problem in unserer Gesellschaft und bestimmt die Lebensrealität von vielen Menschen. Insbesondere Kinder sind von dieser Entwicklung betroffen. Geringes Einkommen der Eltern, Knappheit an ideellen und materiellen Ressourcen und Mangel an Lebensperspektiven prägen den Alltag dieser Kinder. Es gibt den aktuellen Zahlen nach mehr als 2,4 Millionen von Armut betroffene Kinder. Die Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Trotz unterschiedlicher Ursachen, ist klar, dass Kinderarmut zu ungleichen Chancen führt. Wir müssen gegen diesen Mechanismus der Ungerechtigkeitsreproduktion vorgehen und Mechanismen installieren, die die Situation von Kinder verbessern und Lebensperspektiven produziert.

30

35

Die derzeitige Sachlage zeigt auf, dass die finanzielle Förderung von Kindern je nach der Erwerbssituation ihrer Eltern sehr weit auseinander klafft. Das Sozialgeld für Kinder von Erwerbslosen bzw. Geringverdienern/innen beträgt die Höhe von 215 bis 287 Euro pro Monat.

40

Die Kinder von Erwerbstätigen mit sogenanntem unteren und mittleren Einkommen erhalten monatlich zwischen 184 Euro (für das erste und zweite Kind), 190 Euro (für das dritte Kind) und 215 Euro (für das vierte und alle weiteren Kinder) Kindergeld. Hingegen profitieren die Kinder von Gut- und Spitzenverdiener_innen mit steigendem Einkommen von den steuerlichen Kinderfreibeträgen. Das führt zu Förderung der bereits Privilegierten. Diese Ungleichbehandlung von Kindern ist ungerecht. Der Staat muss jedem Kind gleiche Chancen gewährleisten. Gleiche Chancen bedeuten für uns KiTa-Plätze für alle Kinder unabhängig von dem Geldbeutel der Eltern. Gleiche Chancen bedeuten für uns keine Diskriminierung in der

45

Ausbildung von Anfang an. Aber gleiche Chancen bedeutet auch materielle Teilhabe!

50 Bereits im Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Urteil festgestellt, dass die Methode zur Berechnung der Regelleistungen nach SGB II für Kinder und Jugendliche verfassungswidrig ist. Die Regelleistungen werden nicht nach dem tatsächlichen Bedarf errechnet, sondern anhand der Regelsätze der Erwachsenen. Dazu kommt, dass der zusätzlich entstehende Bedarf z.B. bei chronischen Erkrankungen oder anderen Schwierigkeiten nicht in die Berechnungen mit einbezogen wird. Das kann nicht
55 weiter die Realität unseres Sozialsystems sein.

Wir, die Jusos Bremen, sehen enormen Handlungsbedarf. Es muss grundsätzliche Veränderungen geben, damit Kinder nicht in Armut leben und keine soziale Ungleichheit erfahren müssen!
60

Wir fordern eine Kindergrundsicherung um Kinderarmut zu verhindern!

Mehr Möglichkeiten für alle

1. Möglichkeiten für alle?

5 Wir leben in einer Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche und Herausforderungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise dominiert seit einigen Jahren das politische Handeln und beschränkt die gesellschaftliche Teilhabe. Der Reichtum in der Gesellschaft ist immer ungleicher verteilt, was zu einem Auseinanderfallen der Gesellschaft führt. Dies hat auch konkrete Auswirkungen auf junge Menschen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es nicht ‚die‘ junge Generation gibt. Auch bei jungen Menschen gibt es ärmere und 10 reichere, unterschiedliche Wertorientierungen und verschiedene Lebensstile. Junge Menschen sind unterschiedlich. Sie haben unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Dies muss eine gute Jugendpolitik berücksichtigen. Was sich aber für viele Jugendliche verändert hat, ist der fließende Übergang in das sog. ‘Erwachsenenleben’. Während in früheren Zeiten eine Berufsausbildung in der Regel mit etwa 20 Jahren abgeschlossen war und dann mit dem Berufsleben und der Gründung einer Familie begonnen wurde, löst sich dieser klare Schnitt 15 nun bei Vielen immer mehr auf. Zunächst sind eine Ausbildung und ein Studium keine gegensätzlichen Alternativen mehr. Wer eine Ausbildung macht, absolviert vielleicht danach ein Studium. Andere studieren einen Bachelor, finden dann einen Berufseinstieg und qualifizieren sich einige Jahre später mit einem Masterabschluss weiter. So gibt es heute sehr 20 viele unterschiedliche Möglichkeiten einer Bildungs- und Lebensbiographie. Zugleich lösen sich überkommene Lebens- und Familienmodelle auf: Immer mehr Frauen wollen nicht zugunsten von Familie und Kindern auf die berufliche Entwicklung verzichten, gleichzeitig bekommen junge Menschen in ganz unterschiedlichen Lebensphasen Kinder. Manche befinden sich mitten im Studium, andere haben schon mehrere Jahre Berufserfahrung. Diese 25 Entwicklungen sind richtig und müssen weiter vorangetrieben werden. Sie erfordern aber auch die Entwicklung sozialer Bedingungen, die junge Menschen in diesen unterschiedlichen Entwicklungen unterstützen.

30 Junge Menschen sind flexibel. Es ist gut, dass junge Menschen nicht einem einheitlichen Lebensmodell folgen müssen, sondern unterschiedliche Wege für ihr Leben finden. Aber eine solche Auflösung von festen gesellschaftlichen Modellen ist für manche immer auch mit einer gewissen Unsicherheit und Angst verbunden. Es gibt weniger feste Strukturen und höhere Risiken. Ein Teil der jungen Generation sieht diese Herausforderungen gelassen und erkennt in dieser Situation mehr Chancen als Risiken, ein zweiter Teil blickt sorgenvoller in 35 die Zukunft. Und ein dritter Teil ist gesellschaftlich abgehängt und sieht keine Zukunftsperspektiven mehr. Für uns bedeutet dies: Wir wollen junge Menschen darin unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen. Wir wollen niemandem ein Lebensmodell oder einen Lebensstil aufzwingen. Aber wir wollen auch eine Politik machen, die niemanden zurücklässt und allen die Möglichkeit gibt, ihren eigenen Weg zu gehen.

40 Inhaltlich bedeutet dies, dass eine gute Jugendpolitik den Problemen entgegen treten muss, die durch Unsicherheit, Leistungsdruck und tatsächlichem oder befürchtetem sozialem Abstieg entstehen. Viele junge Menschen befürchten schon in der Schule, später keinen Ausbildungsplatz zu finden. Während der Ausbildung wissen sie oft nicht, ob sie eine Festanstellung erhalten. Auch ein Studium bietet keine Sicherheit mehr, die Angst vor 45 aneinander gereihten Endlos-Praktika ist groß. Diese Sorgen beschränken Jugendliche in der

Entwicklung von Plänen und in der Verwirklichung ihrer Wünsche und Träume. Eine gute Jugendpolitik muss daher die Flexibilität junger Menschen erhalten und gleichzeitig die Risiken des Lebens absichern. Auch ist der Situation von jungen Migrantinnen und Migranten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie stehen oft vor Schwierigkeiten und Hindernissen, welche ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren. Ebenso gilt es, den spezifischen Diskriminierungen von jungen Frauen zu begegnen.

Strategisch bedeutet dies, dass eine gute Jugendpolitik eine Querschnittsaufgabe zwischen unterschiedlichen Politikfeldern sein muss. Jugendpolitik lässt sich nicht durch feststehende jugendspezifische Instrumente machen. Jugendpolitik erfordert einen politikfeldübergreifenden Ansatz: Der Verbesserung der Bildungspolitik und dem Einstieg ins Arbeitsleben kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Denn noch immer ist die materielle Basis eine entscheidende Voraussetzung, um auch in anderen Lebensbereichen freie Entscheidungen treffen zu können. Gleichzeitig sind aber auch der Ausbau öffentlicher Infrastruktur, insbesondere in den Kommunen, die Familienpolitik und die Gesellschaftspolitik betroffen. Wichtig ist, die unterschiedlichen Instrumente aufeinander abzustimmen. Jugendpolitik ist keine Nische.

Die jugendpolitischen Herausforderungen müssen sofort angegangen werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das Problem massiv verschärft. Sie will den Leistungsdruck in der jungen Generation weiter erhöhen. Ihre bildungspolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel das Deutschland-Stipendium, sind darauf ausgerichtet, eine irgendwie definierte vermeintliche Elite zu fördern. Und arbeitsmarktpolitisch betrachtet sieht sie die enorme Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse eher als Errungenschaft, denn als Missstand. Deshalb brauchen wir hier einen radikalen Politikwechsel und müssen klare Alternativen benennen. Diesen wollen wir nach den Bundestagswahlen 2013 gemeinsam mit der SPD erreichen. Deshalb wollen wir bereits jetzt unsere Anforderungen an eine gute Jugendpolitik auf Bundesebene erarbeiten und breit diskutieren.

75

2. Mehr Möglichkeiten für alle – unsere Ziele

Wir Jusos orientieren uns bei unseren jugendpolitischen Forderungen an sechs übergreifenden Zielen:

80

1. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will mehr Autonomie und weniger Angst und Druck

Junge Menschen dürfen in ihrer Entwicklung nicht dadurch gehemmt werden, dass sie Angst vor der Zukunft haben. Viele junge Menschen gehen durchaus positiv an ihr Leben heran. Sie haben Lust, sich zu entwickeln, Dinge auszuprobieren und ihren eigenen Weg zu finden. Diese Grundeinstellung wird aber gelähmt, wenn sie Angst vor einer düsteren Zukunft, vor Unsicherheit und Ausgrenzung haben. Das ist eines der größten Risiken für jede und jeden EinzelneN, aber auch für die Gesellschaft an sich. Deshalb muss eine gute Jugendpolitik Risiken absichern und die Angst vor Unsicherheit nehmen. Sie muss gleichzeitig in allen Lebensbereichen Möglichkeiten eröffnen, damit alle selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben führen wollen.

90

2. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will meine Talente verwirklichen können

Junge Menschen haben viel Potential. Gerade während der Kindheit, der Jugend und den jungen Erwachsenenjahren entscheidet sich, was jede und jeder Einzelne aus sich selbst

95

herausholt. Eine gute Jugendpolitik muss dafür sorgen, dass junge Menschen in dieser Entwicklung nicht künstlich von außen gebremst werden. Das ist leider häufig der Fall, zum Beispiel wenn bereits die Schule die Entwicklung nicht wirklich effektiv fördert, ausbildungswillige Jugendliche in sinnlosen Warteschleifen geparkt werden, Jugendliche aus ökonomischen Überlegungen heraus sich für Ausbildungen oder Studiengänge entscheiden müssen, die ihren Interessen und Talenten nicht entsprechen oder Weiterbildungsmaßnahmen nicht finanziert werden. Diese gesellschaftliche Realität ist fatal. Niemand ist gezwungen, immer mehr und mehr zu leisten. Wir wenden uns klar gegen einen dominierenden Leistungsdruck, wir möchten, dass junge Menschen sich frei entfalten und ihre eigenen Lebensentwürfe verwirklichen können und nicht in ihren Entwicklungen behindert werden.

3. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will mitentscheiden und die Gesellschaft mitgestalten

Junge Menschen beteiligen sich immer weniger an klassischen Politikformen. Sie sind aber nicht unpolitisch. Viele junge Menschen haben politische Vorstellungen und Ideale, aber sie glauben zum Teil nicht mehr daran, wirklich die Gesellschaft verändern zu können. Das ist eine fatale Entwicklung. Wir müssen die demokratische Teilhabe an der Gesellschaft wieder erhöhen. Dazu gehört es auch, jungen Menschen einen unmittelbaren Zugang zu Politik zu gewähren. Wir setzen uns ein für kinder- und jugendgerechte Beteiligungsmöglichkeiten, die jungen Menschen tatsächlich die Möglichkeit geben Gesellschaft zu gestalten.

4. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will gleiche Chancen für junge Frauen

Noch immer werden Frauen in unserer Gesellschaft strukturell diskriminiert. Frauen übernehmen einen überwiegenden Teil der Erziehungs- und Haushaltsarbeit. Sie verzichten viel öfter auf eine berufliche Karriere als Männer. Es existiert eine gläserne Decke, die dazu führt, dass Frauen viel weniger oft in Führungspositionen vertreten sind und Frauen verdienen immer noch deutlich weniger als Männer. Deshalb muss die besondere Diskriminierung von Frauen bei allen politischen Entscheidungen mit berücksichtigt werden. Wir wollen die völlige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen.

5. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will, dass es egal ist, woher jemand kommt

Immer noch weigern sich viele Menschen anzuerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Sie versuchen, vermeintliche Unterschiede zwischen ‘den Deutschen’ und ‘den AusländerInnen’ oder ‘den MigrantInnen’ zu konstruieren. Für uns ist klar, dass der einzige wirkliche Unterschied darin besteht, dass Menschen mit Migrationshintergrund deshalb massiv diskriminiert werden. Ob bei der Wohnungs- oder Jobsuche, dem gesellschaftlichen Engagement, auf der Arbeit oder im Bildungssystem: Ein Migrationshintergrund verschlechtert die Chancen und grenzt oft aus. Das muss grundlegend geändert werden.

“6. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will, dass niemand zurückgelassen wird.

Auch wenn mittlerweile vielerorts über Barrierefreiheit geredet wird, haben Menschen mit Behinderungen unter weitreichenden Diskriminierungen zu leiden. Durch zahlreiche Selektionsmechanismen im Bildungssystem werden sie oftmals stigmatisiert und von der vermeintlich gesunden Gesellschaft isoliert. Inklusion, die bereits im Kleinkindalter beginnt, schafft gegenseitige Akzeptanz und eröffnet Lebenschancen.”

3. Mehr Möglichkeiten für alle – unsere Forderungen

Kein Mensch muss arm sein!

150

Jugendliche sind oft Thema in der öffentlichen Diskussion - meist jedoch negativ besetzt: Saufen, prügeln und faul abhängen, das sind oft die Begriffe mit denen Jugendliche in Berichten in Zusammenhang gebracht werden. Doch wie ist die Situation der rund 13 Millionen Jugendlichen eigentlich wirklich? Bei vielen Jugendlichen ist die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe nicht gegeben. In den letzten zehn Jahren ist gerade bei jungen Menschen das Risiko gestiegen, in Armut zu fallen. Nach dem DIW ist mittlerweile jeder vierte Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren arm. Dabei sind insbesondere Jugendliche in den Städten betroffen. In Berlin, Bremerhaven, Gelsenkirchen, Leipzig und Nürnberg ist die Armutsquote von jungen Menschen deutlich höher als im Durchschnitt des Bundeslandes. Kommt noch ein Migrationshintergrund dazu, steigt die Armutsgefährdung gleich nochmal, teilweise um das Doppelte, an.

155

160

165

Neben der Bildungspolitik trägt auch unser Sozialsystem zur Ausgrenzung junger Menschen bei: Jugendliche Hartz-IV-EmpfängerInnen, die gegen Auflagen verstoßen, werden mehr als doppelt so häufig sanktioniert, wie über 25-jährige. Vielleicht liegt ein Grund hierfür in den Einsparmöglichkeiten: Bei Jugendlichen unter 25 Jahren werden bei Verstößen die kompletten Bezüge gestrichen, während bei über 25-jährigen nur ein Teil gekürzt werden kann.

170

175

Solche Kürzungen führen zu sozialer Ausgrenzung. Das Leben unter dem Existenzminimum führt zu einer verstärkten Resignation, Wohnungslosigkeit und ein Abdriften in die Illegalität. Diese Rückzugs- und Vereinsamungstendenzen lassen sich auch in der Sinus Jugendstudie ablesen. Demnach leben 7% der 14 bis 17-jährigen in prekären Verhältnissen und haben sich größtenteils mit ihrer Perspektivlosigkeit arrangiert und weitgehend aus der Gesellschaft zurückgezogen.

180

Armut umfasst dabei mehr als nur fehlendes Geld: Wer in Armut lebt, dem fehlen häufig soziale Kontakte. Ohne Job, keine KollegInnen und ohne Geld ist ein Kinobesuch oder ein Abend im Café oder der Disco mit dem Freundeskreis nicht möglich. Armut hat aber auch gesundheitliche Folgen. JedeR dritte Armutsgefährdete verzichtet aus finanziellen Gründen auf Arztbesuche.

Deshalb fordern wir:

185

190

- Unser Ziel ist und bleibt es, allen jungen Menschen ein Leben in ökonomischer Selbständigkeit zu ermöglichen. Sozialleistungen müssen deshalb das sozio-kulturelle Existenzminimum gewährleisten. Wenn junge Menschen sich ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können, verschlimmert es ihre Lage noch, wenn sie auch den Anschluss an die gesellschaftliche Teilhabe verlieren. Deshalb muss ihnen durch staatliche Zuschüsse diese Teilhabe ermöglicht werden. Es ist klar, dass die momentanen Leistungen dies nicht ermöglichen. Sie müssen deshalb erhöht werden.

195

- Auch junge Erwachsene müssen als Erwachsene behandelt werden. Deshalb muss Schluss sein mit der Diskriminierung von 18-25jährigen bei der Berechnung der Sozialleistungen. Es ist falsch, wenn unter 25jährige automatisch als Teil der Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern gewertet werden. Damit sind junge Menschen gezwungen, weiterhin bei ihren Eltern zu leben.

- oder sogar wieder dorthin zu ziehen, wenn sie bereits ausgezogen waren und dann auf einmal auf Sozialleistungen angewiesen sind. Ein solches System schränkt die Mündigkeit sowie die Möglichkeit zu einer selbstständigen Entwicklung junger Erwachsener massiv ein. Jung Erwachsene wollen in aller Regel nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Wenn sie in ihrem Leben in eine Situation kommen, in die sie doch auf solche Leistungen angewiesen sind, dann ist es zudem kontraproduktiv, sie zwingend als Teil des elterlichen Haushalts anzusehen, weil dadurch ihre Selbstständigkeit noch weiter eingeschränkt wird. Wir müssen deshalb die Instrumentarien des SGB II und III weiterentwickeln. Dazu gehören neben der Abschaffung von Sanktionen, insbesondere der verschärften Sanktionen für junge Menschen, ein eigenständiger Anspruch auf das Arbeitslosengeld II ohne Anrechnung des Einkommens der Eltern, sowie adäquate Förderinstrumente, die eine langfristige Berufsplanung ermöglichen. Darüber hinaus muss an der Qualität der Arbeitsvermittlung gearbeitet werden.
- Bei der Berechnung der Regelsätze von Sozialleistungen, vor allem ALG II, müssen Bildungsausgaben höher veranschlagt werden. Bildung ist nachweislich das beste Mittel gegen Jugendarmut. Die Ausgaben für Lernmittel, Musikunterricht etc. müssen deshalb angemessen und damit höher als bisher berücksichtigt werden da z.B. eine einzelne Stunde Musikunterricht im Monat nach dem bisherigen Satz dem Kind die Ausgrenzung und das Arm sein im Verhältnis zu den anderen Kindern deutlich vor Augen führt. Einmalig auftretende besondere Belastungen wie die Kosten für die Teilnahme an Klassenfahrten müssen zudem zusätzlich vom Staat übernommen werden. Kinder und Jugendliche, die in armen Familien aufwachsen, sind ohnehin schon benachteiligt. Sie dürfen nicht noch weiter dadurch belastet werden, dass sie aus der Klassengemeinschaft und dem Freundeskreis ausgeschlossen werden.
 - Alle Kinder von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen müssen Zugang zu den regulären sozialen Sicherungssystemen erhalten. Ihre medizinische Versorgung muss sichergestellt werden, auch für Jugendliche, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Auch in nicht dringenden medizinischen Fällen muss eine Versorgung sowie Vorsorge garantiert werden. Ebenso müssen sie Recht auf Arbeit und Ausbildung erhalten.

Alle müssen gute Bildung erfahren

- Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Herausforderung für die Verbesserung der Situation junger Menschen. Bildung trägt dabei auf zwei Ebenen entscheidend zur positiven Entwicklung junger Menschen bei. Bildung bedeutet natürlich auch Qualifikation. Nur durch Bildung ist es möglich, die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erlangen, die für viele Berufe Voraussetzungen sind. Dadurch, dass die Anforderungen in komplexen Berufen zunehmen, gewinnt diese Funktion von Bildung zusätzlich an Bedeutung. Bildung bedeutet aber vor allem Emanzipation und Mündigkeit. Sie trägt dazu bei, die Welt besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen, das Interesse für Neues zu wecken und eigene selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig ist dies auch eine wichtige Funktion für die ganze Gesellschaft. Denn eine Gesellschaft, in der Bildung nur noch als Qualifikation begriffen wird, verliert die Fähigkeit zur kritischen Reflexion und stumpft ab.

- Unser Bildungssystem wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Es ist zunächst ungerecht, weil es viele junge Menschen systematisch von Bildung ausschließt. Der Zugang zu den verschiedenen Bildungsinstitutionen ist zunächst massiv beschränkt. Es ist für den Einzelnen oder die Einzelnen in Deutschland nicht möglich, die Bildung zu erhalten, die er oder sie

erhalten möchte. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Zwar ist es Gesetzeslage, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab einem Jahr besteht, doch schon jetzt ist absehbar, dass dieser Anspruch nicht erfüllt werden kann, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereit stehen. Noch schlimmer ist die Betreuungssituation bei Kindern unter drei Jahren. Hier hängt es meistens von Glück und Beziehungen ab, ob man überhaupt einen Betreuungsplatz erhält. Nachteilig wirkt sich dies vor allem auf Kinder aus bildungsferneren Familien und Familien mit Migrationshintergrund aus. Vor allem sie würden nachweislich am meisten von frühkindlicher Bildung und Förderung profitieren. Auch das Schulsystem ist selektiv: Bereits nach vier bis sechs Jahren werden Kinder auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt. Es ist nachgewiesen, dass zu diesem Zeitpunkt keine seriöse Entscheidung über die tatsächliche zukünftige Leistungsfähigkeit von Jugendlichen getroffen werden kann. Aber selbst wenn man dies könnte, ist eine solche Auswahl und Aussortierung ungerecht, weil somit Jugendliche nicht die Förderung erhalten, die sie brauchen. Diese Selektion im Bildungssystem wird sogar noch an den Hochschulen fortgesetzt. Das muss beendet werden.

Das Bildungssystem ist zweitens unterfinanziert. Die jahrelange gesellschaftliche Verteilung des Reichtums von unten nach oben wurde durch schwarz-gelb noch auf die Spitze getrieben. Vor dem Hintergrund der Krise und der mit ihr verbundenen, scheinbaren ökonomischen Sachzwänge rückt die Frage nach den Zukunftschancen insbesondere junger Menschen wieder einmal mehr in den Hintergrund. Schlimmer noch: Unter dem Vorwand der Generationengerechtigkeit werden massive Investitionskürzungen beschlossen. Für uns ist klar: Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fadenscheinigen, fiskalischen „Sachzwängen“ abhängig gemacht werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem zu ermöglichen.

Deshalb fordern wir:

- Den freien Zugang aller jungen Menschen zu den Bildungsinstitutionen. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen die Bildungsbarrieren abgebaut werden; wir wollen kostenlose Bildung von der KiTa bis zur Hochschule. Der Gesetzesanspruch ab 2013 auf einen KiTa-Platz ab dem ersten Lebensjahr darf dabei nicht nur auf dem Blatt existieren. Der Bund muss da, wo ein KiTa-Platz gebraucht wird, konsequent handeln und ihn zur Verfügung stellen. Dies ermöglicht es auch jungen Eltern, ihre Berufstätigkeit mit der Kindererziehung zu vereinbaren. Der Bund ist dafür verantwortlich, die Länder mit ausreichend Geld auszustatten, damit diese genug KiTa-Plätze, qualitativ hochwertige Schulen sowie Studienplätze für alle, die studieren wollen einrichten können. Alle müssen können dürfen.

- Es bedarf aber Steuerungsmöglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene, um eine Bildungspolitik zu verwirklichen, die Antworten auf verschiedene Sozialräume und regionale Besonderheiten findet. Die Reform des Studiensystems hat dies auf perfide Art und Weise verdeutlicht: Während das Ziel verfolgt wurde, Studienabschlüsse europaweit aner kennbar zu machen, sieht die Realität so aus, dass Studiengänge noch nicht mal innerhalb Deutschlands anerkannt werden. Deshalb brauchen wir eine Zuständigkeit des Bundes für die Bildungspolitik.

- Die finanzielle Situation von Kommunen muss so verbessert werden, damit diese die

Einrichtungen der kulturellen Bildung besser finanzieren können. Wir brauchen einen kostenlosen Zugang für Jugendliche zu Bibliotheken, staatlichen Museen und anderen staatlichen Kultureinrichtungen.

300

- Deutschland schneidet im internationalen Vergleich bei der Herstellung von Inklusion im Bildungssystem relativ schlecht ab. Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Dies gilt vor allem für Menschen mit Behinderung sowie für junge Migrantinnen und Migranten. Alle Erziehende und LehrerInnen müssen entsprechend geschult werden. Die Zahl der Fachkräfte mit Migrationshintergrund soll erhöht werden um Vorbildfunktionen zu stärken, Sprachbarrieren zu nehmen und Lerndefizite gezielt zu bekämpfen.

305

310

- Die Berechnung des Bafögs nach dem Einkommen der Eltern führt dazu, dass viele nicht die Möglichkeit bekommen das zu studieren was sie wollen oder gar nicht erst ein Studium beginnen. Die emotionale Hürde die eigenen Eltern zu verklagen, falls diese das Studium nicht finanzieren, ist so hoch, dass viele diesen Weg nicht gehen und stattdessen lieber jobben oder eine Ausbildung machen. Erwachsen zu sein bedeutet unabhängig von den Eltern nach den eigenen Vorstellungen leben zu können. Deshalb fordern wir eine Reformierung des Bafög-Systems.

315

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze und bessere Ausbildungsbedingungen

320

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich, nicht zuletzt durch den demographischen Wandel und den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften in den vergangenen Jahren entspannt, die weiterhin bestehenden Probleme werden sich jedoch nicht von alleine lösen. Entgegen aller Behauptungen gab es auch im Jahr 2011 eine deutliche Ausbildungsplatzlücke.

325

Rund 647.000 Bewerberinnen und Bewerbern standen nur knapp 600.000 offene Ausbildungsplätze gegenüber. 2010 waren immer noch etwa 320.000 Jugendliche in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt. Jugendliche brauchen aber keine „Maßnahme“ sondern einen Ausbildungsplatz. Insgesamt haben derzeit noch rund 1,5 Millionen junger Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss und finden sich auch nicht in einer Berufsqualifizierung. All diese Daten zeigen: Wir haben es noch immer mit einem erheblichen Mangel an Ausbildungsplätzen zu tun. Insbesondere passt das Ausbildungsangebot nicht zu den Berufsbildern, die von Jugendlichen nachgefragt werden.

330

335

Wir brauchen deshalb eine neue Ausbildungsoffensive. Wir wollen eine Ausbildung für alle, die eine berufliche Ausbildung wollen realisieren, die mehr vermittelt als nur die nötigen technischen Fähigkeiten und mehr leistet als die Verbesserung der ökonomischen Verwertbarkeit. Ausbildung muss für uns auch immer einen emanzipatorischen Anspruch besitzen und neben der Vermittlung umfassender beruflicher Qualifikation, zu selbständigem und eigenverantwortlichem Handeln und Arbeiten befähigen. Wir stehen als Jusos weiterhin zu dem in Deutschland seit langem etablierten und gut ausgebauten System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule. Die Kombination aus theoretischem und praktischem Lernen und die vielseitigen und anspruchsvollen Aufgaben durch den hohen Praxisbezug, vermitteln grundlegende Qualifikationen und berufliche Fertigkeiten und zugleich breit angelegtes theoretisches Hintergrundwissen.

340

345

Maßnahmen der Außerbetrieblichen Ausbildung und Übergangsmaßnahmen sollen duale Ausbildung nicht ersetzen sondern nur ergänzen und im Notfall als zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit dienen. Es kann nicht sein, dass Übergangsmaßnahmen als Warteschleifen genutzt werden, die die Ausbildungsstatistik bereinigen. Dies geht auf Kosten der beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen. Es ist das duale System in das investiert werden muss und welches mit neuen Konzepten ausgebaut und verbessert werden muss. Wir fordern für alle die einen entsprechenden Ausbildungsberuf ergreifen wollen eine Ausbildungsgarantie im dualen System. Das heißt für uns konkret:

• Wer nicht ausbildet wird umgelegt! Wir fordern als Jusos weiterhin die Einführung einer Ausbildungsumlage. Während die Spitzenverbände der Wirtschaft einen Fachkräftemangel beklagen, bilden immer weniger Unternehmen junge Menschen aus. So ist der Anteil der ausbildenden Betriebe 2010 auf 22,5 Prozent gesunken (2009: 23,5 Prozent). Ausbildungsberechtigt waren 2009 immerhin 56,0 Prozent aller Betriebe. Letztlich bedeutet diese Entwicklung, dass immer weniger Unternehmen ihrer Verantwortung für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses nachkommen. Gerade deshalb bleibt ein fairer finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben auf der Tagesordnung, die Forderung nach einer Ausbildungsumlage aktuell. Die Betriebe die nicht ausbilden, sollen sich in angemessener Weise finanziell an der gemeinschaftlichen Organisation von Ausbildung beteiligen.

• Die Förderungen von Überbetrieblicher Ausbildung und Ausbildungskooperationen kann eine Möglichkeit sein es gerade auch kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Wir wollen Konzepte entwickeln, um solche Ausbildungsmodelle finanziell wie organisatorisch zu fördern.

Leider gibt es immer noch viele Unternehmen, die Auszubildende als billige Arbeitskräfte sehen und den in den Ausbildungsordnungen geforderten Ausbildungsinhalten bei weitem nicht gerecht werden. Gerade in Betrieben in denen auch die Interessensvertretung der Auszubildenden nicht ausreichend gewährleistet ist, werden Ausbildungsinhalte häufig unzureichend oder nur teilweise vermittelt, werden ausbildungsfremde Tätigkeiten angeordnet und kommt es oft zu Verletzungen der Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Wir fordern deshalb auch eine Qualitätsoffensive in der beruflichen Bildung:

• Um dem entgegenzutreten bedarf es einer besseren Qualitätssicherung der Ausbildung und damit einer engmaschigeren Kontrolle der Ausbildungsbetriebe. Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammern (HWK) und Berufskammern sollen diese Aufgabe erfüllen. Wir wollen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie gut dieses System funktioniert und wie Verbesserungen erreicht werden können.

• Einer grundsätzlichen Verkürzung der Ausbildungsdauer von 3,5 Jahre auf generell 3 Jahre und der vermehrten Einführung von 2-Jährigen Ausbildungen stehen wir ablehnend gegenüber. Gerade in den neuen 2-jährigen Ausbildungsgängen findet eine Fokussierung auf einige Tätigkeiten statt, die den Zielen einer breit angelegten Ausbildung entgegen steht.

- 400 ● Berufsschulen müssen als zentrale Lernorte für Auszubildende gestärkt werden. Deshalb fordern wir die bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulstandorte. Gerade auch grundlegende Bildung und gesellschaftspolitische Angebote müssen neben hochwertigem fachlichem Unterricht gefördert werden. Die Auszubildenden müssen auch in den Berufsschulen mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Weiterhin sollen die Berufsschulen stärker als bisher in die Erstellung der Ausbildungsordnungen und die konkrete Ausgestaltung der Ausbildungspläne mit einbezogen werden.
- 405 ● Wir wollen die Mitbestimmung von Auszubildenden und jungen ArbeitnehmerInnen in Betrieb und Ausbildung stärken. Daher fordern wir die Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Gemeinsam mit dem Betriebsrat ist sie die Interessenvertretung der Jugendlichen und Auszubildenden. Wir wollen die JAV stärken. In Fragen, die die Ausbildung und Übernahme betreffen soll der JAV ein die Möglichkeit
- 410 eigenständiger Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eingeräumt werden. Ihre eigenständige Position soll auch gegenüber den Betriebsräten gestärkt werden. Darüber hinaus soll unabhängig der bestehenden Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden, dass neu gewählte Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen in ihrer ersten Amtszeit, auch ohne Zustimmung des Betriebsrats, das Recht auf mindestens zwei Wochen bezahlte
- 415 Freistellung haben, um Seminare zu besuchen, die zur Bewältigung ihrer täglichen Arbeit benötigt werden. Die Kostenübernahme muss geregelt werden.
- Das Jugendarbeitsschutzgesetz gewährleistet den besonderen Schutz minderjähriger Auszubildender. Das Gesetz, das in seiner Ursprungsform auf das Jahr 1956 zurück geht, soll
- 420 in seinen Bestimmungen und seiner Sprache modernisiert und verständlicher gestaltet werden. Allen Forderungen, an den Stellschrauben tägliche Arbeitszeit, Arbeitsstunden, Nacht- und Schichtarbeit, wöchentliche Arbeitszeit und Freizeitregelungen zu drehen, und den besonderen Schutz für junge Auszubildende und Jugendliche aufzuweichen, stehen wir ablehnend gegenüber. Ganz im Gegenteil brauchen wir die entschiedene Durchsetzung und
- 425 Kontrolle der Einhaltung der Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, dass oft genug verletzt oder gedehnt wird.
- Immer noch gibt es reale Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern bei gleichwertigen Tätigkeiten und die Schlechterstellung von übergehend „weiblichen“ Berufen. Man spricht von einem Gender Pay Gap von 23% Lohnunterschied. Die strukturellen Ungleichbehandlungen, sowie die Lohnunterschiede müssen überwunden werden, damit Chancengleichheit hergestellt werden kann. Auch in der Ausbildung kommt es nach wie vor zur konkreten wie strukturellen Benachteiligung von Frauen und Mädchen. Alle beruflichen Bildungsangebote müssen dahingehend überprüft werden.
- 435 Ein konkretes Teilproblem stellt das Thema Ausbildung mit Kind dar. Gerade junge Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten überhaupt einen Ausbildungsplatz zu erhalten oder den Ausbildungsalltag auf sich gestellt zu organisieren. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern in den Gewerkschaften konkrete Lösungskonzepte entwickeln. Ein Kind darf kein Ausschluss aus der Berufswelt herbeiführen. Ausreichende Kinderbetreuungsangebote gekoppelt an die Ausbildungsstätten können eine Möglichkeit sein. Bereits in berufsvorbereitenden Angeboten an den Schulen muss jungen Frauen und Männern eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten am besten in verschiedenen, auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren. Betriebliche Realitäten,
- 440 die durch die Dominanz eines Geschlechtes geprägt sind, verschrecken junge Frauen wie
- 445

auch junge Männer oft. Hier muss gegengesteuert werden.

450 Wer aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund stammt, hat es bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oft besonders schwer. Die Bewerberbefragung 2006 der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt: Nur 29 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in den vorangegangenen 15 Monaten auf Lehrstellensuche waren, hatten Erfolg. Bei den Jugendliche ohne Migrationsgeschichte konnten im gleichen Zeitraum immerhin 40 Prozent eine Berufsausbildung aufnehmen.

455 Das schlechte Abschneiden im Bewerbungsverfahren hat Konsequenzen: Fast jedeR dritte BewerberIn aus einer Zuwandererfamilie landet zunächst in einem Übergangsprogramm, rund jedeR fünfte ist arbeitslos oder jobbt. Im Alter von 25 bis 35 hatten 2005 vier von zehn MigrantInKindern keinen Berufsabschluss. Immer wieder kann beobachtet werden, dass
460 Jugendliche mit Migrationshintergrund ungeachtet ihrer Qualifikation oft vorzeitig bei der Bewerberauswahl aussortiert werden. MigrantInnen werden in Deutschland somit bei der Ausbildungssuche häufig aus fremdenfeindlichen Beweggründen und Vorurteilen benachteiligt und diskriminiert. Dagegen vorzugehen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die Benachteiligung zu vermindern, müssen frühzeitig Bewerbungstrainings in
465 den Schulen angeboten, die Berufsorientierung gefördert und das Absolvieren von Praktika unterstützt werden. Personalverantwortliche sollten für ethnisch und kulturell neutrale Auswahlverfahren sensibilisiert werden. Wir fordern darüber hinaus die Einführung einer Zielquote im öffentlichen Dienst für Beschäftigte mit Migrationshintergrund und eine umfassende Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen auch im
470 Rahmen der Vereinheitlichung durch den EQF und seine nationalen Anwendungen. Bei Nichteinhalten der Zielquote sind Arbeitgeber_innen im öffentlichen Dienst verpflichtet, Instrumente einzusetzen, die den Zugang zum Bewerbungsverfahren für Bewerber_innen mit Migrationshintergrund gezielt fördert. Darüber hinaus müssen MigrantInnen verstärkt in Führungspositionen befördert werden

475

Schluss mit der Jugendarbeitslosigkeit

Im europäischen Vergleich mag die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland zwar auf den ersten Blick gering sein. Die angeblich positiven Daten täuschen aber aus zwei Gründen.
480 Erstens werden alle jungen Menschen, die sich im so genannten Übergangssystem befinden, aus der Statistik heraus genommen. Und zweitens steigt mit dem Sinken der Jugendarbeitslosigkeit die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse an. Die geringere Arbeitslosigkeit wird also mit perspektivlosen und schlecht bezahlten Jobs erkaufte. Wir JUSOS stehen aber dafür ein, dass auch junge Menschen ein Recht auf gute Arbeit haben. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was gute Arbeit schafft. Junge Menschen können aus den unterschiedlichsten Gründen von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Es kann deshalb auch nicht ein Instrument geben, um das Problem aus der Welt zu schaffen. Grundsätzlich gilt aber: Das beste Mittel gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit ist eine Beschäftigungspolitik, die auf ein
485 qualitatives wirtschaftliches Wachstum setzt. Wer Ideen wie einer Postwachstumsgesellschaft anhängt, handelt letztlich gegen die Interessen junger Menschen. Denn es sind immer junge und schlechter gebildete Menschen, insbesondere auch junge MigrantInnen die in konjunkturellen Krisen als erstes von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wer aber behauptet, nur mit einer wachstumsorientierten Vollbeschäftigungspolitik das Problem von Jugendarbeitslosigkeit lösen zu können, greift auch zu kurz. Vielmehr muss
490 auch das gesamte arbeitsmarktpolitische Instrumentarium genutzt und weiterentwickelt

495

werden:

- 500 • Wir müssen ein Recht auf einen ersten Schulabschluss kostenlos garantieren. Noch immer verlassen pro Jahr bis zu zehn Prozent der jungen Menschen die Schule ohne Abschluss. Dazu muss auf der einen Seite das Schulsystem verbessert werden. Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch ein garantiertes Recht, einen Schulabschluss nachzuholen.
- 505 • Wir fordern die Einführung der Arbeitsversicherung, in der wir systematisch Aspekte der Bildungs- und Arbeitsförderung integrieren. Unser Ziel ist klar: Phasen von Arbeitslosigkeit werden mehr und mehr zur Normalität und müssen auch kein Unglück sein, sondern können als Phasen der (Neu-) Orientierung genutzt werden. Das muss auch die Arbeitsversicherung berücksichtigen. Wir wollen sogar den Anspruch auf solche beruflichen Auszeiten garantieren. Auch wer sich irgendwann in seinem Leben noch einmal neu orientieren möchte, 510 soll dies tun können.

Für einen besseren Berufseinstieg und gerecht gestaltete Arbeitsbedingungen

515 Nach Ausbildung oder Studium ist den meisten jungen Menschen der Einstieg in ein unbefristetes vernünftig bezahltes Vollzeitarbeitsverhältnis versperrt. Die meisten jungen Menschen wünschen sich aber genau das. Sie wollen gute Arbeit, von der sie leben können und die eine gewisse Sicherheit mit sich bringt. Stattdessen sind atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse mehr und mehr die Realität. Sei es das un- oder schlecht bezahlte Praktikum, das Traineeprogramm oder Volontariat ohne sichere Anschlussperspektive, 520 Leiharbeit, Minijobs oder ein befristeter Arbeitsvertrag – selten gelingt jungen Menschen ein Berufseinstieg nach ihren Wünschen. Das ist zum einen ein Verlust von Lebensqualität, zum anderen aber auch ein gesamtgesellschaftliches Problem: Klagen darüber, dass immer weniger junge Menschen Kinder haben wollen, werden häufig erhoben – die politischen Konsequenzen daraus aber nicht gezogen. Dabei ist klar: Für die Verbesserung der 525 Arbeitsbedingungen sind nicht nur die Politik, sondern auch die Tarifparteien zuständig. Die Politik muss aber ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehören:

- 530 • Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro um damit den Niedriglohnsektor wirksam einzudämmen.
- Die Regulierung der Leiharbeit, um zu verhindern, dass systematisch feste Arbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt werden. Dazu gehört nicht nur die Durchsetzung des Equal-Pay-Grundsatzes, sondern zusätzlich die Einführung einer Flexibilitätsprämie ähnlich dem französischen Modell (10 Prozent Zuschlag) für LeiharbeiterInnen, die 535 Wiedereinführung des Synchronisationsverbots, eine enge zeitliche Befristung von Leiharbeit sowie gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten für LeiharbeiterInnen.
- Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Es mag eine Menge Gründe geben, ein Arbeitsverhältnis zu befristen. Eine sachgrundlose Befristung ist aber nichts anderes als die 540 Umgehung des Kündigungsschutzes.
- Praktika können dazu dienen, berufliche Orientierung zu gewinnen. Sie dürfen aber kein Instrument zur Ausbeutung von jungen Beschäftigten sein. Deshalb fordern wir eine Befristung von Praktika auf maximal drei Monate, einen Anspruch auf eine 545 Praktikumsvergütung in der Höhe von mindestens 500 Euro pro Monat auf Basis einer 35-

Stunden-Woche, sowie ein Praktikumszeugnis.

550 • Lernverhältnisse wie Traineeprogramme oder Volontariate nach einer abgeschlossenen Ausbildung oder Studium können im Einzelfall dazu dienen, auf ein konkretes Berufsfeld besser vorbereitet zu werden. Gleichzeitig handelt es sich aber in der Regel um bereits hoch qualifiziertes Personal. Wir fordern deshalb eine enge rechtliche Beschränkung dieser Lernverhältnisse mit entsprechenden Mindestanforderungen. Dazu gehören etwa eine angemessene Vergütung, ein detaillierter Lernplan sowie eine enge zeitliche Befristung.

555 • Bewerbungsverfahren sind entsprechend der Zielrichtung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes anonymisiert durchzuführen, damit BewerberInnen nicht von vornherein wegen ihres Geschlechts oder eines Migrationshintergrundes von Vorstellungsgesprächen ausgeschlossen werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat die Wirksamkeit dieses Bewerbungsverfahrens im 560 April 2012 bestätigt.

• AsylbewerberInnen und geduldete Personen müssen eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die aktuellen Regelungen ermöglichen keinen gelungen Einstieg ins Arbeitsleben, sondern 565 schaffen weitere Hürden.

• Es Weiteren muss ein inklusiver und offener Arbeitsmarkt geschaffen werden, damit Menschen, mit Beeinträchtigung nicht in Werkstätten versauern und ihre Fähigkeiten verloren gehen. Auch sie müssen die Chance bekommen ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. 570

• Schaffung eines inklusiven und offenen Arbeitsmarktes, indem alle Menschen die gleichen Chancen haben. Daher müssen alle Barrieren beseitigt werden und private Unternehmen mehr in die Verantwortung gezogen werden. Werkstätten sind keine Alternative zum 575 Arbeitsmarkt.

• Die Arbeitswelt ist eine vernetzte Welt. Das macht sie an vielen Stellen zwar komfortabler, aber eine solche Entwicklung kann für ArbeitnehmerInnen auch belastend sein, wenn von ihnen ständige Erreichbarkeit verlangt wird und auch im Urlaub das Handy nicht ausgeschaltet bleiben kann. Wir Jusos sehen Staat und Gewerkschaften in der Pflicht, hier für Regeln zu sorgen. 580

Der Bundesfreiwilligendienst: Nur unter bestimmten Voraussetzungen

585 Wir Jusos wollen, dass sich Menschen in die Gesellschaft einbringen und sich engagieren. Deshalb halten wir die Idee, dass Menschen einen gewissen Lebensabschnitt mit einem solchen sozialen Engagement verbringen grundsätzlich für richtig. Ein solches freiwilliges Jahr ist zudem für viele Menschen auch eine Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen und einen persönlichen Übergang von einer Lebensphase in die nächste zu überbrücken. So 590 werden mehr Möglichkeiten zur Gestaltung des Lebens eröffnet. Wir begrüßen deshalb grundsätzlich den einen staatlich geförderten Freiwilligendienst. Dabei darf aber keine unübersichtliche Bürokratie entstehen. Deshalb müssen hier die bestehenden Länder- und Bundesprogramme zusammengeführt werden. Wir sind uns aber auch der großen Gefahr des Bundesfreiwilligendienstes bewusst: Die Verdrängung von normalen Erwerbsarbeitsplätzen. 595 Wir teilen hier die Sorge der Gewerkschaften, dass viele Unternehmen, Verbände oder Institutionen auf Freiwillige zurückgreifen anstatt normale Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen.

Wir fordern die Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bereits bestehenden Strukturen der Freiwilligendienste, wie zum Beispiel das FSJ oder das FÖJ. Es sollten bei einem staatlich geförderten Engagementangebot keine konkurrierenden Strukturen aufgebaut werden

Gesundheit als Grundvoraussetzung

Die Frage einer ausreichenden Sicherung im Krankheitsfall betrifft alle jungen Menschen unmittelbar. Mit der Bürger_innenversicherung hat die SPD eine gute Alternative zur Kopfpauschale und ungerechter Regierungspolitik vorgelegt. Aber gerade im jugendpolitischen Bereich sehen wir kurzfristig großen Handlungsbedarf.

Die Familienversicherung darf nicht mit dem 25. Lebensjahr auslaufen. Sie muss bis Erreichen des Masterabschlusses oder endgültigem Abschließen der Berufsausbildung Bestand haben.

Die meisten jungen Menschen sind in der gesetzlichen Krankenversicherung abgesichert. Vor allem für Studierende, die zunächst über ihre Eltern privat versichert sind, ist der Weg in die GKV aber unmöglich, wenn sie nach dem Studium kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Sie müssen sich dann teuer privat versichern. Deshalb ist unsere Idee der BürgerInnenversicherung mit einem erleichterten Weg in die GKV zukunftsweisend.

Wir müssen darüber hinaus aber auch über den Leistungskatalog nachdenken. In den vergangenen Jahren wurden etliche Leistungen gekürzt oder gestrichen, was gerade jüngere Menschen mit niedrigen Einkommen zum Teil zu erheblichen Eigenleistungen verpflichtet. Wir fordern deshalb eine Überprüfung des Leistungskatalogs in Hinblick auf die Belastungen junger Menschen.

Vorsorgeuntersuchungen dürfen nicht altersgebunden sein. Krebs- und alle anderen empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen müssen allen Menschen, egal welchen Alters, kostenfrei zur Verfügung stehen und auch bekannt gemacht werden.

Auch Ernährung und Sport gehören zur Gesundheitspolitik dazu. Neben Kochunterricht auf den weiterführenden Schulen fordern wir schon im Kindergarten und der Grundschule flächendeckende Ernährungskunde und einen ausgewogenen Sportunterricht. Dabei spielen auch die Erziehungsberechtigten eine wichtige Rolle, da gesunde Ernährung und Sport nicht am Schultor enden, sondern müssen auch zu Hause und in der Freizeit weiter gefördert und unterstützt werden.

Stress und Leistungsdruck sind während der gesamten Schullaufbahn und auch in Studium und Ausbildung ein Problem. Beratungs- und Hilfsangebote im Bereich der Prävention und der Psychologischen Betreuung müssen ausgebaut und weiter bekannt gemacht werden. Auch hier gilt: Aufklärung über die Angebote und ihre Erreichbarkeit und kostenlose Nutzung sind zentrale Erfolgsfaktoren einer guten Präventions- und Gesundheitspolitik.

Drogenpolitik: Gegen Kriminalisierung, für Aufklärung

Wir Jusos setzen uns für eine Legalisierung aller Cannabisprodukte, sowohl für den medizinischen, als auch den privaten Bereich ein. Durch ein Verbot von Cannabis ist kein

Rückgang des Konsums sichtbar, die KonsumentInnen werden aber in die Illegalität getrieben. Auch aus gesundheitlicher Sicht eine Andersbehandlung als Tabak oder Alkohol nicht nachvollziehbar.

650

Cannabis wird immer noch als Einstiegsdroge angesehen und eine Legalisierung hat den angeblichen Effekt, dass der Konsum sprunghaft ansteigt. Zahlen aus den Niederlanden beweisen das Gegenteil. Der Anteil der kiffenden Jugendlichen ist im EU-weiten Vergleich am geringsten.

655

Oft sind KonsumentInnen im Unklaren darüber, was sie kaufen, da der Verkauf keinerlei Kontrolle unterliegt. Nicht alle, die Cannabis verkaufen sind Panscher, aber oft kommt es zu „gestreckten“ Gras, was für die Konsumierenden hochgefährlich sein kann.

660

Findet der Handel in der Illegalität statt, gibt es kein „Vertragsrecht“. Es gilt „das Recht des/der Stärkeren und somit eine Situation, die für uns nicht hinnehmbar ist, da es zu unkontrolliertem Handel und gefährlichen Situationen kommen kann.

665

Dieser Markt muss reguliert werden! Die KonsumentInnen werden nicht in die Illegalität geschoben und ein wirklicher KonsumentInnenschutz ist möglich. Durch so generierbare Steuereinnahmen und wegfallende Kosten für Strafverfolgung kann mehr Geld in Prävention und Drogenaufklärung investiert werden.

Mehr Freiräume und Freizeitangebote für junge Menschen

670

Zu den Lebenswelten junger Menschen gehören sowohl Schule und Arbeit, als auch Freizeit und Familie. Das Ziel unserer Politik ist es nicht, den Menschen Freizeitgestaltung aufzuzwingen, sondern ihnen die Chance zu geben, vielfältige Angebote möglichst niedrigschwellig zu nutzen, aber auch selbst zu schaffen und zu gestalten. Derzeit befinden sich jedoch viele Orte und Angebote für junge Menschen jedoch in schwierigen Situationen. Knappe kommunale Kassen sowie Verdrängungsprozesse wirken sich häufig zuerst auf die Angebote für junge Menschen aus. Ebenso brachte die von Schwarz-Gelb eingeführte Extremismusklausel viele Angebote in Bedrängnis, da, ganz abgesehen von der abzulehnenden Grundintention, deren Bedingungen für Fördermittel große Schwierigkeiten bereiteten und Engagement für Demokratie und Gemeinsinn erschwerten. Hierin besteht aber eine große Gefahr. Gelingt es der Gesellschaft nämlich nicht, die richtigen Angebote zu schaffen, machen es die, die es nicht sollen: die Nazis. Durch ihre Angebote locken sie junge Menschen, verbreiten ihre menschenverachtenden Thesen und gefährden somit unsere Gesellschaft. Da unser ganzes Gesellschaftssystem und speziell unser jungsozialistisches Verständnis von Antifaschismus und Menschlichkeit geprägt ist, braucht es eine andere Politik. Denn Freizeit ist auch immer ein Ort des sozialen Austausches und Zusammenkommens von Menschen. Räume und Angebote, die niemanden ausgrenzen, sind so auch immer Räume, die frei sind von Sexismus, Homophobie, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung im Allgemeinen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft – Wir wollen Räume, die allen offen stehen. Das heißt für uns: Jugendtreffs und selbstverwaltete Zentren Damit sich Jugendliche frei entfalten können, muss ein breitgefächertes Angebot an Jugendtreffs gewährleistet werden. Es reicht nicht, nur ein Haus am Stadtrand zu haben. Es braucht nutzbare Räume möglichst zentral zu schaffen. Auch die Ausstattung muss modernen Ansprüchen genügen.

695

Jugendtreffs und selbstverwaltete Zentren

700 Um sich frei entfalten zu können, muss ein breitgefächertes Angebot an Jugendtreffs gewährleistet werden. Dabei reicht es nicht, nur ein Haus am Stadtrand zu haben, sondern nutzbare Räume möglichst zentral zu schaffen. Auch die Ausstattung muss modernen Ansprüchen genügen.

705 Junge Menschen müssen in die Gestaltung der Räume mit einbezogen werden. Sie müssen Freiräume zur Selbstgestaltung haben. Sie sollen Verantwortung übernehmen und sich frei von Verboten ausleben können. Bürokratische Hürden sind zurück zu fahren und die selbstverwaltete Jugendarbeit zu stärken. Wo SozialarbeiterInnen vor Ort sind, muss das Ziel Unterstützung und Hilfe bei der Entfaltung junger Menschen sein. Es braucht also sowohl selbstverwaltete Jugendzentren, als auch solche mit pädagogischer Begleitung im Sinne der
710 Jugendhilfe. Sie müssen kommunale Pflichtaufgabe sein. Dafür müssen Jugendzentren finanziell auf stabile Beine gestellt werden. Sie dürfen nicht auf Grund von Schuldenbremsen oder fehlgeleiteter Finanzpolitik gekürzt werden.

Kultur und Freizeit

715 Der öffentliche Raum muss allen Jugendlichen zur Verfügung stehen. Sie müssen ihn nutzen können. Es gilt der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes entgegenzuwirken und den öffentlichen Raum nicht in private Hände zu geben. Wir wenden uns gegen die Verdrängung junger Menschen aus dem öffentlichen Raum und Versuche, Freizeitverhalten durch
720 repressive Maßnahmen (wie allgemeine Aufenthaltsverbote oder allgemeine Alkoholverbote im öffentlichen Raum) zu unterbinden. Es ist Aufgabe der Politik, entstehende Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu moderieren, ohne sich einseitig zugunsten einer Seite zu positionieren. Eine moderierende Politik ermöglicht, dass im Dialog zwischen gleichberechtigten PartnerInnen Lösungen gefunden werden.

725 Vor Ort müssen Kommunen die nötigen Gelder für den Erhalt öffentlicher Freizeitangebote haben. Ein Auspielen von Bibliothek gegen Theater oder Schwimmbad gegen Kulturzentrum darf es nicht geben. Öffentliche Angebote müssen für die Breite der Bevölkerung zugänglich sein. Der Zugang muss also für Jugendliche auch kostenfrei – und
730 somit für alle – möglich sein.

Öffentliche Freizeitangebote müssen auch auf die Veränderung der Lebensrealitäten Rücksicht nehmen. Auch Clubs spielen eine bedeutende Rolle. Eine Verdrängung von Clubkultur aus ganzen Städten ist kein Privatproblem, sondern eine bedeutende
735 Herausforderung der Jugendpolitik. Bei Angeboten für das Lebensumfeld muss aber auch berücksichtigt werden, dass nicht alle immer einen tieferen Hintergrund bei ihrer Freizeitgestaltung wollen. Es bedarf also auch einfacher Möglichkeiten zur reinen Nutzung/zum reinen Konsum.

740 Es ist deshalb notwendig, dass junge Kultur und Infrastruktur kommunale Pflichtaufgabe wird! Von Bundesebene her brauchen wir einen Bundesjugendkulturfond, bei dem sich Projekte, Einrichtungen, Kommunen und einzelne Gruppen auf Förderung bewerben können.

745 Wir fordern zudem ein Ende jeglicher Diskriminierung von jungen MigrantInnen bei ihrem Freizeitverhalten. Dies betrifft ganz besondere Clubs, die ihre Gäste „selektieren“ und dabei besonders oft junge MigrantInnen diskriminieren. Hier muss es Anti-Diskriminierungsstellen

geben, an die sich Betroffene wenden können und die dann gegen ein solches Verhalten von ClubbesitzerInnen vorgehen.

750 Zudem fordern wir die Abschaffung der sog. „Extremismusklausel“, weil sie ehrenamtliches Engagement diskriminiert. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Nazis. Für die Lebensrealität von Jugendlichen ist es deshalb wichtig, dass es eine stärkere öffentliche Förderung von antifaschistischen Projekten gibt. Die Zivilgesellschaft darf nicht daran gehindert, sondern muss darin bestärkt werden, entschlossen gegen Nazis vorzugehen.

755

Gutes Wohnen für Alle

Wohnen muss lebenswert bleiben! Wohnraum muss nachhaltig geplant werden, bezahlbar sein und ein lebenswertes Leben ermöglichen. Es darf nicht davon abhängen, wie viel Geld man hat, ob man sich das Leben in einer Stadt, allen voran eine Wohnung dort, leisten kann. 760 Das Ziel unserer Politik ist es daher die Idee einer Stadt für alle. Wir brauchen hierfür gemischte Wohnquartiere. Diese gilt es zu erhalten und zu schaffen. Räumliche Abgrenzung und soziale Entmischung widerspricht unserem Leitbild einer heterogenen Stadt, die geprägt ist durch die Vielfalt und Verschiedenheit der Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten. 765 Unser Ziel ist die Schaffung einer ausgewogenen Mischung zwischen allen verschiedenen Einkommensgruppen, sozialen und kulturellen Hintergründen und der Vielfalt der Lebenssituationen und Lebensentwürfe, die die Stadt prägen. Das heißt für uns, dass Verdrängungsprozesse bekämpft werden müssen, da nur durch ein Miteinander eine solidarische Gesellschaft entstehen kann. Voraussetzung dafür ist: Öffentliche Träger müssen 770 für genügend Wohnraum sorgen und ihn allen, die ihn benötigen, zugänglich machen. Sozialer Wohnungsbau muss vorangetrieben werden und nicht verringert und privatisiert werden. Bausatzungen müssen flächendeckenden Luxussanierungen ganzer Stadtteile einen Riegel vorschieben!

775 Bund und Länder sind beim sozialen Wohnungsbau in der Verantwortung. Sie müssen die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit die Kommunen und Genossenschaften sozial gerechtes Wohnen überall ermöglichen können und überall dort, wo Menschen wohnen wollen, auch preiswerter Wohnraum existiert. Hierfür muss auch das Modell der Wohnungsbaugenossenschaften neu belebt werden, da diese fern von Renditezielen wirtschaften. Der Bund darf zudem seine Flächen nicht mehr meistbietend verkaufen. Er 780 muss gerade Kommunen mit Wohnungsnot entsprechende Flächen kostenlos für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Auf Bundesebene muss das Mietrecht reformiert werden. Es muss Renditewahnsinn und Preistrieb im Wohnungsmarkt Grenzen setzen. Fortschreitende soziale Entmischung der Städte muss wirkungsvoll bekämpft werden. 785 Dem gegenüber gilt es in der Stadtplanung mehr auf inklusive und alternative Wohnformen zu setzen.

Die Kommunen müssen mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung handeln. Neben der sozialen Wohnungsbauförderung soll auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau 790 kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften vergünstigte Kredite für die Schaffung von Wohnraum zur Verfügung stellen. Kommunen müssen aber auch in ihrem eigenen Handlungsspielraum tätig werden. Neue Wege bei Belegungsbindungen aber auch Konzeptausschreibungen sind mögliche Wege. So können neben reinen formalen Vorgaben auch inhaltliche Aspekte bei Ausschreibungen eine Rolle spielen. Wer soziale und 795 innovative Aspekte mit einbringt, kann so schon von vornherein Renditeorientierung ausstechen. Ebenso müssen Kommunen wie in Hamburg und München durch ihre Satzungen

Investoren dazu verpflichtet, einen gewissen Anteil sozialen Wohnraums zu schaffen und die Kosten der nötigen Infrastruktur, wie Kita- und Schulgebäude, mitzutragen.

800 Auf kommunaler Ebene müssen auch Mietspiegel erarbeitet werden, die dem Preistrieb bei Mieten Grenzen setzen. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür müssen so angepasst werden, dass dies ihr Hauptzweck wird und nicht das Gegenteil eintritt. Auch alternative Wohn- und Bauprojekte haben ihre Daseinsberechtigung. Es müssen jedoch Voraussetzungen bestehen, in denen selbstverwaltetes und alternatives Wohnen neu
805 entstehen kann. Das Verkommenlassen von Gebäuden statt eine Nutzung durch die Allgemeinheit, ist daher keine nachhaltige Planung. Entsprechende Gebäude müssen für alternative Wohnprojekte nutzbar sein. Ebenso müssen Grundstücke auch kleinteilig angeboten werden, damit Baugemeinschaften zum Zuge kommen können. Gerade für junge Menschen gibt es aber auch spezifische Hürden. Kautionen und Maklerprovisionen sind für
810 junge Menschen oft nicht bezahlbar. Ebenso sind Bürgschaftserklärungen der Eltern ein Widerspruch zum Weg in ein eigenständiges Leben. Hier brauchen wir rechtliche Regelungen, die dem Einhalt gebieten! Darüber hinaus müssen Wohngemeinschaften endlich von allen VermieterInnen als normal akzeptiert werden. Die Erwartung, es über 20 Jahre mit der gleichen Mietpartei zu tun zu haben, ist nicht zeitgemäß. Für Studierende und Azubis ist
815 ein Rechtsanspruch auf einen Wohnheimplatz einzuführen. Zu dessen Verwirklichung müssen die Studierendenwerke und kommunalen Wohnungsunternehmen schnellstmöglich finanzielle Mittel für den Wohnraumbau zur Verfügung gestellt bekommen. Auch Azubis müssen diese Wohnungen offen stehen. Es wird deutlich: Auf allen Ebenen der Politik muss Sozialdemokratie für eine soziale wohnungspolitische Stadtplanung eintreten. Wir wollen
820 weiter die Möglichkeit schaffen, mögliche Diskriminierungen bei der Wohnungssuche zu melden.

Mobilität für alle

825 Nicht alle Angebote und Wünsche können vor Ort realisiert werden. Umso wichtiger ist es, die Erreichbarkeit von alternativen Angeboten zu gewährleisten. Hier spielt der ÖPNV eine zentrale Rolle.

Der ÖPNV ist der tägliche Ersatz für Autos, für Jugendliche unter 18 ist er oft die einzige
830 Möglichkeit zur Mobilität. Große Teile unserer Generation sind auf ihn angewiesen und nutzen ihn täglich. Gute Verbindungen müssen flächendeckend gewährleistet werden. Auch nachts muss es Angebote geben. Gerade im Ländlichen Raum ist eine regelmäßige ÖPNV Anbindung aktuell nicht gegeben muss aber dringend eingerichtet und gewährleistet werden. Aus all diesen Gründen muss mehr in den Ausbau von ÖPNV investiert werden.

835 Zusätzlich muss die Nutzung von Umweltschonender Mobilität gefördert werden. Dazu gehört neben dem Ausbau von Fahrradwegen auch die Förderung von Car- und Bike-Sharing.

840 Gleichzeitig muss der ÖPNV bezahlbarer werden. Die oft sehr teuren Tickets und komplizierten Tarifsysteme führen dazu, dass viele lieber das Auto statt den Bus nehmen. Wir fordern daher insbesondere für Jugendliche, aber auch andere Bevölkerungsgruppen bezahlbare Zeitfahrkarten wie Semestertickets nach dem Solidarmodell, Auszubildenden- und SchülerInnentickets und allgemeine Sozialtickets.

845 Der ÖPNV ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss stärker gestützt

werden!

850 Für den überregionalen Personenverkehr muss ein gleicher Grundsatz gelten. Die Deutsche
Bahn als Staatskonzern muss auch endlich wieder der Allgemeinheit dienen. Eine
Privatisierung der Bahn muss endgültig ad acta gelegt werden. Die Rentabilität von Strecken
darf nicht oberste Maßgabe sein. Es muss günstiger sein, für lange Strecken den Zug zu
nehmen, als das Auto. Deshalb müssen hier die Preise massiv gesenkt werden. Es müssen
Angebote geschaffen werden, um Jugendliche und junge Erwachsene an das Verkehrsmittel
855 Bahn heranzuführen. In vielen Europäischen Ländern erhalten Menschen unter 26 Jahren
einen Rabatt auf Bahnfahrkarten, beispielsweise 20% in Spanien. Dies macht auch längere
Bahnfahrten für junge Menschen erschwinglich und schafft eine langfristige Bindung an die
Bahn als Reiseverkehrsmittel

860 Viele Kommunen und Dörfer sind so klein, dass es schwer bis unmöglich ist diese an das
ÖPNV-Netz anzubinden. Auch dort leben junge Menschen, für die ein Führerschein leider
nach wie vor die einzige Möglichkeit zu Mobilität ist. Ein Führerschein bedeutet hier Freiheit
und die Möglichkeit zur Teilhabe an Kulturangeboten. Einen Führerschein zu machen ist
jedoch sehr teuer und für viele dieser jungen Menschen ist es sehr schwer finanzielle Mittel
865 dafür aufzubringen. Wir wollen deshalb, dass der Theorieunterricht für einen Führerschein in
Schulen und Berufsschulen abgehalten wird. Außerdem muss es – je nach der
Angebundenheit einer Region an den öffentlichen Personenverkehr – Zuschüsse auch für die
praktische Ausbildung geben.

870 **Mehr Demokratie wagen**

Junge Menschen müssen in Beteiligungsprozesse einbezogen werden und eine Würdigung
ihres Engagements erfahren. Sobald Orte betroffen sind, an denen sich junge Menschen
aufhalten, müssen diese auch vor Entscheidungen einbezogen werden. Denn sie sind
875 ExpertInnen in eigener Sache.

Sie müssen sich Freiräume schaffen und bestehende nutzen können. Jugendliche müssen
konkrete Vorschläge erarbeiten können und diese gleichwertig in die Diskussionen
einbringen dürfen. Öffentliche Räume müssen ihrem Namen gerecht werden und auch
880 transparent verwaltet werden!

Mitbestimmung von Jugendlichen muss vor Ort ausgestaltet werden und von den jungen
Menschen selbst kommen. Jugendbeteiligung ist keine Erziehungsaufgabe und muss immer
bedingungsfrei sein. Dafür braucht sie alle Unterstützung von Seiten der Verwaltung und
885 politischen Entscheidungsträgern. Und besonders Schule sollte ein Ort sein, bei dem
demokratische Jugendbeteiligung auch als Bildungsauftrag verstanden wird und konsequent
auch in der Schule umgesetzt wird.

Jugendparlamente oder Jugendbeiräte sind Beispiele für Jugendbeteiligung vor Ort. Auch
890 hier ist wichtig, dass diese Instrumente nicht abschreckend wirken, weil sie zu formal und
bürokratisch gestaltet werden. Offene Jugendparlamente, bei denen jede und jeder zu dem
Thema kommen kann, das gerade interessiert, sind hier der richtige Weg. Eine Landesstelle
für Jugendbeteiligung kann als KontaktvermittlerIn, InputgeberIn und AnsprechpartnerIn
hilfreich sein wie das Beispiel Brandenburg zeigt. Mindestens ebenso sinnvoll ist jedoch die
895 dezentrale Sicherstellung von Anlaufstellen für die Beteiligung und Partizipation von
Kindern und Jugendlichen. Das bewährte Konzept der Kinder- und Jugendbüros ist hierfür

ein geeignetes Mittel. Als lokale Anlaufstellen bieten sie Kindern und Jugendlichen jeden Alters die Möglichkeit eine selbstbestimmte Form der Unterstützung für eigene Anliegen zu erhalten und fungieren als Scharnier zwischen Politik und Verwaltung einerseits sowie den Kindern und Jugendlichen andererseits. Kinder- und Jugendbüros sichern Grundstrukturen für Partizipation, auf die Modelle wie z.B. Kinder- und Jugendparlamente aufgebaut werden können.

Wichtig bei allen Formen der Jugendbeteiligung ist Freiwilligkeit und dass die AkteurInnen auf Augenhöhe miteinander sprechen. Denn Mitbestimmung ist keine Frage des Alters!

Wir wollen deshalb nicht nur mehr, sondern auch früher Demokratie wagen. Deshalb fordern wir das Wahlrecht schon ab 16, bei Wahlen auf allen Ebenen. Zudem fordern wir das Wahlrecht auf allen staatlichen Ebenen für MigrantInnen. Kurzfristig ist das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen einzuführen, für die anderen Ebenen müssen Grundgesetz und Landesverfassungen schnellstmöglich angepasst werden.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Freiwilliges Engagement ist wichtiger Teil einer Gesellschaft und wird dringend gebraucht. Vor allem im kommunalen Umfeld ist das Ehrenamt nicht mehr wegzudenken. Aber Engagement braucht auch gute Rahmenbedingungen. Ehrenamtlich Tätige sind MultiplikatorInnen und Vorbilder. Dazu braucht es aber natürlich auch Freiwilligkeit und Selbstbestimmung beim Ehrenamt. Zu starre Strukturen und Vorschriften oder gar Sanktionen verbieten sich in Zusammenhängen, in denen Menschen ihre Freizeit mit sozialem, sportlichem oder kulturellem Engagement verbringen. Ehrenamtliches Engagement darf staatliche Leistungen in der Daseinsvorsorge oder der Kultur nicht ersetzen, sondern sie nur ergänzen. Politik muss alles tun, um Ehrenamt zu ermöglichen und zu fördern.

Engagement unterstützen

Ehrenamt ist immer freiwillig und muss nach Kräften unterstützt werden. Allgemein ist es wichtig, dass die Ehrenamtlichen Gestaltungsmöglichkeiten haben und über entscheidende Themen wie Räumlichkeiten, finanzielle Ausstattung und personelle Ressourcen mitbestimmen können. Denn sie wissen am besten, was sie für ihre Arbeit vor Ort brauchen. Um das zu gewährleisten, müssen die Kommunen so ausfinanziert sein, dass Ehrenamt stattfinden kann und unterstützt wird.

Gerade bei Jugendlichen ist Zeit eine knappe Ressource. Sie sind in Schule und Studium stark eingebunden und stehen unter enormen Druck. Sie wollen sich trotzdem ehrenamtlich engagieren, deshalb müssen die Rahmenbedingungen entsprechend gegeben sein. Die flächendeckende Einführung des Teilzeitstudiums, die Abschaffung der Regelstudienzeit, die Anrechnung von ehrenamtlichem Engagement bei der Förderdauer von BaföG und ähnlichem können jungen Menschen bei der Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens behilflich sein. Auch zeitweise Freistellungen von Schule, Ausbildung oder Arbeit müssen ermöglicht werden, um punktuell zeitintensives Engagement realisieren zu können. Hier muss auch der Versicherungsschutz gewährleistet sein.

Anerkennung und Wertschätzung ist wichtig. Nonformale Bildung vermittelt nicht nur beruflich relevante Fähigkeiten und Kompetenzen, sondern auch solche, die einen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung leisten und aktive Bürgerschaft fördern. Beispiele hierfür sind

Teamfähigkeit, Selbstorganisation und Verantwortungsbewusstsein. Deshalb muss dieses als elementarer Bestandteil des Zusammenlebens wahrgenommen werden.

950 **Für ein freies Internet**

Ein Leben ohne Internet und Smartphone? Nicht nur für Jugendliche und junge Erwachsene ist das nicht mehr denkbar. Doch wo ein großer Teil unserer Kommunikation stattfindet, wo wir arbeiten, spielen, politisch diskutieren und unserer FreundInnen treffen, brauchen wir
955 Regeln. Deshalb gilt für unsere Netzpolitik: das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Genau wie wir eine Gesellschaft der Freien und Gleichen wollen, wollen wir auch ein Netz, in dem es nicht NutzerInnen unterschiedlicher Klassen gibt oder in dem ein Überwachungsstaat jeden Schritt in der digitalen Sphäre verfolgt. Das Prinzip unserer Netzpolitik ist der Ausgleich der Interessen zwischen NutzerInnen, BetreiberInnen, UrheberInnen und anderen
960 Akteuren im Netz. Bei der Beschränkung des Zugangs zum Netz jedoch ist unsere Position eindeutig: JedeR muss surfen dürfen!

Deshalb ist das Internet unserer Vorstellungen neutral, kennt also keine Prioritäten bei der Datenübertragung, in unserem Internet sind wir frei – nicht von Gesetzen, wohl aber von
965 Überwachung durch Unternehmen oder auch den Staat. Und unser Internet ist auf höchstem technischem Niveau für immer mehr Menschen zugänglich, weil der Staat in den Ausbau der Infrastruktur investiert – auch in ländlichen Gebieten. Wir fordern den kostenfreien Zugang zum Internet auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Gebäuden. In unserem Internet existiert eine zivilisierte Kultur des Austausches und der Kommunikation. Wir glauben nicht,
970 dass Jugendliche durch die Sperrung von bestimmten Inhalten den besten Jugendschutz bekommen, sondern indem sie in der Schule Medienkompetenzen vermittelt bekommen und so zu selbstbewussten NutzerInnen werden. Für uns Jusos haben Transparenz und der Zugang zu gesellschaftlicher Partizipation einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir einen Staat, dessen Institutionen und Prozesse offen und nachvollziehbar sind und BürgerInnen bei
975 der Entscheidungsfindung einschließen, wo immer möglich. Dazu gehört für uns auch das Open-Data-Prinzip, dessen schnelle Umsetzung wir auf allen staatlichen Ebenen fordern.

4. Mehr Möglichkeiten für alle – unser Weg

Für uns Jusos ist klar: Wir wollen mehr Möglichkeiten für alle jungen Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der junge Menschen wirklich frei und selbstbestimmt über ihren eigenen Lebensweg entscheiden können. Das widerspricht nicht dem Grundgedanken der Solidarität. Denn Freiheit und Solidarität bedingen einander. Wir fordern Solidarität mit jungen Menschen, wir fordern aber auch Solidarität von ihnen ein. Wir wollen keine
985 Verantwortungslosigkeit – junge Menschen können, sollen und müssen mitbestimmen, welchen Weg unsere Gesellschaft nimmt. Mit diesem Beschluss machen wir Jusos klar, was die Politik tun muss, um jungen Menschen mehr Möglichkeiten zu geben. Wir machen uns damit auf den Weg, unsere Forderungen auch einzufordern und umzusetzen. Wir fordern die SPD auf, diesem Projekt den notwendigen Raum im Regierungsprogramm zu geben. Wir
990 Jusos erkennen an, dass wir noch weiter innerhalb der Sozialdemokratie streiten müssen damit die SPD eine progressive Jugendpolitik durchsetzt, die sich an den Bedürfnissen junger Menschen ausrichtet. Und wir werden auch nach der Bundestagswahl dafür eintreten, dass unsere Vorschläge in die Tat umgesetzt werden. Damit 'mehr Möglichkeiten für alle' keine Idee bleibt, sondern Wirklichkeit wird.

Schulische Praktika stärken und verbessern!

Derzeit machen Schülerinnen und Schüler – abweichend je nach Schule, Schulform und Bundesland – in der gesamten Schulzeit ein zweiwöchiges Praktikum. Diese Praktika sind meist Betriebspraktika und sollen der Berufsorientierung dienen. Faktisch ist dies aber oft
5 nicht der Fall, denn verschiedene Probleme stellen sich den PraktikantInnen in den Weg und machen es daher nicht immer einfach, ein solches schulisches Praktikum abzuleisten:

Fehlende oder nicht ausreichende inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Praktika (keine konkrete didaktische Bearbeitung der Situation von Praktikantinnen und Praktikanten,
10 ungenügende Betreuung, Erkennung und Nutzung der im Praktikum gemachten Erfahrungen seitens der Schulfächer bzw. eine adäquate Einbindung in den Lernprozess findet nicht statt – das Praktikum als außerunterrichtliche Sonderveranstaltung ohne Anbindung).[1]

Die Betriebswahl kann die Berufswahl tiefgreifend und überproportional beeinflussen, da sich Betriebe im Nachhinein oft als ungeeignet erweisen. Bei einem einmaligen, zeitlich
15 stark begrenzten Praktikum können solche einzelnen negativen Erfahrungen nicht abgeschwächt oder als Einzelfallprobleme erkannt werden. [2]

Den Schülerinnen und Schülern mangelt es an Möglichkeiten fehlende Zukunftspläne unter fachkundiger Anleitung und im passenden Rahmen aufzuarbeiten. Gerade in Zeiten des „Turbo-Abiturs“, wenn Jugendliche unter oder mit knapp achtzehn Jahren auf den Abschluss ihrer schulischen Erstausbildung zusteuern, müssen ihnen Perspektiven aufgezeigt werden, ihnen Möglichkeiten zur Orientierung geboten werden. Das kann nicht in zwei oder gar in
20 nur einer Woche geleistet werden.

Die Schülerinnen und Schüler werden ohne eine von Kriterien geleitete Auswahl, nur um des Ableistens des Praktikums willen, auf alle Betriebe, die es im Einzugsgebiet der Schule gibt, verteilt.
25

Diese mannigfaltigen Probleme und Erschwernisse kreieren im Schulalltag ein negatives Bild von Schulpraktika: Schülerinnen und Schüler zeigen sich wenig überzeugt vom Konzept eines schulischen Praktikums oder kommen enttäuscht aus ihrem Praktikum zurück. Daher muss es an allen Schulformen verbesserte und längere Berufspraktika geben.
30

Neben Betriebspraktika müssen auch soziale, ökologische und kulturelle Praktika angeboten werden, um soziale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern und auch alternative Berufswege aufzuzeigen. Soziale Kompetenzen, Hinführung zum Ehrenamt, Informationen zu Freiwilligen Jahren des Engagements, das sollte Dreh- und Angelpunkt eines Gesellschaftspraktikums in Schulen sein. Flächendeckend werden
35 Gesellschaftspraktika nicht durchgeführt. Das sollte sich ändern! Hat man bei einem solchen Praktikum die Möglichkeit die Gesellschaft verantwortungsvoll mitzugestalten und sozial schwächer Gestellten zu helfen. Ein soziales Praktikum kann zu mehr Hilfsbereitschaft führen und das verantwortliche gesellschaftliche Zusammenleben sichern. Auch werden Hemmschwellen, Vorurteile und Berührungsängste abgebaut. Durch ein gesellschaftliches
40 Praktikum können verschiedene Fähigkeiten erworben werden und Eigenschaften der Praktikantinnen und Praktikanten werden gestärkt. So entwickeln diese ihre Persönlichkeit
45

weiter: Solidarität, Kooperation, Kommunikation und Engagement. Damit ein Praktikum realitätsnah ablaufen kann, ist eine angemessene Zeit und ein angemessener Rahmen nötig. Daher fordern wir gesellschaftliche Praktika in allen Schulen mit ausgiebiger Vor- und Nachbereitung. Die Gesellschaftspraktika sollten Kernstück eines schulischen Informationsprogramms zur Zeit nach der Schule sein. Ein Modell ist das so genannte Freiwillige Jahr. „Im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) arbeiten die Freiwilligen in sozialen Einrichtungen verschiedenster Art. Im Fokus des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) stehen Umwelt und Natur und wie der Mensch diese schützen kann. Das Freiwillige Jahr in der Denkmalpflege (FJD) widmet sich dem Erhalt des kulturellen und baulichen Erbes. Im Freiwilligen Sozialen Jahr im Politischen Leben (FJP) können junge Menschen Einblicke in politische Prozesse gewinnen und sich in diesem Feld erproben. Im Freiwilligen Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit (FJN) haben Jugendliche die Möglichkeit, Erfahrungen im naturwissenschaftlichen Bereich zu sammeln.“ [3]

Das durch das nordrhein-westfälische Landesministerium für Schule und Weiterbildung sowie durch die Bundesagentur für Arbeit finanzierte Projekt „Zukunft erfahren“ bietet u.a. das Modul Sozialpraktikum an. In diesem Modul können Schülerinnen und Schüler die genannten Fähigkeiten gewinnen. Allerdings ist dieses Modul für die Freizeit und auf Basis der Freiwilligkeit gedacht. [4]

Wir wollen, dass es nicht mehr von Geldern, Anträgen, Schulen oder Kommunen abhängig ist, ob eine Schülerin oder ein Schüler ein Gesellschaftspraktikum absolvieren kann. Auch sollten solche auf Freiwilligkeit und Interesse basierten Anliegen nicht in die Freizeit der Schülerinnen und Schüler gelegt werden, oder gar in die Ferien. Ort des Lernens, eines ganzheitlichen Lernens, ist die Schule. Schülerinnen und Schüler mussten in der Vergangenheit deutlich mehr von ihrer Freizeit in Schule und Lernen investieren. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten haben insbesondere darunter zu leiden, wie der 3. Freiwilligensurvey belegt: G8-SchülerInnen engagieren sich zu 41%, während G9-SchülerInnen zu 51% ehrenamtlich engagiert sind. Halbtags Schülerinnen und Halbtags Schüler zu 39% gegenüber 31% der Ganztags Schülerinnen und Ganztags Schülern. Dass Schülerinnen und Schüler ein so engen Zeitrahmen haben, muss nicht heißen, dass man wieder Halbtags Schulen einführen sollte, stattdessen sollte darüber nachgedacht werden, wie und ob Schulen für ein Engagement fördernd sein können. Die Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche erreicht werden können, an dem sie die sich bietenden Chancen und Möglichkeiten eines Berufs oder eines ehrenamtlichen Engagements im sozialen, politischen, kulturellen oder gesundheitlichen Bereich kennen lernen können. [5] Das gesellschaftliche Praktikum kann ein Baustein dafür sein.

Ergänzt werden sollten das Berufs- und das Sozialpraktikum nach Möglichkeit – eine Universität, eine Fachhochschule o.ä. in annehmbarer Entfernung und eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vorausgesetzt – durch ein bereits an vielen weiterführenden Schulen mit den Abschlüssen Fachhochschulreife und/oder Allgemeine Hochschulreife implementiertes „Praktikum“ in mindestens einem Studiengang der Wahl. Praktikum ist hier in dem Sinne zu verstehen, dass die Schülerinnen und Schüler innerhalb einiger Tage bis zu einer Woche einen Einblick in einen Studiengang bekommen, den sie sich persönlich zu dem Zeitpunkt für die eigene Zukunftsplanung vorstellen könnten. Neben dem Besuch von einführenden Vorlesungen, Vorträgen und Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) sollten auch direkte Gespräche mit Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten sowie Studentinnen und Studenten ermöglicht werden, um den Schülerinnen und Schülern Eindrücke und Erfahrungen „aus erster Hand“ zur Verfügung zu stellen. Außerdem

100 ist es wichtig, besonders hinsichtlich der Studienplanung mit den örtlichen Arbeitsagenturen zusammenzuarbeiten – dies gilt überdies für andere Formen des Praktikums selbstverständlich auch – um Berufschancen, Spezialisierungsfelder und Interessenschwerpunkte zu erörtern und klarer zu umreißen.

Es müssen bessere Bedingungen für schulische Praktika geschaffen werden, darunter fallen folgende Aspekte:

105 1. Alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland sollen während ihrer Schullaufbahn verpflichtend je ein Betriebspraktikum und ein Gesellschaftspraktikum gemacht haben.

110 2. Jede Schülerin und jeder Schüler muss bei 12 bzw. 13 Jahren Schule mindestens 6 Wochen, bei 10 Jahren Schule mindestens 4 Wochen Praktikum gemacht haben. Die Platzierung dieser verpflichtenden Praktika ist den Schulen freigestellt, sollte aber den Effekt der Berufsorientierung nicht verpassen Es ist ebenfalls freigestellt, ob mehr Praktika angeboten werden.

115 3. Die weiterführenden Schulen, die das Fachhochschulreife und/oder die Allgemeine Hochschulreife als Abschluss anbieten, sollten überdies die Kooperation mit Institutionen der universitären Bildung suchen. Eine Einbeziehung in das in Punkt sieben benannte Netzwerk würde dem Folge leisten. Die Kooperation sollte nach Möglichkeit der Schulen ein ergänzendes, freiwilliges „Praktikum“ für Schülerinnen und Schüler in mindestens einem Studiengang der Wahl ermöglichen. Die Durchführung dieses „Universitätspraktikum“
120 empfiehlt sich in der Sekundarstufe II.

125 4. Es muss eine fundierte Vor- und Nachbereitung innerhalb und außerhalb des Unterrichts geben. Die Fragestellungen zum Praktikum sollten an Interessen von Schülern geknüpft sein, aber wichtige Aspekte der Arbeitswelt bzw. gesellschaftlicher Themen nicht auslassen. Nach dem Praktikum muss jede Schülerin und jeder Schüler einen Bericht anfertigen, der das Praktikum auch auf Aspekte der Berufsorientierung und/oder des sozialen Engagements hin reflektiert und dieser muss von den Lehrerinnen und Lehrern ausgewertet werden. Daneben braucht es auch eine Reflexion und ein Erfahrungsaustausch im Kursverband im Rahmen der Nachbereitung.

130 5. Die Organisation der Praktika sollte nicht den Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern aufgebürdet werden, stattdessen müssen sich feste Teams an den Schulen bilden. Dafür müssen entsprechende Möglichkeiten und Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte demnach eine Betreuungslehrerin oder einen
135 Betreuungslehrer haben, die oder der während der gesamten Zeit des Praktikums, wie auch in Phasen der Vor- und Nachbereitung Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner ist.

140 6. Es erfordert die Beteiligung und intensive Absprache der Schule und des Betriebes bzw. der Einrichtung, dass diese in einem bestimmten Rahmen zeitlich und personell zusammenarbeiten. Es ist Aufgabe der Schule, dem Betrieb bzw. der Einrichtung die Ziele zu vermitteln, die mit dem Praktikum verfolgt werden.

145 7. Es müssen ein von Ländern betreute Netzwerk geschaffen werden in dem sich Schulen und Unternehmen zusammenschließen. Als Zusatzqualifikation für die Betriebe können diese sich testen lassen und in einem Raster eingestuft werden, um sich für Schulpraktika attraktiver zu machen. Außerdem haben diese die Aufgabe, ein Vorabprogramm zu erstellen,

- damit die Ansprechpartnerin oder der Ansprechpartner sehen kann, ob dieses den Zielvorstellungen eines Praktikums entsprechen, damit sichergestellt ist, dass keine Ausbeutung der Praktikantin oder des Praktikanten geschieht. Es müssen Kriterien erarbeitet werden, die klare Aussagen über einen Praktikumsplatz machen: Wer hat nicht schon von der bzw. dem kaffeekochenden Praktikantin oder Praktikanten gehört? Es muss also geklärt werden, welche Institutionen und Firmen bereit sind Praktikantinnen und Praktikanten aufzunehmen und ob diese auch dafür geeignet sind, Praktika anzubieten.
- 155 Wenn dann die vorgeschlagenen Formen der Praktika, die soziale Kompetenzen fördern, aber auch der Berufsorientierung dienen und bei Betrieben, die als dafür geeignet eingestuft sind, stattfinden, dann sind gute Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Schülerinnen und Schüler das Angebot an Praktika mit Freude und Spaß annehmen und letztendlich auch wirklich davon profitieren.
- 160

[1] Vgl.: <http://www.sowi-online.de/methoden/lexikon/praktikum-winkelmann.htm>

- 165 [2] Vgl.: a.a.O.

[3] Nach: <http://www.ijgd.de/Freiwilliges-Jahr.88.0.html>

- 170 [4] Vgl.: <http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/zukunft-foerdern/module/10-sozialpraktikum.html>

[5] Vgl.: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3.Freiwilligensurvey-Zusammenfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Unsere Schule: Bildung, Demokratie und Lebenskompetenz

I. Analyse

5 Während gerechte Bildungspolitik für benachteiligte Schülerinnen und Schüler keinerlei Aufschub verträgt, ist festzustellen, dass das aktuelle Bildungssystem grundsätzlich stark Reform- und verbesserungsbedürftig ist.

10 Verschiedene Aspekte des aktuellen Bildungssystems laufen unseren Ansprüchen nach Gerechtigkeit und Chancengleichheit linear zuwider. Diese inakzeptablen Aspekte reichen von grundsätzlichen Ideen hinter bildungspolitischen Handlungen, die einer modernen Gesellschaft absolut unangemessen sind, bis hin zu konkreten bildungspolitischen Umsetzungen, die sowohl im Ansatz, als auch in der entsprechenden Art und Weise der Realisierung große Missstände aufweisen, die dringend ausgebessert gehören.

15 Das Risiko von Armut und/oder Arbeitslosigkeit bedroht zu sein wird eindeutig vom Bildungsstand beeinflusst. Parallel zu dieser Tatsache erscheint es zynisch, dass Deutschland sich ganzheitlich noch immer nicht auf den Weg gemacht hat, um Missstände, die zu einer gefährlichen Kluft in Chancen und anschließend konkreten Abschlüssen führen, zu beseitigen.

20 Seit der ersten PISA-Studie 2000 erscheinen jährlich neue Studien, die die schockierenden Befunde von PISA regelmäßig erneuern und bestätigen. Erst kürzlich stellte der sog. „Chancen-Spiegel“, der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vom Dortmunder Schulentwicklungs- und Forschungs-Institut verfasst wurde, fest, dass es kein einziges der 16 unterschiedlichen Schulsysteme in Deutschland schafft, gleichzeitig gerechte und qualitativ hochwertige staatliche Schulangebote zu realisieren.

30 Dieser Zustand ist eindeutig nicht akzeptabel. Ganz gleich, an welcher Stelle man bildungspolitisch ansetzen möchte – zu verbessern gibt es viel.

35 Von der finanziellen Perspektive aus betrachtet sieht es gewohnt schlecht aus: Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahre 2008 lediglich 4,55% des BIP für Bildung ausgegeben, während sich nur der EU-Durchschnitt auf 5,07% Bildungsausgaben belaufen und Schweden z.B. ganze 6,74% für Bildung ausgegeben hat, obwohl dieser Wert noch nicht einmal das Maximum an Bildungsausgaben darstellt.

40 Durch die frühe Selektion in unserem mehrgliedrigen Schulsystem wird nach wie vor soziale Ungleichheit geschaffen. Zusätzlich führen die unterschiedlichen Ausführungen des Schulsystems in den 16 Bundesländern zu Problemen bei Umzug und Vergleichbarkeit der Abschlüsse innerhalb Deutschlands.

Im Folgenden beschreiben wir unsere Vorstellung von der offenen Architektur eines deutschen Schulsystems, das endlich Chancengleichheit, Gerechtigkeit und moderne Bildung

45 ermöglicht.

Wir fordern unsere Kommunal-, Landes- und BundespolitikerInnen, ihre jeweiligen Fraktionen, sowie den Parteivorstand der SPD im Sinne des sozialdemokratischen Versprechens „Aufstieg durch Bildung“ eindringlich auf, sich wieder auf die traditionellen
50 Werte unserer Partei zu besinnen und auf dem im Folgenden zu beschreibenden Weg mutig und entschlossen voranzuschreiten.

II.I Intro

II.I.I Moderne Bildung

Bildung ist für uns der Schlüssel zu Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und eine gerechte Gesellschaft. Die Befähigung der Menschen zur verwertbaren Arbeitskraft darf
60 niemals im Zentrum von Bildung stehen!

II.I.II Ethisches Grundgerüst

Wir begreifen Schulpolitik als reelle Chance auf eine Gesellschaft, in der die Ideale der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität größtenteils wesentliche Grundpfeiler
65 darstellen. Deshalb fordern wir eine Abkehr vom gegliederten Schulsystem, hin zu einer inklusiven Ganztags-Gemeinschaftsschule. Wir stehen für eine Pädagogik, in der nicht die stupide Reproduktion von Inhalten im Zentrum liegt, sondern die inhaltlichen Interessen der SchülerInnen.

Wir wollen eine Gesellschaft der Gemeinschaft erreichen und für die Schwächeren in der Gesellschaft eintreten. Wir wollen Schulen, die zeigen, wie gemeinsames, gemeinschaftliches, freies, gerechtes, solidarisches, spannendes – modernes Lernen
70 funktionieren kann und funktionieren sollte. Schulen, die Bildungsgerechtigkeit und den Glauben an eine solidarische Gemeinschaft ausstrahlen.

75

II.II Unsere Schule: Bildung, Demokratie, Lebenskompetenz.

80 Die Bundesrepublik Deutschland muss ihre Bildungsausgaben massiv erhöhen.

Der deutsche Bildungsföderalismus ist ein nicht mehr praktikables Relikt aus vergangenen Zeiten und muss beseitigt werden. Kommunen sollen zwar weiterhin über Standorte, Ausstattung, Raumbedarf usw. ihrer Schulen vor Ort entscheiden, die Bildungskompetenz
85 geben die Bundesländer aber an den Bund ab, der einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Rahmen festlegt, in dem eindeutig fixiert ist, welche Modifikationsoptionen für Bundesländer und Kommunen bestehen und welche Bedingungen alle staatlichen Schulen in Aufbau und Umsetzung unbedingt erfüllen müssen.

Es muss eine bundesweit zumindest grundlegende Schulform festgelegt und die deutsche Schullandschaft entsprechend umgestaltet werden. Wir sprechen uns für inklusiv arbeitende Ganztags-Gemeinschaftsschulen aus. Zum weiteren Auf- und Ausbau von Ganztagschulen soll das Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB) wiederholt aufgelegt werden. Die Gemeinschaftsschule soll alle SchülerInnen bis zur Stufe Zehn gemeinsam

- 95 unterrichten und anschließend allen Interessierten den Wechsel in die Oberstufe ermöglichen, in der in Interessensgruppen unterrichtet wird.
- Das Abitur soll bundesweit nach dreizehn Jahren erreicht werden, um Leistungsstress und Leistungsdruck effektiv zu verhindern.
- 100 Es müssen weitaus mehr Lehrkräfte eingestellt werden, um einen Betreuungsschlüssel zu ermöglichen, der individuelle Förderung in kleinen Klassen zulässt.
- Das gesamte Schulsystem, vielmehr das gesamte Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland muss gänzlich kostenfrei gestaltet sein.
- 105 Es müssen ausreichend PsychologInnen und SozialarbeiterInnen in Schulen nach Bedarf zur Verfügung stehen.
- 110 Allen SchülerInnen muss mindestens eine kostenlose, nach gesundheitlichen Aspekten vollwertige Mahlzeit zur Verfügung gestellt werden.
- Die Ausbildung von LehrerInnen muss nach bundeseinheitlichen Standards und mit Fokus auf die pädagogischen Lehrinhalte reformiert werden. Einen weiteren besonderen Stellenwert soll interkulturelles Hintergrundwissen einnehmen, das generell in die LehrerInnenausbildung einfließt.
- 115 Muttersprachlicher Unterricht muss gefördert werden aber auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Schulen sollen dazu angehalten werden, regelmäßige internationale Projektwochen durchzuführen. Die unterschiedlichen Kulturen sollen mit entsprechenden Modulen in die Lehrpläne verankert werden, um Unterschiede kennenzulernen, Hemmschwellen abzubauen und Gemeinsamkeiten zu entwickeln.
- 120 Asylsuchende sowie Flüchtlinge werden von Beginn ihres Aufenthaltes in Deutschland an regulär beschult und fallen unter die Schulpflicht.
- Ein gemeinsamer Ethikunterricht in dem die verschiedenen Religionen unter wissenschaftlichen Aspekten behandelt werden, soll die getrennten Religionsunterrichte generell ersetzen.
- 130 Es muss bereits ab dem Kindergarten eine lebendige Erziehung zur Demokratie stattfinden. Die SchülerInnenvertretungen müssen auf- und ausgebaut werden. Eine SchülerInnenvertretung im Bund muss organisiert werden. Schule muss demokratischer werden. Das bedeutet vor allem, die Stärkung der Stimme der SchülerInnen. Für eine starke Mitbestimmung von SchülerInnen in den Entscheidungsgremien der Schulorganisation muss gesorgt werden! Beispielsweise sollten Schulleitungen durch die Entscheidungsgremien der Schulen demokratisch gewählt werden und nicht einfach vom Schulträger eingesetzt werden.
- 135 Zusätzlich müssen den SchülerInnenvertretungen mehr Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben werden. Hier ist ein allgemeinpolitisches Mandat und eine bessere Finanzierung unabdinglich!
- 140 Die subjektiven Zahlennoten sind durch individuelle Portfolios zu ersetzen, welche gemeinsam erarbeitete Lernentwicklung planen, in denen die individuelle Lernentwicklung

145 betrachtet wird enthalten.

Deutschland trägt durch die eigene Schuld eine besondere Verantwortung, immer und überall gegen Faschismus und Rassismus aktiv zu sein. Schulen sollen ihre SchülerInnen aktiv zum Antifaschismus und zur Antidiskriminierung erziehen. Projekte, wie z.B. „Schule ohne Rassismus– Schule mit Courage“ oder „Schule gegen Homophobie“ sollen eingesetzt und gefördert werden.

Der Bundeswehr muss generell verboten werden, in Schulen für sich zu werben. Sämtliche Verträge zwischen Bundesländern und Bundeswehr diesbezüglich sind unverzüglich aufzulösen.

Ein Kreis aus Sachverständigen soll eine Richtlinie zur Medienkompetenz in Schulen entwickeln, um der voranschreitenden Entwicklung durch die Schule gerecht zu werden.

160 SchülerInnen müssen ein begrenztes Streikrecht erhalten. Kein/e SchulleiterIn und kein Ministerium darf SchülerInnen Meinungsbekundungen in Form von öffentlichen Protesten untersagen.

165 Die von der BRD unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention muss im schulischen Bereich zügig umgesetzt werden. Daher soll ein bundesweites Programm, angelehnt an das IZBB, zum Ausbau inklusiver Schulen eingerichtet werden.

Studieren ohne Abitur – Lippenbekenntnisse in die Tat umsetzen!

5 In Deutschland ist der Anteil der Studierenden ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung (HZB) mit 2,1 % im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (bspw. Schweden: Anteil Studierende ohne klassische HZB beträgt 36 %) immer noch verschwindend gering. Ohne außer Acht zu lassen, dass im europäischen Raum die Vergleichbarkeit von beruflichen Ausbildungen und Abschlüssen trotz des Bologna-Prozesses und der Arbeit am Europäischen Qualifikationsrahmen immer noch sehr schwer ist, fordern wir Jusos nach den offensichtlich zum Papiertiger degradierten Beschlüssen der KultusministerInnenkonferenz (KMK) zur Vereinheitlichung des Hochschulzugangs für
10 beruflich Qualifizierte aus dem Jahr 2009 und den mangelhaften Versuchen der schwarz-gelben Regierung eines Stipendienprogramms für diese Personengruppe eine bundesweit einheitliche Regelung sowie die flächendeckende Weiterentwicklung des BAföG zur Studienfinanzierung!

15 Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung

Der sogenannte „Dritte Bildungsweg“ ist in Deutschland weder eine brandneue Entwicklung, noch eine neue Forderung von Gewerkschaften und fortschrittsgewandten BildungspolitikerInnen.

20 Das Land Niedersachsen hat bereits in den 1970’er Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch Menschen ohne Abitur studieren können. Schon im November 2003 haben sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in einer
25 gemeinsamen Erklärung für eine verbesserte Anerkennung außerhalb der Hochschule erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten für ein Hochschulstudium eingesetzt. Schließlich beschloss die KMK im März 2009 einheitliche Standards für die Anerkennung von beruflicher Qualifikation, die zu einem Studium befähigt und die von den Bundesländern in der Landesgesetzgebung übernommen werden sollten. Selbst das neoliberale, von der
30 Wirtschaft gesteuerte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat sich im September 2009 in einer Studie erstmals mit der Gruppe der sogenannten OA-Studierenden beschäftigt und – natürlich durch die Brille der vom Arbeitsmarkt besser verwertbaren, angeblich höher qualifizierten Abschlüsse – den Gesetzgeber zu notwendigen Modifikationen gemahnt, um beruflich Qualifizierten ein Studium leichter und mit einheitlichen Regelungen zu
35 ermöglichen.

Der DGB, die Einzelgewerkschaften sowie die Gewerkschaftsjugend kämpfen bereits seit Jahrzehnten mit uns Jusos an den zwei Fronten des sozial selektiven deutschen Bildungssystems:

40 1. Alle Schülerinnen und Schüler aus Familien ohne akademische Tradition müssen bereits während der Schulzeit durch längeres gemeinsames Lernen die Möglichkeit haben, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen, wenn sie dies möchten.

- 45 2. Alle beruflich Qualifizierten müssen die Möglichkeit haben, ein Hochschulstudium mit einem Fach ihrer Wahl aufzunehmen, wenn sie es möchten.

Differenzierte und individuell gestaltete Bildungswege gehören für uns Jusos zu einem selbstbestimmten, emanzipierten Leben. Dabei steht für uns die Verwertungsperspektive
50 eines Abschlusses auf dem Arbeitsmarkt nicht an erster Stelle. Bildung ist ein Wert für sich, der jeden Menschen dazu befähigen soll, sein Leben freiheitlich und ohne ökonomische Zwänge zu gestalten – sie ist der Garant für persönlichen und gesellschaftlichen Fortschritt! Die Überwindung von Bildungshürden ist für uns ein wichtiger Gradmesser für eine gerechte Gesellschaft!

55 Die enttäuschenden Zahlen von Studierenden ohne Abitur in Deutschland können deshalb für uns nur eins bedeuten: Die derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind bei weitem nicht ausreichend. Da es sogar immer noch Bundesländer gibt (Brandenburg und Sachsen), die sich bislang weigern, die Beschlüsse der KMK zur Vereinheitlichung des
60 Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte in Landesgesetze umzusetzen, muss es endlich ein Bundesgesetz geben, dass den Hochschulzugang einheitlich regelt.

Neue Perspektiven realisieren, Bildungsgerechtigkeit verwirklichen

65 Eine bundeseinheitliche Regelung kann jedoch nicht alleine eine Gleichstellung der Studierenden ohne Abitur erreichen. Schließlich müssen die Hochschulen in jedem Bundesland ein entsprechendes flächendeckendes Angebot an beruflich Qualifizierte machen. Hier gibt es bereits vereinzelt gute Beispiele, wie gerade eine berufliche Qualifizierung in einem Studiengang explizit berücksichtigt werden kann: An der Universität Hamburg wird
70 der Bachelor-Studiengang Sozialökonomie speziell für Studierende ohne Abitur, aber mit beruflicher Qualifikation angeboten.

Ein Blick auf den Anteil der Studierenden ohne Abitur in Nordrhein-Westfalen, der bei 4,2 % liegt, beinhaltet einen wichtigen Ansatz zur Gleichstellung aller Studierwilligen: Mit der
75 Fernuniversität in Hagen beheimatet Nordrhein-Westfalen die einzige Hochschule Deutschlands, die sich darauf spezialisiert hat, Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge ortsunabhängig und mit einem Minimum an Präsenzphasen anzubieten. Von diesem Angebot profitieren Studierende in ganz Deutschland. Wir Jusos fordern diesem Erfolgsmodell folgend weitere Fernuniversitäten in Deutschland zu etablieren. Selbstredend sollten diese
80 Fernuniversitäten vollständig durch den Bund finanziert werden, da sich die Studierenden über die Grenzen von Bundesländern hinweg einschreiben können. Für die Jusos ist dabei ein gänzlicher Verzicht von Studiengebühren selbstverständlich. Auch an der Fernuniversität Hagen kann man noch längst nicht alle Fachdisziplinen studieren. Kooperationsvereinbarungen zwischen diesen Fernuniversitäten und den anderen
85 Hochschulen in regionaler Nähe könnten dazu dienen, flächendeckend Voll- und Teilzeitstudiengänge zur Aus- und Fortbildung anzubieten, um ein staatliches Studium neben der Berufstätigkeit zu ermöglichen. Zudem könnte von der einschlägigen Erfahrung der Fachdisziplinen vor Ort einerseits und den didaktischen Anforderungen an ein Studium ohne durchgängige Präsenzphase andererseits mittels solcher Kooperationen profitiert werden.

90 Natürlich müssen auch an Universitäten und Fachhochschulen mit „normalen“ Präsenzstudiengängen die Hürden für Studierende ohne Abitur fallen. Deshalb fordern wir Jusos vor Ort an den Universitäten und Fachhochschulen den Abbau von jeglichen Zugangshürden wie Interviews, Tests oder dem Probestudium auf Zeit für beruflich

95 Qualifizierte, die für uns ohnehin nur Instrumente sozialer Selektion darstellen. Zudem
fordern wir die Korrektur der Inhalte der KMK-Vorgaben von 2009 – Abstufungen und die
Einordnung unterschiedlicher beruflicher Qualifikation dürfen nicht dazu dienen, manche
Menschen von einem Studium auszuschließen. Ein unterschiedlicher Erfahrungshorizont
100 (längere Berufserfahrung, Fortbildungen oder ein Meistertitel) sollten sich lediglich in der
Möglichkeit niederschlagen, sich bestimmte erworbene Leistungen für ein Studium
anrechnen lassen zu können. Hierfür fordern wir Jusos eine zentral geregelte
Anerkennungspraxis, die analog zur Anerkennung von ausländischen
Hochschulzugangsberechtigungen oder ausländischen Berufsabschlüssen über die KMK
geregelt werden könnte.

105

Bedingungen für potenzielle StudienanfängerInnen verbessern

110 Die Entscheidung für ein Studium ist – egal ob mit oder ohne formale
Hochschulzugangsberechtigung – immer noch mit finanzieller Unsicherheit und
Entbehrungen einhergehend. Das Stipendienprogramm der schwarz-gelben Bundesregierung,
welches bezeichnenderweise den Namen „Aufstiegsstipendium“ trägt lehnen wir Jusos,
ebenso wie Stipendien zur Studienfinanzierung generell, ab. Alleine die Zahlen der
115 vergebenen Stipendien belegen (im Jahr 2010 nach zwei Jahren Programmlaufzeit waren es
sage und schreibe 3.500 Menschen, die gefördert wurden), dass dieses Instrument der
Studienfinanzierung mangelhaft für die flächendeckende Erhöhung der Quote der
Studierenden ohne Abitur ist. Hingegen ist das Modell BAföG, wie auch abermals von der
aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks aus diesem Jahr bestätigt, das
120 Instrument, um Bildungsteilhabe flächendeckend und bedarfsgerecht zu ermöglichen. Wir
Jusos fordern die längst überfällige Abschaffung der Altersgrenze für die Gewährung von
Bafög, eine von dem Einkommen der Eltern unabhängige Berechnung der Fördersätze und
eine Anpassung der Fördersätze an die realen Lebensumstände beruflich Qualifizierter.

125 Unsere Vorschläge zeigen überdeutlich: Bereits mit einigen wenigen Veränderungen könnten
studierwillige beruflich Qualifizierte wesentlich einfacher ein Studium aufnehmen. Für die
Umsetzung kompletter Chancengleichheit bedarf es vor allem den nötigen politischen Willen.
Bildungsgerechtigkeit ist kein sozialromantischer Traum, sondern kann in die Tat umgesetzt
werden!

Chancengleichheit schaffen, BAföG reformieren

Forderung:

5 Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist zu reformieren. Die Elternfreibeträge müssen signifikant angehoben werden. Dabei sind die Sätze so anzupassen, dass jedem Studierenden eine bedarfsdeckende Ausbildungsförderung zukommt. Ebenfalls muss eine Förderungsmöglichkeit für Teilzeitstudierende geschaffen werden.

Analyse:

10 Das deutsche BAföG-System ermöglicht schon seit Jahrzehnten jungen Menschen aus weniger finanzstarken Familien und oft bildungsfernen Schichten die Finanzierung eines Studiums. Zurückgehend auf die Brandt-Ära wurden die BAföG-Bezüge unter der Regierung Kohl drastisch gekürzt und letztendlich unter Rot-Grün vollkommen reformiert. Heute beziehen über 800.000 Studierende und Schüler_innen durchschnittlich 389€ der staatlichen
15 Ausbildungsförderung. Doch ein Kernproblem existiert weiter: Die Elternfreibeträge sind zu niedrig, sie erfassen viel zu wenige Studieninteressierte. Gerade junge Erwachsene, deren Eltern der sogenannten Mittelschicht entstammen, also zu „reich“ sind um BAföG zu erhalten und zu „arm“ um ihr Studium problemlos zu finanzieren, werden finanziell überproportional schlechter gestellt. Der Effekt ist absehbar. Während das Bundesausbildungsförderungsgesetz
20 bei den finanzschwachen Familien recht gut wirkt, klafft eine Lücke innerhalb der (unteren) Mittelschicht (also unmittelbar oberhalb der Elternfreibeträge). Dabei ist der Ehrliche der Dumme, weil schon heute oft bei der Berechnung des Einkommens und Vermögens so getrickst wird, dass viele zu Unrecht BAföG erhalten.

25 Es ist erkennbar, warum die Politik vor einer weitreichenden BAföG-Reform zurückschreckt. Die Zahl der Studierenden steigt Semester für Semester an, die Finanzierung ist ungeklärt und hat schon in der Vergangenheit zu Streit zwischen Bund und Ländern geführt. Jedoch wird für spätestens in zehn Jahren ein Einbruch der Studierendenzahlen prognostiziert.

30 Ein ähnliches Problem, welches den Studienerfolg beeinträchtigt, ist die finanzielle Förderung von Studierenden im Teilzeitstudium. Diese sind bisher von einer Förderung gemäß BAföG ausgeschlossen, unabhängig davon, ob sie parallel zu ihrem Studium erwerbstätig sind oder nicht.

35 Nicht jeder Teilzeitstudierende ist gleichzeitig berufstätig, sondern oft liegt der Grund für das Teilzeitstudium in einem stärkeren Flexibilisierungsbedürfnis. Dies kann beispielsweise durch die Erziehung eigener Kinder oder die Pflege kranker oder behinderter Familienangehöriger bedingt sein. Da hierdurch ein enormer Zeitaufwand entsteht, ist ein Teilzeitstudium oft der
40 einzige Ausweg um nicht mit Fortschrittskontrollen zu kollidieren und eventuell sogar Prüfungsansprüche zu verlieren. Um die Studierenden hier nicht zusätzlich zu belasten und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums bei guter Vereinbarkeit mit ihren privaten Verpflichtungen zu geben, ist eine Erweiterung der BAföG-Bezugskriterien auf diese Studierendengruppe notwendig.

45 Für die notwendige und zunächst kostenintensive Reform werden Bund und Länder

womöglich erst dann die Kraft aufbringen, wenn die Zahl der Studierenden durch den demografischen Wandel wieder massiv sinkt und man versuchen wird einen Mangel an akademisch ausgebildeten Arbeitskräften zu vermeiden. Eine grundlegende Reform dieser beiden Punkte ist aber bereits jetzt notwendig, nicht erst dann, wenn es bereits zu einem Mangel an Hochschulabsolventen bei der Neubesetzung von Arbeitsstellen kommt.

50

Friedlichen Fortschritt stärken - Zivilklausel bundesweit einführen!

Die Verpflichtung zu Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung hat für uns Jusos hohe Bedeutung. Sie wird dort verletzt, wo Forschung nicht dem Fortschritt dient, sondern der Rüstung, dem Krieg oder den Profitinteressen jener, die damit Geld verdienen.

5

Die Jusos unterstützen daher die Bestrebungen der sog. 'Zivilklauselbewegung' für eine dem Frieden dienende Forschung. Sie wirkt an zahlreichen Hochschulstandorten auf die Einführung, den Erhalt oder die Ausweitung einer Selbstverpflichtung zu ziviler Forschung hin. Gleichzeitig kämpft sie für die Verankerung von Zivilklausen in den Hochschulgesetzen – gegen erhebliche Widerstände aus Wirtschaft und konservativen Kreisen, die dies mit Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit ablehnen.

10

Für uns Jusos steht fest: Forschung ist frei, aber nicht ohne Verantwortung. Wissenschaftliche Einrichtungen arbeiten im Auftrag der Gesellschaft, die ihnen mittels ihrer demokratischen Organe allgemeine Regeln setzt. Bei der Frage, ob die Erkenntnisse der Forschung das Zusammenleben der Menschen erleichtern oder es stattdessen zerstören, darf der Gesetzgeber nicht schweigen. Die Festlegung der Einrichtungen auf zivile Zwecke ist hier die richtige Antwort.

15

Wir Jusos wissen, dass die Abgrenzung von ziviler und militärisch nutzbarer Forschung nicht immer einfach ist. Uns geht es nicht darum, jede Forschung zu unterbinden, die theoretisch auch militärisch nutzbar sein könnte. Das wäre realitätsfern. Eine gesetzliche Zivilklausel sollte stattdessen eindeutige Rüstungsforschung unterbinden und im Weiteren umgesetzt werden, indem über strittige Dual-Use-Fälle an den jeweiligen Einrichtungen öffentlich diskutiert und entschieden wird. Auf diese Weise können gesellschaftliche Auswirkungen breit analysiert, Absprachen zwischen InteressenvertreterInnen und Einrichtungsleitungen aufgedeckt und die Einhaltung von Veröffentlichungspflichten gewährleistet werden, während die Autonomie der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewahrt bleibt.

25

Auf Grundlage dieser Überlegungen setzen sich die Jusos bundesweit für die Einführung einer wie folgt lautenden Zivilklausel als Bestandteil der Aufgaben der Hochschulen sowie eine analoge Regelung für die vom Bund und von den Ländern finanzierten Forschungsinstitute ein:

30

Die Hochschulen wirken für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen sind ausschließlich friedlichen Zielen und zivilen Zwecken verpflichtet. Über strittige Fälle ist an den Hochschulen öffentlich zu diskutieren und zu entscheiden.

35

Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bestehenden Freiwilligendienststrukturen

Als die schwarz-gelbe Bundesregierung im letzten Jahr ankündigte die Wehrpflicht auszusetzen, stand auch die Frage im Raum, wie man damit umgeht, dass bei einem solchen Schritt zwangsläufig auch keine Zivildienstleistenden mehr „rekrutiert“ werden. Die Bundesregierung entschied sich unter anderem deshalb ein Freiwilligenprogramm aufzulegen, das zum Ziel hat viele der Zivildienststellen, in dieses neue Format zu überführen und dementsprechend nicht einfach wegfallen zu lassen. Dahinter steckt die Überlegung, dass die Zivildienststellen mittlerweile einen gewaltigen Stellenwert für viele soziale und kulturelle Einrichtungen eingenommen hatten. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) sollte dementsprechend eine zwangsläufig auftretende Lücke schließen, zumal im Bundeshaushalt die bisherigen Mittel für den Zivildienst bereits vorhanden waren und so schnell und unkompliziert dem neuen Programm zur Verfügung gestellt werden konnten. Aber warum eigentlich einen neuen Freiwilligendienst schaffen, schließlich gibt es seit vielen Jahren Freiwilligenprogramme wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder auch das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)? Diese bestehenden Freiwilligenprogramme leisteten bereits zu Zeiten des Zivildienstes eine wichtige zivilgesellschaftliche Funktion und hätten durch den Wegfall des Zivildienstes eine Aufwertung erfahren können, die leider politisch nicht gewollt war!

Die Folgen dieser neuen Doppelstruktur laufen dem eigentlichen Ziel, junge Menschen einen Einblick in soziale oder kulturelle Einrichtungen zu gewähren und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, zuwider. Wir haben es hier nicht nur mit einer Doppelstruktur zu tun, die sich anhand des Namens konstruiert, sondern vielmehr zwei unterschiedliche Herangehensweisen: Gibt es in den klassischen Freiwilligenprogrammen einen Dreiklang von Freiwilligen, den Einrichtungen und dem vermittelnden Trägern der Einsatzstellen, wird dieser im BFD aufgelöst. Hierfür wurde extra eine neue Bundesbehörde geschaffen, das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), ehemals Bundesamt für Zivildienst (BAZ), die den BFD unter eine Zentralverwaltung stellt. Das Prinzip, dass örtliche Träger als Mediator zwischen den örtlichen Einsatzstellen und den Freiwilligen fungieren, wird hierdurch massiv torpediert und dies nicht zum Vorteil für die Freiwilligen und die Einsatzstellen. So ist der Träger nicht mehr eigenständiger Vertragspartner, sondern handelt nur noch als eine Art Kommissionär zwischen dem Freiwilligen und der BAFzA. Wer freiwilliges zivilgesellschaftliches Engagement fördern möchte, zugleich allerdings das bewährte Trägerprinzip, das gesellschaftliche Akteure direkt vor Ort einbindet, aushebelt, verfolgt offensichtlich ein ganz anderes Ziel!

Das eigentliche Ziel des BFD wird dann deutlich, wenn man sich seine Entstehungsgeschichte noch einmal etwas genauer anschaut. Weitläufig reden wir davon, dass die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft wurde. Dies ist aber nicht Fall. Für die Abschaffung der Wehrpflicht wäre eine Grundgesetzänderung notwendig gewesen. Die schwarz-gelbe Regierung hat sich diese allerdings juristisch über eine „Aussetzung“ erspart. Das bedeutet, dass in Deutschland weiterhin die Wehrpflicht und somit auch der verpflichtende Ersatzdienst Bestand hat. Auch wenn die Wehrpflicht zurzeit nicht Anwendung findet, wäre dies durch eine Entscheidung des Bundestages bereits morgen

45 wieder möglich! Die Möglichkeit die Wehrpflicht jederzeit wieder „einzusetzen“, bedeutet
allerdings auch, dass die bisherigen Strukturen weitestgehend beibehalten werden müssen.
Das heißt, dass die Bundesregierung Einrichtungen (bspw. das BAZ, jetzt BAFzA) oder die
Zivildienstschaften) weiter betreibt für den Fall, dass neben der Wehrpflicht auch der
50 verpflichtende Ersatzdienst eines Tages wiederkehrt. Die Bundesregierung betreibt hier
Augenwischerei, denn den großen Schritt, die Wehrpflicht aus dem Grundgesetz zu streichen,
hat sie vertan.

Wir brauchen keine Wehrpflicht und auch keinen verpflichtenden Ersatzdienst. Die
Wehrpflicht ist ein Relikt des Kalten Krieges. Wir lehnen die grundgesetzliche Beibehaltung
55 der Wehrpflicht ab, da durch ein bloßes „Aussetzen“ die mit der Wehrpflicht verbundenen
Gerechtigkeits- und Grundsatzfragen nicht beantwortet sind! Wir halten die Wehrpflicht
weiterhin für verfassungswidriges Verfassungsrecht, da sie nicht nur dem grundgesetzlichen
Wert der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Art. 3 GG) und dem Verbot von
Zwangsarbeit (Art. 12 GG) widerspricht, sondern auch mit seinem Zwangscharakter eklatant
60 der Menschenwürde (Art. 1 GG) entgegen steht. Wir streben daher die Streichung des Art.
12a (Wehr- und Dienstpflicht) an. Dies ist der erste Schritt, um die bestehenden
Freiwilligendienste zu stärken und unnütze Doppelstrukturen durch die Schaffung des BFD
wieder abzuschaffen.

65 Im zweiten Schritt bedarf es einer Neuregelung der bisherigen Verantwortlichkeiten von
Bund und Ländern im Bereich der Freiwilligendienste. Zurzeit werden die bestehenden
Freiwilligendienste hauptsächlich unter dem Aspekt der „Bildung“ gefasst und fallen
deshalb in die Zuständigkeit der Länder. Dass den Freiwilligendiensten eine
Bildungskomponente nicht abzusprechen ist, dafür machen wir uns stark. Zum anderen gilt es
70 allerdings den Aspekt des zivilgesellschaftlichen Engagements stärker zu fassen und dem
Bildungsaspekt zumindest gleichzusetzen. Über dieses Begründungsmuster für die
Freiwilligendienste ist auch eine neue Finanzierungsstruktur möglich. Zurzeit bezuschusst
der Bund zwar bspw. das FSJ oder FÖJ, die Hauptverantwortung für die Finanzierung und
auch die organisatorische Begleitung liegt allerdings bei den Ländern. Diese Praxis hat sich
75 bewährt. Mit Sorge sehen wir daher, dass der Bund nun einen neuen Freiwilligendienst
schafft, der wesentlich höhere finanzielle Anreize setzt und so versucht dem FSJ/FÖJ
Freiwillige abzuwerben! Vielmehr muss es im Sinne der Stärkung des zivilgesellschaftlichen
Engagements dazu kommen, dass der Bund die Länder stärker bei der Finanzierung der
bestehenden Strukturen unterstützt. Dem BAFzA stehen 270 Mio. € im Bundeshaushalt 2012
80 zur Verfügung. Für die bestehenden Strukturen hat der Bund seinen Finanzierungsanteil im
Zuge der Wehrpflichtaussetzung zwar um etwas mehr als 20 Mio. € seit 2010 auf 93 Mio. €
im Haushaltsjahr 2012 erhöht, im Vergleich zur Finanzausstattung des BFDs sind dies
allerdings nur Marginalbeträge. Auch wenn man Freiwilligendienste unter dem Aspekt einer
beruflichen Orientierung für junge Erwachsene fasst, wäre eine stärkere finanzielle
85 Beteiligung des Bundes verfassungsrechtlich wenig problematisch, schließlich besitzt der
Bund im Bereich der beruflichen Bildung mit die letzten bildungspolitischen Kompetenzen
überhaupt! Für uns ist die Argumentation, dass der Bund das FSJ oder FÖJ nicht stärker
mitfinanzieren könne absurd und an den Haaren herbeigezogen.

90 Mit Sorge sehen wir zudem, dass die Bundesregierung über den BFD versucht die
Arbeitslosenstatistik zu schönen. Gibt es für das FSJ/FÖJ eine Altersbegrenzung, wurde diese
beim BFD bewusst nicht getroffen. Prinzipiell sehen wir auch eine Beteiligung älterer
Menschen an Freiwilligendiensten positiv, eine Verschiebung von Langzeitarbeitslosen in
den BFD halten wir allerdings für wenig zielführend. Freiwilligendienste können zwar eine

95 berufliche Orientierung bieten, können allerdings nicht als Ersatz für berufliche
Weiterqualifizierung verstanden werden! Außerdem muss arbeitsmarktpolitisch darauf
hingewirkt werden, dass die geschaffenen Freiwilligendienststellen keine reguläre
Beschäftigung verhindert. Mussten beim Zivildienst aus der Not heraus viele Stellen
100 geschaffen werden, muss es bei den Freiwilligendiensten um Qualität gehen.
Zivildienstleistende als billige Arbeitskräfte gibt es nicht mehr! Und der BFD darf hierfür
auch kein Ersatz sein! Wo die Chance besteht, ehemalige Zivildienststellen in reguläre
Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, muss dies geschehen und nicht durch die
Ersetzung durch Freiwilligendienststellen kompensiert werden. Die Aussetzung der
Wehrpflicht könnte somit auch arbeitsmarktpolitisch positive Auswirkungen haben.

105 Abschließend können wir festhalten, dass wir weder die Wehrpflicht im Grundgesetz
brauchen, noch ein neues Freiwilligenprogramm, das den bisherigen Programmen unnötig
Konkurrenz macht und zudem als eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Erwerbslose
fungieren soll. Wir lehnen den Bundesfreiwilligendienst ab und fordern stattdessen die
110 Auflösung der bestehenden Doppelstruktur in den Freiwilligendiensten und eine Überführung
der finanziellen Mittel des BFDs in die bestehende Struktur der Freiwilligendienste! Nur so
können die Freiwilligendienste ein qualitativ-hochwertiges Angebot sein, das
zivilgesellschaftliches Engagement fördert und zudem berufliche Orientierung bietet. Hier
müssen Kontrollinstrumente geschaffen werden, die verhindern, dass Freiwillige Aufgaben
115 übernehmen, die ausgebildeten Fachkräften vorbehalten sein sollten, und so sich und die
Klientinnen und Klienten überfordern. Partizipationselemente wie die Interessenvertretung
der Freiwilligendienstleistenden müssen finanziell gefördert und auf alle Träger ausgeweitet
werden. Die Rechte der Vertreterinnen und Vertreter der Freiwilligendienstleistenden müssen
dergestalt ausgeweitet werden, dass sie in für Freiwillige relevanten Fragen zu Rate gezogen
120 werden. Außerdem müssen Runde Tische für Freiwilligendienste, an dem Träger, Freiwillige
und Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen zusammenkommen, eingerichtet
und/oder gestärkt werden.

Freiwilliges Engagement stärken!

Freiwilliges Engagement bereichert unsere Gesellschaft und ist in Deutschland trotz Flexibilisierungen in den Arbeitsverhältnissen und erhöhtem Leistungsdruck in Schule und Universität immer noch stark ausgeprägt. So engagieren sich in Deutschland rund ein Drittel
5 der Wohnbevölkerung ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder Organisationen. Freiwilliges Engagement ist für uns Jusos gesellschaftliche Partizipation, um unsere Gesellschaft an vielen Stellen gerechter, sozialer und vielfältiger zu gestalten. Leider gibt es allerdings in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten Tendenzen, die wir als Jusos so nicht mittragen können und wollen.

10

Abnehmendes Engagement unter Jugendlichen

Das freiwillige Engagement im Ehrenamt nimmt unter Jugendlichen ab! Dies ist sehr bedauerlich, die Gründe hierfür sind allerdings klar ausfindig zu machen. So führt die
15 Schulzeitverkürzung des Gymnasiums und die Verschulung des Studiums dazu, dass viele Jugendliche unter einem erhöhtem Leistungsdruck stehen, der direkt dazu führt, dass das ehrenamtliche Engagement unter Jugendlichen stetig abnimmt. Wir Jusos fordern daher die Schulzeitverkürzung von G9 auf G8 rückgängig zu machen und die Studienorganisation soweit zu reformieren, dass es auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder möglich
20 wird sich stärker ehrenamtlich zu engagieren. Auch die inhaltliche Konzeption von Schulen, Ausbildung und Studium, muss wieder mehr die Gemeinschafts- und Gesellschaftsaspekte aufgreifen und nicht eine „Welt der Konkurrenz und des EinzelkämpferInnentums fördern. Auch für junge Erwerbstätige ist es schwieriger geworden sich ehrenamtlich zu engagieren. Gerade unter jungen ArbeitnehmerInnen ist prekäre Beschäftigung mittlerweile leider zum
25 Normalfall geworden. Um auch hier die gesellschaftliche Teilhabe durch freiwilliges Engagement wieder zu erhöhen, braucht es Maßnahmen, die dafür Sorge tragen, dass reguläre Beschäftigung ohne ausufernde Befristungen und Flexibilitätsansprüchen wieder zum Normalfall in Deutschland wird!

30

Grenzen von freiwilligem Engagement

Wir Jusos sehen es mit großen Bedenken, dass der Staat sich immer weiter aus seinen Verpflichtungen stiehlt. Für uns ist klar, dass freiwilliges Engagement immer als Ergänzung zur staatlichen Daseinsfürsorge zu sehen ist und nicht zum Ersatz hierfür werden darf. Dies
35 zeigt sich vor allem auf der kommunalen Ebene. Für uns ist es untragbar, dass Bedürftige bspw. auf das freiwillige Engagement der Tafeln angewiesen sind. In einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt müssen Menschen um Essen betteln. Ein unhaltbarer Zustand und ein Versagen des Staates und der Kommunen. Auch wenn bspw. örtliche Fördervereine in die Pflicht genommen werden, um „öffentliche“ Einrichtungen weiter zu betreiben, damit
40 sich der Staat oder die Kommune immer stärker zurückziehen kann, ist aus unserer Sicht unverständlich. Der Staat und die Kommunen müssen endlich wieder für die Daseinsfürsorge eintreten und diese nicht privaten Initiativen überlassen. Deshalb ist es umso wichtiger vor allem die Kommunen finanziell stärker zu unterstützen, damit sie dieser Aufgabe nachkommen können.

45

Gender und freiwilliges Engagement

50 Auch im Ehrenamt gibt es geschlechterspezifische Unterschiede. So engagieren sich Frauen hauptsächlich in Schulen, der Kirche oder im Sozialbereich. Dass gerade freiwilliges Engagement im Sozialbereich mit starken Belastungen korreliert und häufig auch zu Überforderungen führt, trifft somit stärker Frauen als Männer. Wer freiwilliges Engagement fördern will, muss daher die Rahmenbedingungen auch von staatlicher oder kommunaler Seite soweit verändern, dass dieses Engagement stärker wertgeschätzt und die
55 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit sie eben nicht zur Überforderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen.

Für uns Jusos ist klar, dass freiwilliges Engagement ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen und lebendigen Gesellschaft ist. Gerade deshalb müssen wir uns dafür stark
60 machen, dass das Ehrenamt nicht zur Überforderung der Freiwilligen führt und nicht durch den Staat oder die Kommune für ureigene Aufgaben vereinnahmt wird!

Demokratie und Teilhabe als verbundene Herausforderungen

1. Demokratie und Teilhabe als verbundene Herausforderungen

5 Die Demokratiefrage betritt im frühen 21. Jahrhundert mit mächtigen Schritten erneut die Bühne der Weltpolitik. Die neue Hoffnung auf Demokratie nach dem Sturz autokratischer Regime in den nordafrikanischen Ländern bildet einen scharfen Kontrast zur Ohnmacht demokratisch legitimierter Regierungen im Angesicht der globalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzkrisen. In Deutschland fällt die umfassende und zumindest in Teilen neuartige Kritik an der Gestaltung unserer demokratischen Verfahren, Akteur_innen und 10 Kultur ins Auge. Der Forderung nach einem neuen Gemeinsamen in der Demokratie steht aber die zunehmende Zerrissenheit und Spaltung unserer Gesellschaft gegenüber, die sowohl im Ausmaß schwerwiegenderen als auch ihren Mechanismen feingliederiger und vielfältiger ist als zuvor.

15 Mehr Selbstbestimmung, das verlangt größere Gleichheit und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Als sozialistischer Richtungsverband stehen wir Jusos für einen Gesellschaftsentwurf der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Unsere Vision ist eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, eine Gesellschaft, in der alle Menschen ihren Platz finden und an der alle Menschen teilhaben. Demokratie ist für uns nie nur Methode, nie nur 20 Format. Sie ist normative Leitidee für die kollektive Gestaltung der Gesellschaft. Wir richten unsere Politik an unserer Vision aus.

Mehr Demokratie ist und bleibt unser Ziel. Sie zu verteidigen und zu verbessern ist alle Mühen wert. Mit dem demokratischen Status Quo sind wir nicht zufrieden, deshalb begrüßen 25 wir die Diskussion darüber wie wir mehr Demokratie erreichen. Die aktuellen Debatten um Parteienkrise, Politikverdrossenheit und Postdemokratie lassen allerdings allzu oft den wohl wesentlichen Makel unserer Demokratie unbeleuchtet, nämlich dass die Stimme der einen so viel lauter als die der anderen ist, weil es jenen an den materiellen Voraussetzungen für demokratische Mitbestimmung zunehmend fehlt. Unsere Demokratie ächzt unter der 30 Ungleichheit ihrer BürgerInnen. Die fortschrittliche Umgestaltung unserer Demokratie, also der Verfahren in denen wir kollektiv verbindliche Entscheidungen über unsere Zukunft treffen, berührt also nie allein Fragen von Prozessen und Transparenz, sondern gerade auch Fragen von Ungleichheit und Ausgrenzung.

35 Demokratie und Teilhabe hängen für uns essentiell zusammen. Wir stellen nicht nur die Frage, wie wann von wem entschieden wird; wir nehmen die Machtverhältnisse in den Blick, die unsere Gesellschaft strukturieren und Voraussetzungen für Teilhabe schaffen, aber eben auch nehmen.

40 2. Gesellschaftliche Spaltung

Von einer Gesellschaft der Freien und Gleichen sind wir weit entfernt. Macht und Ressourcen sind ungleich verteilt. Diese zunehmende gesellschaftliche Spaltung bedeutet im Kern eine Polarisierung von Teilhabe. Denn Teilhabe ist voraussetzungsreich. Die Demokratisierung

45 der Gesellschaft hebt soziale Spaltungen auf.

Mangelnde Teilhabe durch materielle Ungleichheit

50 Materielle Teilhabe war und bleibt der entscheidende Faktor der sozialen Teilhabe. Wer materiell abgesichert ist, nimmt am gesellschaftlichen Leben teil, materielle Ausgrenzung bedeutet soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung. Dies betrifft die Teilhabe am kulturellen Leben genauso wie die an politischen Prozessen. Zahlreiche Untersuchungen belegen diesen Zusammenhang. So steigt die Wahlbeteiligung entlang des Haushaltseinkommens; die Partizipation an direktdemokratischen Instrumenten steigt sogar noch wesentlich
55 ausgeprägter. Ökonomische Ausgrenzung bedeutet immer auch Ausschluss von Mobilität, von Kultur und Freizeit.

Spaltung Arbeit/Kapital

60 Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist weiterhin der dominierende Ungleichheitsmechanismus in der modernen Gesellschaft. Anstatt der Abmilderung oder Lösung dieses Widerspruchs zu dienen, haben politische Entscheidungen der Vergangenheit gesellschaftliche Entwicklungen ausgelöst, die diesen Gegensatz noch verstärkt haben. Die Spaltung der Gesellschaft entsteht ökonomisch an der Stelle, an der lohnabhängig Arbeitende
65 bei der Wertverteilung der Produktion benachteiligt werden.

Erwerbsarbeit ist für gesellschaftliche Teilhabe zentral

70 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Welterschöpfung, gesamtgesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe. Und dies in doppeltem Sinne: Einerseits sichert Erwerbsarbeit das eigenständige individuelle materielle Auskommen aller derjenigen, die nicht über Kapital verfügen - und damit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist damit das zentrale Moment materieller Absicherung, folglich muss sie auch existenzsichernd gestaltet
75 sein. Andererseits ist Arbeit ein entscheidender Bezugspunkt für die individuelle Verortung und Moment gesellschaftlichen Zusammenlebens. Mit der Teilhabe am Arbeitsmarkt geht das Gefühl einher, am gesellschaftlichen Fortkommen beteiligt zu sein, einen Beitrag geleistet zu haben. Der Arbeitsplatz schafft ein soziales Umfeld, strukturiert Gesellschaft.

80 Dementsprechend hat Arbeitslosigkeit gravierende Folgen - auch jenseits der offensichtlichen materiellen Auswirkungen. Erwerbslosigkeit wird begleitet vom Gefühl des Ausschlusses von der Gesellschaft, vom Gefühl, um die Möglichkeit einen eigenständigen Beitrag leisten zu können betrogen worden zu sein. Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, geben häufig im gleichen Zuge auch ehrenamtliche Tätigkeiten, mit denen sie zuvor ihre eigene Freizeit
85 und die von anderen Menschen gestaltet hatten. Der Arbeitsplatzverlust hat auch körperliche Auswirkungen. Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, werden häufiger krank – psychisch wie physisch. Arbeitslosigkeit schafft Ausgrenzung, Arbeit schafft Teilhabe.

90 Fallen Menschen aus der Erwerbsarbeit, muss der Sozialstaat diese folglich auffangen: Er muss einerseits für die materielle Absicherung ihrer Existenz sorgen und andererseits darauf hinwirken, dass sie durch eine neue Erwerbsarbeit weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Gesellschaftliche Teilhabe hat immer die Voraussetzung ökonomischer Teilhabe. Die durch

95 den Widerspruch von Kapital und Arbeit ausgelöst ungleichen Teilhabechancen werden durch einseitige Reaktionen auf Wirtschafts- und Finanzkrisen noch verstärkt. Die gesellschaftlich ungleiche Wertverteilung, die nicht mit der realen Wertbildung übereinstimmt, sorgt so auch für eine ungleiche Verteilung von Teilhabechancen.

100 *Gesellschaftliche Spaltung durch Statushierarchie*

Gesellschaftliche Spaltung wird neben sozioökonomischen Unterschieden auch durch Statusunterschiede, die auf anderen Grenzziehungen beruhen, vorangetrieben. Verschiedene institutionalisierte Muster kultureller Bewertung in unserer Gesellschaft grenzen ab und aus,
105 schaffen Normal und Anders, „Weiß“ und „Schwarz“, Herr und Knecht. Dadurch etablieren diese Muster eine symbolische Ordnung der Ungleichwertigkeit, die sich in Diskriminierung niederschlägt, der Benachteiligung und Herabwürdigung von Gruppen oder Individuen. Wer diskriminiert wird hat weniger Zugang zum Arbeitsmarkt, geringere Bildungschancen und erhält einen geringeren Teil des gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstands.

110 Diskriminierung wird auch über Identitäten transportiert. Identitäten sind veränderbar und stehen nicht fest. Statushierarchien, soziale Machtkonstellationen und politische Kämpfe formieren Identitäten. Wer in einem Land als „coloured“ gilt, wird in anderen Kontexten als „white“ wahrgenommen, wer sich hierzulande als Arbeiterin versteht, kann in Ländern des
115 Südens die Position einer „reichen Ausländerin“ einnehmen, aus einem „Feministen“ kann in Verteilungskämpfen einfach ein „Mann“ werden und umgekehrt. Oft werden Gruppensolidaritäten und Formen kollektiver Benachteiligung erst durch gemeinsames Erleben virulent und politisch wirksam: wer sich nicht bewegt, spürt seine Ketten nicht. Identitäten sind oft fremd zugeschrieben, können aber auch selbst gewählt sein. Gerade im
120 letzteren Fall können sie auch Ausgangspunkt für Emanzipationsbewegungen sein. So können identitär geführte soziale Kämpfe potentiell zu einer gerechten Gesellschaft beitragen, vor allem dann, wenn die Interessen einzelner auch die Interessen aller gesellschaftlich Diskriminierten berücksichtigen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass große soziale Fragen in identitär geführte Kämpfe aufgespalten werden.

125 Gesellschaftliche Statusunterschiede sind nicht samt und sonders Ergebnis sozio-ökonomischer Ungleichheit, aber sie haben fast immer materielle Folgen (Zugang zum Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen, Bildungschancen etc.) und vertiefen somit die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Umgekehrt gilt auch, dass soziale Ungleichheit auf
130 andere Formen gesellschaftlicher Spaltung ausstrahlt. Diskriminierung und materielle Benachteiligung verstärken sich gegenseitig und verfestigen gesellschaftliche Machtverhältnisse. In diese Machtverhältnisse sind wir auch selbst involviert. Am gesellschaftlich positiv beurteilten Ende des Spektrums stehen diejenigen unter uns, die den expliziten und impliziten Normen der bundesdeutschen Gesellschaft entsprechen:
135 idealerweise weiße, heterosexuelle gesunde Männer. Sie genießen in unserer Gesellschaft unausgesprochene Privilegien. Sich dieser bewusst zu machen ist eine Voraussetzung ihrer Abschaffung.

140 Diskriminierungen sind keine Bagatellen. Aus der Perspektive der Betroffenen sind sämtliche Diskriminierungen entwürdigend, weshalb keine Form der Diskriminierung zu tolerieren ist. Wir wollen eine Gesellschaft der Gleichwertigkeit, in der sämtliche Diskriminierungen verschwinden. Richtig ist aber auch, dass Diskriminierungen unterschiedlich große Gruppen in unterschiedlich starkem Maße treffen, in unterschiedlichem Maße Auswirkungen auf die Unversehrtheit eines Menschen haben und somit für uns unterschiedliche Dringlichkeit für

145 politische Interventionen schaffen. Diskriminierung findet in unserer Gesellschaft unter anderem aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung, Herkunft und rassistischer Zuschreibung, Behinderung oder Sprache statt.

150 Grundlegendes Ziel muss dabei eine Überwindung der diskriminierenden und Ungleichheit verursachenden kapitalistischen Gesellschaftsformationen bleiben, um allen Diskriminierungen die sozio-ökonomische Grundlage zu entziehen und deren materielle Konsequenzen auszuschließen. Alle Arten von Ungleichheit und Diskriminierung sind konstitutiv in die Produktionsweise des Kapitalismus eingebunden. Eine notwendige Voraussetzung auf dem Weg, sie zu beseitigen, kann also nur die Überwindung des
155 Kapitalismus sein.

Geschlechterhierarchien und ihre Überwindung

160 Die Gleichstellung aller Geschlechter bleibt unser zentrales Ziel. Partizipation von Frauen in der Gesellschaft ist unser Ziel. Noch immer sind Frauen in all denjenigen Lebensbereichen deutlich unterrepräsentiert, die Prestige, Geld oder Macht bringen. Sei es Politik, Führungsetagen der Privatwirtschaft, Literatur, Journalismus oder Wissenschaft – Frauen stehen deutlich seltener im Fokus der Aufmerksamkeit oder gesellschaftlichen Debatte. Dies führt zu einer Schiefe in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Relevanz und Bedeutung
165 von Männern versus Frauen, die ungerecht und ungerechtfertigt aber einer patriarchalen Gesellschaft systemimmanent ist.

Neben diesen eher latenten Diskriminierungsmechanismen gibt es jedoch auch sehr explizite Auswirkungen der Geschlechterungleichheit. Geschlechterdiskriminierung hat nicht nur den
170 Effekt, dass Frauen weniger wahrgenommen werden, sondern auch knallharte ökonomische Auswirkungen. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 23% weniger als Männer, sind häufiger in Teilzeit oder dem Niedriglohnsektor beschäftigt, sind schlechter sozialversichert, häufiger von Altersarmut betroffen. Probleme der Partizipation am Arbeitsmarkt und der selbstständigen Lebensabsicherung kumulieren sich in der besonderen
175 Situation Alleinerziehender. Noch immer sind fast 95% aller Alleinerziehenden Frauen. Selbst sehr gut ausgebildete Frauen haben große Schwierigkeiten als Alleinerziehende eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, von der sie sich selbst und ihre Familie ernähren kann. Das eigentlich als emanzipatorischer Akt gedachte neue Unterhaltsrecht, mit dem Frauen kein Anrecht auf eine eigenständige Absicherung durch ehemalige Ehepartner haben, tut sein
180 Übriges um die Situation für Frauen und Kinder zu verschärfen.

Zurzeit wird Gleichstellung vielfach nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet, sondern zumeist auf die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben verkürzt, was Frauen weiterhin auf eine Rolle als vermeintliche Mutter reduziert. In dieser Form verliert
185 Gleichstellungspolitik ihren emanzipatorischen Wert, weil sie zu einem Instrument staatlicher Biopolitik verkommt. Dabei wird die Manifestation des universalistischen Prinzips der Männlichkeit betrieben, weil die Funktion als Vater nur eine von vielen Rollen ist, die Männern offen steht. Wir sind sensibel dafür, dass Gleichstellungspolitik mehr erreichen muss, als den Gegensatz von Familien- und Erwerbsleben zu überwinden. Dabei ist uns klar,
190 dass der konventionelle Familienbegriff zu eindimensional ist, ebenso sind wir uns darüber bewusst, dass Lebensentwürfe, in welchen keine Kinder vorkommen, trotzdem von einer progressiven Politik profitieren müssen.

In einer zunehmenden Pluralisierung und Gleichstellung unterschiedlicher

195 Geschlechtsidentitäten sehen wir zudem die Chance, dass statische Geschlechterkategorien nachhaltig verändert werden und ihre Wirkungsmacht verlieren. Dabei verlieren wir nicht aus den Augen, dass der Geschlechterdualismus ein zentrales Moment kapitalistischer Arbeitsteilung ist, weshalb wir weiterhin an Politiken festhalten, die klassischerweise als Frauenpolitiken wahrgenommen werden. Eine emanzipatorische Politik darf nicht verkennen, nach welchen Kriterien die gegenwärtige Gesellschaft strukturiert ist. Gleichsam bleibt die Überwindung des Geschlechts als strukturierende Kategorie des gesellschaftlichen Lebens unser Ziel!

205 Folglich müssen wir auch die Lebenssituation derer, die sich weder eindeutig als „Mann“ noch als Frau“ definieren, sichtbar machen. Dies trifft insbesondere Trans- und Intersex-Menschen, die in unserer Gesellschaft zunehmend pathologisiert und diskriminiert werden. Mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung, bürokratische Verfahren und mangelnde körperliche Selbstbestimmung – wie geschlechtszuweisende Operationen zu Geburt – schließen Menschen, die sich als trans, intersex und/oder queer definieren, nach wie vor in unserer Gesellschaft aus. Gleichzeitig werden heutzutage auch weiterhin Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen und folglich eine andere sexuelle Identität bzw. Orientierung haben, in unserer Gesellschaft diskriminiert.

Die gesellschaftliche Spaltung wächst

215 Ausgehend von diesen Analysen sind die Befunde in der deutschen Gesellschaft fatal. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt seit einigen Jahren messbar und kontinuierlich zu - und politische Weichenstellungen haben diese Entwicklung verschärft. Der im Entwurf zum vierten Armutsbericht angezeigten positiven Entwicklung der oberen Lohngruppen steht eine Verschlechterung der Nettolohnsituation der unteren Einkommensgruppen gegenüber. Daraus folgt auch eine weitere Reduzierung des Anteils dieser Gruppen am Wertprodukt ihrer Arbeit: Unternehmensgewinne und Einkommenssteigerungen der oberen Lohngruppen finden zu Lasten der unteren Einkommensgruppen statt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die BRD verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen ist. Allerdings werden auch die in dieser Volkswirtschaft produzierten Waren von den lohnabhängig Beschäftigten hergestellt, die wiederum ihrerseits keinen angemessenen Vorteil aus der gesamtwirtschaftlich erfolgreichen Warenproduktion ziehen. Zudem wird viel zu wenig thematisiert, dass diese vermeintliche wirtschaftliche Stabilität durch eine starke Exportorientierung ihren Preis hat. So ist sie möglich, da die ArbeitnehmerInnen seit Jahren zu Lohnzurückhaltung gedrängt werden, um die internationale Konkurrenzfähigkeit von in Deutschland gefertigten Produkten zu gewährleisten. Damit sind die lohnabhängig Beschäftigten die Leidtragenden dieser Export-Strategie.

235 Insbesondere die unteren Lohngruppen werden mit dem Argument der vermeintlichen Konkurrenz ihrer Löhne mit denen insbesondere in Osteuropa und Ostasien stark unter Druck gesetzt. Damit führt die Exportorientierung Deutschlands in der Konsequenz zu einer Verstärkung der Armut bei insbesondere geringqualifizierten ArbeitnehmerInnen, die so durchaus von der Krise betroffen sind, auch wenn sie nicht als Arbeitssuchende in Statistiken auftauchen.

240 Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Armut ist auch in Deutschland ein großes Problem. 12,5 Millionen Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Und Armut hat Folgen. Materielle Deprivation führt zu erhöhtem Krankheitsrisiko und der Entfernung aus der Gesellschaft aus Mangel an der Möglichkeit der Partizipation am,

245 zumeist teuren, gesellschaftlichen Leben. Armut ist ein Risiko, das nicht nur einzelne Generationen trifft, sondern über Kumulationsmechanismen vererbbar ist.

Mittlerweile besitzen zehn Prozent der Bevölkerung mit 53 Prozent über die Hälfte des Vermögens der Gesamtbevölkerung. Kapitaleinkommen steigen auch nach der Finanzkrise
250 weiter, nach mehr als einem Jahrzehnt Reallohnstagnation lebt die Breite der ArbeitnehmerInnen finanziell eingeschränkt, während das volkswirtschaftliche Gesamtvermögen wächst. Arbeitseinkommen profitieren wenn überhaupt unterdurchschnittlich von Produktivitätssteigerungen und volkswirtschaftlichem Wachstum. Die Einkommensungleichheit liegt über dem Durchschnitt der OECD-Länder.

255 Die Spaltung des Arbeitsmarktes nimmt ebenfalls zu. Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse hat zur Etablierung eines Niedriglohnssektors geführt, der stabil große Teile der ArbeitnehmerInnen trotz Erwerbstätigkeit in Armut hinterlässt. Die messbare Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse im vergangenen Jahrzehnt schafft soziale
260 Unsicherheit und allzu oft prekäre Lebensverhältnisse. Ein nachweisbares Unterangebot an Ausbildungsplätzen hinterlässt zehntausende junge Menschen perspektivlos und verwehrt ihnen den Berufseinstieg. Prekäre Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne betreffen dabei vor allem Frauen. Unstete Erwerbsbiographien und niedrige Löhne führen zu wachsender Altersarmut, Lebensleistungen werden allzu oft nicht mehr gewürdigt.

265 Drastische Fehlentwicklungen in der Primärverteilung wie sinkende Lohnquoten und stagnierende Reallöhne werden flankiert durch drastische Verfehlungen in der Sekundärverteilung durch Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Leistungen, sinkenden öffentlichen Investitionen und sinkenden Steuern. Die materielle Spaltung nimmt zu - und
270 damit auch die soziale und gesellschaftliche.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die ungleiche Einwanderungsgesellschaft

275 Auch die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber diskriminierten Gruppen offenbaren die tiefe Spaltung unserer Gesellschaft. Generell weisen diskriminierende Statusbewertungen in den Aussagen der Mehrheitsgesellschaft auf die symbolische Ordnung der Ungleichwertigkeit hin. Eine Möglichkeit diese zu analysieren bietet das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Ausgewählte Ergebnisse aus den entsprechenden Studien der Universität Bielefeld ergeben für 2009 folgendes Bild für Deutschland
280 (gerundet):

Rassismus: 14% stimmen einer Diskriminierung wegen Abstammung zu, 11% unterstützen die Idee der Überlegenheit der „Weißen“.

285 Sogenannte Fremdenfeindlichkeit: 46% behaupten, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben und 24% wollen diese „in die Heimat zurückschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden“.

290 Homophobie: 29% der Menschen sind gegen eine Erlaubnis gleichgeschlechtlicher Ehen.

Klassischer Sexismus: 21% der Deutschen wollen Frauen auf eine Rolle als Ehefrau und Mutter reduzieren, 14 % auf die der Karrierehelferin des Mannes.

Abwertung von Menschen mit Behinderungen: 12% stimmen zu, dass viele Forderungen von

295 Menschen mit Behinderungen „überzogen“ seien, 6% beklagen zu viele Vorteile für
Menschen mit Behinderungen. Latente und strukturelle Diskriminierungsmechanismen und
alltägliche Stereotype werden von diesen Zahlen allerdings nicht erfasst.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Abwertung der Anderen“ von 2011 belegt breite
300 antisemitische Einstellungen: So stimmen 19,7% zu, dass Jüdinnen_Juden zu viel Einfluss
hätten, 48,9%, dass Jüdinnen_Juden versuchen würden, Vorteile daraus zu erzielen, da sie im
Nationalsozialismus Opfer waren, und 29,4%. Dass Jüdinnen_Juden sich nur um ihre Gruppe
kümmerten. Genauso zeigen 35,6% Verständnis dafür, wenn Jüdinnen_Juden wegen der
Politik Israels nicht gemocht würden, und 47,7% werfen Israel einen „Vernichtungskrieg“
305 gegenüber den Palästinenser_innen vor. In all den genannten Dimensionen sind die Werte
zwar leicht rückläufig, jedoch auf erschreckend hohem Niveau. Diese Einstellungen sind aber
nicht nur symbolischer Natur sondern gehen einher mit materiellen Diskriminierungen in
zentralen Gesellschaftsbereichen, wie etwa ein Blick in die Realität der
Einwanderungsgesellschaft zeigt. So sind Menschen mit Migrationshintergrund noch immer
310 signifikant seltener erwerbstätig als solche ohne Migrationshintergrund (69% zu 78%).
Personen mit Migrationshintergrund sind von einem relativ geringen Einkommen mehr als
doppelt so häufig betroffen. Die Armutsrisikoquote von Personen mit Migrationshintergrund
ist dreimal höher. Auch im Bildungssystem zeigt sich die strukturelle Diskriminierung.
Während 45% der Jugendlichen eines Jahrgangs ohne Migrationshintergrund eine
315 Hochschulreife erreichen, sind es bei denen mit Migrationshintergrund nur 37%. Umgekehrt
erreichen Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich häufiger nur einen
Hauptschulabschluss oder müssen die Schule gar gänzlich ohne Abschluss verlassen. Noch
dramatischer ist die Lage bei Berufsabschlüssen: 45% der Personen mit
Migrationshintergrund haben keinen beruflichen Abschluss, bei solchen ohne
320 Migrationshintergrund sind es nur 16%. Auch die Repräsentanz und Wahrnehmbarkeit in
gesellschaftlich herausgehobenen Positionen ist nicht gegeben. Obwohl aktuell rund 20 % der
in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben, sucht man Menschen
mit Migrationshintergrund in den oberen Etagen meist vergeblich. Ob DAX-Vorstände, das
Bundeskabinett oder das Bundesverfassungsgericht: die gesellschaftlichen Elitepositionen
325 sind weiter Domäne der Menschen ohne Migrationsgeschichte. Weniger als vier Prozent der
StadträtInnen in deutschen Großstädten hat einen Migrationshintergrund. In Parteien,
Gewerkschaften und NGOs mangelt es insgesamt Vielfalt. Dieses Defizit ist auch eines der
Repräsentation, also eines der Demokratie. Auch der Bundesvorstand muss hier an sich
arbeiten und sich an seinen eigenen Beschlüssen messen lassen.

330

3. Unsere Forderungen: Teilhabe und Anerkennung

Gesellschaftliche Teilhabe wird über den Arbeitsmarkt organisiert. Wir wollen die
Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen an diesem partizipieren und sich
335 darüber ein auskömmliches Einkommen, für sich selbst, für ihre Familien, für jetzt und fürs
Alter, sichern.

Beschäftigung

340 Wir wollen die Beschäftigungsquote erhöhen. Dafür wollen wir einerseits mehr (gute)
Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Anzahl der erwerbstätigen Menschen in
Deutschland deutlich erhöhen. Konzepte wie eine Arbeitszeitverkürzung und die Ausweitung
der öffentlichen Beschäftigung (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) können helfen,
mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen dabei nicht nur Beschäftigung umschichten

345 sondern ganz gezielt das Beschäftigungsvolumen erhöhen. Wir wissen, es gibt noch viel
gesellschaftlich relevante Arbeit, die bisher nicht getan oder rein ehrenamtlich ausgeübt wird.
Diese wollen wir dem Arbeitsmarkt erschließen. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung.
Gleichzeitig gibt es jetzt schon Sorge vor einem Fachkräftemangel, der Deutschland droht.
Dabei wollen wir dafür sorgen, „verborgene Schätze“ besser zu heben. Millionen von
350 teilweise hoch ausgebildeten Frauen bleiben nach dem ersten Kind dem Arbeitsmarkt für
lange Zeit oder für immer fern, oder kehren nur in Teilzeit in Erwerbsarbeit zurück. udem
wollen wir sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für Menschen mit
Behinderungen strukturelle Barrieren abbauen und ihnen die Teilhabe am Arbeitsmarkt
erleichtern.

355

Niedriglohnsektor

Der deutsche Niedriglohnsektor treibt Menschen in Armut. Ob Leiharbeit, Mini- oder
Midijobs, befristete oder nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – prekäre
360 Beschäftigung ist für Menschen in zweifacher Hinsicht ein großes Problem. Einerseits führt
prekäre Beschäftigung über schlechte Entlohnung direkt zu problematischen
Einkommensverhältnissen. Andererseits führen diese über fehlende Vorsorge und
Absicherungsleistungen wie Krankenversicherung, Sozialversicherung oder
Rentenanwartschaften auch langfristig zu Armut. Deshalb setzen wir uns gegen prekäre
365 Beschäftigung ein.

Lohnniveau

Partizipation an einer Gesellschaft kostet Geld. Nach Jahren der Lohnstagnation müssen
370 endlich die Löhne in einem angemessenen Maße steigen, damit die ErwirtschafterInnen des
gesellschaftlichen Wohlstands (zumindest teilweise) wieder an diesem teilhaben können!
Deshalb muss das Lohnniveau der Menschen in den nächsten Jahren deutlich ansteigen.
Dafür benötigen wir die politische Stärkung der Tarifparteien. Diese Stärkung muss mit
einem gesetzlichen Mindestlohn flankiert werden.

375

Arbeitszeit

Arbeit und Arbeitszeit ist in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Überstunden und bis zu
60-Stunden-Wochen stehen unfreiwilliger Teilzeit und Arbeitslosigkeit gegenüber. Dies
380 wollen wir ineinander auflösen. Für viele Menschen ist Zeit ein hohes Gut. Wir wollen die
Regelungen und Bedingungen der bisherigen Arbeitszeitgestaltung generell verändern. Die
Arbeit solle dem Menschen dienen und nicht umgekehrt, für diese Bedingungen müssen wir
Arbeit und Arbeitszeit an die Lebensbedingungen der Menschen anpassen können.
Lebensarbeitszeitkonten, Sabbaticals, Auszeiten für Familie, Pflege, Weiterbildung müssen
385 besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dabei bieten z.B. Langzeitkonten oder
Zeitwertkonten Möglichkeiten der lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung. Phasen der
Kindererziehung, der Pflege, der beruflichen Neuorientierung oder der Regeneration können
mittels der Konten flexibel und individuell mit der Berufstätigkeit vereinbart werden.
Dennoch stehen diese bisher nur einigen ArbeitnehmerInnen zur Verfügung und werden nicht
390 ausreichend genutzt. Freie Zeitgestaltung ist gerade auch unter dem Gesichtspunkt der
Gleichstellungspolitik zentral. Viele Frauen leider immer noch unter fehlender Flexibilität
und falsch verstandener Anwesenheitskultur.

395 *Umverteilung: Geschlechterhierarchien*

Die Patriarchale Gesellschaft stärkt und stützt die ungleiche sozioökonomische Verteilung und ist gleichzeitig ein Ergebnis dessen. Als feministischer Richtungsverband ist es unser Ziel dies zu überwinden.

400

Wir fordern

• die Abschaffung des Ehegattensplittings, d. h. die Besserstellung von Ehen gegenüber eingetragenen Lebenspartnerschaften und nicht verheiratete Paaren. Letztlich ist die Abschaffung aller exklusiven Vorteile der Ehe unser Ziel.

405

• Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist das Schlagwort der Gleichstellungspolitik seit über hundert Jahren. Trotz aller Anstrengungen haben wir noch immer eine eindeutige Lohnspreizung zu Ungunsten der Frauen. Um dies endlich zu überwinden wollen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen.

410

• die Auszahlung des vollen Elterngeldes nur bei paritätischer Teilung der Elternzeit. Dabei muss es einen Lohnausgleich zum höheren Gehalt der Partnerin oder des Partners geben, um keine Einkommensverluste zu generieren.

415

• die konsequente Weiterentwicklung von Gleichstellungsinstrumenten (Gender Mainstreaming) Gender Budgeting, Diversity Management.

• verpflichtende Quotenregelungen für Aufsichtsräte und Vorstände von 40%.

420

• Wir wollen so viel wie möglich Reproduktionsarbeit, also Kindererziehung, Haushaltsführung, Pflege etc. zu Erwerbsarbeit machen. Dazu wollen wir zB die Kinderbetreuungen ausbauen.

• Trotz einer kurzfristig nötigen gesetzlichen Förderung von Pflegezeit für Familienangehörige ist die Verberuflichung und Professionalisierung von Pflege unser Ziel. Auch diese Reproduktionsarbeit soll mittelfristig zu Erwerbsarbeit werden.

425

Heteronormativität, die ausschließliche Ausrichtung an zweigeschlechtlicher, heterosexueller Partnerschaft, lehnen wir ab; wir akzeptieren und unterstützen die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identität jenseits der gesellschaftlichen Norm. Wir fordern deshalb

430

• das Recht auf geschlechtliche, sexuelle und allgemein körperliche Selbstbestimmung für alle Menschen in unserer Gesellschaft.

435

• die gleichen umfassenden Adoptionsrechte für nicht-heterosexuelle Paare und die Entwicklung neuer Elternrollen-Konzepte.

• die Aufhebung des Zwangs zu geschlechtsvereindeutigen und geschlechtszuordnenden Operationen bei Neugeborenen.

440

• das Recht zu geschlechtsneutralen Vornamen (ohne geschlechtseindeutigen Zweitnamen).

- 445 • eine stärkere Akzeptanz und Wahrnehmung trans-, intersexueller und queerer Menschen.

Interkulturelle Öffnung

450 Wir wollen eine Politik für Teilhabe und Anerkennung, verstanden als systematische Entgegnung auf die Missachtung und Benachteiligung von diskriminierten Gruppen. Sie erschöpft sich nicht in einzelnen Kompensationsmaßnahmen, sondern zielt auf eine Neugestaltung der Statusordnung unserer Gesellschaft: eine Gesellschaft der solidarisch organisierten Vielfalt. Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft in dem Sinne, dass Menschen in feststehende Kulturen eingeteilt werden, die mit- und nebeneinander leben,

455 sondern eine interkulturelle Gesellschaft, in der kulturelle Selbst- oder Fremdzurechnung keine Rolle mehr für die Lebenschancen spielt. In diesem Sinne wollen wir keine Integration, sondern Inklusion.

460 Wir wollen eine interkulturelle Öffnung gesellschaftlicher Strukturen. Ob im Öffentlichen Dienst, in den Bildungsinstitutionen, im Privatsektor oder in der Politik: die Institutionen der Gesellschaft müssen sich der Vielfalt ihrer Mitglieder anpassen, nicht die Gesellschaftsmitglieder der Einfalt überkommener Institutionen. Das heißt konkret

465 • Interkulturelles Mainstreaming muss verpflichtend in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt und werden und soll finanziell in Verbänden und der Privatwirtschaft gefördert werden.

470 • Die besondere finanzielle Förderung durch den Staat ist dort nötig wo sich die sozialen Probleme einer ungleichen Einwanderungsgesellschaft aufsummieren: im Quartiersmanagement, in sozialräumlich benachteiligten Schulen und Berufsschulen.

475 • Wir befürworten Maßnahmen der besonderen Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund, u.a. durch Zielvorgaben und Zeitpläne zur Erhöhung der Vielfalt im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft.

480 • Interkulturelle Kompetenz muss zentraler Bestandteil der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen werden und auch als fester Bestandteil in den Unterricht aufgenommen werden.

Gleiche Rechte für alle in Deutschland Lebenden

485 Die tatsächliche oder zugeschriebene geographische Herkunft eines Menschen oder seiner Vorfahren dient als ein wesentlicher Exklusionsvorwand. Mit Herkunft werden oft Eigenschaften verbunden und Gruppenidentitäten hergestellt. Herkunft ist eine Leitkategorie biologisch und kulturalistisch begründeten Rassismus'. Wir wollen eine anerkennende Gesellschaft in der kein Mensch auf Grund seiner oder ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Herkunft diskriminiert wird.

490 Sprache ist unser Hauptmittel zur Verständigung. Sprachbarrieren stellen Grenzen der Partizipation an unserer Gesellschaft dar. Die Stereotypisierung und Hierarchisierung von Menschen unterschiedlicher Herkunft führt auch zu der Vorstellung einer unterschiedlichen Wertigkeit von Sprachen. Die in der Hierarchie als hoch angesehenen Sprachen bringen den SprecherInnen Ansehen und werden als zu fördern in Institutionen betrachtet (z.B. Französisch). Kompetenzen in anderen Sprachen (z.B. Türkisch, Arabisch) vermögen das

- 495 Ansehen einer Person nicht zu erhöhen, oder senken dieses sogar. Wir fordern die Förderung der Zweisprachigkeit in Wort und Schrift. Dabei werden verschiedene Schulen zur Kooperation angehalten, um ein möglichst großes Sprachspektrum anzubieten- Die erzielten Kompetenzen haben auf Wunsch des Kindes im Zeugnis Eingang zu finden.
- 500 Der Aufenthaltsstatus stellt eine existenzielle Daseinsbedingung für Menschen in unserem Land dar. Menschen ohne legalen oder mit prekärem Aufenthaltsstatus sind von weitreichender strukturellen und gesellschaftlichen Diskriminierung bedroht, haben wenige oder keine Rechte und sind häufig Opfer von wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung. Für uns Jusos ist kein Mensch illegal. Der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer
- 505 Herkunft, die in besonderem Maße für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge gilt, wollen wir entschieden entgegenreten.
- Wir fordern die Novellierung des Bleiberechts, an dessen Ende ein Aufenthaltsrecht für alle Menschen in Deutschland stehen muss. Wir nehmen das Menschenrecht auf freie
- 510 Wohnortwahl ernst, und wollen Abschiebungen per se verbieten.
- Abschiebegefängnisse sind umgehend zu schließen.
- Wir Jusos sehen zwei dringende Handlungsfelder. Neben der Verbesserung der
- 515 Lebensverhältnisse von geflüchteten Menschen in Deutschland muss auch in den Herkunftsländern wichtige Aufbauarbeit geleistet werden.
- Unverzüglich einzustellen ist die Durchführung von Abstammungstest bei AsylbewerberInnen, welche im Rahmen des Familiennachzugs angewandt werden.
- 520 Die gesetzlichen Hürden für Einbürgerungen müssen gelockert werden und die Vergabe doppelter Staatsbürgerschaften ist stärker zu fördern. Der Optionszwang muss aufgehoben werden.
- 525 Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) muss unverzüglich abgeschafft werden. Wir fordern die Bezüge vollständig auf die Höhe des ALG II-Satzes anzuheben.
- Die Residenzpflicht muss überall abgeschafft werden.
- 530 Wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnraum für AsylbewerberInnen. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind in ihrer derzeitigen Form abzuschaffen. In jeder Unterkunft muss die Sozialbetreuung und Integrationsförderung durch Sozialarbeiter_innen angeboten werden. Diese muss weiter ausgebaut und mit den nötigen Geldmitteln ausgestattet werden.
- 535 Wir fordern die Einbeziehung von AsylbewerberInnen in die gesetzliche Krankenversicherung und die gleiche medizinische Versorgung für alle.
- Wir fordern weiterhin die Abschaffung des grundsätzlichen Arbeitsverbotes. Dies beinhaltet die flächendeckende Erlaubnis für Flüchtlinge, Arbeit aufzunehmen und eine Anerkennung
- 540 im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen. Sie müssen aktiv unterstützt werden, um eine Arbeit zu finden. Dazu zählen auch entsprechende Nachqualifikationen. Die kürzlich geschaffenen Ansprüche auf eine Äquivalenzprüfung gelten bedauerlicherweise noch nicht flächendeckend.

545 *Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderung*

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang gesellschaftlich teilzuhaben. Für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung sowie chronischen Erkrankungen bedeutet das
550 konkret die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf allen Ebenen. Dies bedeutet vor allem eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems und Arbeitsmarkts, sowie eine umfassende, alle Behinderungen und Mobilitäts- wie Kommunikationssituationen berücksichtigende Barrierefreiheit.

555 *Jusos als demokratischer Verband auf allen Ebenen*

Gesellschaftliche Stathierarchien bilden sich auch in unserem Juso-Verband ab. Wir müssen überprüfen, inwiefern wir durch unsere Strukturen, Anspracheformen und Hierarchien gesellschaftliche Statusunterschiede und somit strukturelle Diskriminierung
560 reproduzieren. Schon heute entgegnen wir dem dort, wo wir es feststellen. Doch ist die Hinterfragung eigener Strukturen ist ein fortwährender Prozess, welcher nie abgeschlossen ist.

565 *Bündnisarbeit*

Für emanzipatorische Bewegungen steht die Tür der Jusos offen. Wir wollen unsere Bündnisarbeit gerade mit den Gruppen intensivieren, deren legitime Anliegen nach Teilhabe und Anerkennung wir teilen, auch wenn unsere Mitglieder in diese sozialen Kämpfe durch eigene Erfahrungen wenig verwickelt sind. Das betrifft gerade
570 MigrantInnenselbstorganisationen, LGBT-Organisationen oder die Vertretungen von Menschen mit Behinderungen innerhalb und außerhalb unserer Partei.

4. Die Krise der repräsentativen Demokratie und ihre Ursachen

Hinweise für eine Krise der Demokratie scheinen deutlich: immer weniger Menschen nehmen an Wahlen teil, die Zahl der Parteimitglieder ist insgesamt stark rückläufig. Damit schwinden Legitimation und Inklusivität der Politik. Partizipation wird für viele Menschen durch fehlende Strukturen und eine aufweichende Norm zur Beteiligung an Wahlen weiter erschwert. Doch dieses Szenario deutet nur teilweise auf eine Krise der Demokratie hin.
580 Während sich einige, insbesondere sozial ‚abgehängte‘ Gruppen tatsächlich aus der demokratischen Beteiligung zurückziehen, hat sich bei der oberen Mittelschicht lediglich die Form der Beteiligung verändert: Volksbegehren, E-Petitionen und andere als ‚unmittelbarer‘ betrachtete Beteiligungsformen und vor allem das Engagement in Initiativen und Interessensgruppen ersetzen dort das ‚klassische‘ Engagement in Parteien, Gewerkschaften
585 oder durch Teilnahme an Wahlen. Die informellen und technisch anspruchsvollen Strukturen, die oftmals mit diesen ‚modernen‘ Instrumenten verbunden sind, bedeuten aber gleichzeitig auch, dass andere Bevölkerungsgruppen noch stärker von der Teilhabe an politischen Entscheidungen ausgegrenzt werden. Die überwiegende Mehrheit hält Demokratie auch immer noch grundsätzlich für einen wichtigen Wert und ein gutes System. Gleichzeitig
590 schnellst seit einigen Jahren die Zahl der Klagen vor Verfassungsgerichten in die Höhe, was einer von vielen Hinweisen darauf ist, dass nicht die Demokratie an sich ein Akzeptanzproblem hat, sondern parlamentarische Verfahren immer weniger akzeptiert werden. Die Ursachen für diese nur scheinbar paradoxe Entwicklung sind vielfältig.

595 Allseits beklagt wird die fehlende Glaub- und Vertrauenswürdigkeit der politischen RepräsentantInnen, die durch politische Skandale, Intransparenz und Korruption regelmäßig weiter erschüttert wird, und die so ausgelösten Eruptionen durch die Mechanismen einer skandal- und streitfixierten Mediendemokratie heute heftiger und ausdauernder zu spüren sind.

600

Weil Politik in der globalisierten Welt zunehmend Schwierigkeiten hat, auf Basis von territorial organisierten Gestaltungskompetenzen auch wirklich zu gestalten, kapituliert sie vor der Herausforderung, internationale Übereinkünfte zu entwickeln und zieht sich auf einen überschaubaren nationalistisch-protektionistischen Standpunkt zurück. Auch innerhalb der EU, die für ein solches Handeln eigentlich eine Alternative bieten sollte, sind nationale Egoismen aktuell deutlicher denn je ausgeprägt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Demokratisierung von EU-Institutionen und Finanzmärkten versäumt wurde.

605

Technokratien der Alternativlosigkeit?

610

Politik wird in immer stärkerem Maße als Feld von ExpertInnen verstanden, welches vermeintlich dem Großteil der von ihr betroffenen Menschen unzugänglich bleibt. In diesem Lichte lässt sich vor allem die Durchsetzung neoliberaler Reformprojekte begreifen, an welchen auch die deutsche Sozialdemokratie mitgewirkt hat. Darüber hinaus zeigt sich aber auch, dass Fragen von gesellschaftlicher Relevanz in elitären Zirkeln entschieden werden; als Beispiel hierfür können Ethikkommissionen angesehen werden, aber auch Regierungen von TechnokratInnen, von denen man sich erhofft, dass sie Europa aus der Krise führen könnten. Die zunehmend komplexeren gesellschaftlichen Entscheidungen, werden öfter an diese ExpertInnen ausgelagert und sind kaum noch Ergebnis sozialer Prozesse. Die prägnanteste Entwicklung dieser Form ist die wachsende Ununterscheidbarkeit politischer Parteien, weil man sich gern postideologisch gibt und damit die Politik des Sachzwangs zur Maxime erhebt.

620

Das Ergebnis einer solchen politischen Kultur ist uns aus den letzten Jahren wohl bekannt: Mit dem „Argument“ einer vermeintlichen Alternativlosigkeit zu Kürzungen, Streichungen und Umverteilung von unten nach oben soll Deutschland „fit“ gemacht werden für den internationalen Wettbewerb. Die von dieser Kürzungspolitik Betroffenen werden mit der Aussage abgespeist, es gäbe zum Verrat an ihren Interessen keine Alternative und das komplexe globale Politik- und Wirtschaftsgeflecht verlange harte Einschnitte. Weiter zerstört wird die politische Organisations- und Gestaltungskraft dieser unter Druck geratenen Milieus durch das ständig vorgetragene Mantra, eine prekäre Situation des/der Einzelnen sei durch individuelles Versagen und fehlenden Einsatz selbstverschuldet.

630

Konnten Parteien und Gewerkschaften die politische Vertretung dieser Gruppen einst noch leisten, konnten sie ihnen einst noch deutlich machen, dass sie Teil der Arbeiterklasse sind, deren Interessen sich decken und dass es sich für sie einzutreten lohnt, fehlt nun – auch verschuldet durch die Konzentration auf die so genannte „Mitte“ der Gesellschaft – hier ein echtes Gegengewicht zu Konservativen und (Neo-)Liberalen. Unter diesen Vorzeichen schwindet insbesondere bei den am Rande der Gesellschaft stehenden Menschen das Vertrauen in Parteien und Politik und führt zu einer Abkehr von diesen. Zunehmende Nichtrepräsentanz und zunehmende Nichtbeteiligung bedingen sich gegenseitig.

640

Neues bürgerliches Selbstbewusstsein der Eliten

Gleichzeitig wächst auf der anderen Seite, gerade unter den gut ausgebildeten und

645 gesellschaftlich gut situierten Menschen das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein, womit eine
gute Kenntnis vor allem der eigenen demokratischen Rechte einhergeht. Auch sind in dieser
Gruppe die Ressourcen zur Überwindung der Hürden für die politische Teilhabe mittels neuer
Partizipationsformen vorhanden. Unter diesen Menschen setzt sich zurzeit die Erfahrung
650 durch, dass sich durch politische Intervention und Partizipation sehr wohl der eigene Wille
durchsetzen lässt.

Parteien sind allerdings nicht das demokratische Mittel der Wahl bei diesen Gruppen. Sie
konzentrieren sich mit ihrer politischen Beteiligung auf projekt- und problembezogene,
häufig temporär existierende Interessengruppen, die für ein ganz spezifisches politisches
655 Anliegen eintreten. Auch die Mitarbeit in NGOs (Nichtregierungsorganisationen) ist für
immer mehr Menschen das bevorzugte Mittel der Partizipation – entgegen dem Trend des
Mitgliederschwunds von Großorganisationen.

Transparenz wird als Grundprinzip der demokratischen politischen Partizipation zurzeit
660 lautstark eingefordert. Und das ist auch gut so, denn nach wie vor sind politische Verfahren
nur schwer nachvollziehbar. Jedoch kann ein transparent machen von allen Gesprächen – das
quasi Verbot der Vertraulichkeit – die Qualität von Politik auch in Mitleidenschaft ziehen.
Gleichzeitig dient die totale Transparenz nicht zwingend dem besseren Verständnis von
Prozessen. So kann eine umfassende und nicht eingeordnete politische Kommunikation das
665 Verständnis von Zusammenhängen auch erschweren. Transparenz als vermeintliche Antwort
auf Unverständnis von komplexen Prozessen, kann keine Hilfe, sondern auch zur Steigerung
der Unklarheit beitragen.

Dass Menschen sich politisch engagieren ist für eine lebendige Zivilgesellschaft existenziell.
670 Durch zivilgesellschaftliches Engagement werden unzählige wichtige Aufgaben erledigt und
das persönliche Engagement ist ein wichtiger Baustein in der demokratischen
Bewusstseinsbildung. Zivilgesellschaftliches Engagement ist deshalb wichtig und muss
gesellschaftlich mehr Anerkennung erfahren. Doch in unseren Augen ist nicht jede Form von
Engagement in gleichem Maße ein Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung der
675 Demokratie. Es gibt einen zunehmenden Trend, die in Interessengruppen wie
Bürgerinitiativen organisierten eigenen Interessen als absolut zu betrachten und ihre
Durchsetzung ohne Rücksicht auf konkurrierende Interessen zu betreiben. Ein durch Parteien
oder in Parlamenten gefundener Ausgleich zwischen konkurrierenden Interessen wird als
,nicht legitim‘ abgelehnt, auch dann, wenn die eigene Interessensgruppe am Prozess auch
680 formal beteiligt war (z.B. über Anhörungen). Dies gilt keineswegs für alle
Interessensgruppen, aber für eine zunehmende Zahl.

Nicht jede Form der Partizipation ist gleichermaßen demokratisch

685 Wir Jusos sind deshalb der Meinung, dass die Trends zu einer neuen Form des
demokratischen Handelns mit Vorsicht beobachtet werden müssen. Durch sie kann
Demokratie unter Druck geraten. Der Einsatz in BürgerInneninitiativen und anderen
Interessengruppen ist legitim zur Durchsetzung eigener Interessen. Das Gemeinwohl darf
dabei aber nicht auf der Strecke bleiben. Dies gilt umso mehr, als auch bei der vermeintlich
690 ,basisdemokratischen‘ Interessensvertretung verschiedene gesellschaftliche Gruppen
unterschiedliche Möglichkeiten haben, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Politik, die
sich aus den formalen Formen hin zu informellen Aushandlungsprozessen zwischen
Interessengruppen verlagert, ist daher nicht nur intransparenter; sie führt auch zur
Ausgrenzung bestimmter Interessen und bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, die dann

695 keine Berücksichtigung in den getroffenen Entscheidungen mehr finden. In der Politik dürfen
aber nicht diejenigen allein ihre Interessen durchsetzen können, die am lautesten für ihre
Interessen trommeln können. Die Anfälligkeit der Politik für Lobbyinteressen ist damit
genauso impliziert, wie eine zunehmende Entpolitisierung der Gesellschaft – und zwar
derjenigen, die sich nicht auf das Trommeln verstehen.

700

So lässt sich ähnlich wie in der Armuts-Debatte auch in der Partizipationsfrage von einer
Schere sprechen, die sich immer weiter öffnet. Auf der einen Seite stehen die politisch
engagierten Menschen, die es verstehen, mit allen den Mitteln des demokratischen
Rechtsstaates für ihre Interessen einzutreten. Auf der anderen Seite findet sich ein
705 wachsender Teil der Gesellschaft, der sich von Politik völlig abgewendet hat und dessen
Interessen so immer weniger Gehör finden.

Der Begriff der "Postdemokratie" hat als Beschreibung für diese Symptome Karriere
gemacht: Demzufolge bestehen die Institutionen der repräsentativen Demokratie (noch) fort,
710 verlieren aber an Legitimität und werden so ausgehöhlt. Die Möglichkeiten zur politischen
Partizipation bestehen nur scheinbar und auch nur scheinbar werden Entscheidungen
demokratisch gefällt.

5. Mehr und bessere, aber repräsentative Demokratie bitte!

715

Wer als Lösung für die beschriebenen Probleme die Weiterverbreitung direkt-demokratischer
Verfahren fordert, erkennt, dass diese neuen Partizipationsformen nicht automatisch zu einer
(Re-)Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen. Die Hürden für den
Zugang zu neuen Partizipationsformen sind ungleich höher, die Partizipation auf diesen
720 Wegen ungleich voraussetzungsvoller als die politische Partizipation über die klassischen
Mitbestimmungsformen – vor allem die über Wahlen, die die niedrigste Zugangshürden
aufweisen.

Diese Hürden können – insbesondere bei Online-Verfahren – technisch sein, aber noch
725 deutlicher geben andere Ressourcen den Ausschlag: Zeit und Geld für die Organisation der
Interessen sowie das Know-How über die politischen Beteiligungsmöglichkeiten. Diese
Ressourcen und Voraussetzungen bringen jedoch Menschen in unterschiedlichem Maße mit,
so dass eine Organisation der politischen Entscheidungsfindung ausschließlich über
direkt-demokratische Verfahren Menschen weiter bevorteilen würde, die über mehr
730 Ressourcen verfügen. Die Prinzipien der Gleichheit der Stimme und des
Minderheitenschutzes – elementar in einer Demokratie – wäre somit verletzt.

Wir wollen die Stärkung der repräsentativen Demokratie

735 Nicht zuletzt deshalb bekennen wir Jusos uns zur repräsentativen Demokratie, auch wenn
diese Schwächen hat. Wir fordern eine sinnvolle Kombination beider Prinzipien: direkte und
indirekte Demokratie. Vor allem in den unmittelbar wohnortnahen politischen Strukturen und
auch auf Landesebene ist ein Mehr an direkt-demokratischer Interessenaushandlung denkbar
– unter der Berücksichtigung von Quoren. Für die Bundes- und die europäische Ebene
740 erachten wir repräsentative Verfahren als sinnvoller.

Dort, wo Elemente direkt-demokratischer Willensbildung eingesetzt werden sollen, müssen
die organisatorischen und technischen Hürden für BürgerInnenbeteiligung gesenkt werden.
Über das Internet können Plattformen organisiert werden, auf denen auf kommunaler Ebene

745 ein direkterer Einfluss auf das politische Geschehen vor Ort genommen werden kann. Wir
erachten wir vor allem Verfahren für sinnvoll, die das Agenda-Setting ermöglichen, die
Entscheidungen aber in den Händen der gewählten VertreterInnen lassen.

Die Möglichkeit zur politischen Teilhabe ist eine grundlegende Bedingung zur
750 gesellschaftlichen Teilhabe. Die Stimmabgabe bei Wahlen ist dabei die niedrigschwelligste
Möglichkeit politischer Partizipation. Für uns müssen auch junge Menschen
selbstverständlich Zugang zur Artikulation ihrer politischen Interessen haben. Deshalb ist für
uns die Absenkung des Wahlalters ein wichtiger Schritt zur Ermöglichung auch für junge
Menschen, sich als Teil der demokratischen Gesellschaft zu verstehen.

755 Wahlen sind das am wenigsten an Voraussetzungen gebundene und sozial inklusivste
Instrument politischer Partizipation. Deshalb muss es unser Anspruch sein, dass möglichst
viele Menschen durch die Stimmabgabe ihren politischen Willen bekunden, eine Erhöhung
der Wahlbeteiligung ist deshalb unser Ziel. Dafür wollen wir verschiedene Instrumente
760 diskutieren.

Nicht nur in der gesellschaftlichen, sondern vor allem auch in der betrieblichen Sphäre gilt
für uns: Mehr Mitbestimmung wagen! Für uns ist die Demokratisierung der Wirtschaft der
elementare Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit – vor allem was die materielle Teilhabe, damit
765 aber auch was die politische Teilhabe betrifft.

Die wachsende Zahl der Klagen vor dem Verfassungsgericht macht deutlich: Wo
BürgerInnen, auch PolitikerInnen, ihre Interessen politisch nicht durchsetzen konnten, greifen
sie mehr und mehr zu juristischen Mitteln. Damit zeigen sie, dass sie die Autorität der
770 Parlamente nicht akzeptieren. Wir glauben, dass dieser Weg in die Irre führt. Politische
Debatten sollten in Parlamenten – und damit in demokratisch legitimierten Konstellationen –
entschieden werden. Die allerwenigsten Gesetze, die strittig sind, sind auch
verfassungswidrig. Es ist entscheidend, im politischen Kampf die besseren Argumente zu
haben, nicht etwa den längeren Atem durch die juristischen Instanzen. Das gilt auch für die
775 SPD.

Demokratie in Bildungsinstitutionen und politische Bildung

Wer eine demokratische Gesellschaft will, muss den Menschen in möglichst allen
780 gesellschaftlichen Zusammenhängen die Organisation nach dem demokratischen Prinzip
ermöglichen. Das gilt vor allem in Bildungseinrichtungen. Das Bewusstsein für die
staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten kann hier durch seine konsequente Anwendung nicht
nur theoretisch sondern auch praktisch vermittelt werden – und so politisches Empowerment
ausgebildet werden. Deshalb fordern wir, Schulen, Universitäten, Kitas u.a. paritätisch und
785 demokratisch zu organisieren und in allen Lebensbereichen das Prinzip der Mitbestimmung
und Teilhabe zu verankern. Zentral für die politische Beteiligung ist eine Bildung, die den
Wert der politischen Partizipation an Gesellschaft vermittelt. Diese Form politischer Bildung
ist nicht nur von den Schulen zu leisten, sondern auch von Vereinen, Verbänden und
Parteien. Wir fordern deshalb eine bessere finanzielle Ausstattung dieser Organisationen.

790

Neue Politische Kultur: Transparenz und Streitkultur

In der demokratischen Kultur haben sich in den vergangenen Jahren Veränderungen
entwickelt, die eine neue Qualität der Demokratie möglich machen. Transparenz wird mehr

795 und mehr zu einer wichtigen Voraussetzung demokratischer Teilhabe. Dabei darf
Transparenz aber nie reiner Selbstzweck sein, sondern muss immer als qualitative
Eigenschaft eines Prozesses betrachtet werden. Wir fordern Transparenz in politischen
Kontexten konsequent, aber sinnvoll und zielgerichtet umzusetzen.

800 Transparent gemacht werden müssen dementsprechend vor allem Abläufe, Strukturen,
beteiligte AkteurInnen und deren Interessen, sowie Ergebnisse von Politik. Das ist aber nicht
gleichbedeutend mit einem Ablehnen von Verschwiegenheit, Hintergrundgesprächen und
interne Vorbereitungen durch dafür Beauftragte und Delegierte. Wir stellen uns gegen
permanentes und anlassloses Misstrauen gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen
805 genauso wie gegen die grundsätzliche Betrachtung politisch Interessierter als NeiderInnen,
StörerInnen und QuerulantInnen.

Unser Bild von (partei-)politisch Engagierten ist ein anderes: Diese Menschen setzen sich in
ihrer Freizeit für das Gemeinwohl ein, tragen nicht unerheblich zur politischen Bildung bei,
810 sind engagiert für Menschen, die sich selbst nicht für ihre Interessen einsetzen können – und
das überwiegend unentgeltlich und in der Freizeit. Politisches Engagement in Parteien hat
völlig zu Unrecht einen derart schlechten Ruf.

Wir werben für eine Kultur des wechselseitigen Vertrauens. Politik braucht in manchen
815 Phasen einen Schutzraum, wo sich Ideen entwickeln können, ohne gleich spruchreif zu sein,
wo intern Kritik möglich ist und wo vertrauensvoll auch sensible Themen, wie die
Personalfindung, diskutiert werden können. In einer politischen Kultur des Vertrauens sind
geschlossene Räume der Diskussion und des Austausches möglich, ohne dass gleich ein
Verdacht auf die dort Diskutierenden fällt.

820 Unabhängig von diesen Schutzräumen soll zur Nominierung der Bundeskanzlerkandidatin
oder des Bundeskanzlerkandidaten eine Direktwahl durch alle SPD-Mitglieder durchgeführt
werden. Es soll eine tatsächliche Entscheidungsmöglichkeit für die Basis zwischen mehreren
BewerberInnen geben. So kann der Kandidat/die Kandidatin sich der Unterstützung einer
825 breiten Basis in der Partei bewusst sein und die SPD-Mitglieder bekommen die Möglichkeit
einer echten innerparteilichen Mitbestimmung in einer entscheidenden Personalfrage.

Die völlige Transparenz ist aber bei den Zuverdiensten der MandatsträgerInnen ab dem ersten
Euro ist genauso notwendig wie die Einführung eines Anti-Bestechungs-Gesetzes in
830 Deutschland, wie es in anderen Ländern längst üblich ist. Aufgetretene Missstände und
Verfehlungen müssen deutlich gemacht und aufgeklärt werden, sie dürfen aber nicht als
notwendige Bedingung von Politik angenommen werden. Transparenz bedeutet, dass auf
Anfrage Informationen über politische Prozesse und Abläufe zeitnah, barriere- und
diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden müssen, aber nicht, dass alle Prozesse
835 und Abläufe permanent und ‘live’ beobachtbar sein müssen. Einmal über das
Informationsfreiheitsgesetz bereit gestellte Auskünfte und Informationen sollen dazu an
zentraler Stelle gesammelt und bereit gestellt werden, so dass BürgerInnen sehen können,
welche Anfragen bereits gestellt wurden und welche Antworten es auf diese Anfragen gab.

840 Zudem fordern wir die staatlichen Institutionen auf allen Ebenen auf, das Prinzip der Offenen
Daten (Open Data) „Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“ rasch in die Tat
umzusetzen.

845 6. Demokratie weltweit

Demokratie ist eine globale Erfolgsgeschichte. Aus der inzwischen 2600 Jahre alten Idee einiger griechisch-antiken Kleinstaaten, dass das demos ("Volk") die kratie ("Herrschaft") ausüben sollte sind, nach Ergebnissen des Freedom House Jahresberichts 2011, heute ganze
850 115 Länder als Demokratien zu bezeichnen. Demokratie ist aber auch stets dem Wandel der Zeit unterworfen.

Natürlich entspricht das Demokratieverständnis von damals nicht mehr dem heutigen, welches in jeglicher Hinsicht universeller geworden ist. Natürlich besteht wohl in keinem
855 dieser 115 Staaten eine Demokratie, die unserem Idealbild einer Demokratisierung aller Lebensbereiche entspricht. Natürlich gibt es immer noch eine Vielzahl an Staaten, in denen demokratische Partizipation in weiter Ferne liegt oder in denen Rückschritte hin zu autoritären Herrschaftsstrukturen zu verzeichnen sind. Natürlich lebt eine Demokratie nur, wenn immer wieder und immer weiter Menschen daran teilhaben und dafür kämpfen.
860 Insgesamt zeigt die Geschichte aber, dass sich das Ideal der Herrschaft des Volkes verbreitet und mehr und mehr Staaten demokratische Elemente etablieren. Es gibt heute kaum mehr ein Land, das sich nicht als demokratisch bezeichnen würde. Das bedeutet lange nicht, dass wir tatsächlich in einer demokratischen Welt leben, aber es zeigt eindringlich, welcher Denkweise die bestimmende ist und welcher globale Druck daraus entsteht.

865 *Demokratisierungsprozesse weltweit*

Für uns steht fest: Demokratie ist zentrales Element unserer Vorstellung einer gerechten Welt. Konsequenterweise ist es daher auch unsere Aufgabe Demokratie weltweit zu fördern.
870 Dazu sind die Analyse von Demokratieprozessen, die Definition der Rahmenbedingungen und damit auch Grenzen der Demokratieförderung und die Darlegung der richtigen Mittel und Methoden unabdingbar.

Demokratisierungsprozesse verlaufen nicht linear. Die Entwicklung eines Landes zu einer
875 Demokratie ist vielmehr von zahlreichen destabilisierenden Phasen, Rückschritten oder der Ausbildung defekter Demokratien geprägt. Prinzipiell kann eine Demokratisierung von unten als auch von oben erfolgen. Tatsächlich dauerhaft und erfolgreich ist dies aber nur, wenn ausreichend starke Gesellschaftsgruppen an dem Prozess interessiert sind und ihn fördern. Auf internationaler Ebene lassen sich Demokratisierungsprozesse in Wellen interpretieren.
880 Die ersten beiden Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts und die zweite ab Mitte des 20. Jahrhunderts, hauptsächlich in Europa. Die dritte Welle erfolge nach 1960 in Südeuropa und Teilen Asiens. Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion transformierten sich viele Staaten in Richtung Demokratie. In letzter Zeit werden die Umbrüche im arabischen Raum als fünfte Welle diskutiert. Es sind also oft generelle politische oder ökonomische
885 Umschwünge, die solche Transformationen bedingen oder zumindest begünstigen. Umso mehr muss die Stabilität eines Landes bei Einforderung von Demokratie eine Rolle spielen.

Wir sind der Überzeugung, dass alle Menschen ihre Geschicke selbst bestimmen sollten und erachten daher Demokratie an sich als förderungswürdig ungeachtet ökonomischer oder (geo-
890)politischer Interessen. Es ist für uns unabdingbar, dass die Außenpolitik der europäischen Staaten auf diesem Wert basieren muss.

Für uns steht fest, dass die Art und Weise, wie eine demokratische Gesellschaft organisiert und ausgestaltet wird, nicht fest definiert werden kann, sondern jeweils kontextbezogen vor

895 Ort entschieden werden sollte. Dennoch müssen die Grundanforderungen von freien Wahlen, Gewaltenteilung, demokratischen Staatsinstitutionen und partizipierender Zivilbevölkerung erfüllt sein, um überhaupt von einer Demokratie zu reden. Demokratie ist außerdem nur in einem Rechtsstaat und unter Gewährung von Minderheitenschutz möglich.

900 Wesentliches Merkmal einer Demokratie ist deren Selbstbestimmtheit. Der Impuls zur Demokratisierung muss aus der betroffenen Gesellschaft selbst heraus kommen. Gewaltsame Eingriffe von außen, die ausschließlich der Einführung eines Regime-Change dienen, lehnen wir daher ab. Nichtsdestotrotz sollte und muss eine direkte und indirekte Demokratieförderung stattfinden.

905

Demokratie in der EU

Demokratie ist unserer Überzeugung nach kein Zustand, sondern ein Prozess. Auch die Staaten der EU haben noch nicht das Ende der Geschichte erreicht, sondern müssen noch demokratischer werden. Gerade durch die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ist das innereuropäische Demokratiedefizit gewachsen. Auch in den Institutionen der EU selbst bestehen Probleme, die nicht bagatellisiert werden dürfen. Sowohl in den politischen Strukturen in Brüssel und Straßburg, insbesondere aber dort, wo das Finanzsystem betroffen ist. Deshalb fordern wir Jusos eindringlich auch für die EU: Mehr Demokratie wagen!

915

Demokratische Bildung und demokratische Strukturen

Aus unserer Sicht kann eine Demokratie nur dann zu einem sich selbstgenerierenden und fortwährendem Prinzip und letztlich zu einer Staatsform werden, wenn für die Bevölkerung die Möglichkeiten geschaffen sind, ein demokratisches Bewusstsein zu bilden. Grundvoraussetzung dafür ist ein Bildungswesen, das für alle offen steht und dem wiederum das demokratische Prinzip zu Grunde liegt. Das heißt also: Nicht nur die Bildungsinhalte, also die Demokratiebildung, ist hier gefragt, sondern auch eine Organisation staatlicher Institutionen, die Partizipation ermöglichen. Beginnend mit der Schul- und universitären Bildung – aber auch konsequent fortgesetzt in der selbstbestimmten Organisation im konkreten Zusammenleben vor Ort.

920

925

Auch in der internationalen Arbeit ist die Organisation funktionierender Strukturen in den zivilgesellschaftlichen Sphären vor Ort nicht das Ziel der Demokratisierung der Gesellschaft, sondern ihr Anfang. Hier können Menschen konkrete Erfahrungen mit dem selbstbestimmten Gestalten ihres unmittelbaren Lebensumfeldes sammeln. So bleibt der Wert der Demokratie nicht theoretisch und wenig fassbar für die Menschen, die beginnen sollen, demokratische Strukturen aufzubauen, sondern wird konkret und damit begreifbar. Für uns Jusos heißt dies für unsere internationale Arbeit die konsequente Förderung von Bildung und Ausbildung in Staaten in denen sich Demokratien entwickeln sollen. Und es verlangt auch die Förderung und den Schutz zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich vor Ort ausbilden.

930

935

Grundlage für diese Strukturen ist wiederum die Absicherung der Menschen vor den häufig noch sehr präsenten Lebensrisiken - Armut, Krankheit, Gewalt. Diesen gilt es strukturell etwas entgegenzusetzen.

940

Wie auch in wohlhabenden Ländern zu beobachten ist, sind Menschen, die aufgrund von Armut am Rande der Gesellschaft stehen, nur bedingt für zivilgesellschaftliches Handeln zu gewinnen. Deshalb hat für uns die Armutsbekämpfung bei der Förderung demokratischer

945 Strukturen einen besonderen Stellenwert. Anders als es in der Vergangenheit in der so
genannten Entwicklungshilfe der BRD üblich war, ist für uns die Strategie der strukturellen
Armutsbekämpfung maßgeblich. Nicht durch Transferleistungen, sondern durch die
Befreiung von ökonomischen Repressionen und Abhängigkeiten wird Armut nachhaltig
bekämpft und kann sich ein stabiles Demokratiewesen etablieren. Auch international gilt für
950 uns die politische Überzeugung, dass eine Umverteilung der Vermögen von oben nach unten
der Schlüssel zu mehr Teilhabegerechtigkeit und damit die Voraussetzung für die
Herausbildung einer demokratischen Zivilgesellschaft sind.

Forderungen an eine weltweite Demokratisierung

955 Als internationalistischer Verband, der Teil der Sozialistischen Internationale ist, haben wir
den Auftrag - aber auch die Chance, unseren PartnerInnenorganisationen überall auf der Welt
bei der Einforderung von demokratischen Strukturen zur Seite zu stehen. Dafür brauchen wir
einen regen Austausch.

960 Über die finanzielle und ideelle Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen in
Institutionen kann durch die Politik Unterstützung geleistet werden. Auch wirtschaftliche
Anreize und das Angebot der Zusammenarbeit in privilegierten Partnerschaften können als
Instrument zur Demokratieförderung eingesetzt werden. Der Einsatz für eine freie Presse und
965 den freien Zugang zum Internet ist elementar für die Förderung demokratische Strukturen.
Auch an dieser Stelle kann durch Unterstützung der Medienlandschaft, oder der
Bereitstellung freier Nachrichtenquellen in demokratische Prozess unterstützt werden.

Daher fordern wir Jusos:

- 970
- zurück zu einer wertegebundenen Außenpolitik, die Demokratieförderung als Ziel und nicht bloß Mittel zum Zweck begreift.
- 975
- die Durchsetzung eines regime change rechtfertigt keinen Einsatz militärischer Mittel.
 - Die Bevölkerung muss im Rahmen der demokratischen Grundvoraussetzungen selbst über die Ausgestaltung der eigenen Demokratie bestimmen dürfen.
- 980
- Durchführung direkter und indirekter Demokratieförderung.
 - eine koordinierte und in ihren Kriterien abgestimmte europäische Demokratieförderung.
 - Bildung als zentrale Voraussetzung um Teilhabe in einer Demokratie zu ermöglichen muss für alle Menschen zugänglich gemacht werden.
- 985
- Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen.
 - Förderung und/ oder Bereitstellung freier Medien , zum Beispiel durch grenzüberschreitende Ausstrahlung von Radio- oder Fernsehsendungen, Verbreitung von
- 990
- Druckschriften o.Ä..
 - Unterstützung uns politisch nahestehenden Partnerorganisationen zur Förderung einer demokratischen Kultur.

995 ● Demokratisierung auch im „eigenen Vorgarten“ der EU

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegungen haben in den letzten beiden Jahrhunderten Demokratie erkämpft und müssen sie auch im 21. Jahrhundert weiterentwickeln. Von unseren Zielen für die Demokratie sind wir noch weit entfernt.

Resolution zu den Ludendorffern

Der Juso Bundeskongress möge folgende Resolution beschließen:

5 „Wir Jusos haben, in Verantwortung vor der Geschichte und der gemeinsamen Geschichte der Arbeiterbewegung, einen starken antifaschistischen Hintergrund. Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, SozialistInnen, KommunistInnen und SozialdemokratInnen wurden, wie viele andere Andersdenkende und Minderheiten, von den FaschistInnen vor den blinden Augen der damaligen Bevölkerung Deutschlands verfolgt, gefoltert und getötet. Dies geschah nur weil sie sich für eine bessere Welt, in der alle Menschen in Freiheit und Gleichheit leben können, eingesetzt haben. Vor diesem Hintergrund, können wir keine Art von Ausgrenzung und Diskriminierung dulden. Wir setzen uns entschieden für die universellen Rechte aller Menschen ein. Wir können nicht tolerieren, dass sich seit Jahren in Dorfmark, mitten im Heidekreis, eine offenkundig faschistische Vereinigung treffen kann. Wir verurteilen auf das Schärfste die Vermietung von Zimmern an RassistenInnen. Wir tolerieren nicht, dass ein Großteil der Bevölkerung, auf dem rechten Auge blind, es zulassen kann das sich im Umkreis des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen - Belsen, Holocaust Leugner und Antisemiten treffen. Wir wollen diese Vereinigung nicht im Heidekreis oder anderswo haben. Wir unterstützen den selbstverständlichen Protest vieler BürgerInnen gegen dieses Treffen. Wir erklären uns solidarisch mit allen, die gegen den „Bund zur Gotterkenntnis“ protestieren werden. Nie wieder soll die braune Saat in Deutschland ihren Nährboden finden!“

10

15

20

All inclusive – Gemeinsam in eine inklusive Gesellschaft!

Bislang wurde viel über Integration diskutiert, aber nur wenige der daraus resultierenden Maßnahmen haben tatsächlich zu den gewünschten Ergebnissen geführt.

5 Für Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist dieser Umstand nicht hinnehmbar. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen wir uns der Vielfalt in unserer Gesellschaft bewusst sein und vor diesem Hintergrund Mut für einen neuen Gesellschaftsentwurf beweisen. Dieser Gesellschaftsentwurf muss inklusiv sein. Inklusiv bzw. Inklusion bedeutet, dass es nicht zum Ausschluss (Exklusion) von Menschen kommt, die später wieder in die Gesellschaft
10 integriert werden müssen. Der Begriff Inklusion wurde durch die UN-Behindertenrechtskonvention eingeführt und ist seither dauerhaft Bestandteil des politischen Diskurses – insbesondere in der Bildungspolitik.

15 Ende 2006 verabschiedete die UNO-Generalversammlung das Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung. Dieses Übereinkommen wurde bis heute von ca. 125 Staaten ratifiziert, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Durch die Ratifizierung wurde das Übereinkommen geltendes Recht in Deutschland und muss von allen staatlichen Akteuren befolgt werden. Doch leider heißt das nicht gleichzeitig, dass die gut ausgearbeiteten Ziele des Übereinkommens, die wichtige soziale Rechte von Menschen mit
20 Behinderung(en) festschreibt, rasch umgesetzt wurden. Die Konvention definiert die Behinderung eines Menschen nicht als feststehenden Zustand, sondern sondern als eine Wechselwirkung zwischen Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit verschiedenen einstellungs- und umweltbedingten Barrieren, die die volle und wirksame Teilhabe gleichberechtigt mit anderen an der Gesellschaft behindern können (vgl. Präambel und Art. 11 der UN-Konvention über die Rechte von
25 Menschen mit Behinderungen).

Unser Inklusionsbegriff muss allerdings über den bisher im Diskurs etablierten Begriff hinaus gehen. Wir wollen nicht nur eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung(en)
30 gleichberechtigt und gleichgestellt an der Gesellschaft teilhaben können. Unser Inklusionsbegriff beinhaltet die soziale Inklusion aller Gruppen und Individuen, die bisher nicht gleichgestellt sind. Daher muss unser Konzept einer inklusiven Gesellschaft auf den Fundamenten jungsozialistischer Politik fußen: Emanzipation, Solidarität und Aufstieg durch Bildung.

35 **Emanzipation ist notwendig.**

Unter Emanzipation verstehen wir die kritische Reflexion von gegenwärtigen Verhältnissen. Wenn wir Gesellschaft neu denken wollen, müssen wir uns auch von Teilen
40 der bisherigen Gesellschaftsdefinition lösen. Unsere Gesellschaft in ihrer jetzigen Form ist von Exklusion und Segregation geprägt. Wir sortieren aus, bilden Eliten und lassen Menschen auf der Strecke. Um zu einer inklusiven Gesellschaft zu gelangen, müssen wir die Idee der Integration weiterdenken, denn Integration bedeutet auch immer, dass bestimmte Teile

45 der Gesellschaft als „nicht integrationsfähig“ etikettiert werden. Wir Jusos müssen uns
dahereingestehen, dass nahezu alle bisherigen Integrationskonzepte ihre Wirkung verfehlt
haben. Um diesen neuen Gesellschaftsentwurf zu wagen, müssen wir uns von der
Verwendung des Integrationsbegriffs emanzipieren und ihn von den Migrant*innen lösen,
denn meistens wird Integration nur auf diese Bevölkerungsgruppe bezogen. Es sind allerdings
50 weitaus mehr Menschen, die nicht gleichberechtigt am alltäglichen und kulturellen Leben
teilhaben können. Wir Jusos müssen uns dafür einsetzen Diskriminierung jeglicher Art
zubeenden; sei es wegen des Geschlechts, der Sprache, des kulturellen Hintergrundes, der
sexuellen Identität, der Hautfarbe oder wegen Behinderungen. Diskriminierung verhindert
Solidarität. Unser oberstes Ziel muss jedoch sein, den Solidaritätgedanken zu stärken.

55 **Gesellschaftliche Solidarität (wieder) herstellen.**

Solidarität ist naturgemäß ein Grundpfeiler unseres sozialistischen, feministischen
und internationalistischen Richtungsverbandes. Das diskriminierende dreigliedrige
Schulsystem welches seit über hundert Jahren die Kinder nach ihrer sozialen Schicht
60 selektiert ist immer noch nicht überwunden. Die sozialliberale Bildungsexpansion Anfang der
70er verbesserte die Situation maßgeblich. In den letzten Jahren geraten diese Ziele aber
wieder ins Hintertreffen. Der Bildungssektor wurde immer mehr zu einem Konkurrenzsystem
umgebaut; Schulen und Hochschulen wurden nach wirtschaftlichen Maßgaben gestaltet. Die
Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet, sodass immer mehr Menschen zu
65 wenig haben und diejenigen, die bereits Reichtum besitzen, diesen noch vermehrt haben. Die
Unterstützung für Alleinerziehende, Senior*innen, Migrant*innen und Menschen mit
Behinderungen wurde immer weiter zurückgeschraubt. Der Beistand für die Schwächeren in
der Gesellschaft ist geschwunden. Der Grundwert der Solidarität hat im Alltag an Bedeutung
verloren.

70 Und genau hier muss unser neuer Gesellschaftsentwurf ansetzen.

Solidarität zwischen allen Gesellschaftsmitgliedern muss (wieder) hergestellt werden. Jeder
Mensch muss sich als Teil der Gesellschaft begreifen können. Vielfalt in unserer Gesellschaft
75 muss endlich von all ihren Mitgliedern anerkannt werden. Nur so kann sich ein neues
solidarisches Gesellschaftskonzept entfalten. Solidarität ist Grundvoraussetzung für ein
inklusives Gesellschaftskonzept und somit für die maximale Teilhabe aller
Gesellschaftsmitglieder. Wir müssen anfangen, in allen Lebensbereichen inklusiv zu denken.
Inklusion muss Leitgedanke des Denkens und Handelns sozialdemokratischer Politik sein.
80 Das bedeutet einen Richtungswechsel unserer Politik, jedoch auch für den Alltag eines jeden
Bürgers und einer jeden Bürgerin. Inklusiv gestalten bedeutet, dass nicht wie bei bisherigen
Integrationsbemühungen erst separierte Gesellschaftsteile wieder integriert werden müssen,
sondern, dass jeder und jede von Geburt an gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben
kann.

85 **Inklusion möglich machen: Aufstieg durch Bildung.**

Unser Ziel muss sein, dass Kinder, die in einer Straße wohnen und aufwachsen, das Recht auf
eine gleichberechtigte und wohnortnahe Teilhabe an Bildung, Kultur und Erziehung haben.
90 Von Geburt an gemeinsam bedeutet daher eine Umstellung des Bildungssystems, angefangen
im frühkindlichen Bereich. Kinderkrippen und Kindertagesstätten müssen so ausgestattet
werden, dass es ihnen personell wie räumlich möglich ist Kinder mit Behinderung(en)
adäquat zu betreuen. Dafür müssen Bildungsinstitutionen auch personalstrukturell

95 prinzipiellso ausgestattet werden, dass jedes Kind in der besten Art und Weise gefördert werden kann. SprachpädagogInnen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und Sonderpädagog*innen müssen Kinderkrippen und -gärten als Grundausrüstung zur Verfügung stehen. Nur so kann eine optimale Betreuung eines jeden Kindes ermöglicht werden. Bedarf eine Bildungsinstitution auf Grund besonderen Förderungsbedarfs einzelner Kinder weiterer Unterstützung, so muss ihr diese zur Verfügung gestellt werden.

100 Kinder müssen einen neuen Stellenwert erfahren. Ihre Individualität ist dabei keine Bürde, sondern Inbegriff des gesellschaftlichen Reichtums. Die Individualisierung von Lehr- und Lerninhalten ist somit unumgänglich. Auch im Bildungssystem muss Emanzipation stattfinden. Das dreigliedrige Schulsystem muss überwunden werden. Nur so ist der Weg in eine inklusive Gesellschaft gangbar. Gemeinsames Lernen von der Grundschule bis zum Abitur muss ermöglicht werden. Die Gemeinschaftsschule ist unsere Antwort und zugleich Gegenkonzept zum gegliederten Schulsystem. In weiteren Bildungseinrichtungen muss gezielte zusätzliche Förderung für Kinder mit Bedarf angeboten werden. Genauso wichtig ist jedoch auch die kritische Reflexion des Begabungsbegriffs. Kinder lernen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und mit unterschiedlich großen Fortschritten; sie haben unterschiedliche Stärken und Schwächen. Die Individualität muss sich also auch im Begabungsbegriff wiederfinden und die natürliche Unterschiedlichkeit von Kindern berücksichtigen. In den ersten Lebensjahren wird, unter maßgeblichem Einfluss von Bildungseinrichtungen, ein Gesellschaftsbild vermittelt. Wenn Kinder von Beginn an gemeinsam aufwachsen und das Leben erleben, wird ein Grundstein für Solidarität gelegt. Auch in der Schullaufbahn müssen sich die Bemühungen widerspiegeln, inklusives Denken zu vermitteln und anzuwenden. Auf Schulen treffen somit die gleichen Anforderungen zu, wie auf die Institutionen frühkindlicher Bildung: die personellen und räumlichen Grundausrüstungen müssen den Kindern angepasst werden. Das Recht auf den Besuch einer Regelschule, wie in Artikel 24 der UN Behindertenrechtskonvention geregelt, muss umsetzbar gemacht werden. Gleichberechtigung muss Realität sein. Aktuell sind weniger als 20% der Kinder mit Behinderungen in Regelschulen integriert. Diese Zahl muss schnell und kontinuierlich gesteigert werden. Die Geschichte hat bereits gezeigt, dass der Aufstieg durch Bildung möglich ist. Aufgabe sozialdemokratischer Politik muss es sein, diesen Aufstieg wieder möglich zu machen und zu gewährleisten. Wir Jusos sind davon überzeugt, dass nur durch massive Investitionen ins Bildungssystem der neue inklusive Gesellschaftsentwurf umgesetzt werden kann. Privatisierung des Bildungssystems ist in keiner Weise hinnehmbar; die Finanzierung muss durch den Staat gewährleistet sein. Ein inklusiver Gesellschaftsentwurf ist nicht ohne ein prinzipielles Umdenken im Bildungssystem möglich: Nicht die Kinder müssen sich an die Schule anpassen, sondern die Schulen an die Kinder.

Lehrer*innenausbildung umbauen. Erzieher*innen weiterqualifizieren.

135 Ein inklusives Bildungssystem hat besondere Anforderungen an die in den Institutionen arbeitenden Menschen. Besonders sind die Lehrer*innen von dieser Veränderung betroffen. Die LehrerInnenausbildung muss sich daher grundlegend ändern. Der Anteil psychologischer und sonderpädagogischer Inhalte muss gesteigert werden. Studieninteressierte und -anfängerInnen müssen über die Anforderungen an sie und die Situation in inklusiven Schulen aufgeklärt werden. Auch die bereits aktiven Lehrer*innen sollen an verpflichtenden Fortbildungen zu diesem Thema teilnehmen. Gemeinsam mit den an den Schulen ansässigen Psycholog*innen, SonderpädagogInnen und SprachpädagogInnen können die mit neuen Kompetenzen ausgestatteten Lehrer*innen die beste Bildung und

140

145 Förderung für alle Kinder gewährleisten. Gleichmaßen müssen Kommunikationsmittel
Eingang in Ausbildungsplan von Lehrer*innen und auch Erzieher*innen haben.
Gebärdensprache und Brailleschrift sind hier als zentrale Mittel zu nennen. Weiterhin sollen
Erzieher*innen dahingehend weiterqualifiziert, dass Behinderungen frühzeitig erkannt
werden können um beste Förderung und Inklusion von Anfang an zu gewährleisten. Der
150 Staat muss bei allen Inklusionsbemühungen Hilfestellungen leisten. Dies kann beispielsweise
dadurch geschehen, dass spezielle Beratungsstellen für Eltern mit Kindern mit
Behinderung(en) geschaffen werden und umfassende Handreichungen für Lehrer*innen
entwickelt werden.

Über folgendes sind wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten uns bewusst:
155 Emanzipation, Solidarität und Bildung stehen in einem inklusiven Gesellschaftsentwurf in
Abhängigkeit zueinander. Ausgehend von diesen Prinzipien werden wir für eine inklusive
Gesellschaft eintreten und kämpfen. Ein inklusives Gesellschaftskonzept baut auf Bildung
auf, muss jedoch auch in allen anderen Lebensbereichen konsequent durchgesetzt werden.

160 **Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben ermöglichen.**

Die UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet unter anderem die Aussage, dass
Entmündigungen und ähnliche Eingriffe in die persönliche Rechte zu vermeiden sind. Dazu
gehört nach Artikel 29 die Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben. Das Recht auf die
165 Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben ist Teil der Beseitigung sozialer Ungleichheit
zwischen Menschen verschiedenen Alters, Geschlechts, sozialer Herkunft und zwischen
Menschen mit und ohne Behinderung(en). Die Eigenständigkeit und direkten
Partizipationsmöglichkeiten von benachteiligten Gruppen und Individuen zu fördern und zu
unterstützen, um dies zu gewährleisten müssen verschiedene Unterstützungs-
170 undAssistenzleistungen auf- und ausgebaut werden. Wir fordern, dass Wahllokale barrierefrei
zu erreichen sein müssen. Ebenso muss der Wahlvorgang an sich barrierefrei durchzuführen
sein. Jedes Wahllokal soll daher bei jeder Wahl die Wahlschablonen für Sehbehinderte
bereithalten. Für die Erstellung dieser Wahlschablonen fordern wir die Bundesregierung auf
in den Dialog mit Sehbehinderten zu treten, um bundeseinheitliche Wahlschablonen
175 herzustellen. Die dabei entstehenden Kosten muss die Bundesregierung tragen. Darüber
hinaus muss eine echte Wahlfreiheit für alle Menschen hinsichtlich ihres Wohnortes, aber
auch ihres Arbeitsplatzes ermöglicht werden.

180 **Barrierefreiheit im Alltag gänzlich erreichen.**

Die Infrastruktur in den meisten Städten Deutschlands ist für Menschen mit Behinderung(en)
unzureichend ausgebaut. Busse und Bahnen sowie Bahnhöfe und Bus- und Bahnhaltestellen
müssen so gestaltet werden, dass z.B. Rollstuhlfahrer*innen ungehinderte und selbstständige
Mobilität ermöglicht wird. Dies trifft besonders stark auf ländliche Gebiete zu. Auch
185 Rentner*innen leiden unter der unzureichenden infrastrukturellen Ausrichtung auf diejenigen
in der Gesellschaft, die nicht (mehr) so können, wie der Mainstream. Neben schlechter
Ausstattung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist auch der Nahversorgungssektor eine
Herausforderung für Menschen mit Behinderung(en). Wohnortnahe Versorgung mit
Lebensmitteln muss gewährleistet werden. Gerade im Hinblick auf die demographische
190 Entwicklung unserer Gesellschaft gewinnt dieses Argument an Gewicht. Bei (Um-)
Baumaßnahmen müssen inklusive Konzepte bedacht werden. Gehsteige müssen z.B. mit
einem Blindenleitsystem ausgestattet werden, um Menschen mit Sehbehinderungen den
Alltag zu erleichtern. Gleiches gilt für den (Um-)Bau von Gebäuden; dabei spielt es keine

195 Rolle, ob es ein Verwaltungsgebäude, eine Bildungseinrichtung oder ein Supermarkt ist. Die
allgemeingültigen Normen(DIN) für Gebäude, Geräte und Dienstleistungen sind daher so zu
ändern, dass die Barrierefreiheit zum Regelfall wird. Ebenso muss der Umbau von Gebäuden
aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Auch die Orientierung im Straßenverkehr muss sich
für z.B. sehbehinderte Menschen verbessern. Signale an Ampeln, die anzeigen wenn diese
auf grün springen, müssen an jeder Ampel installiert werden. Außerdem müssen an den
200 Verkehrsknotenpunkten von Städten und an den Bus- und Bahnhaltestellen Stadt- und
Fahrpläne in Brailleschrift zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist allgemein die
Verwendung von Gebärdensprache, Brailleschrift und anderen Kommunikationsformen in
allen Lebensbereichen zu akzeptieren und zu fördern. All dies fällt unter den Aspekt des
„Universelle[n] Design“. „Universelles Design“ bedeutet Produkte und Gebäudeteile
205 möglichst so zu entwerfen, dass sie möglichst ohne große Anpassungen von Menschen (mit
Behinderungen) verwendet werden können. Auch bei der Infrastruktur muss inklusives
Denken das Handeln bestimmen. All dies fällt

Vielfalt leben.

210 In einer inklusiven Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, dass jeder Mensch ein Recht
auf eine Ausbildung und die freie Berufswahl hat. Die vielfältigen Interessen aller Menschen
müssen geachtet werden und dürfen nicht von Interessen der Wirtschaft und des Marktes
unterdrückt werden. Wir müssen aber noch auf einem ganz anderen gesellschaftlichen
215 Bereich für die Akzeptanz und Normalität von Vielfalt kämpfen: Menschen mit einer anderen
sexuellen Identität als der normativ heterosexuellen müssen in Freiheit leben und entscheiden
können. Unser inklusiver Gesellschaftsentwurf enthält daher die Forderungen nach gleichen
Rechten und gleichen Pflichten für Menschen anderer sexueller Identität. Dafür ist die
Ergänzung des Artikels 3 GG um die sexuelle Identität unumgänglich. Außerdem muss die
220 gänzliche Gleichstellung im Erb- und Steuerrecht und bei der Adoptionserfolgen.
Regenbogenfamilien sind Teil der inklusiven Gesellschaft.

Medienrezeption erleichtern.

225 Medien spielen in unserer Gesellschaft eine herausgehobene Rolle. Wir alle sind auf
den Umgang mit dem Computer angewiesen und es ist selbstverständlich geworden
technische Geräte zu nutzen, die den Alltag erleichtern. De facto ist es jedoch so, dass
Menschen mit verschiedenen Behinderung(en) nur in geringem Maße Medien nutzen können.
Die Technik muss dahingehend entwickelt werden, dass Geräte für die entsprechenden
230 Bedürfnisse der Nutzerin/des Nutzers zur Verfügung stehen. Beispielhaft seien hier die
Erweiterung der Fernsehprogramme um Gebärdensprache, Untertitel bei Nachrichten und
das Angebot an Hörfilmen genannt. Ein erster Schritt zur inklusiven Medienrezeption ist,
dass öffentliche Webinhalte barrierefrei zu gestalten und anzubieten sind. Der Ausbau der
genannten Medienformate muss finanziell vom Staat gefördert werden.

235

Konsequent inklusiv – auch auf dem Arbeitsmarkt.

Auch der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss sich den Bedürfnissen der
Menschen anpassen. Berufszweige müssen geöffnet, und Menschen mit Behinderung(en) die
240 Möglichkeit gegeben werden sich aktiv am Arbeitsleben zu beteiligen. Es ist jedoch nicht das
Ziel, spezielle Arbeitsstätten für Menschen mit Behinderungen einzurichten. Stattdessen soll
die Möglichkeit, Arbeitsplätze und –inhalte an die entsprechende Arbeitskraft anzupassen
geboten werden. Nur durch maximale Teilhabe auf einem inklusiven Arbeitsmarkt kann es

245 Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden, aus der bisher lebenslangen
Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen zu gelangen. Dass ArbeitnehmerInnen ihrer
gesetzlichen Beschäftigungspflicht nachkommen und mindestens 5% ihrer Arbeitsplätze
durch Menschen mit Behinderung besetzen, muss darum endlich Realität werden. Um diese
Teilhabe zu ermöglichen muss die Unterstützung durch Arbeitsassistent(en) ausgeweitet und
erleichtert, sowie die Eingliederungshilfe ausgebaut werden, auch wenn diese unter
250 bestimmten Bedingungen als Schutzraum fungieren können. Auch Menschen, die wegen Art
oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen
Arbeitsmarkt arbeiten können, haben ein Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe am
Arbeitsleben, unabhängig von einem Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer
Arbeitsleistung. Eine Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und nicht „nicht
255 werkstattfähigen“ Menschen, wie sie in einigen Bundesländern in der Praxis vollzogen wird,
ist aufzuheben. Für all diese Aspekte existieren bereits gesetzliche festgelegte Instrumente
(insbesondere SGB IX), deren konsequente Umsetzung zugunsten einer stärkeren
Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung weiterhin ausreichend qualifiziert
und finanziert begleitet werden muss. Der private Sektor darf sich mehr durch geringe
260 Geldbußen davon entbinden lassen, Menschen mit Behinderung(en) einzustellen. Hier
fordern wir eine neue Regelung, die die Privatwirtschaft massiv sanktioniert, sollte sie sich
nicht an gesetzlich vorgegebene Beschäftigungsquoten halten. Gleiches gilt für den
öffentlichen Sektor. Darüber hinaus muss es Menschen mit Behinderung(en) ermöglicht
werden, sich auch in Gewerkschaften einzubringen. Inklusiv bedeutet auch, dass niemand auf
265 Grund ihrer/seiner Ethnie, Geschlechts oder Hautfarbe auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert
wird. Dazu ist die Einführung einer Frauenquote von mindestens 40% in Führungsetagen
notwendig. Außerdem sollen Migrantinnen und Migranten explizit dazu motiviert werden,
Karrieren im öffentlichen Dienst zu verfolgen; die Repräsentation von Migrant*innen z.B. im
Lehrer*innenberuf ist äußerst wichtig für ein inklusives Gesellschaftskonzept.

270

Gemeinsam mit Mut.

Durch die beschriebenen Schritte können wir die maximale Teilhabe schrittweise erreichen
und unsere zersplitterte Gesellschaft einen. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft ist ein
275 langer Weg der kleinen Schritte. Die Botschaft der Inklusion müssen wir in einer Gesellschaft
vermitteln, die immer mehr auf Leistung statt Solidarität setzt. Umfassende Partizipation aller
Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischen- oder kulturellem Hintergrund, der
sexuellen Identität oder Behinderung, ist das Ziel eines inklusiven Gesellschaftskonzeptes.
Die UN Behindertenkonvention und Antidiskriminierungsgesetze bieten die formelle Basis
280 für unseren neuen Gesellschaftsentwurf – nun ist unser Mut gefragt diesen auch zu fordern
und umzusetzen. Innerparteilich ist die SPD mit der Anerkennung der Schwusos und
des Netzwerks „selbst aktiv“ einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Um die
bestmögliche Umsetzung dieser UN-Behindertenrechtskonvention und unseres Konzepts der
inklusiven Gesellschaft zu erreichen, müssen wir uns auch immer wieder mit den Betroffenen
285 und Expert*innen austauschen. Dabei sollte uns als Leitgedanke dienen: „Es ist normal
verschieden zu sein.“

Für uns Jusos steht fest: Exklusion war gestern. Jeder Mensch ist wichtig. Für uns gibt es nur
einen Pfad in die Zukunft: nach links und zwar von Anfang an gemeinsam – all inclusive.

Lobbyismus bekämpfen, Transparenz schaffen

Die SPD steht zu ihren Beschlüssen, den finanziellen Hintergrund von InteressenvertreterInnen durch die Einführung eines Lobbyregisters transparent zu machen, sowie die gesetzlichen Regelungen für Parteispenden auch für Parteiensponsoring anzuwenden und die Gültigkeit dieser Regelungen auch auf Listenverbindungen auszuweiten. Dabei wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch ohne eine gesetzliche Regelung sollen deshalb in der SPD zukünftig

- 10 • sämtliche Parteispenden veröffentlicht werden, auch wenn sie weniger als 10000 Euro betragen und somit keine gesetzliche Veröffentlichungspflicht besteht. Dabei sollen Spenden von Unternehmen, Verbänden, Vereinen etc. namentlich, Spenden von natürlichen Personen, für die keine gesetzliche Veröffentlichungspflicht besteht, in geeigneter Weise anonymisiert veröffentlicht werden,
- 15 • die vollständigen Einnahmen durch Sponsoring, beispielsweise bei Parteitagen, aufgeschlüsselt nach den SponsorInnen veröffentlicht werden und
- 20 • die Geldflüsse zwischen der SPD, ihren Unternehmensbeteiligungen und Dritten soweit veröffentlicht werden, wie es rechtlich möglich und zum Ausschluss einer verdeckten Parteienfinanzierung nötig ist. Die Unternehmen, an denen die SPD beteiligt ist, sollen diesem Transparenzgedanken bei Vertragsschlüssen Rechnung tragen.

Frieden durch Dialog: Unser Willy-Brandt-Center in Jerusalem

1. Unser WBC-Projekt: Von der Vision zur Umsetzung!

1996 war ein bedeutendes Jahr für die internationale Arbeit des Jusos Bundesverbandes. In diesem Jahr wurde ein Partnerschaftsvertrag zwischen den Jusos, der Labour Youth Israel und der palästinensischen Fatah Jugend geschlossen. In diesem Vertrag wurde der gemeinsame Willen festgehalten, in Jerusalem einen Ort zu schaffen, der der trilateralen Begegnung und dem Austausch dient. Die damals auf internationaler Ebene stattfindenden Verhandlungen zum Oslo Friedensprozess bildeten den politischen Rahmen für diese Idee und ihre Umsetzung. Trotz sich immer wieder ändernder Rahmenbedingungen hat dieses Projekt seit über 15 Jahren Bestand und Erfolg. Es war immer mehr als eine abstrakte Idee. Das Willy-Brandt-Center ist ein Ort des täglichen solidarischen Umgangs in gemeinsamer Partnerschaft, in dem junge Menschen getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität zusammenfinden und so die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft schaffen. Wir Jusos bekennen uns zu diesem, unserem Projekt.

Die in dem Partnerschaftsvertrag fest gehaltene Vision eines gemeinsamen Projektes konnte mit Hilfe des Zivilen Friedensdienstes 2003 in die Realität umgesetzt werden. Im selben Jahr trat Young Meretz Israel ebenfalls der Partnerschaft bei und das Projekt bezog das Haus in Jerusalem, das sich politisch bewusst auf der sogenannten Grünen Linie befindet. Seit dem Bezug des Hauses, arbeitet dort ein trilaterales Team aus Jusos, Young Labour, Young Meretz und Fatah Youth. Die Arbeit wird durch eine Friedensfachkraft und durch ein/e Freiwillige/n unterstützt. Zahlreiche Juso Delegationen haben das Projekt in den letzten Jahren besucht und auch selbst Treffen innerhalb Deutschlands durchgeführt.

Das Projekt hat sich als Raum für die Zusammenarbeit linker Jugendorganisationen, die sich gemeinsam für den Frieden einsetzen, bewährt. Es hat sich inzwischen auf 3 Säulen ausgeweitet: die erste Säule ist unser Partnerschaftsprojekt bestehend aus den genannten Mitgliedsverbänden der IUSY. Die zweite Säule bildet seit 2007 ein Projekt des International Falcon Movement/Socialist Educational International. Die dritte Säule bildet die Nutzung des Hauses für öffentliche kulturelle und politische Veranstaltungen.

Innerhalb der letzten Jahre und Jahrzehnte haben wir die trilaterale Partnerschaft trotz schwieriger internationaler Bedingungen und trotz immer wiederkehrender finanzieller Unsicherheiten ausgebaut und verstetigt. Mit „Youth for a democratic change“ haben wir zusammen mit der Fatah Youth ein Programm entwickelt, das die demokratische Reform der Organisation und die Strukturentwicklung unterstützen soll. Im Rahmen trilateraler Projekte und Bildungsmaßnahmen werden Räume für den Austausch und Dialog geschaffen, von denen alle Partner nachhaltig profitieren. Die einmal im Jahr stattfindende WBC-Jahreskonferenz bildet einen Höhepunkt unseres Projekts. Sie bietet den Raum dafür, aktuelle Entwicklungen im politischen Diskurs aufzugreifen und zugleich einen regelmäßigen Austausch der Partnerverbände über neue Aktivitäten und Visionen für das Projekt zu gewährleisten.

45 Ein vergleichbares, linkes progressives Projekt, dass sowohl Organisationen auf der israelischen, als auch auf der palästinensischen Seite umfasst, gibt es in der Region nicht.

Gemeinsam mit dem Willy-Brandt-Center wollen wir weiterhin in solidarischer Zusammenarbeit:

50

- unsere politischen Partnerinnen und Partner in der Auseinandersetzung um die linke und demokratische Erneuerung ihrer Mutterparteien stärken,
- linke Politikentwürfe gemeinsam formulieren und auch unter schwierigen Rahmenbedingungen für ihre gesellschaftlichen Mehrheiten streiten,
- 55 • zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und VerantwortungsträgerInnen die Erfahrung von Partnerschaft und internationaler Solidarität vermitteln.

60 Unser politischer Anspruch als Jusos ist es, stetig an der Fortentwicklung des WBC zu arbeiten. Dazu gehört es, unsere politische Beschlusslage in Hinsicht auf unser WBC Projekt regelmäßig zu erneuern und zu diskutieren. Diesen Beitrag soll diese Positionierung leisten.

2. Unser WBC-Projekt: Aktuelle Herausforderungen und Rahmenbedingungen!

65

Der politische Verhandlungsprozess zwischen Israel und Palästina ist seit dem Abbruch direkter Verhandlungen im September 2009 weitestgehend zum Stillstand gekommen. Eine Lösung mit dem Ergebnis zweier selbständiger Staaten in Frieden und Sicherheit ist zurzeit nicht in unmittelbarer Sicht. Von der rechten Regierung Israels um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Außenminister Avigdor Lieberman gehen zurzeit keine Impulse für Fortschritt im Friedensprozess aus. Gleichzeitig stellen innerpalästinensische Kräfte, die Dialog zwischen PalästinenserInnen und Israelis als 'Normalisierung' der Besatzung diskreditieren und sich in der sogenannten Anti-Normalisierungsbewegung versammeln, eine Bedrohung für den politischen Ansatz unserer Partnerinnen und Partner dar.

75

Im Hinblick auf diese problematischen Rahmenbedingungen erkennen wir, dass die Option einer friedlichen und zukunftsfähigen Zwei-Staaten-Lösung immer schwieriger wird. Gerade deshalb ist die Partnerschaft und das klare Bekenntnis der Partnerinnen und Partner im Willy-Brandt-Center hierzu wichtiger denn je. Junge Menschen stellen die Mehrheit der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung dar. Ihnen kommt eine zentrale Verantwortung zu.

2.1 Junge, linke Perspektiven in Israel

85

2.1.1 Die politische Situation unserer Partnerorganisationen

90 Die letzten Wahlen zur israelischen Knesset im Jahr 2009 waren für unsere Partnerinnen und Partner verheerend: Die Arbeitspartei, eine traditionell starke Partei mit langjähriger Regierungsbeteiligung, hat bei dieser Wahl das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Die Meretz-Partei spielt mit nur noch drei Sitzen kaum noch eine Rolle im parlamentarischen Betrieb.

Nachdem der damalige Vorsitzende der Arbeitspartei, Ehud Barak, seine Partei nach der Wahl zunächst in eine Koalition gedrängt hat, die vor allem von Netanjahus rechter Likud-Partei und der Partei Yisrael Beiteinu des Rechtspopulisten Avigdor Lieberman getragen wird, hat er seine Partei Anfang 2011 aus dem Amt des Parteivorsitzenden heraus verlassen. Mit ihm haben fünf der ursprünglich 13 Knesset-Abgeordneten die Fraktion der Arbeitspartei verlassen. Mit acht Sitzen in der Knesset ist die Partei nun nur noch die fünftstärkste Kraft im Parlament. Zugleich eröffnet das Ausscheiden aus der Regierung mit dem Parteiaustritt Baraks die Perspektive für eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei.

Die neue Vorsitzende der Arbeitspartei, Shelly Yachimovich, konzentriert sich in der Neuausrichtung ihrer Partei stark auf Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Israel. Auch die Labour Youth stellt diese Fragen anstelle des Konflikts in den Mittelpunkt ihres politischen Wirkens. Während über Jahrzehnte beinahe ausschließlich sicherheitspolitische Fragen wahlentscheidend waren, wurde das Land innenpolitisch einer markoliberalen Deregulierungs- und Kürzungspolitik unterworfen. Hier setzt die Partei an, um soziale Interessen, Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die öffentliche Daseinsvorsorge wieder auf die politische Agenda zu setzen.

Unsere Partnerorganisation Young Labour hat eine zentrale Rolle im innerparteilichen Widerstand gegen den Eintritt in eine rechte Regierung und den politischen Kurs Ehud Baraks gespielt. Wir freuen uns, dass unsere Partnerinnen und Partner sich am Ende innerparteilich in zentralen Fragen durchsetzen konnten.

Gleichzeitig formuliert die Meretz-Partei offensiv die Forderung nach einem neuen Friedensplan. Der von der Parteivorsitzenden Zahava Gal-On vorgelegte Plan sieht unter anderem die Anerkennung des palästinensischen Staates als 194. Mitglied der Vereinten Nationen und die Einigung über alle wesentlichen Fragen des Konflikts auf Grundlage der Grenzen von 1967 innerhalb eines Jahres vor.

125

2.1.2 Linke Perspektiven in der israelischen Gesellschaft

Aus unserer Sicht bietet beides gemeinsam, die klare linke innenpolitische Ausrichtung, die die Menschen innerhalb Israels in den Blick nimmt, gemeinsam mit einem selbstbewussten Auftritt linker israelischer Kräfte im Friedensprozess die Chance, gesellschaftliche Mehrheiten und Vertrauen zurück zu gewinnen und auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen im Jahr 2013 eine einheitliche linke Deutungshoheit über Fragen der Innen- und der Sicherheitspolitik herzustellen, die den Fokus auf die politische Rechte löst.

135

Dabei ist die Ausgangslage für die Linke in Israel nicht nur mit Blick auf Wahlergebnisse problematisch. Rückschritte des Friedensprozesses und das immer neue Scheitern der Friedensgespräche von Camp David bis Annapolis haben zu einer Resignation und damit zu einem Misstrauen gegenüber der politischen Linken geführt, die grundsätzlich mit der Dialogbereitschaft zur anderen Seite verbunden wird. Der anhaltende Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen, von dem der Süden Israels betroffen ist, stellt die dort lebenden Menschen vor besondere Herausforderungen, die es ihnen erschweren könnten ein Verständnis für Annäherungen zu entwickeln. Insbesondere ist diese Entwicklung bei jungen Israelis erkennbar. So kommt beispielsweise die im vergangenen Jahr veröffentlichte israelische

140

145 Jugendstudie, die seit 1998 regelmäßig von der Friedrich-Ebert-Stiftung erhoben wird, zu dem Ergebnis, dass es in dieser Zeit zu einem deutlichen Rechtsruck gekommen sei. So sei innerhalb der 15 bis 24-jährigen in dieser Zeit die Selbstbezeichnung als “rechts” von 48 auf 62 Prozent gestiegen, während die Positionierung als “links” von 32 auf 12 Prozent eingebrochen sei. Hier kommt unseren Partnerorganisationen Young Labour und Young
150 Meretz eine zentrale Rolle zu, Vertrauen in linke Antworten zurück zu gewinnen. Auch hierbei soll das Willy-Brandt-Center eine Unterstützung sein.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gibt es hoffnungsvolle linke Potentiale in Israel. Das
155 Land hat traditionell starke links-zionistische Bewegungen. Dass diese Potentiale mobilisierungsfähig sind, hat die soziale Protestbewegung im Sommer 2011 eindrucksvoll bewiesen. Zeitweise waren 700.000 Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Straße, um gegen hohe Preise für Lebensmittel und Wohnraum, sowie für soziale Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit zu demonstrieren. Dieses Ausmaß an Protesten wurde 2012 nicht gehalten,
160 die Ursachen sind aber nach wie vor vorhanden. Es muss unseren Partnerorganisationen jetzt gelingen zu verdeutlichen, dass linke Parteien und deren Jugendverbände der Kanal sind, um Forderungen der Protestbewegung aufzugreifen, zu bündeln und politisch zu erkämpfen. Sie müssen letztendlich Teil der Wahlauseinandersetzung 2013 werden, mit dem Ziel, die Regierung
Netanjahu abzulösen.

165

2.2 Junge, linke Perspektiven in Palästina

2.2.1 Die Situation unserer Partnerorganisation

170

Obwohl Jugendliche und junge Erwachsene einen großen Teil der palästinensischen Bevölkerung ausmachen, ist ihre politische Partizipation gering. Neben den beengenden und zum Teil entwürdigenden Auswirkungen der Besatzungsrealität auf ihren Alltag, sind junge Menschen in Palästina auch von konservativen, stark hierarchischen und oft
175 undemokratischen Strukturen im eigenen Umfeld eingeschränkt. Mangelnde Bildungs- und Zukunftsinvestitionen und eine defizitäre Demokratisierung der Gesellschaft sind wesentlichen Voraussetzungen der Palästinensischen Autonomiebehörde.

180 Junge Palästinenserinnen und Palästinenser erleben eine Perspektivlosigkeit, die sich darin ausdrückt, dass ein hoher Bildungsabschluss keine großen Chancen auf ein entsprechend qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis eröffnet. Dies führt immer wieder auch zur Auswanderung hoch qualifizierter Palästinenserinnen und Palästinenser.

185 Unsere Partnerinnen und Partner von der Fatah Youth nehmen eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Erneuerung ein. Insbesondere in der eigenen Mutterpartei haben sie in den vergangenen Jahren einen demokratischen Erneuerungsprozess eingefordert und setzen sich kritisch mit den Eliten der Bewegung auseinander. Dieser Prozess ist nicht nur für die politische Teilhabe junger Menschen in der Fatah zentral,
190 sondern trägt auch zu neuem Vertrauen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft bei. Ein wichtiger Erfolg dieses Prozesses ist der 6. Generalkongress der Fatah, der Ende 2009 über 20 Jahre nach dem vorigen Parteitag mit demokratischen Wahlen der Gremien stattfand.

195 Das Willy-Brandt-Center hat die Fatah Youth hierbei in den vergangenen Jahren durch das Projekt ‘Youth for a democratic change’ unterstützt. Durch dieses Projekt wurde in mehreren Staffeln für eine Vielzahl junger Fatah Mitglieder ein politisches Schulungsangebot geschaffen, das inhaltliche, strukturelle und organisatorische Kompetenzen vermittelt hat, die unsere Partnerinnen und Partner als Organisation und als junger Teil der Mutterpartei vorangebracht hat. Das Willy-Brandt-Center soll auch weiterhin ein Ort für politische Bildungsangebote sein.

205 Unsere Partnerinnen und Partner der Fatah Youth arbeiten aber nicht nur innerhalb der eigenen Gesellschaft, sie sind gemeinsam mit den israelischen Partnerorganisationen tragender Teil des Willy-Brandt-Centers. Über die jahrelange Partnerschaft haben sie es geschafft, Vorbehalte abzubauen und verbinden es, palästinensische Interessen zu formulieren und zu vertreten und gleichzeitig in einem solidarischen Miteinander mit den israelischen Partnern und den Jusos politische Ziele zu entwickeln und gemeinsam dafür zu streiten.

215 Dieser Ansatz wird nicht von allen in der palästinensischen Gesellschaft akzeptiert. Die AnhängerInnen der tief gesellschaftlich verankerten und immer wieder auftretenden ‘Anti-Normalisierungsbewegung’ stellen dialogorientierte PalästinenserInnen als “Normalisierer” des Besatzungszustandes dar. Sie veröffentlichen Bilder von PalästinenserInnen, die an Aktivitäten mit Israelis teilnehmen im Internet und zum Teil kommt es zu Gewalttaten.

220 Wir erkennen es hoch an, dass unsere palästinensischen Partnerinnen und Partner der Fatah Youth sich auch im Angesicht dieser schwierigen Situation zur gemeinsamen Partnerschaft bekennen. Auf die hiermit in der täglichen Zusammenarbeit bestehenden Schwierigkeiten nehmen wir Rücksicht. Wir sehen, dass die Partnerschaft unter wechselnden, oft schwierigen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem auch deshalb möglich ist, da die israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen sich über gemeinsame Positionen bezüglich der Kernfragen des Konflikts verständigt haben und diese in ihren Gesellschaften offensiv vertreten. Insbesondere die strikte Ablehnung der Siedlungsbewegung durch unsere israelischen Partnerorganisationen spielt hierbei eine wichtige Rolle.

2.2.2 Die „Anti-Normalisierungs-Bewegung“

230 Zwar reichen die Kräfte der Anti-Normalisierungs-Bewegung bis hinein in Fatah, eine besondere Problematik für unsere palästinensische Partnerorganisation stellt aber der Druck dar, der von autoritär-repressiven Bewegungen wie der Hamas erzeugt wird.

235 Diese Organisation beruft sich nach wie vor auf eine islamistische und antisemitische Charta, in der sie das Existenzrecht Israels ablehnt, hetzt gegen Jüdinnen und Juden und den Staat Israel. Sie muss weiterhin politisch bekämpft werden. Durch ihre gewaltsame Machtübernahme nach der ausbleibenden Anerkennung der Einheitsregierung wurde die eigene Machtstellung im Gaza-Streifen ausgebaut, säkulare Palästinenserinnen und Palästinenser einem antidemokratischen Gewaltregime unterworfen und nicht zuletzt eine Spirale der Gewalt von Raketenschüssen auf Israel bis hin zum letzten Gaza-Krieg ausgelöst.

Spätestens mit der Einigung zwischen Fatah und Hamas im Jahr 2011 und der Vereinbarung, eine gemeinsame Regierung zu bilden und demokratische Wahlen durchzuführen ist, klar: Der eingeschlagene Weg des demokratischen Prozesses muss fortgesetzt werden.

245 Die angekündigten Wahlen sind jetzt von allen Beteiligten und der internationalen
Gemeinschaft einzufordern. Das Ergebnis dieser Wahlen ist anzuerkennen, wenn sie
demokratischen Grundsätzen entsprechen. Alle politisch relevanten Kräfte die dialogbereit
und an einer friedlichen Koexistenz prinzipiell interessiert sind in dem politischen
Verhandlungsprozess anzuerkennen und einzubeziehen, sofern diese das Existenzrecht
250 Israels bedingungslos anerkennen und sich zur Gewaltfreiheit bekennen und diese
durchsetzen. So kann die Sicherheit der israelischen Bevölkerung und die demokratische und
friedliche Entwicklung Palästinas sichergestellt werden. Unsere Partnerorganisation Fatah
Youth wird autoritär-repressive Parteien, insbesondere die Hamas, weiterhin mit politischen
Mitteln bekämpfen.

255 Die aktuellen Proteste in Palästina, die seit August 2012 in der gesamten West Bank
stattfinden, zeigen jedoch, dass die Fatah und linke, dialogbereite Organisationen zunehmend
kritisiert werden und an Vertrauen verlieren, während radikale Positionen und Gruppierungen
neuen Zulauf finden. Auslöser für die Proteste waren Preiserhöhungen, insbesondere für
260 Lebensmittel und Kraftstoff, während Gehälter nicht angehoben wurden, oder in vielen
Fällen gar nicht ausbezahlt wurden. Die Wut der Protestierenden richtet sich insbesondere
gegen Ministerpräsident Fayyad und das Pariser Protokoll, das während der Oslo-
Verhandlungen unterzeichnet wurde und die wirtschaftlichen Kooperationen mit Israel regelt.
20 Jahre nach Unterzeichnung der Oslo-Verträge zweifeln immer mehr PalästinenserInnen an
265 deren Sinnhaftigkeit. Die fehlende Perspektive für die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung
lässt den Rückhalt der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Bevölkerung schwinden
und führt zu flächendeckender Frustration, insbesondere unter Jugendlichen. Die Fakten, die
täglich durch den illegalen Siedlungsbau und den damit verbundenen Ausbau von Straßen
und Infrastruktur geschaffen werden, erschweren die Zwei-Staaten-Lösung zunehmend.
270 Hinzu kommen immer mehr Gewalttaten von radikalen SiedlerInnen gegenüber
PalästinenserInnen.

275 All diese Faktoren spielen denjenigen in die Hände, die die oben genannte
Antinormalisierungskampagne vorantreiben und sich gegen jegliche Kooperation mit
israelischen Organisationen aussprechen. Perspektivlosigkeit, fortschreitender Siedlungsbau
und gewalttätige Übergriffe befeuern radikale Gruppierungen und schaden damit unseren
PartnerInnen auf palästinensischer und israelischer Seite.

280 **2.3 Die Rolle der USA**

Neue Friedensverhandlungen wären ein wichtiges Signal an beide Gesellschaften, auch um
radikalen Forderungen den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Insbesondere die junge
285 Generation braucht neue, ernsthafte Signale um aus der scheinbaren Perspektivlosigkeit neue
Wege und Möglichkeiten aufgezeigt zu bekommen.

Die traditionell enge Verbindung zwischen den USA und Israel ist in den letzten Jahren
zunehmend angespannt. Das Verhältnis zwischen Obama und der rechten israelischen
290 Regierung unter Netanjahu ist geprägt von diplomatischen Zwischenfällen und großer
Uneinigkeit bei zentralen Fragen wie dem Baustopp israelischer Siedlungen und den
Bedingungen für Friedensgespräche. Der Obama-Administration gelingt es nicht,
Konditionen an Unterstützung zu knüpfen, um Israel zu Friedensverhandlungen zu bewegen.
So musste Obama beim Siedlungsbaumoratorium, das den Weiter- und Neubau israelischer

295 Siedlungen in der Westbank stoppen sollte, letztendlich erfolglos nachgeben.

In Folge dessen spielen die USA derzeit nicht die bisher gewichtige Rolle des externen Akteurs, der auf beide Konfliktparteien Einfluss nehmen konnte. Hinzu kommt die Situation Obamas vor den US-Wahlen, in der er in seinen Handlungsmöglichkeiten und Äußerungen
300 eingeschränkt ist, um potentielle WählerInnen nicht zu verprellen. In diesem “lame duck Status” der USA bedarf es weiterer Akteure, die Israelis und PalästinenserInnen zu Dialog ermutigen und bei Fortschritten unterstützen.

2.4 Die Rolle der Europäischen Union

305 Die Europäische Union ist bereits ein solcher Akteur, der in letzter Zeit von beiden Konfliktparteien vermehrt nachgefragt wird. Die EU engagiert sich seit Jahrzehnten, zunächst finanziell und deklaratorisch, seit den 1990er Jahren zunehmend politisch in Israel und Palästina und hat sich somit als langfristige und zuverlässige Partnerin bewährt. Insbesondere
310 die Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen in Palästina, wie Budgethilfen für die PA oder die EUPOL COPPS-Mission zum Aufbau einer palästinensischen Polizei, haben viel Vertrauen und Anerkennung auf palästinensischer Seite geschaffen. Auf israelischer Seite hat die EU beispielsweise daran mitgewirkt, dass der von der Hamas entführte israelische Soldat Gilad Shalit im Oktober 2011 im Rahmen eines Austauschabkommens frei gelassen wurde.

315 Leider steht sich die EU zurzeit noch selbst im Weg, da es an Kohärenz in der EU-Außenpolitik und diplomatischer Feinfühligkeit fehlt. Die von israelischer Seite zu recht kritisierten Äußerungen der Hohen Vertreterin Catherine Ashton zum Terrorschlag in Toulouse oder israelischen Städten, die fälschlicherweise als Siedlungen bezeichnet wurden,
320 haben Zweifel am sonst positiven Standing der EU aufkommen lassen. Die EU hätte die politischen Möglichkeiten und notwendigen Instrumente, um eine aktivere und gewichtigere Rolle als vermittelnde und unterstützende Partnerin spielen zu können, was sowohl in Israel, wie auch in Palästina, vermehrt gewünscht wird. Jedoch fehlt es im Moment an politischem Willen, die EU-Außenpolitik als Ganzes effektiver zu gestalten und Kompetenzen klarer
325 aufzuteilen. Würde die EU hier mehr Einigkeit und Kohärenz in der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten erreichen, könnte sie deutlich mehr erreichen, als es ihr bisher möglich ist.

Grundsätzlich sehen wir es jedoch als wünschenswert an, wenn das Nahostquartett, bestehend aus den USA, Russland, der EU und den UN, gemeinsam wieder aktiv wird. Im
330 Quartett sind deutlich mehr relevante AkteurInnen eingebunden als durch die USA und die EU vertreten. Die 2003 vom Nahostquartett vorgelegte ‘Road map for peace’ kann, wenn auch deutlich verzögert, immer noch als Fahrplan zu einer Zwei-Staaten-Lösung und dauerhaftem Frieden führen.

335 3. Unser WBC-Projekt: Wo wir hinwollen!

Wir Jusos stehen für das Existenzrecht Israels. Das muss selbstverständlich für deutsche und europäische Außenpolitik in dem Konflikt sein. Wir sind überzeugt, dass ein eigenständiger, überlebensfähiger palästinensischer Staat in friedlicher Nachbarschaft notwendiges
340 Gegenstück zur effektiven Gewährleistung des israelischen Existenzrechts ist. Als linke Jugendorganisation ist es unser Ziel, linke progressive politische Kräfte in der Region darin zu unterstützen, den Friedensprozess voran zu treiben. Der Friedensprozess und die Umsetzung der Zwei-Staaten Lösung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sowohl die israelische, als auch die palästinensische Gesellschaft in Sicherheit leben kann. Dabei führen

345 wir unsere Debatten über die Entwicklungen in der Region nie abstrakt, sondern immer im Rahmen einer Partnerschaft, die immer mehr Jusos durch Aktivitäten auf Ebene der Landesverbände und Unterbezirke aktiv leben. Hieraus entwickeln wir unseren Grundsatz der doppelten Solidarität.

350 Die Voraussetzungen für die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung werden immer schwieriger. Um die Perspektive einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung weiterhin offen zu halten, treten wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern insbesondere für einen umfassenden Gewaltverzicht aller beteiligten Akteure und den Stopp des weiteren Baus von illegalen Siedlungen und deren Infrastruktur im Westjordanland ein, da durch diese die Überlebensfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staates akut gefährdet ist.

Die Anerkennung eines palästinensischen Staates und die Aufnahme dieses Staates in die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen halten wir für einen richtigen Schritt, der nach dem jahrelangen Aufbau von faktischer palästinensischer Staatlichkeit durch den Ministerpräsidenten Salam Fayyad konsequent geworden ist. Im Rahmen des Fayyad-Plans wurde über mehrere Phasen der Aufbau staatlicher Strukturen verfolgt, der sich unter anderem auf die Bereiche von Regierungsinstitutionen, Infrastruktur, Sozialpolitik und Wirtschaftsförderung erstreckte. Eine wechselseitige Anerkennung und die Vollmitgliedschaft eines palästinensischen Staates in den Vereinten Nationen mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten ermöglicht einen Friedensprozess auf Augenhöhe.

Wir sehen es als Aufgabe an, durch Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Förderverein des Willy-Brandt Center auf die Ziele des Projekts aufmerksam zu machen. Die politischen EntscheidungsträgerInnen innerhalb der SPD müssen motiviert werden, sich für den Friedensprozess im Nahen Osten einzusetzen und das WBC-Projekt zu unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass möglichst viele SPD-Abgeordnete und Funktionäre dem WBC-Förderverein beitreten.

Als Jusos ist es unsere Aufgabe das WBC-Projekt stetig weiterzuentwickeln. Hierbei dürfen keine Maßnahmen aus finanziellen Erwägungen heraus getroffen werden, den grundlegenden Charakter eines linken, trilateralen Jugendprojekts in Frage stellen. Gerne wollen wir weitere linke gesellschaftliche Kräfte in das Projekt einbeziehen. Vorrangig wollen wir hierbei den Aufbau gewerkschaftlicher Zusammenarbeit unter dem Dach des Willy-Brandt-Centers als mögliches zukünftiges Projekt vorantreiben.

380 In den letzten beiden Jahren wurden bereits erfolgreich zwei Konzepte auf Bundesebene verfolgt:

385 1) Im Rahmen des trilateralen Feminismus-Netzwerks vernetzen sich weibliche Mitglieder der Jusos mit unseren PartnerInnen. Frauen werden oft von vielen gesellschaftlichen und insbesondere politischen Führungspositionen ausgeschlossen und strukturell diskriminiert. Das Ziel des Projekts ist die dauerhafte Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Frauen, ihre Einbeziehung in die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes sowie die Initiierung gleichstellungspolitischer Debatten. Auch die Einbindung von weiteren feministischen AktivistInnen, beispielsweise durch einen politischen Blog, streben wir an.

2) Durch die Zusammenarbeit auf Leadership-Ebene soll sichergestellt werden, dass neben vielen Aktivitäten auf Basisebene auch Vorstandsmitglieder der Partnerorganisationen

395 dauerhaft und regelmäßig mit eigenen Maßnahmen in die Aktivitäten des Willy-Brandt-Centers eingebunden sind. Dies stärkt die Debatten sowie die Legitimation des Projekts.

Diese beiden Projekte wollen wir ausbauen und gesellschaftliche Akteure, wenn möglich, einbinden.

400

Durch regelmäßige Teilnahme an den WBC-Jahreskonferenzen, der Unterstützung von Delegationen und den regelmäßigen Austausch mit den PartnerInnen vor Ort soll eine enge Anbindung an den Juso-Verband sichergestellt werden. Im WBC-Förderverein sollen mindestens 2 Juso VertreterInnen die Interessen und Ideen des Juso-Verbands in enger

405

Zusammenarbeit mit dem Juso-Bundesvorstand einbringen. Sowohl die WBC-Friedensfachkraft, als auch die/der WBC- Freiwillige soll durch den Juso Bundesvorstand Unterstützung erhalten.

410

Einmal im Jahr sollen in einem Nahost-Seminar Ideen für die Weiterentwicklung des WBC-Projekts mit Interessierten aus dem Verband diskutiert werden. Wichtig ist, dass die veränderten Rahmenbedingungen vor Ort reflektiert werden und in die Gestaltung des Projekts einfließen. Wir Jusos stehen für den Frieden weltweit und im Nahen Osten. Unsere politischen Ideen und Werte in die praktische Arbeit vor Ort umzusetzen, ist eine der zentralen zukünftigen Herausforderungen.

Für ein Verbot der Hisbollah in der EU!

- Spätestens nach dem auf israelische Touristen gerichteten Terroranschlag im bulgarischen Burgas, bei dem 7 Menschen ums Leben kamen, muss die islamistische Terrororganisation Hisbollah wieder in den Fokus der deutschen Innen- und Außenpolitik gerückt werden. Die
- 5 Hisbollah ist in Deutschland wesentlich daran beteiligt, Spenden für den Terror gegen Israel zu organisieren. So sammelt die schiitische Organisation mittels sogenannter (gemeinnütziger!) Wohltätigkeitsvereine Spenden für „Märtyrerkinder“ und ist darüber hinaus, wie zuletzt beim sogenannten Al-Quds-Marsch am 18.08.2012 bestätigt, maßgeblich daran beteiligt, antisemitische Propaganda gegen Israel zu verbreiten. In Berlin stieg die
- 10 Unterstützerzahl dieser Terror-Organisation gar an. In der gesamten EU kann die Hisbollah nach Schätzungen auf mehrere Tausend Unterstützerinnen und Unterstützer zugreifen, die auf Anordnung des iranischen Regimes oder der Führung im (Süd)-Libanon terroristisch aktiv werden können.
- 15 In der Vergangenheit hat die Organisation bewiesen, dass sie die Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Gegnerinnen und Gegner des iranischen Regimes als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwendet. In Berlin wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker von Anhängern der Hisbollah ermordet. Zwei Jahre später verübten Hisbollah-Terroristen einen Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos
- 20 Aires, bei dem 80 Menschen ermordet und 300 weitere verletzt wurden. Bis zum vermutlichen Anschlag in Burgas, am Jahrestag des Attentates in der argentinischen Hauptstadt, führte die Organisation weitere Anschläge rund um den Globus durch. Der Chef der Hisbollah, Hassan Nasrallah, verteidigte den Terrorismus der Organisation jüngst.
- 25 Die Hisbollah ist eine Terrororganisation, die nicht davor zurückschreckt, in erster Linie Jüdinnen und Juden in aller Welt umzubringen. Alle bisherigen Hoffnungen, wonach die Organisation eine moderate Kraft im Libanon werden könne, haben sich als Trugschluss erwiesen. Die aktuellen Umbrüche im Syrien zeigen auf, dass die Hisbollah die brutale Unterdrückung der syrischen Opposition aktiv unterstützt und wesentlicher Bestandteil der
- 30 Achse Teheran- Damaskus ist. Um von ihrem drohenden Machtverfall im Zuge der regionalen Veränderungen abzulenken, werden militärische Aktionen der Hisbollah gegen Israel erwartet.
- 35 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Hisbollah analog zur Hamas auf die EU-Terrorliste zu setzen und deren Aktivitäten in Deutschland zu verbieten!

Entschuldung für die Dritte Welt

Forderung:

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung vehement für eine Annullierung der Schulden der Dritten Welt einzusetzen. Die SPD verpflichtet sich, im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der nächsten Bundestagswahl sämtliche notwendigen Maßnahmen zur Entschuldung umzusetzen. Die durch die Entschuldung frei werdenden finanziellen und wirtschaftlichen Mittel müssen verpflichtend für soziale, humanitäre und Bildungszwecke eingesetzt werden und für eine Verbesserung der demokratischen Strukturen sorgen.

10 Entschuldung ist zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Entwicklungspolitik und geht einher mit engagierter Entwicklungszusammenarbeit, deren Ziel u.a. ist, dass Staaten der Dritten Welt letztlich in Eigenverantwortung einen von der Last der Verschuldung befreiten Haushalt gestalten können.

Begründung:

20 *(Anmerkung: Als Zitate angeführte Aussagen entstammen dem Buch „Imperium der Schande“ des Schweizer Sozialdemokraten und ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler.)*

25 Die Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer ist der Grund für den jährlichen Tod von Millionen von Menschen weltweit.

Zur Verschuldungssituation der Entwicklungsländer

30 Im Jahr 2005 belief sich die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrieländer des Nordens auf 58 Milliarden Dollar. Im gleichen Jahr haben die 122 Entwicklungsländer den Banken des Nordens 482 Milliarden Dollar als Schuldendienst überwiesen. Dies führt dazu, dass der Schuldendienst (Bezahlung der Zinsen und der Tilgungsraten) den Großteil der Ressourcen des Entwicklungslandes verschlingt. Es bleibt kein Geld für soziale Investitionen in z.B. öffentliche Schulen, öffentliche Spitäler/Krankenhäuser, Sozialversicherungen etc.

35 Die Kredite, welche die betroffenen Länder aufnehmen, werden ebenfalls nicht in solche Projekte investiert. Dies liegt zum einen an der Korruption innerhalb der Länder und zum Anderen an der Verquickung der Banken und transkontinentalen Gesellschaften, welche wiederum an der Korruption verdienen und diese daher erhalten wollen. Warum profitieren die transkontinentalen westlichen Privatgesellschaften an der Korruption? Die Korruption führt dazu, dass das Geld der Kredite in Infrastrukturmaßnahmen investiert wird, die fast ausschließlich den westlichen Unternehmen dienen. So werden keine Krankenhäuser und Schulen gebaut, sondern Straßen, die zu den Latifundien der transkontinentalen Gesellschaften führen und es wird in die Errichtung von Binnenluftlinien, den Ausbau von Häfen (dient dem Export der Güter der transkontinentalen Gesellschaften) sowie die Errichtung von Kasernen und Gefängnissen investiert.

Droht einem Land die Zahlungsunfähigkeit, so werden durch Druck des IWF (Internationaler Währungsfonds) die Daumenschrauben angezogen. Wo wird also gespart?

50 „Niemals im Budget der Armee, der Geheimdienste oder der Polizei. Diese Institutionen sind deshalb besonders wichtig, weil sie die Sicherheit der ausländischen Investitionen garantieren.“

55 Es wird also bei denen gespart, die sowieso schon fast nichts haben. Die Seuche der Verschuldung trifft aber nicht nur die ärmsten und unterentwickeltsten Länder Afrikas, was das Beispiel Brasiliens veranschaulicht: Brasilien steht auf der Liste der Verschuldeten Länder der südlichen Erdhälfte auf Platz zwei. (Stand 2005)

60 „Brasilien ist aber gleichzeitig die elftgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. Seine Flugzeuge, seine Autos, seine Medikamente sind an der Spitze des technologischen und wirtschaftlichen Fortschrittes. Viele seiner staatlichen und privaten Universitäten zählen zu den besten der Welt. Dennoch leben 44 Millionen Brasilianer in einem Zustand chronischer Unterernährung. Mangelernährung und Hunger töten jährlich direkt oder indirekt zehntausende brasilianische Kinder.“

65 Der christliche Verein Jubilé 2000, welcher sich für die Entschuldung der Dritten Welt einsetzt, hat berechnet, dass aufgrund der Auslandsschuld 2004 alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren gestorben ist.

70 Obwohl die überwiegende Mehrheit der Schuldnerländer gewissenhaft ihre Auslandsschuld zurückzahlt, wächst diese unaufhörlich an. Für dieses Phänomen, was eine Entschuldung absolut notwendig macht, gibt es mehrere Ursachen. Zum einen sind die meisten Entwicklungsländer Produzenten für landwirtschaftliche Rohstoffe. Die Preise der Rohstoffe sind in den letzten 20 Jahren auf dem Weltmarkt allerdings stetig gefallen. Die Kosten für die Produktionsmittel (wie z.B. Maschinen, Lastwagen, Medikamente usw.) haben sich dafür

75 versechsfacht.

„Manche Preise wie z.B. der für Kaffee sind gerade zu zusammengebrochen.“

80 Eine weitere Ursache ist die Korruption und Veruntreuung von Geldern mit Hilfe von Schweizer, Amerikanischen und Französischen Privatbanken. Ein weiterer und wesentlich wichtigerer Punkt als die Korruption ist die Tatsache, dass „die transkontinentalen Gesellschaften der Lebensmittelindustrie, die internationalen Banken, die transkontinentalen Gesellschaften im Dienstleistungssektor, in der Industrie und im Handel“ weite Teile der

85 Wirtschaft der Länder der südlichen Erdhälfte kontrollieren. Diese Gesellschaften erwirtschaften in den betroffenen Ländern enorme Gewinne. Diese Gewinne werden aber nur zu einem Bruchteil in der örtlichen Währung in regionale Projekte investiert. Der weitaus größere Teil fließt an die Firmensitze in Europa, Nordamerika oder Japan.

90 Eine weitere Ursache ist, dass die betroffenen Länder für den Weltkapitalmarkt ein Schuldner mit besonders hohem Risiko sind, weshalb die armen Länder dieser Welt wesentlich höhere Zinsen zahlen müssen als z.B. die BRD.

Fazit:

95 All diese Punkte zeigen, dass die Annullierung der Schuld für die Entwicklungsländer nur

der erst Schritt ist. Weitere starke Veränderungen des bestehenden Radikalkapitalismus sind notwendig, um jedem Menschen das Recht auf Leben zu gewährleisten.

- 100 Jean Ziegler schreibt: „ *Die Verschlechterung der sozialen Infrastruktur ist besonders empörend, wenn man bedenkt, was es bedeutet, wenn Dutzende Millionen Kinder auf Dauer von jeder Schulbildung ausgeschlossen sind. In den 191 Mitgliedsstaaten der UNO haben 113 Millionen Kinder unter 15 Jahren keinen Zugang zur Schule. 62 % von ihnen sind Mädchen.*“ (Stand 2007) „*UNICEF hat folgende Berechnung angestellt: Allen Kindern zwischen 6 und 15 Jahren auf der Welt Zugang zur Schule zu ermöglichen, würde die betroffenen Staaten zusammen ungefähr 7 Milliarden Dollar zusätzlich pro Jahr und auf zehn Jahre kosten.*“
- 105

Dies entspricht einem Bruchteil der Auslandsverschuldung der betroffenen Länder.

- 110 Wäre denn eine Annullierung der Schuld wirtschaftlich möglich? Die Antwort lautet ganz klar „Ja“! Der Wert des Schuldendienstes der dritten Welt am gesamten Volkseinkommen der Gläubigerländer beträgt 2%. (vgl. Imperium der Schande, S.91).

- 115 Die Finanzkrise der Jahre 2000-2002 hat Werte vernichtet, welche „*siebzig mal höher waren als der Gesamtwert der Wertpapiere der Auslandsschuld aller 122 Länder der Dritten Welt*“ zusammen. Trotz des vernichteten Kapitals hat sich das Bankensystem in kurzer Zeit erholt.

- 120 Man kann zwar nicht ausschließen, dass die eine oder andere private Institution Europas oder Amerikas Schaden nehmen wird, doch rechtfertigt dies den Tod von Millionen von Menschen weltweit?

- 125 „*Eine schlichte Annullierung der gesamten Auslandsverschuldung der Länder der Dritten Welt hätte auf die Wirtschaft der Industrieländer und den Wohlstand ihrer Einwohner praktisch keinen Einfluss.*“

- Die transkontinentalen Gesellschaften wehren sich massiv gegen eine Annullierung der Schuld, da dies das „Herrschafts- und Ausbeutungssystem“ von dem diese profitieren, gefährden würde.

- 130 Jean Ziegler: „*Kurz: Jene, die ganz unten sind, sollen auch ganz unten bleiben. Die Kosmokraten sorgen dafür. Das Überleben des Systems und die von ihnen erzielten astronomischen Profite hängen davon ab.*“

- 135 Dieses menschenverachtende System gilt es zu bekämpfen; der erste Schritt lässt sich mit der Annullierung der Schuld für die Länder der Dritten Welt tun.

Die Grundwerte der Jusos und der SPD, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, müssen für alle Menschen dieser Welt gelten!

Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einführen

5 Bisher gilt in Deutschland der gesetzliche Güterstand der **Zugewinnngemeinschaft**, sofern die Ehepartner nichts Abweichendes (Vereinbarung der Gütertrennung bzw. Gütergemeinschaft, modifizierte Zugewinnngemeinschaft) im Rahmen eines Ehevertrages vereinbart haben. Der Begriff „Zugewinnngemeinschaft“ ist irreführend: Während der bestehenden Ehe greift der Grundsatz der getrennten Vermögensmassen. Danach bleibt das Vermögen von Mann und Frau nach der Eheschließung, abgesehen von einzelnen gesetzlich vorgesehenen Vermögensbeschränkungen, getrennt. Jeder Ehepartner verwaltet sein Vermögen selbst. Zum Vermögen jedes Ehepartners gehört dabei sowohl das in die Ehe eingebrachte sowie das während der Ehe hinzuerworbene Vermögen, insbesondere der Arbeitsverdienst.

15 Nach dieser Regelung wird der/die EhepartnerIn, der/die sich der Kindersorge widmet und daher jahrelang keiner oder nur einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen kann, gegenüber dem/der erwerbstätigen EhepartnerIn im vermögensrechtlichen Bereich benachteiligt. Der/Die PartnerIn, der/die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügt, hat während der Ehe eine schwache Verhandlungsposition hinsichtlich der Verwendung des Geldes und keine Möglichkeit, auf Entscheidungen des/der „vermögenden“ Partners/in einzuwirken. Gemeinsames Vermögen entsteht nur hinsichtlich der Haushaltsgegenstände (Begründung von Miteigentum nach Bruchteilen). Erst bei Beendigung der Ehe werden sonstige während der Ehe eingetretene einseitige Vermögensmehrungen ausgeglichen (Zugewinnausgleich). Hier findet der Anteil des/der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehepartners/in am erworbenen Vermögen des/der erwerbstätigen Ehepartners/in Berücksichtigung, weil es auch auf der Mitarbeit des/der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehepartners/in beruhend angesehen wird. Als Zugewinn wird dabei der Betrag bezeichnet, um den das Endvermögen eines/r Ehepartners/in sein/ihr Anfangsvermögen übersteigt. Wer bei Beendigung der Ehe einen größeren Zugewinn erzielt hat, muss diesen Mehrgewinn in Höhe der Hälfte der Differenz an den/die EhepartnerIn abführen.

30 Der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ist insofern grundsätzlich auf die „Hausfrauenehe/Hausmannsehe“ zugeschnitten, also auf Fälle, in denen eine Person allein, möglicherweise bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit, die Kindersorge und die Haushaltsführung übernimmt.

35 Auch der Güterstand der **Gütertrennung** bringt dem/der haushaltsführenden EhepartnerIn sowohl während der Ehe als auch im Falle einer Scheidung nicht die gewünschte Gleichbehandlung. Während der Ehe sind die Eheleute wiederum nicht am Vermögenserwerb des jeweils anderen beteiligt (getrennte Vermögensmassen und eigenständige Verwaltung des Vermögens), so als ob sie nicht miteinander verheiratet wären. Im Fall der Scheidung entstehen ferner keine güterrechtlichen Ausgleichsansprüche vergleichbar der Zugewinnngemeinschaft. Insofern wird der/die PartnerIn benachteiligt, der/die aufgrund von Familienarbeit keinen oder nur einen geringen Vermögenszuwachs verbuchen kann.

Die **Gütergemeinschaft** fußt zwar auf dem Gedanken der Verwirklichung der ehelichen Lebensgemeinschaft im vermögensrechtlichen Bereich, indem sämtliche in die Ehe

45 eingebrachten und in der Ehe erworbenen Vermögenswerte zum gemeinschaftlichen
Vermögen beider Eheleute zählen (Gemeinschaftsgut). Sie wird jedoch kaum frei gewählt,
weil auch voreheliches Vermögen in das Gesamtgut eingeht, was viele Leute hemmt, diesen
Güterstand zu wählen. Auch läuft der Ehepartner Gefahr, für voreheliche Schulden oder
Unterhaltsverbindlichkeiten des Partners zu haften. Im Falle einer Scheidung wird ferner das
50 Vermögen ohne Rücksicht auf seine Herkunft unter den Eheleuten halbiert.

In vielen europäischen Ländern ist demgegenüber der Güterstand der
Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlicher Güterstand vorherrschend. Diese sieht eine
gleichberechtigte Teilhabe der Eheleute am während der Ehe gemeinsam erwirtschafteten
55 Vermögen vor. Während bei der Zugewinnngemeinschaft die Vermögenssphären der Eheleute
während der Ehe getrennt bleiben und somit derjenige/diejenige PartnerIn eine schwächere
Verhandlungsposition hinsichtlich der Vermögensverwendung hat, der/die weniger oder kein
Einkommen hat, werden bei der Errungenschaftsgemeinschaft beide Partner zu gleichen
Teilen MitinhaberIn des während der Ehe gemeinsam bzw. vom jeweils anderen
60 erwirtschafteten Vermögens (Gesamtgut). Dieses Gesamtgut wird während der Ehe
gemeinschaftlich verwaltet. Somit verfügt jedeR EhepartnerIn über eine gleichstarke
Verhandlungsposition. Das voreheliche Vermögen fließt nicht in das Gesamtgut ein. Der
Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft birgt einen weiteren Vorteil: Bei Scheidung
erfolgt die Aufteilung des Gesamtguts durch einfache Teilung jedes Vermögenswertes.
65 Dagegen findet im Falle der derzeitigen gesetzlichen Regelung der Zugewinnngemeinschaft
nur ein wertmäßiger Ausgleich statt, indem nicht jeder einzelne Vermögenswert einfach
geteilt wird, sondern der im Laufe der Ehe erwirtschaftete Zugewinn im Ganzen bestimmt und
zum Ausgleich gebracht wird.

70 Die Errungenschaftsgemeinschaft stellt im Gegensatz zur Zugewinnngemeinschaft eine
Gleichstellung beider Ehepartner während der Ehe hinsichtlich der finanziellen Verwaltung
dar und beseitigt die mangelnde dingliche Mitberechtigung des/der nicht oder wenig
erwerbenden Ehepartners/in. Die Juros Bayern fordern deshalb, die
Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand anstelle der Zugewinnngemeinschaft
75 einzuführen.

Die Dekonstruktion der Geschlechter und ihre politischen Folgen

5 Immer wieder wurden und werden wir in den politischen Debatten mit dem hegemonialen Kampf um Begrifflichkeiten, postgender, Geschlechter, Gleichstellung, queer und Dekonstruktion, konfrontiert. Zu diesen wollen und müssen wir Jusos uns sowohl theoretisch als auch politisch-konkret positionieren. Wir wollen versuchen, hier einen ersten Problemaufriss zu leisten und die Debatte innerhalb der Jusos über die verschiedenen Definitionen und
10 Auffassungen sowie politische Handlungsanleitungen anzustoßen.

Während die „Dekonstruktion der Geschlechter“ nach Simone de Beauvoir noch die Trennung von biologischem und sozialem Geschlecht (sex und gender) bedeutete, ging Judith Butler Anfang der 1990iger Jahre einen Schritt weiter. In ihrem bekanntesten Werk „Das Unbehagen
15 der Geschlechter“ beschreibt sie sowohl das biologische als auch das soziale Geschlecht als gesellschaftlich konstruiert. Geschlecht ist laut Judith Butler also eine soziale/kulturelle Kategorie. Die Einteilung in „männlich“ bzw. „weiblich“ keine natürliche, unausweichliche Einteilung, vielmehr entsteht diese dadurch, dass gemäß dieser Zweigeschlechtlichkeit gehandelt wird. Und was konstruiert wurde kann folglich auch wieder dekonstruiert werden.
20 Für Judith Butler sind die Unterschiedlichkeiten der Menschen innerhalb der Geschlechter größer als zwischen den Geschlechtern. Damit werden diese unnötig. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass es so viele Identitäten gibt, wie es Menschen gibt. Doch was bedeutet diese Analyse für unsere tagtägliche politische Arbeit? Wie können wir als Jusos überhaupt noch Gleichstellungs- und Frauenpolitik machen, wenn alle Geschlechter bereits abgeschafft und
25 dekonstruiert haben? Und was bedeutet das für die politische Praxis im Verband?

Geschlechterdekonstruktion in der Politik

Einige Parteien haben dieses Problem für sich bereits gelöst. Die Piratenpartei, hält sich selbst
30 für „Postgender“. Folgt man der Piratenpartei und ihrer vermeintlichen „postgender“-Haltung, gibt es folglich auch keine Geschlechterdiskriminierung mehr. Denn was es nicht gibt, kann auch nicht diskriminiert werden. Gleichstellungspolitische Debatten zu führen, Frauenförderung einzufordern, Machtgefälle zu identifizieren und politische Konsequenzen daraus zu ziehen wird dann gerne als antiquiert diffamiert. Denn nur wer noch in Geschlechtskategorien denkt,
35 kann so argumentieren und wer noch so argumentiert, der hat es demnach einfach noch nicht verstanden. Auch viele andere politische (Jugend)Organisationen bleiben entweder im theoretischen oder im konkreten. Beides zusammen zu bringen ist schwer, die Angst sich an einer Stelle inhaltlich zu verraten oder aufzugeben ist häufig größer als der Wunsch, das Leben der Menschen schon heute und real zu verbessern.

40 Für uns als feministischen Richtungsverband ist eine solch einfache Lösung nicht akzeptabel. Denn selbst obwohl Geschlecht eine konstruierte Kategorie ist, die immer noch vorhandene gesellschaftliche Aufteilung in Zweigeschlechtlichkeit ist wirkmächtig und lässt sich nicht kurzfristig wegdiskutieren. Und nicht nur durchzieht die Strukturierung in Frauen und Männer
45 unsere gesamte Gesellschaft, sie bestimmt ein Machtgefälle – und das betrifft nicht nur abstrakt sondern ganz konkret die ökonomische und soziale Verteilung in unserer Gesellschaft und damit die Lebenschancen, -welten und -realitäten. Davor einfach die Augen zu verschließen

würde bedeuten, untätig in Hinsicht auf Diskriminierung qua Geschlecht zu werden. Diskriminierung geschieht nicht einfach nur aufgrund irgendeines Geschlechtes, sondern aufgrund eines ganz bestimmten Geschlechtes. Natürlich werden auch Männer manchmal auf Grund ihres Geschlechtes diskriminiert. Das dies jedoch umgekehrt in wesentlich höherem Maße vorkommt ist kein Zufall, sondern symptomatisch. Männerdiskriminierung ist ungerecht, Frauendiskriminierung ist strukturell.

Auch Menschen die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen oder können oder sich einem anderen Geschlecht zugehörig fühlen, erleben vielfältige Diskriminierungen und werden stigmatisiert. Dem wollen wir mit Sensibilisierungsarbeit sowie politischen Konsequenzen begegnen wie die Aufhebung der sofortigen Geschlechtsbestimmungspflicht von Neugeborenen.

60

Geschlechterdekonstruktion ist unser Ziel

Für uns ist klar: die Dekonstruktion der Geschlechter ist ein wichtiger theoretischer Aspekt in unserem Wertegebäude. Wir wollen, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Auf dem Weg zu diesem Ziel sind Debatten darüber, wie, wann und warum Geschlechtskonstruktionen zustande kommen und der Versuch, eine gesellschaftliche Diskussion und Reflektion über diese Fragen anzuregen ein wichtiger Beitrag. Wir wollen, dass Schluss ist mit der Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen und wir verneinen auch nicht, dass das Offenlegen und Zurückdrängen solcher Muster ein Schritt auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit sind!

70

Die Kategorien, die wir theoretisch dekonstruieren, haben jedoch trotzdem reale Auswirkungen auf das Leben von Menschen – selbst wenn wir uns scheinbar von ihnen befreit haben. Diese ungerechten Verteilungen von Lebenschancen wollen wir bekämpfen. Nur die Gleichheit von Lebenschancen und Voraussetzungen schafft die Bedingung um individuelle Lebensmodelle leben zu können.

75

Deshalb ist die Übertragung unserer theoretischen Erkenntnisse auf unsere real existierende Gesellschaft stets an gewisse Voraussetzungen gebunden.

80

1. Reale Machtkonflikte müssen weiter berücksichtigt werden.

Konflikte zwischen den Geschlechtern haben ganz reale Auswirkungen. Diese gehen über die einschränkende Wirkung der Geschlechtszuweisung hinaus, denn Machtstrukturen in Deutschland und auf der ganzen Welt sind männlich geprägt. Dabei geht es nicht nur um Diskriminierung durch Geschlecht, sondern um Diskriminierung eines bestimmten Geschlechts: Frau. Diese Analyse stellt für uns eine zentrale Ausgangsbasis unserer Politik dar. Das Konstrukt „Frau“ wird nicht nur als Individuum, sondern auch als Gruppe diskriminiert. Das heißt, die Lösung, „so viele Geschlechter wie Menschen“ ist zu einfach um dieses Machtgefälle zu lösen. Diese Prämisse achtend, wollen wir auch Machtkonflikte gegenüber geschlechtlichen Minderheiten thematisieren.

90

2. Gleichstellungspolitik ist mehr als Queer.

95

Häufig wird in der Debatte Queer-Politik und Gleichstellungspolitik versucht voneinander abzugrenzen oder gleichzusetzen. Doch dies kann nicht die Lösung sein. Queerpolitik und

Gleichstellungspolitik stellt keinen Widerspruch dar.

100 Geschlecht spielt in der heutigen Gesellschaft immer noch eine wichtige Rolle und die
Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern sind noch nicht überwunden. Aber nicht nur
Frauen werden diskriminiert, sondern auch Menschen, die sich nicht im zweigeschlechtlichen
Rollensystem wiederfinden, erfahren tagtägliche Diskriminierungen.

105 Ziel einer jungsozialistischen Genderpolitik muss es daher sein, zweigleisig vorzugehen und
Queer- und Gleichstellungspolitik zu verbinden.

Dennoch liegt es an uns Jungsozialist_innen, erste Schritte zu gehen, eine progressive
Queerpolitik auch in unseren Verband hineinzutragen und in unseren Strukturen dafür zu
sensibilisieren, durch Aufklärungsarbeit in Seminaren und durch die Einrichtung weiterer
110 Schutzräume, wenn gewünscht.

Dies ist jedoch nur ein Aspekt von Gleichstellungspolitik und Feminismus. Darüber hinaus geht
es uns um konsequente Umverteilungspolitik. Umverteilung von Macht und von Ressourcen.
Von gesellschaftlich definierten Männern zu gesellschaftlich definierten Frauen. Ein
115 Queertheoretischer-Diskurs allein kann geschlechterpolitische Probleme nicht abbilden.

3. Wir müssen weiterhin die Lebensrealitäten von Menschen berücksichtigen und diskutieren.

120 Für die Mehrheit der Menschen geht es nicht in erster Linie darum, sich aus den Ketten ihres
Geschlechtes zu befreien. Sie fühlen sich eigentlich als Mann oder Frau recht wohl in ihrer
Haut. Dies wollen wir nicht pathologisieren sondern akzeptieren es als Ergebnis
gesellschaftlicher und kultureller Sozialisation. Zur Lebensrealität von Menschen gehören auch
erlebte Diskriminierungen gerade von Homosexuellen oder Menschen, die sich keinem oder
125 einem anderen Geschlecht als Mann oder Frau zuordnen wollen. Diskriminierungen aller Art
sind für uns Jusos ein rotes Tuch und werden bekämpft.

Für die Mehrheit der Menschen ist es auch bei eindeutiger Geschlechtszuordnung virulent,
geschlechtsspezifische Machtverhältnisse anzugreifen, denn ihre Lebensrealität ist sehr direkt
und konkret durch sie bestimmt, sei es durch ökonomische Ungleichheit oder die
130 Einschränkung ihrer Lebenschancen. Viele Menschen wollen mehr Gerechtigkeit und
Gleichstellung der Geschlechter. Dies nehmen wir weiterhin als Leitlinie unserer
Gleichstellungspolitik an.

4. Sozialistische Gleichstellungspolitik muss in der Lage sein, gesellschaftliche Verhältnisse anzugreifen.

Auf dem Weg zu einer gleichgestellten und freien Gesellschaft kommt uns als Verband die
Rolle zu, Konzepte zu entwickeln, um Macht- und Verteilungsfragen konkret anzugreifen. Die
140 Analyse von Lebensrealitäten von Frauen und Männern muss uns zu Politikkonzepten führen.
Gleichstellung kann sich für unseren Verband nicht darin erschöpfen, unsere eigenen Bilder zu
reflektieren und in unserem beschränkten Rahmen Sensibilisierungsarbeit zu leisten. Wir
müssen dafür stehen in unserer Partei und gesamtgesellschaftlich, Politikansätze durchzusetzen,
die die Lebensrealitäten von allen Menschen, im gleichstellungspolitischen Kontext aber vor
145 allem für Frauen zu verbessern. Dazu gehört, diese Lebensrealitäten zu kennen, anzuerkennen,
aufzugreifen und Lösungen zu finden.

5. Diskriminierung muss weiter sichtbar gemacht werden.

150 „Sex-counting“, also das Aufschlüsseln von statistischen Daten anhand des Geschlechts, ist nach wie vor nötig. Nur gendersensible Statistiken ermöglichen uns Informationen über die Ungleichheitsverhältnisse in der Gesellschaft, im Arbeitsleben und in der Politik. Fehlen Daten und Informationen, fehlen Entscheidungsgrundlagen. Geschlecht muss also weiter als Analyse- und Strukturkategorie Anwendung finden.

155

6. Die Dekonstruktion von Geschlechtern darf nicht auf Kosten von Schutzräumen von benachteiligten Gruppen gehen.

160 Diese Schutzräume können sich sowohl auf mehr ideologische Räume, wie z.B. autonome Frauenstrukturen als auch in ganz konkreten, nur einem Geschlecht offen stehenden Räumen wie Wasch- oder Duschräume, beziehen. Wir halten weiterhin an den Möglichkeiten für autonome Frauenstrukturen fest, wann sie sinnvoll erscheinen. Diese können sowohl zum Austausch über spezifische Problemlagen als auch für strategische Absprachen um männlichen Machtzirkeln entgegen zu arbeiten, dienen. Auch sexuelle Diskriminierungen und Übergriffe

165 gegen Frauen sind nicht von der Hand zu weisen. Wenn es also um Schutz von Intimsphäre von Frauen geht, stellen wir diesem ebenfalls ganz praktische Möglichkeiten zur Verfügung.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich politische Konsequenzen für unsere praktische Arbeit.

1. Die Gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau ist weiterhin eine der drei Säulen unserer Juso-Arbeit.

Wir Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Deshalb machen wir feministische Arbeit. Die Diskriminierung von Frauen zu bekämpfen ist unser Ziel. Herrschaft, Macht und Ressourcen sind in unserer patriarchal geprägten Gesellschaft zu Gunsten der Männer ungleich verteilt. Frauen werden in allen zentralen Bereichen der Gesellschaft strukturell benachteiligt. Frauendiskriminierung ist nicht nur Theorie, sondern ganz real und tagtäglich. Wir erkennen dies an und wollen diese Diskriminierung überwinden. Dafür machen wir Frauen- und Gleichstellungspolitik. Dafür machen wir Realpolitik.

180

2. Politik ist mehr als Selbstreflektion.

Vielen Bündnisse oder Aktionen geht es vor allem darum, mit hegemonialen Strukturen zu brechen, für Unordnung und Andersdenken zu sorgen. Alternative Denkmuster und –wege aufzuzeigen ist stets ein wichtiger Baustein unserer Juso-Politik gewesen. Wir können und wollen bei Information und Sensibilisierung jedoch nicht halt machen. Ziel einer jungsozialistischen Politik ist es, Herrschaftsverhältnisse zu verändern, Macht und Ressourcen umzuverteilen. Dies wollen wir auch in der Gleichstellungspolitik tun. Unser Ziel ist es also, konkrete Lebensrealität von Menschen zu verändern, die von Frauen zu verbessern. Erst dann wird aus Theorie Politik.

190

3. Wir machen Politik für alle Menschen.

195 Die große Mehrheit der cis-Menschen (Geschlechtsidentität und körperliches Geschlecht stimmen bei ihnen überein), die sich in ihrer Zweigeschlechtlichkeit gut aufgehoben fühlt, wollen wir, solange es nicht zu Diskriminierungen anderer Menschen kommt, nicht missionieren. Diskriminierung und Herabsetzung anderer geschlechtlicher Lebensformen und –

realitäten wird dabei von uns natürlich nicht toleriert. Dem Druck von Geschlechterungerechtigkeit und Frauendiskriminierung, der von so vielen verspürt wird, begegnen wir mit aller politischen Härte. Dabei wollen wir besonders an den Stellschrauben drehen, die systematische Geschlechterungerechtigkeit produzieren und somit das patriarchale System für die gesamte Gesellschaft festschreiben. Struktureller Diskriminierung des Geschlechtes „Frau“ gilt es politisch zu begegnen und strukturell zu bekämpfen. Diese Diskriminierung sehen wir vor allem in den Sozialversicherungssystemen, dem Arbeitsmarkt und dem Steuersystem. Gleichzeitig wollen wir Räume und Möglichkeiten schaffen für all die Menschen, denen das Denkgebäude der Zweigeschlechtlichkeit in all seinen theoretischen und praktischen Begrenzungen zu eng ist und nach Maßnahmen gegen ihre soziale und ökonomische Diskriminierung suchen.

210 **4. Wir betreiben weiterhin Sex-counting.**

Bei Anmeldungen zu Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes muss, bei Bedarf, weiterhin das Geschlecht, angegeben werden. Eine Möglichkeit, dass sich, sobald alle „Männerplätze“ zu Kongressen belegt sind, findige sonst-immer-Männer anfangen, sich unter „anderes Geschlecht“ anzumelden und somit jegliche Idee der Dekonstruktion der Geschlechterkategorien konterkarieren wollen wir nicht bieten. Wir halten weiter an dem Ideal der ausgeglichenen Repräsentation der Geschlechter auf unseren Veranstaltungen fest. Wenn nötig auch mit der Quote. Unter anderem dabei wollen wir aber nach Möglichkeiten suchen, wie wir die besonderen Bedürfnisse von Transmenschen und Intersexen hinsichtlich der Geschlechterquote berücksichtigen können, ohne dass Cis-Männer dies missbrauchen können und ohne dass die Frauenquote angetastet wird.

5. Wir halten an der Frauenquote fest.

Dies gilt für die Besetzung von Listen, Posten und der Redeliste. Denn auch die Machtverhältnisse innerhalb unseres Verbands sind weiterhin zweigeschlechtlich aufgeladen, wie jeder und jede – leider – relativ einfach an den konkreten Zahlen in unseren Strukturen und Vorständen nachweisen kann.

230 **6. Autonome Frauenstrukturen sind auch in unserem Verband notwendig.**

Sie können dabei helfen, Frauen untereinander zu vernetzen, Schutzräume für Debatten zu schaffen, die in anderen Kontexten schwierig zu führen sind und Diskussionskulturen zu verändern. Autonome Frauenstrukturen sollen dabei als Tankstelle dienen, in denen Frauen Kraft für ihre weitere politische Arbeit schöpfen. Solche Strukturen haben aber auch ihre Schattenseiten. Allzu oft binden sie Kapazitäten von Frauen und entziehen so Ressourcen, anstatt – was eigentlich ihre Aufgabe sein sollte – Ressourcen freizusetzen. Gerade beim Einsatz von solchen autonomen Strukturen gilt es Augenmaß zu bewahren und sich am tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Wann immer nach diesen Maßstäben das Bedürfnis sowie die Möglichkeit zur zusätzlichen Bereitstellung von Schutzräumen oder autonomen Strukturen im LGBTI-Bereich besteht, sind diese einzurichten.

Ziel unserer feministischen Arbeit ist es, Machtstrukturen anzugreifen und zu verändern. Das Patriarchat als gesellschaftsstrukturierende Größe wollen wir überwinden. Gleichzeitig gibt unser Verband einer Vielfalt der geschlechtlichen Realitäten Raum.

Der Herausforderung von dem Zusammenbringen wissenschaftlicher Gendertheorie und dem

Umsetzen in langfristige Strategie bei gleichzeitigem tagespolitischen Handeln stellen wir uns mutig, auch wenn wir uns den dabei lauenden Schwierigkeiten bewusst sind. Denn, wer die menschliche Gesellschaft will muss die männliche überwinden.

Die Zukunft Europas ist unsere Zukunft

Vor vier Jahren wurde die internationale Finanzwelt durch die Pleite Lehmans und den folgenden Finanz- und Wirtschaftskrisen erschüttert. Seitdem brodeln es an vielen Brennpunkten immer weiter. Mit dem drohenden Zahlungsausfall Griechenlands im
5 Frühjahr 2010 nahm dann auch die durch die Finanzkrise in Gang gesetzte Krise des Euros an Fahrt auf und ist bis heute das bestimmende Thema in Europa. Die Ausweitung der Krise und fehlgeschlagene, beziehungsweise halbherzige Rettungsmaßnahmen haben zu immer weiteren Verschärfungen geführt, so dass mittlerweile die Existenz des Euros und die Idee Europas auf dem Spiel stehen.

10 Denn neben der Finanz- und Wirtschaftskrise beobachten wir besorgt ein immer größer werdendes Demokratiedefizit. Weitreichende Entscheidungen werden nicht (mehr) in den demokratisch legitimierten europäischen Institutionen getroffen, sondern in Nationalstaaten wie z.B. dem europäischen Rat oder sogar nur noch in Teilen davon. Dies
15 führt zu einem Identitätsverlust der BürgerInnen mit Europa. Für uns Jusos ist die Gefährdung der europäischen Idee nicht akzeptabel, wir sehen unsere Zukunft in einem geeinten, friedlichen, solidarischen und fortschrittlichen Europa. Die Dominanz der neoliberalen Grundausrichtung bei der Gründung und der Weiterentwicklung Europas zeigen uns heute, dass Europa grundlegend anders gestaltet werden muss, um gemeinsam auf Krisen
20 reagieren zu können. Um diese Idee der vereinigten Staaten von Europa am Leben zu erhalten und in Zukunft umsetzen zu können, muss es schnellstmöglich eine Politik zur Krisenüberwindung jenseits der Austeritätspolitik geben. Das Primat der Politik zurückerobert und die zukünftige Ausgestaltung Europas entwickelt werden. Nicht nur wegen der Mehrheitsverhältnisse in den europäischen Organen ist Europa für die Mehrheit der
25 Menschen ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, in dem die neoliberale Politik der Mitgliedsstaaten fortgeführt wird. Auch die Sozialdemokratie lässt eine Vision für ein Soziales Europa vermissen. Dies muss zum Kern eines sozialdemokratischen Zukunftskonzepts werden, für das sich Begeisterung entwickeln lässt.

30 Gescheiterte Krisenüberwindung

Bei der Eurokrise schlägt vor allem die Finanz- und Bankenkrise von 2008 durch. Nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA stand das Weltfinanzsystem vor dem Kollaps. Dieser konnte nur durch massive staatliche Rettungspakete abgewendet werden. Anstatt die
35 Finanzmärkte strenger zu regulieren, wurde das Spiel neu eröffnet und die Spekulation mit billigem Geld noch weiter befeuert. Dann hat vor über zwei Jahren die Eurokrise mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands begonnen. In der öffentlichen Debatte werden zurzeit aber fast nur die Staatsschulden als Ursache für die Krise ausgemacht. Dabei wird einfach weggelassen, dass der rasante Anstieg der Schulden auch von der Rettung der Banken
40 und Finanzmärkte herrührt. Dabei wurde das Risiko privater Spekulanten durch die Staaten übernommen und so private Schulden in staatliche Schulden umgewandelt. Mit Spanien und Irland sind zum Beispiel Staaten besonders betroffen, die vor der Finanzkrise einen geringen Schuldenstand hatten. Die Finanzierungsprobleme der kriselnden Länder resultieren aus den sprunghaft gestiegenen Renditen auf ihre Staatsanleihen, weil sie schlechte Ratings

45

bekommen. Dies hat in jedem einzelnen Land sehr unterschiedliche Ursachen.

50 Neben der Finanzkrise hat die Eurokrise auch noch weitere Gründe. Sie liegen vor allem in den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten in der europäischen Union. Diese sind aber nicht allein endogenen ökonomischen Entwicklungen geschuldet, sondern sind auch im Konstitutionsprozess der Europäischen Union als neoliberales Wettbewerbsregime zu finden. Die Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen europäischen Staaten wurde durch die Europäische Integration jedoch nicht aufgehoben, sondern vertieft. Entgegen neoklassischer Erwartungen erwuchs aus einer gemeinsamen Geldpolitik keine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Besonders die Politik der Haushaltskonsolidierung in Folge der Maastricht Verträge und die Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes mit einer gemeinsamen Währung verankerte das europäische Wettbewerbsregime auf Basis einer beschleunigten Standortkonkurrenz. Dabei kam es zu einem immer stärkeren Auseinanderdriften innerhalb des Einigungsprozesses: Der die ökonomische Entwicklung unterstützenden rechtlichen Vollharmonisierung im Waren- und Kapitalverkehr steht eine kaum vorhandene europäische Koordinierung in anderen Politikbereichen gegenüber. Standortkonkurrenz ist vom rechtlich-institutionellen Rahmen also allein dort möglich, wo es keine weitgehende europäische Verrechtlichung gab. Hinzu kommen die Aushebelung nationaler Tarifrechte und des europäischen Streikrechts, was den innereuropäischen Lohnwettbewerb stimulierte. Im europäischen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung können Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch die Auf- oder Abwertung der Währung ausgeglichen werden. Nun hat sich in den vergangenen Jahren eine Entwicklung ergeben, die insbesondere von Deutschland angetrieben wurde. In Deutschland ist im Zuge der Agenda-Politik eine aggressive Exportstrategie gefahren worden, mit der die Reallöhne im Schnitt sogar gesenkt wurden. Gleichzeitig kam es in den heutigen Krisenländern zu einer Kapitalflut unter anderem aus Deutschland, da aufgrund der schwachen Binnennachfrage deutsche Investoren andere Anlagemöglichkeiten suchten. Dieser teilweise spekulative Strom frischen Geldes führte zu einem Boom in Bereichen der Wirtschaft, die nicht im internationalen Wettbewerb standen, vor allem der Baubranche. Als dann die Blase platzte, war die Wettbewerbsfähigkeit der Branchen, die mit Unternehmen aus anderen Ländern konkurrieren mussten, bereits stark geschwächt. Die insgesamt relativ hohe Inflation und Lohnstückkostensteigerung in den Krisenländern war also eine direkte Folge der unregulierten Finanzströme innerhalb der Europäischen Union. Im Ergebnis hat insbesondere Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert, andere Länder haben sie verschlechtert und die Ungleichgewichte sind gewachsen.

85 Das Agieren der verantwortlichen PolitikerInnen in den vergangenen zwei Jahren war durch Rumklavieren und auf „Zeit spielen“ geprägt. Dabei spielte insbesondere die schwarz-gelbe Bundesregierung eine verheerende Rolle. Sie konnte ihre Position dabei aber nie halten. Wahrscheinlich hätte uns vieles erspart werden können, wenn es bei dem Bekanntwerden der Probleme Griechenlands ein klares Bekenntnis zum Euro und allen seinen Mitgliedsstaaten gegeben hätte. Gerade durch die verweigerte Hilfe ist die Spekulation gegen einzelne Mitgliedsstaaten und den Euro als Ganzes erst möglich geworden. Griechenland aufzufangen, wäre aus wirtschaftlicher Perspektive keine große Schwierigkeit gewesen, anders sieht es aus, wenn nun die großen Volkswirtschaften Spanien und/oder Italien vollends ins Trudeln geraten.

95 Nach den Vorstellungen der Bundeskanzlerin sollten mit Fiskalpakt und ESM die Voraussetzungen geschaffen sein, um die Krise zu bewältigen. Aber noch bevor die Beschlüsse die Hürde Verfassungsgericht genommen hatten, ist in Deutschland und Europa

die Debatte nach der Reichweite und Wirksamkeit dieser Maßnahmen ausgebrochen. Und dies ist auch vollkommen berechtigt, denn bisher wird das akuteste Problem bei den Maßnahmenkatalogen ausgeklammert. Die Idee eines europäischen Währungsfonds, welcher die Handlungsfähigkeit von Staaten in Krisenzeiten erhält, ist zu begrüßen, seine
100 Ausgestaltung in Form des ESM aber nicht. Mit dem Fiskalpakt soll die vermeintliche Schuldenproblematik radikal angegangen werden. Dahinter stecken vor allem alte ideologische Auseinandersetzungen. Liberale und Konservative haben es geschafft, mit dieser Debatte die Regulation der Finanzmärkte von der Agenda zu nehmen und die Schuld der andauernden Krisen alleine einem Staatsversagen zuzuschreiben. Mit dem Fiskalpakt wird die
105 Handlungsfähigkeit aller europäischen Staaten weiter eingeschränkt und jede Hoffnung auf konjunkturelle Erholung weggespart. Das bedeutet nicht, dass es unangebracht ist, auch den Schuldenstand abzubauen: Aber nur eine Lösung kann keine Antwort auf die verschiedenen Probleme sein. Sicherlich ist es ein Erfolg, dass im Verlauf der Verhandlungen um den Fiskalpakt ergänzende Wachstumsprogramme und die Finanztransaktionssteuer durchgesetzt
110 wurden. Dies sind zwar sehr wichtige Schritte in die richtige Richtung, aber sie werden erst mittelfristig Wirkung entfalten können.

Das bedeutet aber zugleich, dass es einer Entdramatisierung von Staatsschulden entgegen dieser konservativen und liberalen Denkmuster bedarf. Notwendige Investitionen müssen
115 auch weiterhin über Schulden finanziert werden können. Gerade auch um kurzfristig die Abwärtsspirale von immer neuen Sparprogrammen und daraus folgenden weiteren Einbrüchen der Wirtschaft zu durchbrechen, muss – solange noch keine anderen Mittel stehen – die weitere Schuldenaufnahme möglich sein. Das Argument der mangelnden „Generationengerechtigkeit“ kann dabei als falsch entlarvt werden. Es werden nicht nur
120 Schulden, sondern auch damit finanzierte Gegenwerte vererbt. Von einer Verbesserung der Infrastruktur und Investitionen in den Bildungsbereich profitieren alle, auch kommende Generationen. Daraus wird erkennbar, dass sich die Verteilungsfrage nicht zwischen der heutigen und der zukünftigen Generation stellt, zwischen denen dieser Konflikt konstruiert wird, sondern vielmehr die Verteilungsfrage zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb
125 jeder Generation neu gestellt werden muss.“

Die bisherige Krisenpolitik hat nicht zur Überwindung der Krise beigetragen, ganz im Gegenteil, sie hat verheerende Auswirkung für die betroffenen Länder und insbesondere für die dort lebenden Menschen. Mit der Austeritätspolitik werden die Handlungsspielräume
130 vieler Staaten erheblich eingeschränkt. Es fehlen die Mittel um Wachstumsimpulse zu setzen und die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Der Fiskalpakt schreibt eine einseitige Sparpolitik fort, die wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll ist und bereits in der Vergangenheit zur Zuspitzung, statt zur Bewältigung der Krise beigetragen hat. Das einseitige Betreiben einer Politik des Sparens führt zu Kürzungen der
135 Staatsausgaben. Bei Löhnen, Gehältern, Pensionen, Investitionen wird gekürzt. Die Folge ist ein massiver Rückgang des Konsums, die Binnenwirtschaft wird abgewürgt, das Wachstum sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt. Eine Rezession setzt ein. Dies alles führt zu einem weiteren Rückgang der staatlichen Einnahmen und letztlich zu noch mehr Verschuldung. Reine Sparpolitik setzt einen Teufelskreis in Gang, der die Staaten noch tiefer in die Verschuldung
140 führt und große soziale Verwerfungen mit sich bringt. Welche dramatischen Folgen dies hat, ist in allen Krisenländern zu beobachten. Explodierende Arbeitslosenzahlen, Lohnsenkungen, Sozialkürzung und damit eine massive Verelendung von immer mehr Menschen.

Alle bisherigen Maßnahmen haben vor allem eine Zielrichtung – das Vertrauen der
145 Finanzmärkte sollte zurückgewonnen werden. Dies ist nicht nur der falsche Ansatz, sondern

er wurde auch noch ständig aus den eigenen Reihen der Regierung torpediert. Die immer wieder und wieder vorgebrachten Forderungen aus den Koalitionsparteien keine Hilfen mehr zu gewähren, Griechenland aus dem Euro zu werfen und noch heftigere Sparmaßnahmen durchzuziehen, laden nur zu weiteren Spekulationen gegen den Euro ein. Es wird immer
150 deutlicher, dass CDU/CSU und FDP versuchen, sich mit nationalistischen Stammtischparolen zu profilieren und dabei in Kauf nehmen, dass der Euro scheitert. Immer wieder wird die Hilflosigkeit der Bundesregierung deutlich. Bei den letzten entscheidenden Abstimmungen im Bundestag gab es keine Kanzlerinnenmehrheit und nach jeder europäischen Verhandlungsrunde kommt die schärfste Kritik an den Ergebnissen von Merkel aus den
155 eigenen Reihen. Mit dem Mantra des Sparens um jeden Preis und dem Bedienen der Klischees von faulen Südländern bekommen sie aber immer noch starke Umfragewerte. Davon darf sich die Sozialdemokratie aber auf keinen Fall anstecken lassen, sondern muss eine wirkliche Alternative bieten.

160 **Die Krise überwinden**

In den letzten Jahren gab es viele Vorschläge, die besser geeignet wären, um Perspektiven für eine positive Zukunft zu eröffnen. Das einfachste wäre gewesen, unmittelbar nach dem Aufkommen der Probleme in Griechenland, mit aller Deutlichkeit ein Bekenntnis zur
165 Gemeinschaftswährung und dem Willen sie solidarisch zu stützen, abzugeben. Entscheidend ist dafür aber die verfolgte Zielvorgabe. Wir wollen ein solidarisches und soziales Europa und nicht bloß einen Mechanismus der die Wünsche der Märkte erfüllt. Wenn die Verträge die dafür nötigen Instrumente nicht zulassen, muss im Zuge der Neugestaltung Europas das Vertragswerk angepasst werden. Wir brauchen kurzfristig eine Lösung für das
170 Staatsfinanzierungsproblem und Wachstumsimpulse für Europa und gleichzeitig eine Stärkung der demokratischen Elemente Europas sowie eine langfristige Perspektive für die Entwicklung Europas. Leider erfüllt auch das Papier der sozialdemokratischen Troika diese Ansprüche nicht. Es bleibt weit hinter den Erwartungen und den bisher gelaufenen Diskussionen in der SPD zurück. Viele Forderungen gehen in die Richtung, bleiben aber
175 halbherzig.

Handlungsfähigkeit herstellen

Den Finanzierungsproblemen der Krisenstaaten kann nur entgegengewirkt werden, wenn die
180 Staatsfinanzierung im Notfall auch ohne die Finanzmärkte sichergestellt wird. Dies wurde in der Krise schon mehrmals deutlich. Immer wieder hat die EZB - mehr oder weniger autonom - auch gegen ihre Rechte, eingegriffen. Ob nun der Aufkauf von Staatsanleihen oder die Bereitstellung billigen Geldes für die Banken: Ohne diese Eingriffe wäre das System Euro schon längst kollabiert. Sicherlich ist die Art und Weise und die Wirkung dieser Maßnahmen
185 vielfältig zu kritisieren, aber da alle anderen Verantwortlichen nicht gehandelt haben, sind sie zu begrüßen. Diese Ansätze müssen in klare Regeln gegossen werden, um eben auch die negativen Folgen zu minimieren. Dafür gibt es verschiedene Varianten. Bei allen Varianten gibt es jedoch nicht nur massive Widerstände, sondern durch aus auch rechtliche Hindernisse. Wenn aber nichts angegangen wird, steht dem Euro als Gemeinschaftsprojekt keine große
190 Zukunft mehr bevor. Die massiven Ungleichgewichte im europäischen Wirtschaftsraum in Fragen der Staatsverschuldung und der damit einhergehenden Zinssituation bedarf dringend der Abhilfe.

Vor allem von konservativen und rechtspopulistischen PolitikerInnen wird der Austritt
195 einzelner Staaten aus der Eurozone als vermeintlicher Lösungsweg ins Gespräch gebracht und

teilweise vehement eingefordert. Für uns kommt dies nicht in Frage. Ein Austritt von Staaten aus der Eurozone hätte verheerende ökonomische und soziale Folgen nicht nur für die austretenden, sondern auch für die verbleibenden Staaten. Zu erwarten sind neben einem unkontrollierten Staatsbankrott mit nicht absehbaren Folgen im Finanzsystem, massive ,
200 Verschiebungen der Wechselkurse mit davon ausgelösten dramatischen Veränderungen der Handelsbeziehungen sowie Ansteckungseffekte auf andere Staaten unter anderem durch Spekulation auf weitere Austritte. Die Folge wäre eine starke Rezession mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Daneben wären auch die politischen Auswirkungen eines Austritts massiv: Erstmals würde der Integrationsprozess der Europäischen Union an einer
205 wesentlichen Stelle umgekehrt. Der Austritt eines Staates hätte fast zwingend den Austritt weiterer Staaten zur Folge. Außerdem ist ein Austritt eines Staates ohne weitere Maßnahmen, die Kernelemente der Europäischen Union in Frage stellen (z.B. Handelsbeschränkungen und Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit) fast undenkbar. Der Schaden für das politische Projekt Europa wäre irreparabel. Ein Scheitern der Europäischen Union insgesamt nicht
210 auszuschließen.

Als eine Lösungsmöglichkeit mindestens für Griechenland, teilweise aber auch für andere betroffene Staaten wird in der politischen Debatte ein (zusätzlicher) Schuldenschnitt vorgeschlagen. Dahinter steht das berechtigte Interesse, denjenigen, die spekulativ
215 Staatsanleihen zu niedrigen Kursen oder zu hohen Zinsen gekauft oder in anderer Form spekulative Geschäfte auf Staatsanleihen getätigt haben, keine hohen Gewinne durch die Maßnahmen zur Unterstützung durch die Krisenstaaten zukommen zu lassen. Ein Schuldenschnitt ist aber auch mit erheblichen Risiken verbunden. Dies gilt einerseits innerhalb des Finanzsystems, weil notwendige Abschreibungen und das Fälligwerden von
220 Kreditausfallversicherungen ein großes Risiko von Insolvenzen bei Finanzinstitutionen und dadurch ausgelöster Ansteckungseffekte entstehen lassen, was die Stabilität des Finanzsystems insgesamt gefährden und staatliche Aufwendungen zur Bankenrettung oder, im Falle einer Bankenpleite, eine Auszahlung der Sparguthaben durch den Staat notwendig machen kann. Zum zweiten wird der Staat, für den der Schuldenschnitt erfolgt auf einige Zeit
225 vom Zugang zur Kapitalmarktfinanzierung abgeschnitten. Zum dritten kann der Schuldenschnitt für einen oder einige Staaten eine spekulative Welle gegen weitere Staaten auslösen, die deren Refinanzierungsfähigkeit zerstören kann.

Wir sehen einen Schuldenschnitt daher kritisch. Er kann unter strikten Bedingungen in Frage
230 kommen, insbesondere einem Sicherstellen der Finanzierung der betroffenen Staaten durch einen europaweiten, staatlich finanzierten Fonds, eine gleichzeitige vorbehaltlosen Garantie der EZB für alle im Euroraum bestehen bleibenden Staatsanleihen und eine sorgfältige Analyse der Folgewirkungen im Finanzsystem und daraus abgeleitete Stabilisierungsmaßnahmen. Können diese Bedingungen nicht erfüllt werden, kommt ein
235 Schuldenschnitt jedoch nicht in Frage.

Wir sehen aber in jedem Fall den dringenden Bedarf, hohe Spekulationsgewinne auf Staatsanleihen zu verhindern, weshalb auf alle von der EZB garantierten Staatsanleihen nur noch der risikoneutrale Zins gezahlt werden soll. Kommt es zu keinem Schuldenschnitt, sind
240 auch andere Mechanismen zu wählen. Dazu kann ein Zinsschnitt gehören, nachdem auf alle von der EZB garantierte Staatsanleihen nur noch der risikoneutrale Zinssatz gezahlt wird. Auch eine starke Besteuerung von Kursgewinnen bei Staatsanleihen ist zwingend notwendig.

Kurzfristig sollte diese Lösungsstrategie durch eine Bankenlizenz für den ESM verfolgt
245 werden. Dieser Weg hat vor allem den Vorteil, dass dies rechtlich am unproblematischsten

umgesetzt werden kann. Daneben muss mit einem Schuldentilgungsfond ein Lastenausgleich organisiert werden. Dieser Fond übernimmt die Altschulden der Mitgliedsstaaten über 60% des BIPs und bedient die Verpflichtungen anhand der Fälligkeit. Die dafür nötigen Mittel kommen von den Mitgliedsstaaten und richten sich nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Des Weiteren muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt neu ausgerichtet werden und neben des alleinigen Zieles der Geldwertstabilisierung auch Vollbeschäftigung, Wachstum und ausgeglichene Handelsbilanzen berücksichtigt.

Langfristig muss es jedoch darum gehen, eine wirkliche Fiskalunion zu bilden. Wir brauchen eine bessere Abstimmung in der Wirtschaftspolitik und wirkungsvollere Verteilungs- und Ausgleichsmechanismen, um die Ungleichgewicht in der EU nach und nach auszugleichen. Dafür bedarf es einer europäischen Wirtschaftsregierung. Damit müssten künftig die Länder, die ein hohes außenwirtschaftliches Defizit haben, wie Griechenland, Spanien oder Portugal, Maßnahmen ergreifen, um dieses zu reduzieren. Im Gegenzug müssten aber auch Überschussländer wie Deutschland Anstrengungen unternehmen, die weg von einer ausschließlichen Exportstrategie führen. Dazu müssten Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage etwa durch die Einführung eines Mindestlohns oder stärkeren Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifabschlüssen ergriffen werden.

Um die die Abhängigkeit von den Finanzmärkten zu lösen, gibt es verschiedene Instrumente, die im Idealfall aufeinander aufbauen. Das erste mögliche Instrument um den kriselnden Staaten aus der Klemme zu helfen ist die Einführung von Eurobonds. Dies bedeutet im Kern eine Bewertung des Euroraumes als Ganzes und nicht mehr jedes einzelnen Staates für die Ermittlung der Renditen auf Staatsanleihen. Es gibt verschiedene Modelle, wie dies organisiert werden könnte. Möglicherweise bedeutet dies auch für einige Länder wie Deutschland etwas höhere Kosten für die Refinanzierung an den Finanzmärkten. Diese Mehrkosten kommen aber nicht in die Dimensionen, die jetzt zur Rettung anderer Staaten schon aufgebracht werden. Kein anderes Land hat so sehr von der Einführung des Euros profitiert, wie Deutschland. Eurobonds wurden im vergangenen Jahr oft diskutiert, aber bisher sind sie an vielen Widerständen, insbesondere aus Deutschland gescheitert. Dabei bieten gerade Eurobonds in Verbindung mit einem Altschuldentilgungsfonds die Möglichkeit, die Finanzsituation der Staaten bei entsprechenden Rahmenseetzungen zu entspannen. Dabei geht es erst mal nur darum überhaupt wieder Handlungs- und Entscheidungsspielräume zu eröffnen. Wenn man sich für Eurobonds in einer Fiskalunion entscheidet ist dies aber auch eine Fortsetzung der bisherigen Mechanismen, nur auf einer anderen Ebene.

Die Europäische Zentralbank hat sich nach (zu) langem Zögern dazu entschlossen, Staatsanleihen umfassend zu garantieren. Sie hat dies allerdings von Bedingungen wie staatlichen Sparprogrammen abhängig gemacht, die die Wirksamkeit deutlich abschwächen. Wir halten den Schritt der EZB ausdrücklich für richtig. Wäre er früher erfolgt, hätten damit die Eskalation der Eurokrise und die eingetretenen Ansteckungseffekte wahrscheinlich verhindert werden können. Die bestehenden Bedingungen müssen aber deutlich reduziert werden; der Zugang zur Stabilisierung durch die EZB darf nicht von drakonischen Sparmaßnahmen, Privatisierungen und Sozialkürzungen abhängig gemacht werden. Wir wollen außerdem, dass im EU-Vertrag und den Statuten der EZB verankert wird, dass es die Aufgabe der EZB ist, Mitgliedsstaaten in Zeiten finanzieller Engpässe zu unterstützen und ihr dafür neue Möglichkeiten eingeräumt werden. Diese sind das Recht der EZB auf den Anleihemärkten zu intervenieren und den betroffenen Staaten mit relativ zinsgünstigen Krediten aushelfen zu können.

Es bedarf aber auch einer Ausweitung der Einnahmen aller europäischen Staaten und der Europäischen Union. Da ist die Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Projekt, das zudem die Möglichkeit zum Einstieg in einen EU- Steuerstaat bietet, der die europäische Politikebene perspektivisch autonomer macht und zudem die leidvolle Nettozahler und Nettoempfänger
300 Debatte abmildern kann. Mit dem Steuersenkungswettbewerb der letzten Jahrzehnte wurde besonders immobiles Kapital zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen, dies führte zu einer massiven Umverteilung der Lasten von oben nach unten und einer massiven Vermögensumverteilung von unten nach oben. Wir fordern daher mobiles Kapital stärker in die Verantwortung zur Finanzierung staatlicher Aufgaben heranzuziehen. Unabdingbar ist die
305 Beendigung des Steuersenkungswettbewerbs, durch eine Koordinierung hin zu einer Vereinheitlichung und Erhöhung der Besteuerung von Unternehmen und großen Vermögen (Mindestbesteuerung). Darüber hinaus müssen schrittweise Steuersysteme europäisch gerechter gestaltet und harmonisiert werden. Desweiteren ist ein einheitliches Steuersystem für Europa perspektivisch anzudenken, um eine gemeinsame Fiskalpolitik zu ermöglichen, denn
310 durch die aktuelle Krise gerät nun die wirtschaftliche Einheit ins Wanken und verstärkt das Nationalgedanken. So ist ein gemeinschaftliches Europa langfristig in Gefahr.

Des Weiteren ist zu beachten das ein vereinheitlichtes/koordiniertes Steuersystem und eine gemeinschaftliche Fiskalpolitik in Europa eingeführt werden muss, um ökonomische und
315 gesellschaftliche Differenzen zwischen den einzelnen Nationalstaaten zu überbrücken und eine solidarische Gemeinschaft zu fördern. Auch müssen Niedriglohnbereiche ausgetrocknet und soziale Sicherungssysteme gestärkt werden. Ein solches europäisches Fiskalregime muss demokratisch legitimiert sein und entsprechend beim Europäischen Parlament angesiedelt werden. Dies alles wollen wir um ökonomische und gesellschaftliche Differenzen zu
320 überwinden.

Wachstums- und Fortschrittsunion

Wir brauchen eine Strategie für nachhaltigen Beschäftigungsaufbau in Europa. Dazu bedarf
325 es nachhaltiger Wachstumsimpulse, durch europaweite Investitionsprogramme. Dabei reichen kurzfristige Strohfeuer nicht aus. Vielmehr müssen die Staaten ihre Ausgaben auf hohem Niveau angleichen, etwa um damit Investitionen in Bildung, soziale Sicherung oder im Bereich nachhaltiger Energie sicherstellen zu können. Dies ist aber gerade in den Krisenstaaten derzeit nicht möglich, deswegen müssen Wachstumsimpulse auch von der
330 europäischen Ebene gemeinschaftlich organisiert werden. Zwar wurden im Zuge der Nachverhandlungen zum Fiskalpakt auch Wachstumspakete beschlossen, diese sind aber bisher weder konkret geworden, noch kann das zu erwartende Volumen ausreichen, um wirklich etwas zu bewirken. Viele der weiteren Vorschläge, wie zum Beispiel die Stärkung der EIB oder Projektfonds können sinnvoll sein, aber sie werden alle nur geringe Effekte
335 bewirken.

Auch wenn der Fiskalpakt durch die Ratifizierung zunächst gilt: Wir halten ihn weiterhin für falsch und wollen ihn so schnell wie möglich abschaffen. Der Fiskalpakt knüpft an der falschen Diagnose an, Ursache der Eurokrise sei eine ausufernde Staatsverschuldung. Er
340 wirkt durch den faktischen Zwang zu massiven Haushaltskürzungen krisenverschärfend und beseitigt staatliche Handlungsfähigkeit nicht nur mit Blick auf eine umfassende Sozialpolitik, eine aktive Beschäftigungspolitik und Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur. Da der Fiskalpakt kurzfristig nicht abzulösen ist, fordern wir seine Ergänzung durch einen Wachstumspakt. Dieser muss es ermöglichen, in den Krisenstaaten in großem Umfang
345 Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme durchzuführen, die insbesondere in den

Bereichen Ökologie, Infrastruktur, Bildung und Soziales investieren.

Um die aktuelle Krise zu bewältigen, ist kurzfristig eine große Anstrengung notwendig. Deshalb schließen wir uns der Forderung des DGBs an und setzen uns für eine einmalige
350 Vermögensabgabe von drei Prozent auf Vermögen von über 500.000 Euro ein. Dadurch sind europaweit bis zu 120 Milliarden Euro zu aktivieren. Im Gegensatz zu einer Steuer kann und soll die Vermögensabgabe zweckgebunden erhoben werden. Die Einnahmen sollen in die Bereiche Ökologie, Infrastruktur, Bildung und Soziales investiert werden. Sie dürfen nicht zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher gebraucht werden. All diese Maßnahmen setzen
355 nicht nur positive, unmittelbare und nachhaltige Konjunkturimpulse, sondern tragen auch zu mehr Gerechtigkeit bei.

Wir setzen uns für einen Europäischen Zukunftsfonds ein, der unabhängig von nationalstaatlichen Quoten und Interessen der einzelnen Regierungen Projekte und
360 Maßnahmen in Europa fördert und selber anschiebt. Dieser Zukunftsfonds soll dem europäischen Parlament unterstellt werden und die zu beschließenden Ziele Verteilungskriterien und Organisation selbstständig umsetzen. Vordringlich sind dabei Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen, Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte sowie moderne und die
365 Umwelt schonende Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten ebenso wie Integrationsprojekte als Zukunftsaufgaben zu begreifen. So können Millionen neue, sinnvolle und innovative Arbeitsplätze entstehen. Damit dieser Fonds und eigene Investitionen der Mitgliedsstaaten funktionieren kann, müssen die aktuellen
370 Subventionsvorschriften geändert werden. Wir fordern eine Auflockerung Subventionsverbots, eine Aufhebung aller Privatisierungsverpflichtungen und eine flexiblere Eigenbeteiligungsregelung. Dieser Fonds soll sich aus zwei Quellen speisen, zum einen sollen Mittel für „Nachhaltiges Wachstum“ und der Agrarförderung umgeschichtet werden. Zum zweiten soll die Hälfte der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer in den Fonds fließen.
375 So lassen sich jährlich ca. 50-65 Milliarden Euro mobilisieren. Diese Mittel sind auch notwendig, um eine langfristige Entwicklung Europas zu gestalten.

Durch Demokratie eine europäische Identität schaffen

380 In den vergangenen Jahren war die Debatte vor allem von der Frage geprägt, inwieweit und welche Kompetenzen an die EU übergehen sollten. Die Voraussetzungen haben sich aber in der Krise grundsätzlich verändert. Über die Rettungspakete wurde auch die nationalstaatliche Souveränität erheblich eingeschränkt. Merkozy ist zum Synonym eines undemokratischen Bündnis in Europa geworden, welches Nationalstaaten ungeniert in ihre Geschäfte
385 hineindiktiert. Mittlerweile ist nicht mehr die entscheidende Frage, auf welche Politikbereiche die europäische Ebenen Einfluss hat, sondern mit welcher Macht und Heftigkeit sie wirkt. Neben der falschen ideologischen Ausrichtung der bisherigen Eingriffe ist der größte Mangel, die fehlende demokratische Legitimation und das Ignorieren des Europäischen Parlamentes.

390 • Die Institutionen der EU müssen weiter demokratisiert werden und die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene bedarf dringend einer größeren Nachvollziehbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Perspektivisch müssen Kompetenzen weg vom Europäischen Rat, hin zum Europäischen Parlament als einziger in ihrer Gesamtheit direkt legitimierter Institution der Europäischen Union
395 verlagert werden. Dies bedeutet auch die uneingeschränkte Gesetzgebungskompetenz

400 für das EP. Dies umfasst auch eine Ausweitung der Kontroll- und Initiativrechte gegenüber der Kommission. Darüber hinaus soll das EP direktere und weitergehende Kontrolle über alle europäischen Institutionen erhalten sowie eine uneingeschränkte Gesetzgebungskompetenz erhalten. Ziel ist es, eine vom EP abhängige Wirtschaftsregierung zu schaffen. Somit soll die Kommission weitaus weniger Macht bekommen, wie sie zurzeit inne hat.

- Kommission muss entmachtet werden, Wahl der Kommissare durch EP
- 405 • Beteiligungspflicht des EP
- Eine ausgeglichene Darstellung der europäischen Bevölkerungsmehrheiten in europäischen Entscheidungsgremien.

410 **Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen**

Von der Krise in der Europäischen Union sind gerade junge Menschen betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten liegt durchgängig weit über 25 Prozent. Die damit verbundene fehlende Zukunftsperspektive delegitimiert das politische System. Deshalb muss die Politik zur Krisenbewältigung gerade auch die Lebensperspektiven junger Menschen in den Blick nehmen. Die Antwort kann aber nicht darin bestehen, vorrangig die Abwanderung junger Menschen aus ihren Heimatregionen in die wirtschaftlich starken Staaten zu fördern: Dies verstärkt die ökonomische Spaltung der Europäischen Union und zerstört soziale Bindungen (dies schließt nicht aus, durch eine bessere Anerkennung von Abschlüssen für diejenigen, die dies wollen, die Beschäftigung in anderen Regionen zu erleichtern). Die Antwort ist auch nicht eine Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte: Dies würde an der Prekarisierung der Lebensverhältnisse junger Menschen nichts verändern, sie im Gegenteil perspektivisch sogar noch verstärken.

425 Klar ist auch: Einige der von der „Troika“ und vorgeblichen ExpertInnen eingeforderte Maßnahmen zielen geradezu darauf ab, die Jugendarbeitslosigkeit zu erhöhen: Die eingeforderte Anhebung des Renteneintrittsalters und die Verlängerung von Arbeitszeiten verhindern zwangsläufig die Chancen junger Menschen, in die Erwerbstätigkeit einzutreten. Eingeforderte massive Kürzungen in den Staatshaushalten treffen gerade auch Bildung, 430 Qualifizierung und Beschäftigungsprogramme für junge Menschen – neben dem ökonomischen Abschwung, der ebenfalls die Beschäftigungschancen junger Menschen massiv beeinträchtigt. Auch deshalb lehnen wir diese Lösungsansätze ab.

435 Die Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten ist nicht vorrangig ein Problem mangelnder Qualifikationen, im Gegenteil: Die arbeitslosen jungen Menschen sind zu größeren Teilen sehr hoch qualifiziert.

Wir wollen eine europaweite Ausbildungsgarantie, die sicherstellt, dass jedem jungen Menschen ein Ausbildungsverhältnis angeboten wird, das seinen beruflichen Interessen und 440 Wünschen entspricht. Darüber hinaus fordern wir die Schaffung einer europaweiten Beschäftigungs- und Qualifizierungsgarantie für alle jungen Menschen unter 30, die nach Beendigung von Schule oder Ausbildung in Arbeitslosigkeit geraten. Eine solche Beschäftigungs- und Qualifizierungsgarantie muss sicherstellen, dass jedem jungen Menschen ein Job oder eine Weiterbildung angeboten wird, die seinen beruflichen, zum Teil 445 durch vorheriger Ausbildung geschaffenen, Interessen entspricht und diese entsprechend

fortentwickelt. Die angesprochenen Garantieprogramme müssen dabei qualitativ so ausgearbeitet sein, dass junge Menschen hierdurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen und sie nicht nur durch zweitklassige, vermeintliche Qualifizierungs-Programme aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. Bereits jetzt vorhandene, nicht genutzte Milliarden-
450 Mittel aus dem Europäischen Sozialfond gilt es für die Implementierung der Ausbildungs- sowie der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgarantie zu nutzen.

Vorrangig muss es sein, über Konjunkturprogramme Wachstum zu generieren und damit Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. Daneben müssen öffentliche
455 Beschäftigungsprogramme treten, die in gesellschaftlich relevanten Gebieten (Soziales, Gesundheit etc.) die notwendigen Stellen schaffen und vorhandene (oder gerade erst geschaffene) Defizite beheben. Dafür müssen die betroffenen Staaten mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen vor allem auf eine Umverteilung von Arbeit unter anderem durch Arbeitszeitverkürzung
460 abzielen.

Europa als Garant für soziale Gerechtigkeit

Die bisherige europäische Politik beinhaltete vor allem die Verwirklichung von Marktfreiheit, die Folge waren Deregulierung und Privatisierung. Diese Logik muss durchbrochen und um eine soziale Solidaritätsunion zu ermöglichen. Nur durch eine grundsätzliche Neuorientierung der EU Politik wird es gelingen ein soziales Europa zu verwirklichen. Daher wollen wir ein Europa das mindestens folgende Standards für alle hier lebenden Menschen garantiert:
465

Es müssen auf der europäischen Ebene einklagbare soziale Mindeststandards geben. Dazu gehören europäische Mindestlöhne und Tarifverträge basierend auf der Kaufkraft der Mitgliedsländer, Festgelegte Korridore, wie viel des BIP in Bildung und Soziales investiert werden müssen und eine Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung, gerade für international agierende Unternehmen durch die Europäischen Betriebsräte, die mit Mitbestimmungs- und
470 Initiativrechten ausgestattet sind. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften im europäischen Gewerkschaftsbund soll sie unterstützen.
475

Es darf keine Verpflichtung oder Druck in die Richtung Privatisierung in den Bereichen, Energie- und Wasser- Ver-/Entsorgung, Abfallbeseitigung, Verkehrsinfrastruktur
480 einschließlich der Transportmittel, Gesundheitssystem und soziale Sicherung, Bildung, Wohnraum und Wohnungsbau, Bank- und Kreditwesen, Sport- und Kultureinrichtungen geben. Diese Leistungen müssen in ein Grünbuch für öffentliche Daseinsvorsorge aufgenommen werde.

485 Europa ein Raum der Politik – Gegenmacht zum Finanzmarktregime

Es wird zwar nach wie vor immer wieder die Notwendigkeit der Regulierung und Beschränkung der Spekulation auf den Finanzmärkten beschworen, aber ein wirklicher Wandel in der Finanzmarktpolitik ist nicht in Sicht. Es bleibt bei wenigen Symbolhandlungen und Absichtsbekundungen ohne wirkliche Auswirkungen. Dies bedeutet, dass es nun genauso
490 weitergeht wie vor der Krise und es nur bei der Frage bleibt, wann und wie stark uns die nächste Krise treffen wird. Wir wollen ein Europa, dass sich den Zwängen der Finanzmärkte entzieht und in dem das Primat der Politik bestimmend ist. Sicherlich wäre eine weltweite Regulierung am sinnvollsten, da es aber überall große Widerstände gibt, muss es mindestens
495

unser Ziel sein Europa umzubauen.

Bei der Ausgestaltung der neuen Bankenrettungspläne müssen die richtigen Lehren aus den Maßnahmen und Folgen der Rettungspakete nach der Finanzkrise von 2008 gezogen werden.
500 Diese hatten drei grundlegende Fehler. Zum ersten wurden die Maßnahmen rein nationalstaatlich abgewickelt, so dass es zu neuen Verwerfungen auf dem europäischen Bankenmarkt kam. Zum zweiten wurde die Rekapitalisierung gewährt, ohne Einfluss auf die Strategie der Banken zu nehmen, so dass sie mit dem neuen Kapital die alten Strategien fortgesetzt haben, die mit zur Krise führten. Zum dritten wurden im Ergebnis vor allem
505 private Risiken/Schulden in staatliche Schulden umgewandelt, ohne die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen.

Ein Mechanismus zur Bankenrettung auf europäischer Ebene ist notwendig, er darf aber nicht bedingungslos sein. Er ist nur zustimmungsfähig, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt
510 sind:

Es muss ein Schritt auf dem Weg zur Bankenunion sein, dies bedeutet einheitliche Bankenrecht und –Aufsicht. In einer europäischen Bankenunion muss die Bankenlandschaft neu strukturiert werden und Kunden- von Investitionsbanken entflochten werden.
515

Es muss klare Verfahren und Regeln für Bankeninsolvenzen geben. Denn ein Rettungsschirm darf die Pleite von Banken nicht ausschließen.

Die Hilfe für einzelne Banken muss an Kontroll- und Eingriffsrechte der Bankenaufsicht gekoppelt werden. Bei neuen Einlagen durch Europa müssen der Höhe entsprechenden Eigentumsrechte an den Hilfegeber übergehen.
520

Die Hilfe für einzelne Banken darf nicht an neue Sparvorhaben für das Land ihres Sitzes gebunden sein.
525

Es muss eine Europäische Bankenabgabe eingeführt werden, bei der alle Banken in den Rettungsmechanismus einzahlen, die auf dem europäischen Markt Handel treiben.

Alle Finanztransaktionen müssen transparent, nachvollziehbar und kontrollierbar sein. Wir wollen keine Spekulationen, die jeden Bezug zur Realwirtschaft verloren haben und nur noch reine Wetten sind. Wir sind uns darüber bewusst, dass die Finanzmärkte gebraucht werden, aber eben nicht alle Auswüchse, die in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind. Daher fordern wir:
530

Eine Börsenpflicht für alle Finanzmarktprodukte und ein Verbot des Over the Counter-Handels. Börsen müssen in Institutionen des öffentlichen Rechtes umgewandelt werden. An europäischen Finanzmärkten dürfen nur noch Akteure Handeln, die über eine Banklizenz verfügen. Die Auslagerung von Geschäftsbereichen in Schattenbanken, die die Genehmigung einer Lizenz verhindern würden, führt zu einem Entzug der Lizenz.
540

Alle Finanzmarktprodukte müssen genehmigungspflichtig werden und auf ihre Risiken durch die Börsenaufsicht eingeordnet werden.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln muss komplett verboten werden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben. Dies bedeutet, dass an
545

den Rohstoffbörsen nur noch Akteure zugelassen werden, die an der Verteilung und Verarbeitung der Rohstoffe beteiligt sind.

550 Der Hochfrequenzhandel und ungedeckte Leerverkäufe sind auf Dauer zu verbieten. Kreditausfallversicherungen dürfen nur auf eigene Kredite abgeschlossen werden und dürfen nicht in spekulationsfähigen Paketen weiterverkauft werden.

555 Ratingagenturen bedürfen dringend einer gesetzlichen Regelung. Die Bemessungsgrundlagen ihrer Bewertungen und ggf. folgende Konsequenzen dürfen nicht dem freien Markt und der Tradition finanzmarktlichem Handeln überlassen werden, sondern bedürfen auch gesetzgeberischer und juristischer Kontrolle. Außerdem setzen wir uns dafür ein, konkrete Mechanismen zu entwickeln, um Wertpapiere unabhängig von Ratingagenturen zu bewerten. Lebensversicherer und ähnliche institutionelle Anleger sowie staatlich geförderte Finanzanlagen (wie die Riester-Rente) sollen nur in Produkte investieren dürfen, die dazu
560 zugelassen sind. Ein AAA-Rating soll dafür nicht mehr von Belang sein.

Unser Anspruch an das SPD Regierungsprogramm:

565 Wir sind uns darüber bewusst, dass es noch viele Diskussionen und Überzeugungsarbeit bedarf sowohl in der europäischen Sozialdemokratie, als auch in der Gesellschaft, um diese Ideen zu verwirklichen. Die Gestaltung Europas wird ein längerer Prozess sein. Für die anstehenden Debatten um das SPD Regierungsprogramm ist es für uns aber unverzichtbar, dass neben dem allgemeinen Bekenntnis zu Europa folgende konkrete Forderungen aufgenommen werden:

570

1. Ein massives Sofortprogramm für wirksame Wachstumsimpulse, das durch eine Vermögensabgabe finanziert wird.

575

2. Eine Fortentwicklung der europäischen Rettungsinstrumente jenseits des Sparwahnsinns und wirkliche Hilfe für die Krisenländer, nicht nur für Banken, die als Bedingung für die Unterstützung die Verelendung der Bevölkerung zur Folge hat.

580

3. Die Bildung einer Fiskalunion, die unter bestimmten Konditionen Staatsfinanzierung jenseits der Finanzmärkte ermöglicht.

4. Die Stärkung der demokratischen Elemente, einhergehend mit einer Stärkung des europäischen Parlaments d.h. Ausstattung mit insbesondere mehr Gesetzgebungs-, Wahl- und Kontrollkompetenzen.

Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft für Alle!

Aktuelle Situation

5 Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 15.746 Millionen sog. „Menschen mit
Migrationshintergrund“. Darunter fallen „Ausländer mit eigener Migrationserfahrung“
(35,4%), „Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung“ (10%), (Spät-) Aussiedler und
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung“ (20,7%), „Eingebürgerter mit eigener Erfahrung“
(11,1%), „Eingebürgerte ohne eigene Erfahrung“ (2,5%) und „Deutsche ohne eigene
10 Erfahrung“ (20,2%) (mindestens ein Elternteil zugewandert oder als AusländerIn in
Deutschland geboren).

Mit diesem hohen Wert liegt Deutschland in der Spitzengruppe der Einwanderungsländer.
Einwanderung ist alltägliche Realität. Gerade die SPD, die vor zwanzig Jahren der
rassistischen Hetze im Vorfeld des „Asylkompromisses“ nicht entgegengesetzt, sondern
15 sogar in vielen befeuert hat, befindet sich in der Verantwortung. Die Forderungen des
„Refugees Protest March“ muss auch in der SPD ankommen.

Es bleibt bisher nur leider dabei, dass die Politik Migrationswillige danach sortiert was der
deutschen Volkswirtschaft nützt. Sowohl bei den Menschen, die nach Deutschland/Europa
20 kommen, als auch bei denjenigen, die schon im Land leben. Ihnen stehen Hürden im Weg,
die „die Deutschen“ nicht zu überwinden haben.

Unsere Grundsätze

25 1. Wir Jusos haben die globale Bewegungsfreiheit als Ideal, eine Begrenzung der Ein- und
Auswanderung lehnen wir ab. Wir wollen Menschen nicht nach ihrem ökonomischen Nutzen
für die deutsche Volkswirtschaft bewerten. Einen Standortwettbewerb (beispielsweise
innerhalb Europas, wie aktuell zu sehen) auf dem Rücken der MigrantInnen und
ArbeitnehmerInnen lehnen wir ab. Migration muss freiwillig und selbstbestimmt erfolgen.
30 Die Hürden die dem entgegen stehen- egal ob im Land, in dem die MigrantInnen leben, oder
in dem in das sie ziehen- wollen wir überwinden.

2. Die „Integrationsdebatte“ in Deutschland ist von einer „Kulturalisierung des Sozialen“
geprägt. Sprache wird als integrationsentscheidend überhöht und im Zuge einer „deutschen
35 Leitkultur“ ausgrenzend verwendet, soziökonomische Integration dadurch politisch
vernachlässigt. Wir Jusos wissen, dass Teilhabe insbesondere über Gute Arbeit und soziale
Sicherheit für alle Menschen, die im Land leben, gelingt.

3. Der deutsche Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft. Aber der Zugang zu ihm ist
40 nicht allen gleichermaßen gewährt. Soziale Sicherheit ist aber für uns Jusos Vorraussetzung
für Freiheit und Selbstbestimmung. Gerade MigrantInnen und Menschen mit
Migrationshintergrund brauchen diesen Sozialstaat in besonderer Weise. Wir Jusos wollen
soziale Sicherheit und ein soziokulturelles Existenzminimum für alle Menschen!

45 4. Der deutsche Arbeitsmarkt (sofern es überhaupt einen deutschen Arbeitsmarkt gibt) grenzt
MigrantInnen systematisch aus. Er tut dies über Nachrangigkeitsklauseln, Arbeitsverbote,

50 Nicht-Anerkennung von Abschlüssen und hohe Einbürgerungshemmnisse, die wiederum dazu führen, dass MigrantInnen nicht voll an der Gesellschaft teilhaben können, weil ihnen bestimmte soziale Rechte nicht gewährt werden. Arbeit ist wichtig für die Selbstbestimmung des Menschen, egal woher sie/er kommt! Wir Jusos wollen Gute Arbeit für alle Menschen!

55 5. Soziökonomische Benachteiligung wird „vererbt“. Ein gerechtes Bildungssystem und gute Bildung verhelfen jungen Menschen zum „Ausbruch“ aus diesem Dilemma. So wie wir später zusammenleben wollen, wollen wir auch gemeinsam zur Schule gehen.

6. Im politischen System sind MigrantInnen immer noch unzureichend repräsentiert und auch nach Jahren nicht an den Wahlen teilnehmen. Das Gelingen einer umfassenden Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft hängt aber entscheidend von deren politischer Partizipation ab.

60

Hürden, die wir überwinden wollen:

1. Fluchtursachen und Asylgründe

65 Ein Großteil der Migration weltweit ist Binnenmigration. Menschen wollen in der Regel nicht weit weg von ihren Familien, ihrer „Heimat“, dort wo Menschen sind, die sie lieben und sie sozialisiert wurden. Oft sind es Zwangssituationen, die sie dazu bewegen, weitere Wege auf sich zu nehmen. Bürgerkriege, humanitäre Katastrophen, Vertreibung, Verfolgung auf Grund von Religion oder Sexualität usw. Aber auch die schlechte sozioökonomische Situation der Menschen, Arbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven im Land zwingen Menschen zur Migration in ein wohlhabenderes Land.

75 Deshalb fordern wir Jusos die konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen. Dazu ist es notwendig eine andere, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu gestalten, die den weniger sozioökonomisch entwickelten Ländern eine realistische Perspektive gibt. Es bedarf weltweiter Umverteilungsinstrumente und Mechanismen. Ansätze hierzu gibt es unter dem Dach der Vereinten Nationen und des IWF, allerdings weit unzureichend ausgestaltet. Auch reichen die Entwicklungsgelder der Industrienationen bei Weitem nicht aus. Wir brauchen endlich die lang versprochenen 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) eines jeden Industrielandes. Neben der Höhe der Entwicklungsgelder ist für uns die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit von großer Bedeutung. Weniger sozioökonomisch entwickelte Länder müssen als gleichberechtigte PartnerInnen verstanden werden. Schutzzölle und andere Hindernisse für den Zugang zu den Märkten der Industrienationen sind abzubauen, da sie die Wirkung der Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit konterkarieren. Darüber hinaus fordern wir Jusos eine Anerkennung „geschlechtsspezifischer Fluchtursachen“, „Umweltkatastrophen“ und „Wirtschaftliche Notsituation“ als Asylgrund, weil diese als Gründe bisher nicht anerkannt werden aber zum größten Teil für Flucht und Migration verantwortlich sind.

2. Außengrenzen Europas

95 Die Lage an den europäischen Außengrenzen ist katastrophal und menschenunwürdig für die Betroffenen. Richtig ist: Solange es eine Grenze gibt wird sie „bewacht“ werden. Unter Bewachung verstehen wir nicht das entwürdigende Einsperren in Auffanglager und fehlende humanitäre Hilfe im Mittelmeer. Die Lager sind unmittelbar aufzulösen und menschenwürdige Einreisemöglichkeiten und Strukturen zu schaffen. Weiter müssen mehr

Mittel für die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge bereitgestellt werden. Das Flughafenschnellverfahren muss sofort abgeschafft werden. Es widerspricht allen rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards. Die Bundesrepublik Deutschland muss vorangehen und alle Beschränkungen vollständig aufheben.

3. Solidarität innerhalb Europas

Wir Jusos fordern die Ausgestaltung eines europäischen Asylrechts und europäische Solidarität zugunsten der Migrant_innen und Asylsuchenden. Unser Ziel ist ein gemeinsames Asylverfahren mit gleichen Tatbeständen und Regelungen in ganz Europa. Die aktuelle Praxis wird von vielen Partnerländern Deutschlands in der EU, insbesondere denen Südeuropas, als unsolidarisch empfunden und läuft darauf hinaus, dass sich die europäischen Staaten gegenseitig die Verantwortung für Flüchtlinge zulasten dieser zuschieben. Besonders Italien, Spanien und Griechenland sehen sich mit steigenden Herausforderungen konfrontiert. Aufgrund der Dublin-II-Verordnung bestimmen in diesen Ländern besonders restriktive Regelungen den Alltag von Flüchtlingen. Dies kann nicht in unserem Sinne sein. Es ist für uns Jusos selbstverständlich, dass sich alle europäischen Staaten, auch wenn sie nicht direkt betroffen sind, solidarisch mit ihren Partnerländern zeigen müssen, was die Bewältigung steigender Herausforderungen angeht. Der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen muss dabei nicht nur die Maxime sein, an der alle ihr Handeln ausrichten, sondern ist unsererseits auch Kondition für den Harmonisierungsprozess.

Wir fordern ein gemeinsames europäisches Asylverfahren, bei dem auch die Finanzierung von Leistungen bei einer dafür eingerichteten europäischen Behörde angesiedelt ist, die Asylsuchenden unabhängig von ihrem Einreiseland Asyl gewährt. Danach soll für die Flüchtlinge die Möglichkeit geschaffen werden, ihren Aufenthaltsort innerhalb Europas frei zu wählen. Nur so kann die zum Teil grotesk wirkende unterschiedliche Vorgehensweise der EU-Staaten und die Abschiebungen innerhalb der EU im Rahmen der Regelungen nach der Dublin-II-Verordnung beendet werden. Entsprechende Abkommen zwischen der EU und europäischen Nicht- EU- Staaten sind so zu treffen, dass die gleichen, menschenwürdigen Bedingungen für Flüchtlinge in ganz Europa gelten.

4. Hürden des deutschen Sozialstaates

Wir Jusos fordern die Anhebung der Hartz IV-Sätze, sodass sie dem soziokulturellen Existenzminimum in Deutschland entsprechen. Davon würden auch arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund profitieren. Hauptproblem ist aber, dass den Großteil der MigrantInnen der Zugang zu unserem Sozialstaat abgeschnitten ist. Der deutsche Vorbehalt beim Europäischen Führsorgeabkommen, welcher faktisch den Aufenthalt zur Arbeitssuche in Deutschland für Angehörige der Unterzeichnerstaaten unmöglich macht, ist zurück zu nehmen. Die Sozialleistungen für Asylbewerber und Geduldete müssen an die Hartz IV Sätze angeglichen werden. Die Verfügung des Bundesverfassungsgerichts die Sätze auf 90% von Hartz IV zu erhöhen reicht unserer Ansicht nach nicht aus. Es darf keine Menschen zweiter Klasse geben. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist abzuschaffen. Den Asylsuchenden müssen das Geld bar ausgezahlt bekommen. Bezugsscheinsysteme lehnen wir entschieden ab. Hilfesuchende Menschen dürfen nicht in Lagern untergebracht oder eingesperrt werden, sondern müssen eigene Wohnungen beziehen dürfen und dabei entsprechend unterstützt werden.

5. Hürden des deutschen Arbeitsmarktes

150 Um allen Menschen, die in Deutschland leben und nach Deutschland kommen Gute Arbeit zu ermöglichen, fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50€. Wir fordern die Aufhebung sämtlicher Nachrangigkeitsklauseln und Arbeitsverbote. Das Recht auf Arbeit ist das Mindeste, was jedem Menschen zustehen muss. Dazu sind Änderungen beim Zuwanderungsgesetz, wenn nicht gar die Aufhebung oder Neuformulierung desselbigen notwendig, weil die Arbeitserlaubnis an den Aufenthaltstitel
155 gekoppelt ist. Asylsuchende müssen sofort und nicht erst nach 9 Monaten arbeiten können und es muss gute Arbeit sein. Wem die Qualifikationen fehlen, dem muss eine Ausbildung oder Weiterbildung ermöglicht werden. Auch hier lehnen wir Nachrangigkeitsklauseln ab. Unter der Ausgrenzung des Arbeitsmarktes leiden vor allem Migrantinnen. Sie werden entweder in prekäre Beschäftigung gedrängt oder sogar auf den informellen Arbeitsmarkt.
160 Deswegen muss der Arbeitsschutz und die Rechte von ArbeitnehmerInnen gestärkt werden. Auch wenn innerhalb Europas mittlerweile ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit herrscht, heißt das nicht, dass ArbeitnehmerInnen wirklich gute Arbeit bekommen und selbstbestimmt mobil sind. Soziale Mindeststandards müssen in ganz Europa gelten. Insgesamt müssen Abschlüsse besser anerkannt werden. Viele müssen zu niedrigeren Löhnen arbeiten; weil sie gute
165 Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt bekommen. Eine unbürokratische Kostenübernahme der Gebühren im Anerkennungsverfahren für sozial Schwache zu gewährleisten.

6. Hürden des deutschen Bildungssystems

170 Das deutsche Bildungssystem ist in hohem Maße selektiv und benachteiligt junge Menschen mit Migrationshintergrund. Es fehlt in der Regel an muttersprachlichem Unterricht. Dieser ist aus zweierlei Gründen einzurichten. Zum einen um die inakzeptable Unterteilung von Sprachen in zu fördernde und nicht zu fördernde Sprachkenntnisse aufzubrechen. Zum
175 anderen gibt es Studien, welche nahelegen, dass über Transfereffekte muttersprachliche Alphabetisierung hilfreich zum Erlernen der deutschen Sprache ist. Bereits frühzeitig werden Kinder mit Migrationshintergrund selektiert. Wir Jusos fordern mehr und flächendeckend muttersprachlichen Unterricht für die Kinder. Wir wollen eine Ganztagschule für alle und das mehrgliedrige Schulsystem überwinden. Mobbing an Schulen muss verhindert werden,
180 das gelingt am besten über starke Aufklärung. So müssen rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen seitens LehrerInnen und SchülerInnen durch starke Aufklärungs,- Projekt, Toleranzbildungsarbeit vorgebeugt werden. Insbesondere Lehrkörper müssen in diesbezüglich sensibilisiert werden und in Fortbildungen sowie im Zuge von Mentoring Handlungssicherheit für den Schulalltag doch auch Hilfestellungen für
185 thematische Arbeit im Unterricht bekommen. Dazu leistet das NDC (Netzwerk für Demokratie und Courage) wichtige Arbeit. Diese Arbeit muss weiterhin finanziell unterstützt und gestärkt werden. Darüber hinaus fordern wir die Anerkennung der Muttersprache als eine weitere Fremdsprache.

7. Hürden des deutschen politische Systems

190 Wir Jusos setzen uns für ein aktives und passives Wahlrecht für alle mindestens drei Monate in Deutschland lebenden Menschen ein. Dies umfasst Kommunalwahlen, Wahlen zu den Landesparlamenten, Wahlen zum Bundestag, Wahlen zum Europaparlament sowie
195 Volksabstimmungen und Volksentscheide.

Die politische Teilhabe erstreckt sich allerdings nicht lediglich auf aktives und passives Wahlrecht, Menschen mit Migrationshintergrund müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt sein - dies gilt auch für Verbände, Vereine und Parteien.

Flughafenverfahren abschaffen! Anwendung des § 18/ §18a Asylverfahrensgesetz einstellen!

- Die Spezialregelung des Flughafenasylverfahrens rückte gemeinsam mit der Grundgesetzänderung von 1993 auf den Plan. Der Asylkompromiss wäre ohne die Unterstützung der SPD nicht möglich gewesen. Diese Grundgesetzänderung war ein fataler Fehler und ist mit den Grundwerten der SPD in keiner Weise vereinbar. Mit Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie ist es geradezu zynisch, dass diese eklatante Einschränkung des Asylrechts mitgetragen wurde. Diese hatte und hat zur Folge, dass Flüchtlinge, die regulär auf dem Landweg einreisen, kein Asylrecht mehr erhalten können (sog. Drittstaatenregelung). Um auch alle anderen Möglichkeiten, wie die Einreise auf dem Luftweg, abzuwehren, wurde das sogenannte Flughafenverfahren eingeführt. Hierbei können Asylsuchende, auch Kinder und minderjährige AsylbewerberInnen, für den Zeitraum dieses Schnellverfahrens inhaftiert werden. Eine „geeignete Unterkunft“ auf dem Flughafengelände ist hierfür Voraussetzung.
- Bei einem Asyl-Schnellverfahren ergeht die Entscheidung darüber, ob der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt oder die Einreise erlaubt wird, binnen zwei Tagen nach Stellung des Antrags auf Asyl. Anträge werden im Übrigen nie positiv beschieden, die AntragsstellerInnen erhalten lediglich Zugang zum eigentlichen Asylverfahren.
- Wenn der Antrag abgelehnt wird, bleiben den Schutzsuchenden nur drei Tage Zeit, Klage beim Verwaltungsgericht und einen Eilrechtsschutzantrag einzureichen. Im Falle einer Abweisung des Eilantrags gegen die Einreiseverweigerung verbleiben die AsylbewerberInnen in der Hafteinrichtung, bis die Abschiebung möglich wird. Es handelt sich um eine der kürzesten – wenn nicht um die kürzeste Einspruchsfrist – im deutschen Rechtssystem.
- Der immense Zeitdruck nimmt den geflüchteten, oft schwer traumatisierten Menschen jede Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen und damit auch ihre Asylgründe richtig vortragen zu können. Die Umstände der Flucht lassen sie oft verhandlungsunfähig zurück. Ein erschwerter Zugang zu RechtsanwältInnen führt außerdem oft dazu, dass sich die Asylsuchenden nicht ausreichend auf die Anhörung vorbereiten können und verringert damit ihre Aussicht darauf, als Flüchtling in Deutschland anerkannt zu werden.
- Die Eile des Verfahrens führt auch immer wieder zu eklatanten Fehlentscheidungen. Die Kürze der Frist zur Einreichung eines Eilantrags lässt den Rechtsweg überhaupt nicht zu. Es ist praktisch nicht möglich, die erforderliche schriftliche Begründung rechtzeitig einzureichen. Die Ablehnung von Eilrechtsanträgen werden bereits ohne schriftliche Begründung rechtskräftig, dadurch können die Betroffenen bereits abgeschoben werden, bevor die Möglichkeit besteht, weiteren Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Eine Abschiebung wird dann bereits vorgenommen, obwohl die Klage gegen die Entscheidung noch anhängig ist. Von ExpertInnen wie „ProAsyl“ wird das Verfahren deshalb berechtigterweise als „hasstig, unfair, mangelhaft“ und „rechtsstaatswidrig“ bezeichnet.

Nun bald 20 Jahre nach Änderung des Grundgesetzes, setzen sich verschiedene SPD-Landesverbände für die Abschaffung des §18 / §18 a AsylverfG ein und eine

45 Bundesratsinitiative wurde auf den Weg gebracht.

Diese wurde beschämender Weise abgelehnt. Scheinbar ist auch nach 20 Jahren kein Bewusstsein für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden gewachsen.

50 Gerade deswegen fordern wir die Landesverbände auf, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und bei „linken“ Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat eine erneute Initiative anzustrengen.

Tragt es in Eure Kreisverbände, diskutiert vor Ort und stellt Anträge!

55

Wir fordern die Abschaffung des §18 / §18 a AsylverfG und die sofortige Einstellung seiner Anwendung!

Asyl ist Menschenrecht!

Eckpunkte für eine menschenwürdige EU-Asylpolitik

5 Wir JungsozialistInnen sind der festen Überzeugung, dass kein Mensch aufgrund seiner Religion, politischen Einstellung, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion, Nationalität, politische Einstellung oder aufgrund seines Geschlechts diskriminiert oder gar Opfer von Gewalt werden darf.

10 Seit ihrer Gründung versucht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands diese Diskriminierung und Gewalt zu verhindern und deren Ursachen zu bekämpfen. Doch gilt dieser Anspruch für uns auch international und macht an den Grenzen der Bundesrepublik keineswegs halt; wir wollen den Opfern von Gewalt und Diskriminierung wirksam Schutz bieten können und kämpfen deswegen für das Menschenrecht auf Asyl.

15 Wir müssen auch erkennen, dass viele Ursachen von Gewalt und Diskriminierung außerhalb Europas von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten zu verantworten sind. Zu oft wurden Diktatoren oder Militärjuntas auch von den Mitgliedsstaaten der EU unterstützt.

20 Wir sind uns der hieraus resultierenden Verantwortung für die betroffenen

Menschen bewusst und wollen dieses nicht nur in Zukunft verhindern, sondern auch die Konsequenzen tragen und die früheren Fehlritte korrigieren.

Die Welt hat sich verändert!

25 Die Gründe für Flucht und damit auch für Asyl haben sich erweitert, die Rechtslage jedoch verengt. Es ist völlig unzureichend, dass Opfer von Diskriminierung und/oder Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung überhaupt nicht im Asylrecht bedacht sind, wobei in über 70 Staaten Homo- und Bisexualität bestraft werden (in 9 Staaten mit der Todesstrafe).
30 Oft müssen AsylbewerberInnen mittels sehr fragwürdiger Methoden ihre homosexuelle Neigung nachweisen

35 Die zunehmende Umweltzerstörung, für welche primär die Industrieländer verantwortlich sind, produziert in den ärmsten Regionen der Welt Dürren und Umweltkatastrophen, welche nicht als Asylgrund anerkannt sind. Da die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für diese Situationen mitverantwortlich ist, müssen auch diese Menschen vom Asylrecht bedacht werden. Unzureichend erfasst sind ebenfalls Opfer nichtstaatlicher Repression, dabei ist der Staat in einigen Ländern (zum Beispiel dem Irak, Kolumbien, DR Kongo etc.) nicht oder nicht willens diesen Menschen zu helfen.

40 Die Stabilisierung von undemokratischen Regimen in der Welt verursacht Flüchtlingsströme, die auch wir indirekt zu verantworten haben.

45 Flüchtlinge nehmen erhebliche Risiken auf sich und müssen oft ihr Hab und Gut veräußern um überhaupt flüchten zu können. Flucht ist nicht nur gefährlich, sie ist weiterhin sehr kostspielig. Es ist daher menschenverachtend, dass diesen Flüchtlingen zum Teil nicht einmal

das Recht zugestanden wird, überhaupt einen Asylantrag zu stellen.

50 Durch die Praxis der Duldung leben viele Flüchtlinge seit Jahrzehnten ohne jegliche Sicherheit über ihren Aufenthaltsstatus in der Europäischen Union.

55 Diese Menschen haben meist keine Chance mehr in ihr Heimatland zurück zu kehren. Ihre Kinder sind in der EU geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden. Dass solche Kinder und Jugendlichen früher oder später in für sie völlig unbekannte Länder abgeschoben werden, ist unmenschlich. Das können wir nicht akzeptieren!

60 Natürlich ist unser erster und wichtigster Anspruch die Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen und zu helfen, dass Hunger, Vertreibung, Diskriminierung und Gewalt überwunden werden, jedoch müssen wir uns ganz konkret auch um die heutigen Flüchtlinge kümmern.

Was wir ändern müssen!

65 Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD steht: “Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Wer vor Verfolgung oder Diskriminierung, seien sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch geschlechtsspezifisch, fliehen muss, soll in Deutschland Schutz und Zuflucht, schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen. Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft.”

70 Die Einzelfallprüfung ist für uns der zentrale Ausgangspunkt für eine an der Menschenwürde ausgerichtete Asylpolitik. Dabei steht das europäische Recht mit seiner Regelung der sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten diesem Ziele absolut zuwider. Die freie Wahl des Staates, indem Asyl beantragt wird ist ebenfalls für uns ein Grundrecht. In diesem Zusammenhang müssen wir auch Fehler der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingestehen und den Asylkompromiss von 1992 vollständig revidieren. Das Asylrecht in
75 Deutschland darf keinen wiederaufkeimenden Nationalismus und Rechtsradikalismus widerspiegeln, sondern muss auf schutzbedürftige Menschen ausgerichtet sein.

80 Dies bedeutet ebenfalls einen radikalen Verbesserung im Umgang mit AsylbewerberInnen. Wir dürfen schutzbedürftige nicht wie Verbrecher behandeln, weswegen wir als Sofortmaßnahmen fordern:

- Die vollumfängliche Gewährung des verfassungsrechtlich garantierten Grundrechts auf Asyl und eine Rücknahme des sogenannten Asylkompromisses.
- 85 • Die Abschaffung der zentralen EU-weiten Fingerabdruckspeicherung für AsylbewerberInnen.
- Die Unterkünfte haben stets menschenwürdigen Bedingungen zu entsprechen und Ghettoisierungstendenzen müssen verhindert werden.
- Eine effektive Bekämpfung der Menschenschlepperei, durch sichere
90 Einreisemöglichkeiten für Asylsuchende.
- Sicherheit für die geduldeten Asylbewerber durch ein EU-weites.
- Die Abschaffung der Schnellverfahren am Flughafen und der Abschiebegefängnisse.
- AsylbewerberInnen, die aufgrund ihrer sexuellen Neigung fliehen mussten, erhalten ohne den Nachweis ihrer sexuellen Neigung das Recht auf Asyl.
- 95 • Das Recht auf die Staatsbürgerschaft in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für Kinder von AsylbewerberInnen, die hier geboren oder seit mindestens 3 Jahren

- ihren Aufenthaltsort im jeweiligen EU-Mitgliedstaat haben.
- Einen sofortigen Abschiebestopp in alle Länder, in denen die UN-Menschenrechtskonventionen sowie die Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt werden, wobei die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu beachten ist.
 - Asylsuchende müssen das gleiche Recht auf medizinische Versorgung in Deutschland haben wie StaatsbürgerInnen, weshalb wir eine Versicherung der AsylbewerberInnen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung anstreben.
 - Die angemessene Beschulung und Hilfe für die häufig traumatisierten Kinder von AsylbewerberInnen muss gewährleistet werden.
 - AsylbewerberInnen wird Hilfe beim Spracherwerb gesichert.
 - Den AsylbewerberInnen muss ein Zugang zu unabhängiger kostenfreier Rechtsberatung gewährleistet werden.
 - Hilfesuchende Menschen dürfen nicht in Lagern untergebracht oder eingesperrt werden, sondern müssen eigene Wohnungen beziehen dürfen und dabei entsprechend unterstützt werden.
 - Den Asylsuchenden müssen das Geld bar ausgezahlt bekommen. Bezugsscheinsysteme lehnen wir entscheiden ab.
 - Die menschenunwürdige Residenzpflicht, als ein rassistisches Sondergesetz, muss unverzüglich abgeschafft werden.

Wir fordern ein Ende der Abschottungspolitik und den Eintritt in eine Flüchtlingspolitik, die schutzbedürftigen Menschen Asyl gewährt und effektiv die Fluchtursachen, statt AsylbewerberInnen bekämpft! Unser Ziel ist und bleibt, dass ein globales Recht auf Bewegungsfreiheit verwirklicht wird!

Mehr Verantwortung bei der Polizei

Das staatliche Gewaltmonopol

Die Polizei wird in Deutschland von einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger als schützendes und helfendes Organ angesehen. Viele junge Menschen wissen nicht, was es bedeutet vor jedem Polizisten / jeder Polizistin Angst haben zu müssen, wie es in vielen Teilen der Welt bis heute an der Tagesordnung ist und auch in Deutschland einmal war. Die Polizei hilft in Notsituationen, klärt Straftaten auf und sorgt dafür, dass alle Bürger/innen sich an die geltenden Gesetze halten. Umso schockierender ist es für viele Menschen, wenn Polizist/innen sich selber nicht an die Gesetze halten oder ihr Gewaltmonopol missbrauchen. Die Bilder von Dietrich Wagner, der bei den friedlichen Protesten gegen Stuttgart 21 von einem Wasserwerfer getroffen wurde und seitdem praktisch blind ist, schockierten Deutschland und die Welt. Auch Bilder und Nachrichten von unverhältnismäßigen Pfeffersprayeinsätzen, festgenommenen Bundestagsabgeordneten und Polizeibeamt/innen, die scheinbar blindlings auf friedliche Demonstrierende einprügeln, verunsichern viele Menschen und erschüttern den Glauben in die Polizei. Kommt es zu solchen oder ähnlichen Taten von Seiten der Polizei, bleiben die Täter/innen oft unbehelligt, da es schwer ist, sie auszumachen, da Polizeibeamt/innen aus einem kameradschaftlichem Geist heraus oft nicht gegeneinander aussagen oder da die Opfer Angst haben, sich juristisch zu wehren. Dieser Problematik muss die Politik mit Lösungsansätzen entgegentreten.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bekennen uns zum demokratisch kontrollierten staatlichen Gewaltmonopol. In einer rechtsstaatlichen Gesellschaft kann nur der Staat die Aufgabe der Exekutive übernehmen. Dabei muss die Exekutive zu jedem Zeitpunkt von demokratisch gewählten Organen kontrollierbar entsprechend der Rechtsprechung strafrechtlich zu verfolgen sein. Ein Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates schließt eine Immunität der exekutiven Kräfte nicht mit ein. Um dies zu gewährleisten muss die demokratische Kontrolle weiter ausgeweitet werden und transparenter gestaltet werden. Wir fordern daher Kontrollgremien, die mit unabhängigen Expert/innen und Politiker/innen aller Fraktionen besetzt sind, öffentlich tagen und die Arbeit der Polizei überwachen. Diese Kontrollgremien sollen sowohl auf Bundesebene, als auch auf Ebene der Bundesländer eingerichtet und vom Bundestag respektive von den Landesparlamenten eingesetzt werden.

Die Polizei-Ausbildung

Die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten ist die Grundlage, auf der die Arbeit der Polizei aufbaut. Diese Ausbildung muss mehr auf den Menschen ausgerichtet werden, dem die Polizei ja letztlich dient. Amnesty International[1] und andere Menschenrechtsorganisationen haben Deutschland bereits mehrfach für Menschenrechtsverstöße durch Polizeibeamt/innen gerügt. Eine umfassende Menschenrechtsbildung muss daher verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung werden. Diese muss von Expert/innen gelehrt und ebenso abgefragt werden, wie alle anderen Bestandteile der Ausbildung. Die Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen (von Gedenkstätten, Opferberatungen, lokalen Initiativen oder Mobilen Beratungsteams) muss stark ausgeweitet werden. Die Eignung für den Einsatz in geschlossenen Einheiten und bei Großeinsätzen, wie z.B. Demonstrationen, der Beamtinnen und Beamten soll fortlaufend in geeigneten Abständen überprüft werden. Des Weiteren sollten

Polizist/innen mehr Möglichkeiten zur Entspannung und Stressbewältigung gegeben werden. Dazu sollte es auch mehr (anonyme) Gesprächsmöglichkeiten geben. Das Ziel der Ausbildung muss sein, selbst reflektieren zu können. In der Praxis müssen dafür nötige
50 Widerspruchsräume geschaffen werden.

Wir begrüßen die gängige Praxis, dass Polizist/innen bereits in der Ausbildung mit vielen Arten von Einsätzen konfrontiert werden und aktiv daran teilnehmen. Dabei muss aber stets darauf geachtet werden, dass die psychische und physische Gesundheit der Auszubildenden
55 und der Bürger/innen nicht gefährdet wird. Wir halten es für unverantwortlich, dass Auszubildende bereits früh in ihrer Ausbildung in angespannten Situationen, beispielsweise bei Fußballspielen, eingesetzt werden und den gleichen Dienst verrichten, wie voll ausgebildete Beamte/innen. Der psychische Druck kann schnell zu einer Eskalation der Lage
60 führen und bedeutet eine große Gefahr für alle Beteiligten. Die nötige Sensibilität im Umgang mit Opfern von Straftaten muss sich intensiv angeeignet werden. Gerade im Umgang mit Opfern neonazistischer, antisemitischer, rassistischer oder homophoben Gewalt fehlt es an Kompetenz.

Kennzeichnungspflicht

Bei Einsätzen müssen endlich alle Beamte/innen durch eine individuell eindeutig zuzuordnende einprägsame und gut sichtbare Kennzeichnung, zum Beispiel durch eine rotierende Nummer, erkennbar sein. Die Kennzeichnungspflicht schützt nicht nur Bürgerinnen und Bürger von Übergriffen, sie entlastet auch Polizeibeamte/innen, die Zeug/innen einer
70 Straftat durch eine/n andere/n Polizist/in geworden sind und Hemmungen haben gegen diese/n auszusagen. Natürlich muss gewährleistet sein, dass diese Kennzeichnung – zum Schutz der Polizei-Beamte/innen – anonymisiert und rotierend ist und damit keine direkte Verbindung zu dem Beamten bzw. der Beamtin zulässt. Die individuelle, rotierende Kennzeichnung soll derart ausgestaltet werden, dass ein Vertauschen der Kennzeichnung schwierig oder
75 unmöglich ist. Auch sollen sich die Beamtinnen und Beamten nicht durch Ablegen der äußeren Dienstkleidung der Kennzeichnung entziehen können. Deshalb ist auf jedem polizeilichen Kleidungsstück, welches den Großteil des Oberkörpers bedeckt, sowie der Helm entsprechend zu kennzeichnen. Das Vertauschen der Kennzeichnung sowie der Versuch sich dieser zu entziehen ist dienstrechtlich zu ahnden. Wir begrüßen die Vorstöße von Berlin in
80 diese Richtung. Ihre positiven Erfahrungen werden bei der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht hilfreich sein. Wir fordern, dass andere Bundesländer dem Beispiel Berlins und Brandenburg nachfolgen. Wir erwarten insbesondere, dass sozialdemokratisch geführte Landesregierungen hier eine Vorbildrolle einnehmen. Ziel muss es sein, dass alle Beamte/innen, die in Deutschland im Einsatz sind, der Kennzeichnungspflicht unterliegen.
85 Wenn es zu Verfehlungen oder gar Straftaten bei Polizist_innen kommt, muss eine dafür zuständige Sonderkommission ermitteln, sodass nicht Kolleg_innen gegen Kolleg_innen ermitteln. Bei weitreichenden Verfehlungen oder gravierenden Fehlleistungen müssen auch die politisch Zuständigen zu ihrer Verantwortung stehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei in
90 geschlossenen Einsätzen in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufgenommen wird.

Ausrüstung

Die Benutzung der Dienstwaffe von Polizeibeamte/innen kann nur die letzte Lösung in
95 gefährlichen Situationen sein und wird auch heute in der Regel so eingesetzt. Polizist/innen müssen im Dienst um sich und andere zu schützen ihre Dienstwaffe zur Hand haben. Bei

100 einem Einsatz in einer Hundertschaft oder einer geschlossenen Einheit ist die Situation jedoch anders. Hier ist der unmittelbare Kontakt der Polizei zu einer großen Menschenmenge gegeben. Eine Dienstwaffe ist hier ein zusätzliches Risiko. In unübersichtlichen Situationen kann sie verloren gehen oder entwendet werden, was eine sicherheitstechnische Katastrophe wäre. Selbst in einer unmittelbaren Bedrohungssituation ist - alleine durch die Menschenmenge - die Gefahr, dass Unbeteiligte durch den Gebrauch der Waffe zu Schaden kommen, enorm hoch. Sinnvoller wäre es die Dienstwaffe im Hundertschaftsdienst bzw. in geschlossenen Einheiten nicht mitzuführen. Zum unmittelbaren Schutz der Beamt/innen und der Bürger/innen sollten stattdessen nur Beamt/innen, die speziell geschult sind und sich im Hintergrund halten mit einer Dienstwaffe ausgerüstet sein. So kann ein Schutz gewährleistet werden, ohne die Gefahren unnötig zu erhöhen.

110 Wir fordern, dass eine Alternative zum Pfefferspray gesucht wird, die mit weniger Risiken verbunden ist. Zwischen Juni und Dezember 2009 hat es alleine in Deutschland nachgewiesenermaßen drei Tote durch den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei gegeben[2], die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich noch höher. Insbesondere für Asthmatiker/innen, Menschen mit Atemwegserkrankungen und Menschen unter dem Einfluss von Psychopharmaka, Drogen oder Alkohol kann Pfefferspray schnell zu einer gefährlichen – mitunter sogar tödlichen – Waffe werden. Zu oft wird das Pfefferspray von der Polizei präventiv, und nicht nur zur direkten Gefahrenabwehr, eingesetzt. Insbesondere fordern wir ein Verbot der sogenannten „Pepperballs“, also Pfefferspraygeschosse. Solche Geschosse wurden gegen friedliche Blockaden in Dresden eingesetzt und sind äußerst gefährlich. Eine Passantin wurde 2004 durch so ein Geschoss getötet[3]. Das bereits existierende Verbot von Gummigeschossen steht in unseren Augen nicht zur Diskussion. Auch den Einsatz von Tasern und Elektroimpuls Waffen als Bewaffnung von Polizeieinheiten lehnen wir entschieden ab. Die vielerorts schon eingeführten EKA (Einsatzschlagstock, kurz, ausziehbar) muss wiederabgeschafft werden, weil er vielfach größere Verletzungen hervorrufen kann als bisherige Modelle. Er ist lebensbedrohlich.

125 Wir fordern einen deutlich restriktiveren Einsatz von Wasserwerfern bei Demonstrationen oder Blockaden. Wir befürworten eine rechtliche Regelung, die sich an den österreichischen Gesetzen orientiert, d.h. sein Einsatz folgt den Regeln des Schusswaffengebrauchs. Wie das oben genannte Beispiel aus Stuttgart zeigt, kann es durch den Einsatz von Wasserwerfern schnell zu gefährlichen Verletzungen kommen. Aus diesem Grund ist der Einsatz der Wasserwerfer 10000 generell abzulehnen, da ihre Kraft weit über die der älteren Modelle hinaus geht und eine deutlich erhöhte Gefahr für die Menschen darstellt. Weiterhin sind beim Einsatz von Wasserwerfern oft Unbeteiligte gefährdet. Deshalb sollten Wasserwerfer nur eingesetzt werden dürfen, wenn keine andere Möglichkeit mehr besteht die Situation zu kontrollieren. Der Einsatz sollte als letztes Mittel gewählt werden und ist von einem/einer Verantwortlichen anzuordnen, der oder die auch im Nachhinein den Einsatz rechtfertigen können muss. Bei Demonstrationen im Winter wurde von Wasserwerfereinsätzen bei Minusgraden berichtet. Auch hier liegt eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit oder gar das Leben von Menschen vor. Den Einsatz bei niedrigen Temperaturen lehnen wir daher generell ab.

Fazit

145 Die Polizei ist wichtiger Bestandteil einer Gesellschaft. Polizeibeamt/innen müssen im Einsatz geschützt sein. Dabei dürfen aber die Menschenrechte anderer Menschen niemals verletzt werden. Die momentane Gesetzeslage hat hier zu viele Lücken, die dringend geschlossen

werden müssen. Wir kämpfen gegen Polizeigewalt und für einen verhältnismäßigen und verantwortungsvollen Polizeieinsatz in allen Situationen.

150 [1] siehe z.B. <http://www.amnestypolizei.de/>

[2] siehe: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/moegliche-wechselwirkung-mit-drogen-todesfaelle-nach-pfefferspray-einsatz-a-668996.html>

[3] siehe:
http://www.boston.com/news/local/articles/2005/09/21/in_snelgrove_files_officers_recount_night_of_chaos/?page=full

17 Thesen für ein modernes UrheberInnenrecht

- 5 Mit der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft stehen wir auch einem weitreichenden Wandel der Lebens-, Produktions- und Konsumverhältnisse gegenüber. Dabei geraten auch immer wieder etablierte Normen und Werte der Industriegesellschaft unter Druck und müssen neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Ein funktionierendes UrheberInnenrecht ist die Voraussetzung, um die kreativen Leistungen Einzelner mit einer Sicherheit auszustatten, die ihnen die Option eröffnet für eingegangene Risiken und eingebrachtes Engagement Wertschätzung und Anerkennung zu erhalten. In den vergangenen Monaten ist immer deutlicher geworden, dass zwischen den existierenden rechtlichen Rahmenbedingungen, den berechtigten Interessen von UrheberInnen und der Lebensrealität von NutzerInnen gesellschaftliche Konflikte existieren. Wir erkennen an, dass die gegenwärtigen Regelungen zum UrheberInnenrecht einer Überarbeitung bedürfen, um sie gesellschaftlicher Realität anzupassen. Eine Reform des UrheberInnenrechts muss zwei gegenläufige Interessen miteinander in Einklang bringen: die UrheberInnen haben ein Interesse daran, von ihrer Hände und Köpfe Arbeit leben zu können – die NutzerInnen haben ein Interesse daran, die Ergebnisse dieser Arbeit mit möglichst wenig Einschränkungen nutzen zu können. Wir nehmen die Anliegen beider Seiten ernst und versuchen einen Ausgleich zwischen ihren Interessen zu finden.
- 10
- 15
- 20 Die Diskussion um eine Reform des UrheberInnenrechts erfordert eine umfassende Betrachtung und darf nicht mit heißer Nadel gestrickt werden. Wir wollen mit den folgenden 17 Thesen einen Beitrag zu dieser Diskussion liefern und unsere Position verdeutlichen. Erklärtes Ziel muss ein UrheberInnenrecht sein, das auch für Laien verständlich und nachvollziehbar ist und das klare und eindeutige Regelungen aufweist.
- 25
- 30 1) Menschen müssen die Möglichkeit haben, von ihrer Arbeit zu leben. Die Entlohnung von Arbeit und Produktion setzt eine Anerkennung dieser als Eigentum der Individuen voraus. Etwaige Forderung zur Abschaffung des UrheberInnenrechts lehnen wir daher ab. Wir Jutos stehen zur Institution UrheberInnenrecht, weil in ihm ein Schutzrecht der Individuen vor einer vollständigen Ausbeutung durch kapitalistische Verhältnisse realisiert ist.
- 35
- 40 2) Für die Anerkennung von Werken ist es unerheblich, ob es sich um kreative geistige Leistungen oder körperlich-schaffende Arbeit handelt. Entsprechend müssen sich auch Vergütungs- und Entgeltmodelle an den für Arbeit üblichen Kriterien orientieren und individualisiert erfolgen. Die Einführung pauschaler Vergütungsmodelle lehnen wir ab, da sie zu einer Übervorteilung von weniger produktionsintensiven Werken führen, Arbeit entwerten, eine Umverteilung von unten nach oben befördern und unnötige Bürokratien schaffen. Allerdings gibt es qualitativ bedeutende Unterschiede bei den produzierten Gütern. Das durch körperlich-schaffende Arbeit produzierte Gut, sei es ein Kleidungsstück, eine Maschine, oder ein konkret auf Papier realisierter Text, ist materieller Natur und durch die zur Herstellung notwendigen Ressourcen nur begrenzt verfügbar. Das durch kreative geistige Leistung geschaffene Gut, sei es ein Konzept, eine Melodie oder der Inhalt des Textes, ist hingegen nur in seiner Realisierung an Ressourcen gebunden. Durch die damit theoretisch nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit des kreativ-geistig produzierten Gutes entzieht es sich den üblichen ökonomischen Mechanismen, da das Angebot prinzipiell gegen unendlich tendiert. In die Logik der Marktwirtschaft ist es damit nur ungenügend und durch eine künstliche
- 45

Begrenzung zu zwingen. Um die kreativ-geistige Arbeit dennoch entsprechend zu würdigen und angemessen zu entlohnen, müssen neue Konzepte entwickelt werden.

50 3) Im Zuge einer UrheberInnenrechtsreform müssen nicht nur die NutzerInnen, sondern auch
die UrheberInnen gestärkt werden. Während Verlage, Musiklabels und Filmstudios hohe
Erträge einfahren, können nur wenige UrheberInnen von ihrer Arbeit leben.
Verwertungsverträge beuten UrheberInnen häufig aus, gleichzeitig sind diese aber auf die
55 Unterstützung durch professionelle Distributionskanäle angewiesen. UrheberInnen und
verwertende Unternehmen und Organisationen sind PartnerInnen, die gleichberechtigt an den
Erträgen ihrer Arbeit beteiligt werden müssen. Dafür ist es unerheblich, ob es sich bei den
VerwerterInnen um kommerzielle, gewinn-orientierte Unternehmen handelt oder ob die
Verwertungsrechte über Verwertungsgesellschaften wahrgenommen werden.
60 Verwertungsverträge dürfen daher nicht einseitig dominiert oder Vergütungspauschalen
einseitig festgesetzt werden, sondern müssen zwischen allen Beteiligten ausgehandelt und im
Konsens entschieden werden. Um die UrheberInnen zu stärken wollen wir Total-Buy-Outs,
bei denen die UrheberInnen sämtliche Verwertungsrechte an die VerwerterInnen abgeben,
zukünftig verhindern.

65 4) Geschäftsmodelle, die ausschließlich oder hauptsächlich auf der Bereitstellung von
urheberrechtlich geschützten Werken basieren müssen vor Bereitstellung der Werke für ihre
NutzerInnen mit den Verwertungsgesellschaften Tarife verhandeln, um die Interessen der
UrheberInnen zu berücksichtigen. Hierbei haben die Verwertungsgesellschaften eine große
Verantwortung maßvoll zu agieren. Eine Kommerzialisierung von urheberrechtlich
70 geschützten Werken ohne entsprechende Berücksichtigung der Interessen der UrheberInnen
lehnen wir ab.

5) Ein zentrales Problem des aktuellen UrheberInnenrechts sind die überlangen Schutzfristen,
die insbesondere vor dem Hintergrund vereinfachter (Re-)Produktionsverfahren von Werken
75 nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Die Bindung an den Tod des/der UrheberIn sorgt zudem
für eine nicht überschaubare und nicht nachvollziehbare Dauer dieser Fristen. Analog zum
Patentrecht sollen Schutzfristen von Werken zukünftig vom Zeitpunkt der erstmaligen
Veröffentlichung gelten und eine Dauer von 20 Jahren haben. Die Verlängerung dieser
Schutzfristen nach deren Ablauf soll nur auf gesonderten Antrag und gegen eine Gebühr
80 erfolgen können.

6) Wir wollen das Recht auf Privatkopie erhalten und dabei die Rechte der NutzerInnen dort
stärken, wo von ihnen keine Einschränkung der berechtigten Interessen der UrheberInnen
ausgeht. Das aktive Umgehen von Schutzmaßnahmen zur privaten Nutzung muss straffrei
85 gestellt werden, denn über die Leermedienabgabe wurde hier bereits ein Ausgleich
geschaffen. Kopierschutzmaßnahmen schränken die Nutzungsrechte an erworbenem
Eigentum der NutzerInnen ein. Erworbene Werke müssen im privaten Rahmen in vollem
Umfang und ohne Einschränkungen nutzbar sein. Davon unabhängig bleibt das Verbot der
unzulässigen Verbreitung urheberrechtlich geschützter Werke.

90 7) Die, das UrheberInnenrecht ergänzenden Nutzungs- und Verwertungsrechte, bedürfen
ebenfalls dringend einer Veränderung. Aus diesen Rechten müssen auch Pflichten entstehen.
Die Verfügbarkeit von kulturellen Werken und das Teilen von Wissen sind elementare
Interessen der Gesellschaft. Machen die InhaberInnen von Nutzungs- und
95 Verwertungsrechten länger als 10 Jahre keinen Gebrauch von ihren Rechten, indem sie deren
Verfügbarkeit nicht gewährleisten, sollen die Rechte zukünftig verfallen und an den/die

UrheberInnen zurück gehen.

100 8) In das UrheberInnenrecht muss zukünftig eine Fair-Use-Regel nach US-Vorbild eingeführt werden, welche die nichtkommerzielle Weiternutzung von Werken vereinfacht und einen klaren Rechtsrahmen setzt. Fremde Werke sollen in Ausschnitten in eigenen Werken unter Nennung der Quelle auch ohne die Zustimmung des ursprünglichen Urhebers verwendet werden können. Dabei darf das eigene Werk nicht kommerziell verbreitet werden und muss eine ausreichende Schöpfungshöhe erreichen.

105 9) Das öffentliche Interesse an der Verfügbarkeit von Werken erfordert auch ein Umdenken im Umgang mit sogenannten verwaisten Werken. Nutzungs- und Verwertungsrechte verwaister Werke, bei denen auch nach eingehender Prüfung keinE RechteinhaberIn ausgemacht werden kann, sollen auf eine gemeinnützige Stiftung in öffentlicher Hand übergehen. Aufgabe dieser Stiftung, die z.B. von der Deutschen Nationalbibliothek getragen werden kann, ist es, verwaiste Werke dauerhaft, unentgeltlich und gemeinfrei verfügbar zu machen.

115 10) Vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzeslage ist es nahezu unmöglich verlustfreie Kopien zur Archivierung von Werken anzulegen. Öffentlichen Bibliotheken und Archiven muss das Recht eingeräumt werden, erworbene Werke durch ihnen sinnvoll erscheinenden Maßnahmen zu archivieren und Wissen für kommende Generationen bereit zu halten und zu sichern, ohne dabei der Gefahr einer Repression ausgesetzt zu werden. Das öffentliche Interesse muss auch bei der Archivierung über den kommerziellen Interessen einzelner stehen.

120 11) UrheberInnenrechte dürfen keine Einschränkung für die Nutzung in der Bildung bedeuten. Alle staatlichen und staatlich anerkannten Bildungsinstitutionen müssen das Recht haben, auch urheberrechtlich geschützte Werke kostenfrei für die Zwecke von Forschung, 125 Lehre und Bildung einzusetzen und den NutzerInnen ihrer Institutionen zur Verfügung zu stellen. Die Einschränkung dies nur für bestimmte (An-)Teile von Werken zu ermöglichen, ist nicht praktikabel und führt zum Ausweichen in rechtliche Grauzonen. Zu dieser Nutzung gehört auch die Einräumung eines kostenfreien Zweitverwertungsrechts für Werke, die im Rahmen von Forschung und Wissenschaft erstellt und mehrheitlich aus öffentlichen Mitteln 130 finanziert wurden.

12) Wir bekennen uns zum Prinzip von Open Access. Wissenschaftliche Werke, die von der Öffentlichkeit (teil-)finanziert wurden, sollen ihr grundsätzlich auch frei zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für Produktionen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Die 135 Inhalte sollen, soweit keine lizenzrechtlichen Regelungen dem entgegen stehen, zukünftig zeitlich unbegrenzt unter CC-Lizenzen (CC BY-NC-ND 3.0) bereitgestellt werden. Bei der Aushandlung neuer Verträge soll entsprechend darauf geachtet werden, dass die Werke unter freien Lizenzen veröffentlicht werden können.

140 13) Der durch ein UrheberInnenrecht zu schützende Sachverhalt sollte ihr sachlicher Gehalt sein und nicht das Verwertungsinteresse. Entsprechend lehnen wir alle Versuche ab, das UrheberInnenrecht mit Bezug auf Einzelfälle durch einschränkende Zusatz- und Sonderrechte, wie z.B. einem Leistungsschutzrecht, zu ergänzen.

145 14) Die Verletzung von UrheberInnenrechten muss verfolgt werden, darf dabei aber die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verlieren. Modelle, die eine dauerhaften

Überwachung von Internetanschlüssen und NutzerInnen und/oder ein Verbot der Internetnutzung als Strafmaßnahme vorsehen, sind abzulehnen. Für Fälle mit geringem Unrechtsgehalt muss eine Entkriminalisierung vorgenommen werden. Die Schaffung einer umfassenden Infrastruktur zur Kontrolle von Netzinhalten lehnen wir ab. Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ und wenden uns gegen die Schaffung einer Sperrinfrastruktur, deren technische Möglichkeiten ohne weiteres auch für Zensurzwecke verwendet werden können. Wir wollen stattdessen über Ländergrenzen hinweg das Löschen von illegalen Inhalten erleichtern.

15) Private NutzerInnen sind immer wieder Opfer von professionellen Abmahnagenturen und ähnlichen Dienstleistern. Um solche Geschäftspraktiken einzuschränken, müssen für Streitwerte in nicht-kommerziellen Zusammenhängen Höchstgrenzen eingeführt werden, die dem Sachverhalt angemessen und nachvollziehbar sind. Die Hürden für das pauschale Erteilen von Abmahnungen müssen zudem deutlich erhöht werden, um der Willkür Einhalt zu gebieten. Zudem fordern wir die Abschaffung der StörerInnenhaftung für Zugangsanbieter. Wer weder als TäterIn noch als TeilnehmendeR an der Begehung eines Rechtsverstoßes beteiligt ist darf dafür nicht haftbar gemacht werden. Die bestehende Regelung ist außerdem ein massives Hindernis bei der Entwicklung von offenen Netzwerken in Städten und öffentlichen Gebäuden

16) Die flächendeckende Nutzung von Creative Commons-Lizenzen wird in Deutschland durch die rechtliche Vorgabe der Exklusivübertragung von Rechten an Verwertungsgesellschaften behindert. Zielführender, zeitgemäßer und im Sinne der UrheberInnen wäre es, Optionen einzuführen, einzelne Werke gezielt von dieser Übertragung auszuschließen und unter eine CC-Lizenz stellen zu können und dennoch weiterhin unter dem Dach der Verwertungsgesellschaften agieren zu können.

17) Wir lehnen den Begriff des geistigen Eigentums ab. Beim UrheberInnenrecht geht es nicht um die einseitige Verteidigung von Besitzansprüchen sondern um den Interessenausgleich zwischen den SchöpferInnen immaterieller geistiger Werke und deren NutzerInnen. Es findet seinen grundrechtlichen Ursprung nicht im Eigentumsrecht sondern in den allgemeinen Persönlichkeitsrechten. Die Gleichsetzung immaterieller geistiger Werke mit Sacheigentum stellt eine unzulässige Verkürzung dar, die eine unvoreingenommene Diskussion um das UrheberInnenrecht erschwert. Die Ablehnung des Begriffes ist notwendige Voraussetzung für die Legitimität der in diesem Antrag aufgestellten Thesen.

Wir erheben mit den aufgeführten Thesen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind uns des Umstandes bewusst, dass einzelne Thesen einer ausführlichen und eigenständigen Behandlung bedürfen. Nichtsdestotrotz stellen sie für uns entscheidende Eckpunkte einer UrheberInnenrechtsreform dar. Jetzt kommt es darauf an, die verschiedenen Interessensgruppen miteinander in einen Dialog zu bringen und gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, in der alle berechtigten Interessen angemessen berücksichtigt werden. Das Ziel einer zeitgemäßen Reform des UrheberInnenrechts darf nicht aufgegeben werden, auch wenn die anstehenden Debatten anstrengend, kompliziert und langwierig sein werden.

Leben in der digitalen Gesellschaft

5 Dass die digitalen Medien in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind, ist unbestreitbar. Sie prägen unser Leben, vor allem unsere Kommunikation, aber auch die Art und Weise wie wir arbeiten oder einkaufen immer stärker. Das Internet ragt in viele politische Bereiche hinein, es ein Querschnittsthema, das Arbeit und Wirtschaft ebenso wie Bildung und Kultur oder Polizei und Sicherheit betrifft. Die Politik beginnt sich ausführlich mit dem Thema zu beschäftigen: Der Bundestag hat eine Enquete Kommission zu dem Thema eingesetzt, der SPD Vorstand einen Gesprächskreis, überall im Land wurden netzpolitische AGs gegründet. Die SPD muss nun die Netzpolitik und die Ideen für eine digitale Gesellschaft auf allen politischen Ebenen diskutieren, ob im Ortsverein oder im Europaparlament.

10 Die wesentliche Klammer der Debatte um eine sozialdemokratische Netzpolitik sollten die grundlegenden Werte unserer Partei sein: Demokratie, Freiheit und Solidarität.

15 **Teilhabe**

20 Das Internet ist ein umfassendes Informationsmedium und -instrument, das zunehmend Chancen in unserer Gesellschaft bestimmt. Deshalb ist die Teilhabe am Internet eine zentrale politische Forderung. Teilhabe bedeutet zunächst, dass alle Menschen in Deutschland den technischen Zugang zum Internet mit einer ausreichenden Bandbreite haben. Insbesondere in den ländlichen Gebieten ist die Versorgung politisch sicherzustellen. Teilhabe heißt in diesem technischen Zusammenhang aber auch, die Netzneutralität zu wahren. Netzneutralität bedeutet, den bisher demokratischen Zugang zum Internet zu erhalten und die kommerziellen Interessen der Netzanbieter zu beschränken. Das Internet hat seine Bedeutung durch den freien und gleichen Zugang aller Anbieter und Nutzer erlangt, eine Beschränkung oder Priorisierung einiger Dienste widerspricht dem Grundgedanken des Internets. Auch eine Besserstellung, im Vergleich zum Normalfall, von einzelnen Diensten lehnen wir ab. Über kurz oder lang wird die Bedeutung des Internets gleichrangig mit anderen Netzen der Daseinsvorsorge wie Strom oder Wasser sein.

Wir Jusos fordern:

- 35 • Den Zugang zu Breitbandnetzen für alle Menschen inklusive dem Ausbau des Breitbandnetzes in den ländlichen Regionen
- Den Erhalt der Netzneutralität.
- Wir lehnen Netzsperrern ab, Löschen statt Sperren.

40 **Medienkompetenz**

Die digitale Kluft, die zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen Jung und Alt sowie zwischen den Geschlechtern besteht, muss geschlossen werden. Für diese Teilhabe über den technischen Zugang hinaus ist vor allem Medienkompetenz erforderlich. Wir müssen Menschen befähigen mit den digitalen Medien umzugehen und zwar Zielgruppen-orientiert. Während die Jüngsten und Junggebliebenen eher Nachhilfe in Sachen Datenschutz und umsichtigem Handeln im Netz brauchen, müssen wir einigen Älteren wohl die

50 Berührungängste nehmen und den Umgang mit der Technik lehren, den sich die Jüngeren so
nebenbei aneignen. Generell gilt für alle, dass grundlegendes technisches Verständnis den
Umgang mit dem Internet sicherer machen wird. Die Unwissenheit über die technischen
Zusammenhänge schüren unbegründet Ängste und Unsicherheiten, aber auch
Unbekümmertheit. Hier sind Schulen und Universitäten, aber auch Unternehmen und Medien
gefordert, die Kompetenzen für ein Leben in der digitalen Gesellschaft herauszubilden. Eine
umfassende Bildung, auch in diesem Bereich, war und ist der Schlüssel zum Erfolg unseres
rohstoffarmen Staates.

55

Wir Jusos fordern eine Bildungsoffensive für die digitale Gesellschaft, die

- erstens Schulen und LehrerInnen befähigt, die SchülerInnen auf die digitale Gesellschaft vorzubereiten und
- 60 • zweitens die Erwachsenenbildung in Sachen Medienkompetenz forciert

Digitale Arbeitswelten

65 Das Internet verändert nicht nur unsere Gesellschaft, auch die Wirtschaft digitalisiert sich
zunehmend. Neben der offensichtlichen Branche der Soft- und Hardwareunternehmen prägt
die Digitalisierung viele andere wirtschaftliche Bereiche und die Arbeitswelt an sich. An
vielen Arbeitsplätzen ist der Computer nicht wegzudenken, die Kommunikation per Mail ist
fest etabliert. Die Warenlogistik wird durch Rechner gesteuert, in jedem Auto steckt mehr
Computer drin als in der ersten Mondfähre. Zum einen gilt es, diese Branchen mit einer
70 klugen Forschungs- und Entwicklungspolitik zu unterstützen. Zum anderen müssen wir
darüber nachdenken, welche Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung
möglich sind. Zusehends gewinnt die mobile Kommunikation an Bedeutung, die
Arbeitnehmer sind jederzeit und überall erreichbar – Fluch und Segen zugleich. Hier müssen
wir einen gangbaren Weg zwischen möglichen flexibleren Arbeitsmodellen, die
75 beispielsweise die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, und einer
(Selbst-) Ausbeutung der Arbeitnehmer durch immer stärkere Verfügbarkeit finden. Die
Zusammenarbeit über weite Distanzen oder so genanntes Crowd-Sourcing, dass das Wissen
vieler zusammenträgt sind nur der Anfang einer umfassend vernetzten Arbeitswelt. Selbst für
diejenigen Arbeitnehmer, für die das Internet bisher kaum eine Rolle im Alltag spielt,
80 bekommt es durch staatliche Datenerhebung und -verarbeitung wie ELENA eine Bedeutung.

Wir Jusos fordern:

- eine kluge Forschungspolitik, die die Potenziale der digitalen Wirtschaft entwickelt
- 85 • sich verstärkt mit den Chancen und Risiken für Arbeitnehmer, die durch eine
zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft entstehen, auseinanderzusetzen

Datenschutz

90 Wenn nicht nachvollziehbar ist, wer welche persönlichen Daten wie lange speichert oder
sogar weitergibt, ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Staatliche Stellen sind gefordert, dem
Grundsatz der Datensparsamkeit zu entsprechen. Vorratsdatenspeicherung ist abzulehnen.
Desweiteren ist in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob ein so genannter Datenbrief oder
Datenauszug ein mögliches Mittel ist, VerbraucherInnen über die Speicherung ihrer Daten
95 bei Unternehmen, Behörden und Institutionen aufzuklären.

Wir Jusos fordern:

- 100 • Die Sicherstellung eines umfassenden Datenschutzes der VerbraucherInnen wie der ArbeitnehmerInnen. Das Prinzip der Datensparsamkeit ist jederzeit anzuwenden.
- Die Einführung eines Datenauszugs zu prüfen, der allen BürgerInnen einmal jährlich mitteilt, welche Daten von ihnen bei Unternehmen, Behörden und Institutionen gespeichert sind
- 105 • Das allgemeine Verbot der Online-Durchsuchungen (sogenannten Staatstrojanern).

Chance für Politik und Verwaltung

Das Internet bietet auch für Politik und Parteien neue Möglichkeiten, mit den BürgerInnen in Kontakt und Austausch zu treten. Die Parteien, aber auch die Verwaltung, insbesondere auf kommunaler Ebene, sind gefordert, sich dem Dialog zu öffnen und die Chancen auszuloten. Öffentliche Daten sollten maschinenlesbar vorhanden einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um Regierungs- und Verwaltungshandeln transparenter zu machen. Das virtuelle Rathaus mit seinen Service-Angeboten muss weiter ausgebaut werden. Vielfältige Online-Instrumente bieten neue Formen der Beteiligung an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Insgesamt bietet das Internet die Chance, schneller, effektiver und reibungsloser mit dem Bürger und der Bürgerin vor Ort zu kommunizieren. Diese Chancen sollten wir nutzen, auch als Partei.

Die Jusos fordern

- 120 • Alle Mandatsträger auf, sich für open data, d.h. für den maschinenlesbaren Zugang zu öffentlichen Daten einzusetzen
- Weitere Entwicklung von Online-Service Angeboten und eGovernment sowie die Prüfung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten auf allen politischen Ebenen, auch und vor allem der kommunalen Ebene.
- 125 • Mandatsträger müssen durch verschlüsselte abgesicherte Kanäle erreicht werden können. Dort wo dies schon möglich ist soll dies effizienter umgesetzt werden.

Datenschutz in der digitalen Gesellschaft

1. Informationelle Selbstbestimmung bleibt Bürgerrecht

5 Aufgabe des Datenschutzes ist der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, also des Rechts einer Person über die Preisgabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zu entscheiden[1].

10 In der digitalen Gesellschaft sind dank zweier Tatsachen neue Ansätze nötig. Erstens steigt die Menge an personenbezogenen Daten immer weiter an und zweitens ist die Digitale Gesellschaft eine globale Gesellschaft und braucht globale Antworten.

15 Datenschutz, in einer Zeit in der Dateninhaber und Datenerheber immer schwerer zu trennen sind, in der das eigene soziale Umfeld die eigenen Daten missbrauchen könnte, kann durch hergebrachte ordnungspolitische Maßnahmen allein nicht durchgesetzt werden.

2. Transparenz und Kontrolle für die Dateninhaber

20 Jede Person muss größtmögliche Kontrolle darüber haben, was mit ihren Daten passiert. Die Verwerter von personenbezogenen Daten müssen der Person vollständig aufzeigen, was mit den Daten passiert und hierrüber auch vollständige Kontrolle geben. Das Prinzip der Datenvermeidung ist durch die Verwerter konsequent umzusetzen. Erst wenn die Dateninhaber die Erlaubnis für die Nutzung der Daten geben, dürfen diese genutzt werden. Wer Daten dennoch unbefugt erfasst oder nutzt, macht sich Strafbar.

25 Was mit den Daten passiert, muss so dargelegt werden, dass eine verständige Person, ohne große Mühe, den vollen Umfang der Nutzung erfassen kann. Ein Widerruf der Einwilligung darf nicht aufwendiger als seine Erteilung sein. Die Person muss die Möglichkeit haben den Umfang der Einwilligung zu sichern. Sie muss weiterhin auf ebenso einfachem Wege vollständig über die erhobenen Daten informiert werden.

30

3. Nationale Gesetze in einem globalen Netz durchsetzen

35 Das Internet ist nicht durch nationalstaatliche Grenzen erfassbar und der "Ort" einer Datenschutzverletzung erstreckt nicht. Seine Nutzer sind dies allerdings schon. Schutzgut des Datenschutzes ist die informationelle Selbstbestimmung sich in Deutschland aufhaltender Personen. Wer dieses Rechts verletzt, also gegen deutsches Datenschutzrecht verstößt, ist dafür zu bestrafen, sobald er sich innerhalb der deutschen Grenzen aufhält. Verantwortliche Organe juristischer Personen haften entsprechend für diese. Auslieferungsabkommen mit anderen Staaten sind entsprechend neu zu verhandeln, so dass bei schweren Verletzungen die Verantwortlichen bestraft werden können. Bußgelder beim Verstoß gegen das Datenschutzgesetz sind nach dem Umsatz des Unternehmens bzw. dem Einkünften der natürlichen Personen zu berechnen.

40

4. Die Rolle der Datenschutzbehörden

45

Die Rolle der Datenschutzbehörden wird in Zukunft in Zukunft sehr viel stärker sein, die

Akteure bei der Einhaltung des Datenschutzes zu unterstützen. Auf der einen Seite die Inhaber der Daten für die Bedeutung des Schutzes der eigenen Daten zu sensibilisieren und bei der Vermittlung entsprechender Fähigkeiten mitzuwirken. Und auf der anderen Seite den Nutzern dieser Daten eine einfache Methode der Zertifizierung anzubieten. Des Weiteren ist ein standardisiertes Stufensystem für die Einwilligung in die Verwendung von Daten zu entwickeln. Es muss textlich und visuell eindeutig darstellen, was mit den Daten passiert. Dies sorgt für entsprechende Rechtssicherheit auf beiden Seiten. Eine Abweichung zum Schlechteren ist visuell und textlich zu kennzeichnen und nur unter mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Dateninhabers möglich. Gleiches gilt für die Übermittlung von Daten in Länder in denen nicht ein entsprechendes Schutzniveau herrscht.

5. Technik und Inhalten trennen

Die Anbieter von Plattformen auf denen Nutzer Daten hinterlassen können, sind verpflichtet für die technischen Voraussetzungen zur Einhaltung des Datenschutzes zu sorgen. Für die Verletzung durch Nutzer dieser Plattform haften sie nur bei grober Fahrlässigkeit ihrerseits, also wenn sie nach Hinweis auf einen Verstoß nach einer angemessenen Zeitspanne nicht gegen diesen Verstoß vorgehen. Der Verstoß gegen den Datenschutz durch das eigene soziale Umfeld, also auch die Kontakte in sozialen Netzwerken, wird nur auf Antrag hin verfolgt.

6. Datenschutz gilt bundesweit

Unterschiedliche Regelungen in einzelnen Bundesländern sind bei einem globalen Medium hinderlich bei der Effektivität und auch Effizienz des Datenschutzes. Der Datenschutz muss alleinige Zuständigkeit des Bundes sein. Die Mittel für einen effektiven Schutz unserer Daten sind bereit zu stellen. Beim Bundeskriminalamt sind die technischen und personellen Voraussetzungen für die Bekämpfung von Datenschutzverletzungen bereitzustellen.

7. Datenschutz ist Bürgerrecht - weltweit

Mittelfristig sind diese Regelungen auf Ebene der EU umzusetzen. Auf internationaler Ebene sind verstärkt völkerrechtliche Verträge abzuschließen mit Ländern die ein ebensolches Schutzniveau erreichen. Das Internet ist global und es ist nicht mit nationalen Gesetzen zu regulieren. Dies verhindert, aber nicht mit gutem Beispiel voranzugehen und weltweit für die eigenen Überzeugungen zu werben. Ziel können aber nur weltweit verbindliche Regelungen zum Schutze aller Menschen unserer Welt sein.

[1] BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 15. Dezember 1983, 1 BvR 209/83 u. a. – Volkszählung –, BVerfGE 65, 1

Indect- Nein Danke!

Was ist Indect?

5 Indect steht für **Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment** (deutsch: Intelligente Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung).

10 Es ist ein von der Europäischen Union finanziertes Vorhabens im Bereich der „intelligenten Sicherheitssysteme“. Es startete 2009 und soll fünf Jahre laufen, also bis ins Jahr 2014.

15 Entwickelt wird das System unter Leitung der AGH University of Science and Technology in Krakau, auch eine Firma namens Innotec Data aus Bad Zwischenahn ist an der Entwicklung beteiligt.

Indect vereint Informationen aus Überwachungskameras und -drohnen, aus sozialen Medien und von Strafverfolgungsbehörden. Sie werden per Software analysiert und sollen Behörden warnen, wenn Menschen sich auffällig verhalten. Indect dient somit der Generalüberwachung aller EU-BürgerInnen.

20

Beispiel für das Funktionieren:

25 Ein Mann sucht vor einem Auto länger nach seinem Schlüssel. Da er deshalb länger vor dem Auto verharrt, erscheint sein Verhalten als ungewöhnlich und soll - von einer Drohne oder einer Überwachungskamera aufgenommen - von einer Software ausgewertet werden. Passt das Verhalten der Zielperson in ein Muster, beginnt die Software mit einer Gesichtserkennung und gleicht das Bild nicht nur mit polizeilichen Datenbanken, sondern auch im Internet mit sozialen Netzwerken und Suchmaschinen ab, um das Gesicht zu identifizieren. Gleichzeitig meldet die Software den Vorfall an die Überwacher.

30

Forderungen:

- Beendigung des Forschungsprojekts Indect
- Keine EU-Mittel mehr für Vorhaben welche die Freiheit der Menschen unverhältnismäßig einschränken
- Offenlegung der bereits vorhandenen Quellen für die wissenschaftliche Verwendung

35

Unsere Arbeit weiterentwickeln

A) Jusos besser machen

5 Wir Jusos sind ein lebendiger Verband. Viele Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland diskutieren und arbeiten bei den Jusos zusammen. Gemeinsam machen wir Politik, die sich dabei stets an unseren gemeinsamen Grundwerten orientiert: Wir sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband.

10 Das bedeutet, dass wir demokratisch sind. Unsere Mitglieder können sich konkret und praktisch an unseren politischen Vorhaben und Aktionen beteiligen. Sie können mit bestimmen, welche Positionen vertreten und welche Personen Verantwortung in Gremien übernehmen.

15 Das bedeutet auch, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren wollen und nicht nur über sie. Wir sind gesellschaftlich verankert und arbeiten mit vielen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen zusammen. Wir wollen in der SPD und in der Gesellschaft für eine linke Politik eintreten: Das ist unsere Doppelstrategie!

20 Das bedeutet aber auch, dass wir unsere Zusammenarbeit im Verband immer wieder zur Diskussion stellen. Neue Zeiten bringen neue Möglichkeiten, neue Bedürfnisse, aber auch neue Zwänge. Auf dem Bundeskongress 2011 haben wir in unserem Arbeitsprogramm für die Amtszeit 2011 bis 2013 deshalb beschlossen, eine Diskussion über unsere Strukturen und Arbeitsweisen zu führen und, falls erforderlich, auch entsprechende Änderungen vor zu nehmen.

25 Dementsprechend führen wir darüber nun eine breite Debatte bei uns im Verband. Wir haben alle Unterbezirke und Kreisverbände im Rahmen einer Potentialanalyse befragt. Wir haben in unseren Gremien, vor allem im Bundesausschuss, diskutiert und werden das weiter tun. Grundlage für die weitere Diskussion ist dieser "Zwischenstand", der von einer Arbeitsgruppe des Juso-Bundesausschusses erarbeitet wurde. Er ist nur ein Aufschlag, eine
30 Diskussionsgrundlage, um die Diskussion anzuregen.

B) Zur Situation des Verbandes Strukturen

35 Die Strukturen der Jusos sind klar gegliedert. Von der lokalen Arbeitsgemeinschaft über die Unterbezirke, Bezirke/Landesverbände über die Bundesebene sind wir hierarchisch gegliedert. Durch Delegiertensysteme ist die Beteiligungsmöglichkeit der unteren Gliederungen gesichert und eine kontinuierliche Diskussion sichergestellt. Die Jusos sind
40 regional sehr unterschiedlich aufgestellt: einzelne Landesverbände verfügen im Vergleich zu anderen Landesverbänden und Bezirken auch im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl über erheblich mehr Mitglieder. In manchen Gegenden sind einige Unterbezirke so mitgliederstark wie anderswo ganze Landesverbände.

45 **Arbeitsweisen**

Wir Jusos arbeiten in festen Strukturen. Alle Gliederungen verfügen über Vorstände, die die Arbeit, auch langfristig, organisieren. Die Verbindlichkeit unserer Strukturen ist hoch. Die Jusos verfügen über feste Orte und Strukturen, in denen Entscheidungen nach vorher festgelegten Regeln getroffen werden. Die starke Reglementierung unserer Arbeit sichert eine kontinuierliche Arbeit, senkt allerdings gerade in höheren Ebenen auch die Möglichkeit für einzelne Mitglieder, sich auch ohne Mandat und langfristiges Engagement einzubringen.

Unsere Stärken

Jusos sind organisationstark. Was wir von langer Hand und mit guter Planung anfassen, das funktioniert. Durch die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten zum Beispiel in Vorständen sind wir sprachfähig nach außen. Wir Jusos sind in der ganzen Republik vertreten, sowohl auf dem Land als auch in den großen Städten. Unsere Mitglieder sind in unterschiedlichen jugendkulturellen Milieus zu Hause. Dadurch haben wir als Organisation einen breiten Horizont. Wenn wir unsere organisatorische Stärke richtig nutzen, können wir wesentlich mehr junge Menschen erreichen als viele andere Jugendverbände. Die breite Verankerung macht sich auch an unseren Inhalten fest. Wir sind zu fast allen Themen sprachfähig. Das macht die Jusos attraktiv und unterscheidet uns von den anderen großen linken Jugendverbänden.

Unsere Schwächen

Unsere Stärken sind auch gleichzeitig unsere Schwächen. Unsere Organisationsstruktur erlaubt uns wenig Flexibilität. Durch unsere Orientierung auf Hierarchieebenen mit Vorständen kann es dazu kommen, dass bei Ausfall von Einzelpersonen ein organisatorisches Vakuum entsteht. Haben wir nicht genügend Zeit zur Vorbereitung, fällt unsere Mobilisierung häufig noch zu schwach aus. Auf kurzfristige Veränderungen reagieren wir nicht immer schnell genug. Unsere Kommunikationskanäle erfordern viel Zeit. Bis der gesamte Verband von einer Kampagne weiß und sie umsetzen kann, ist diese manchmal schon wieder vorbei. Oftmals versendet Kommunikation von unten nach oben und umgekehrt. Auch bilden wir die jugendkulturellen Milieus nicht repräsentativ ab. Gerade zur Gewerkschaftsjugend und zu Auszubildendenvertretungen sollten wir unsere Kontakte ausbauen, um uns auch stärker für nichtakademische Mitglieder zu öffnen.

Ergebnisse Potentialanalyse

Der durchschnittliche Juso-Unterbezirk verfügt über 212 Mitglieder, wobei die Bandbreite zwischen dem Kleinsten (7) und dem größten (3382) Unterbezirk sehr weit ist. Durchschnittlich nehmen an Veranstaltungen der Unterbezirke und Kreise etwa 18 Personen teil, was eine aktive Beteiligung von unter 10 % der Mitglieder ergibt. Die Gruppe der 18 – 25-jährigen stellt den größten Anteil der Aktiven.

Während die Durchführung von internen Veranstaltungen vornehmlich durch den Vorstand oder Vorsitz organisiert wird, sind bei Abendveranstaltungen und Straßenaktionen vor allem kleine Gruppen von Aktiven beteiligt, auch ohne Vorstandsmandat.

Die häufigsten Themen in den Unterbezirken sind Bildungspolitik, Jugendpolitik, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik. Außen-, Netz- und Geschlechterpolitik spielen die

geringste Rolle bei der Themenwahl in den Unterbezirken.

100 Kontakte zu Bündnispartnern sind selten etabliert. Wenn Kontakt besteht, sind thematische Treffen der Anlass.

105 Die Kommunikation mit dem Bundesverband läuft am häufigsten über die Internetseite. E-Mail und soziale Netzwerke werden wesentlich seltener genannt. Am geringsten ausgeprägt ist der persönliche Kontakt zur Bundesebene.

C) Ziele

110 Bei der innerverbandlichen Meinungsbildung und Positionsfindung bei den Jusos geht es darum, einen zweckmäßigen und guten Ausgleich zwischen möglichst breiter Beteiligung aller am Thema interessierten Mitglieder und der Praktikabilität zu schaffen.

115 Es gilt der/dem einzelnen interessierten Mitglied eine möglichst effektive Partizipationsmöglichkeit an den innerverbandlichen Prozessen zu ermöglichen, aber dabei die satzungsmäßigen Entscheidungsprozesse und vor allem auch –gremien nicht zu unterlaufen.

120 Jede und jeder, der/die sich bei den Jusos engagieren will, muss die Möglichkeit haben, sich möglichst niedrigschwellig und direkt in die inhaltlichen Diskussionen des Verbandes einzubringen und daran zu beteiligen.

125 Politisches Handeln braucht demokratische Legitimation. Demokratische Legitimation bedeutet aber für uns, dass alle die Möglichkeit haben müssen, die Politik des Verbandes mitzubestimmen. Deshalb sind Modelle der Zusammenarbeit, in denen ausschließlich diejenigen, die maximal viel Zeit für die Teilnahme an politischen Prozessen aufbringen können, mitentscheiden, für uns keine Alternative. Verbindliche Entscheidungen sollten daher ab der Bezirks- bzw. Landesebene nach dem Delegiertenprinzip getroffen werden.

130 Wir müssen auch die vorhandenen Gremien und insbesondere ihre Arbeitsweise überprüfen und wo nötig optimieren. Dies gilt auch für die Wechselwirkung von Gremien und ggf. parallele Aufgabenwahrnehmungen.

135 Dies kann zur Anpassung oder Neujustierung der vorhandenen Strukturen, im Rahmen der Möglichkeiten, die uns Parteiengesetz und AG Richtlinien des SPD Parteivorstandes bieten.

Mehrsprachigkeit

140 Die Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Um zukünftig vermehrt auch junge Menschen mit einem Migrationshintergrund anzusprechen, werden wir unsere Informationsmaterialien in Zukunft ausgewählt mehrsprachig zur Verfügung stellen. Zusätzlich versuchen wir unseren mehrsprachigen Internetauftritt weiter auszubauen.

145

Bundeskongress reformieren

Bundeskongress - transparent und offen

150

Kern des Bundeskongresses ist die politische Willensbildung des Verbandes durch Anträge des Bundesvorstandes, der Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke. Unser Ziel ist ein offener Bundeskongress und eine transparentere und nachvollziehbarere Planung des Kongressablaufs und der Antragsberatung. Bereits nach geltender Satzungslage lassen sich
155 beim Ablauf des Juso Bundeskongresses einige verbesserbare Fragen bereits durch organisatorische Veränderungen optimieren.

160

Bereits im Vorfeld von Bundeskongressen sollten möglichst viele zentrale Anträge bereits im Vorfeld online veröffentlicht und diskutiert werden können. Auch Änderungsanträge könnten so vorab gestellt und beraten werden. Schließlich sollte der jeweils aktuelle Ablaufplan des Bundeskongresses nach Möglichkeit auf einer Leinwand ständig angezeigt und nicht nur durch das Präsidium durchgesagt werden. Ferner sollen beschlossene Anträge in einer online abrufbaren und durchsuchbaren Beschlussammlung aufbereitet werden. Dadurch kann sich
165 jede Genossin und jeder Genosse wesentlich einfacher über die Beschlusslagen des Bundesverbandes informieren als bisher.

Rechenschaftsberichte schriftlich

170

Der Bundesvorstand leistet jedes Jahr viel Arbeit und wendet viel Zeit und Kraft auf, um die Mitglieder zu erreichen und die im Arbeitsprogramm gestellten Arbeitsaufträge zu erfüllen. Der Bundesvorstand ist jedoch nicht nur den Delegierten des Bundeskongresses rechenschaftspflichtig, sondern auch allen weiteren Mitgliedern im Bundesverband. Um allen Mitgliedern zu verdeutlichen, welche umfassende Arbeit der Bundesvorstand im Arbeitsjahr geleistet hat und um die Transparenz zu erhöhen, legt der Bundesvorstand zukünftig nach
175 Ende des Arbeitsjahres einen schriftlichen Rechenschaftsbericht vor, der gemeinsam mit dem Antragsbuch veröffentlicht wird.

180

Antragsprioritäten der Landesverbände

Um zukünftig stärker auf die Antragswünsche und -forderungen der Landesverbände und Bezirke einzugehen, teilen die Landesverbände und Bezirke zum Antragsabschluss des Bundeskongresses eine Prioritätensetzung für ihre eingebrachten Anträge dem Bundesbüro mit.
185

Bei der Planung der zu behandelnden Anträge berücksichtigen wir, dass von allen LV/BV jeweils mindestens ein Antrag behandelt werden soll.

190

Mitbestimmung der Tagesordnung

Zu einem Bundeskongress gehört neben der Antragsberatung, auch thematische Schwerpunktsetzung durch GastrednerInnen und die Wahlen zu unseren Gremien. Das erschwert eine stringente Antragsberatung und die Transparenz für die Landesverbände und Bezirke. Es wäre prinzipiell wünschenswert, wenn bei Bundeskongressen mehr Raum für
195 Antragsberatungen bliebe. So sollen zunächst lokale Grußworte begrenzt und Referate wo

möglich und sinnvoll durch andere Formate ersetzt bzw. stärker in einen inhaltlichen Kontext gesetzt werden.

- 200 Zur demokratischen Aufstellung wird der Bundesausschuss als koordinierendes Gremium über eine vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung beraten, die dann vom Bundeskongress beschlossen wird. Der Bundesvorstand wird mindestens eine Woche vor dem Kongress dem Bundesausschuss einen TO-Entwurf vorlegen. Kurzfristige Änderungen werden aber weiterhin möglich sein und vom Tagungspräsidium beschlossen. Diese werden
205 schnellstmöglich den Delegationsleitungen der Landesverbände und Bezirke mitgeteilt.

Orientierung in der Tagesordnung

- Zur Erstellung einer sinnvollen und ausgewogenen Tagesordnung sind vor allem die Masse und die Vielfalt der eingegangenen Anträge schwer zu überwindende Hürden. Unter einer ausgewogenen Tagesordnung, die alle Themenfelder und alle einbringenden Verbandsteile berücksichtigt, leidet hauptsächlich die Transparenz und Orientierung auf dem Kongress. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wird während der Antragsberatung die Nummer des aktuell behandelten Antrags und die dazugehörigen Änderungsanträge digital angezeigt.
215 Zusätzlich werden die anschließenden zu behandelnden Anträge angezeigt.

Änderungsanträge zuordnen

- Die durchlaufende Nummerierung der Änderungsanträge und unsortierte Verteilung erschwert gerade bei vielen Anträgen und Änderungen die schnelle und passende Zuordnung für die Delegierten.
220

- Deswegen wird die ÄA-Nummerierung verändert: Jeder Änderungsantrag wird dem dazugehörigen Antrag zugeordnet und anschließend fortlaufend nummeriert. Statt "ÄA 111" wird nun vorweg der Antrag genannt: "A1 - ÄA 1", "A1 - ÄA 2", usw.
225 Außerdem wird versucht, die Änderungsanträge je nach Antragsbereich sortiert und geheftet zusammenzufassen und alle Änderungsanträge zu einem Antrag zusammen und je nach Umfang auf einem Blatt auszudrucken und nicht wie bisher pro Ä-Antrag einen extra Ausdruck. Dies reduziert den Arbeitsaufwand der Verteilergruppen und damit auch die
230 Unruhe auf dem Kongress. Um dies zu ermöglichen, wird der Antragschluss für Änderungsanträge vorverlegt und die AntragsstellerInnen angehalten, ihre Änderungsanträge nach Antragsblöcken sortiert einzureichen.

- Das ganze ÄA-System kann durch ein digitales Programm zur Antragsberatung mindestens ergänzt werden, in dem der beratene Antrag auf einer Leinwand und/oder bei Delegierten mit Laptop auf deren Bildschirmen angezeigt wird. Dabei werden zu ändernde Textpassagen farbig hervorgehoben und das Ergebnis der Beratung direkt eingefügt und damit für jede Person direkt ersichtlich. Dieses bei der LDK der Jusos BaWü erprobte System soll bereits beim Bundeskongress in Magdeburg erprobt werden. Auch das System der Nummerierung
240 der Änderungsanträge wird überprüft und ggf. optimiert.

D) Bundeskongress für Bündnispartner öffnen

- In den vergangenen Jahren haben wir uns gemeinsam stärker zu unseren Bündnispartnern geöffnet. Um auch über einzelne Kampagnen hinaus gemeinsame Beschlüsse und Ziele zu beschließen, werden die nicht parteigebundene Bundesverbände von Partnerorganisationen
245

zum Juso-Bundeskongress antragsberechtigt und redeberechtigt.

E) Bundesausschuss reformieren

250

Tagungshäufigkeit

255

Grundsätzlich ist es wünschenswert, wenn der Bundesausschuss häufiger tagen würde, da so den Landesverbänden und Bezirken eine bessere Mitgestaltung der Bundesverbandsarbeit ermöglicht wird. Allerdings gilt festzustellen, dass sowohl das Zeitkontingent als auch die finanziellen Mittel der LV's und Bezirke begrenzt sind. Des weiteren wurden erst Kürzungen an dem BA angewendet, ein Ausbau der Strukturen ist somit rein finanziell nicht möglich. Alternativ dazu kann der Bundesausschuss, neben den regulären Terminen am Rande der Verbandswochenenden sowie vor größeren Parteiveranstaltungen, sich mit Hilfe von

260

Telefonkonferenzen koordinieren um somit an den Präsenzsitzungen einen größeren Raum für inhaltliche Diskussionen schaffen. Dies würde finanziell keine Mehrkosten bedeuten und bedeutet auch für die Bundesausschussmitglieder weniger Fahrzeiten.

Präsidium des Bundesausschusses

265

Der Bundesausschuss arbeitet aufgrund der flachen Hierarchie und den kurzen Wegen, den die einzelnen Mitglieder zueinander haben sehr gut. Ein fest installierter Vorsitz würde eine zusätzliche Hierarchieebene bedeuten, die effektiv keinen Mehrwert für die Arbeit des Bundesausschusses hat.

270

Weiterhin gilt festzuhalten, dass nicht bereits die Einrichtung eines Vorsitz innerhalb des Bundesausschusses diesen beschlussfähig macht, da der Proporz nicht der realen Verteilung entspricht. Somit entfällt der praktische Nutzen. Allerdings bietet es sich an gerade vor zweitägigen Bundesausschusssitzungen ein Tagungspräsidium zu wählen, welches den geordneten Ablauf sicherstellt.

275

Beteiligung des Landesverbände und der Bezirke

280

Den Landesverbänden und Bezirken wird die Möglichkeit gegeben bis zwei Wochen vor den regulären Bundesausschusssitzungen dem Bundesausschuss Vorschläge zu unterbreiten. Der Bundesausschuss befasst sich nach Möglichkeit mit diesen zeitnah und berät die Anfragen der Landesverbände und Bezirke in seiner Mitte. Die Landesverbände und Bezirke werden über ihre AusschussvertreterIn über die Beratung und die Ergebnisse informiert. Die Arbeit des Bundesausschusses soll für sämtliche Mitglieder nachvollziehbar gemacht werden.

285

Vielfalt leben

290

Die Breite unserer Gesellschaft muss sich in unseren Gremien wiedergespiegeln. Knapp 20 % unserer Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Künftig muss es unser Ziel sein, mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Migrationshintergrund in Gremien, wie bspw. den Bundesvorstand zu wählen. Hierfür müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Menschen mit Migrationshintergrund mehr zu fördern und einzubinden. Nur durch unsere Vielfalt können wir die vielfältige Bevölkerung wirksam ansprechen und vertreten.

295

300

F) Beteiligung organisieren

Grundsätzliches

305 Bei allen Überlegungen über mehr Mitsprache bei Entscheidungen, mehr Beteiligung
inhaltlicher sowie personeller Art ist für uns klar:
Der Bundeskongress ist und bleibt das beschlussfassende Organ der Jusos. Die
Delegiertenschlüssel und der jetzige organisatorische Rahmen bleiben erhalten. Schwerpunkt
310 der Arbeit des Juso Bundesvorstand ist das auf dem Bundeskongress beschlossene
Arbeitsprogramm.

Mitgliederaktivierung

315 Eine der großen verbandsinternen Aufgaben der nächsten Jahre wird es sein, Fortschritte bei
der Mitgliederaktivierung zu machen und den Anteil der aktiven Genossinnen und Genossen
in allen Regionen deutlich zu steigern. Dies gilt nicht nur für naturgemäß eher
strukturschwache Gebiete, sondern muss von allen Gliederungen dauerhaft auf der Agenda
behalten werden.
Wir müssen dem seit Jahren feststellbaren Trend, dass sich junge Menschen weniger in
320 Parteien und deren Jugendverbänden engagieren, entgegenwirken und attraktive politische
Angebote machen, bei denen allen Interessierten ein niedrigschwelliger, verständlicher
Einstieg in die politische Arbeit möglich ist, im dem sie schnell einbezogen werden und sich
beteiligen können.
325 Gerade die Betreuung und Ansprache von Neumitgliedern muss weiter ins Augenmerk der
alltäglichen politischen Arbeit rücken.

Demokratie und Teilhabe hört an den Grenzen zum Netz nicht auf

330 Füge ein: „Das Leben gerade junger Menschen findet zunehmend im Netz statt. Neben
Facebook, linkedin und twitter zeugen auch Arbeitsplattformen wie etherpads oder „Google
hangouts“ von der neuen Lebensrealität unserer Gesellschaft. Dem müssen wir Jusos stärker
Rechnung tragen. Unser Engagement in den sozialen Netzwerken müssen wir deutlich
stärken und ausbauen. Dabei geht es nicht nur um Zielgruppenansprache, sondern auch das
Einbinden von medialen Elementen, wie bspw. einer tweetwall bei Veranstaltungen und
335 Terminen des Bundesverbandes. Es gilt zu prüfen, in wie fern auch etherpads und liquid
feedback mehr Demokratie in diesem Verband ermöglichen können.

340

Verbandinterne Kommunikation:

Wie von den UBs und KVs gewünscht, sollte der Bundesvorstand ergänzend zu den
bisherigen Kommunikationswegen in mehr direkte Kommunikation zu den UBs und KVs
345 treten und hierbei zeitnah und direkt über Aktuelles, Kampagnen und sonstige zentrale

Informationen informieren.

350

Junge Frauen

355

Gerade der Anteil an aktiven jungen Frauen ist in vielen Untergliederungen nicht zufriedenstellend. Politische Angebote, die sich besonders an Frauen richten, müssen ausgebaut und verstärkt forciert werden. Zudem müssen die erprobten Mittel der Ansprache umfassend evaluiert und ausgewertet werden, damit man den Landesverbänden, Bezirken und Unterbezirken möglichst umfassende Tipps und Erfahrungswerte zur Verfügung stellen kann, die diese in ihre politische Arbeit miteinbeziehen können. Diese Instrumente können spezielle Weiterbildungsangebote und Seminare für Frauen sein, aber auch spezielle Mentoringprogramme und autonome Frauenstrukturen, die dem Austausch und der Diskussion dienen sollen.

360

365

Auch das Thema Sexismus darf nicht ausgeklammert werden, wobei es vor allem um Sensibilisierungs- und Awarenessmaßnahmen gehen muss, die zum Standart jeder Untergliederung gehören sollten. Bei beschlussfassenden Veranstaltungen kommt dem Präsidium hierbei eine wichtige Rolle zu. Dieses muss sensibel für sexistisches Verhalten während der Debatte sein, auf dieses hinweisen und je nach Angemessenheit eingreifen.

Zusätzliche Beteiligungsformen:

370

375

380

385

Um eine breitere Diskussion zu ermöglichen suchen wir immer nach neuen, auch technischen, Möglichkeiten. So gilt es die Identifikation neuer Themen und Thesen zu ermöglichen und einen Raum für Diskussionen zu schaffen. Dafür halten wir eine Internetplattform für geeignet. Um eine Verbindlichkeit der auf dieser Plattform diskutierten Themen zu erreichen, muss die Möglichkeit eingeräumt sein, von hier aus Anträge zur Befassung an den Bundesvorstand zu stellen. Dieser muss dann in der folgenden Sitzung beraten, welche Stellung er zu dem Antrag beziehen will. Auch wollen wir die geschaffenen Strukturen der Basisbeteiligung über Veranstaltungen wie z.B. Basis-Kongress, Fachkonferenzen, Verbandswochenenden, Sommercamp etc. weiterführen. Auch hier ist zentral, dass die in breiter Beteiligung des Verbands erarbeiteten Thesen und Positionen sich in der Arbeit der Bundesebene wieder finden. Der Bundesvorstand trägt für sein Handeln und seine Inhalte die politische Verantwortung. Aus diesem Verständnis ist es unmöglich, dass externe, direkte Arbeitsaufträge an den Bundesvorstand gerichtet werden können, die sich nicht mit den im Arbeitsprogramm festgelegten Grundlinien vereinbaren lassen. Das einzige Gremium mit der Befugnis direkte Arbeitsaufträge an den Bundesvorstand zu formulieren ist der Bundeskongress.

Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen:

390

395

Wir fordern die konsequente Fortführung der gemeinsamen Arbeit mit BündnispartnerInnen und befreundeten Organisationen. Daher fordern wir, dass gemeinsame Erklärungen, Resolutionen, Aktionen und Kampagnen etc. auf Bundeskongressen diskutiert und beschlossen werden können.

Unter einer befreundeten Organisation verstehen wir alle Organisationen, die grundsätzlich

für eine Zusammenarbeit mit den Jusos in Frage kommen. Die nicht-parteilgebundenen Mitgliedsorganisationen des ÄnderDas-Bündnisses etwa sollen antragsberechtigt sein. Über die Berechtigung weiterer Organisationen, auf dem Bundeskongress Anträge zu stellen, entscheidet der Bundesvorstand.

Keinen Tag für Deutschland, sondern für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

Die Sozialdemokratie ein Grund zum Feiern

5 Im Jahr 2013 wird die SPD 150 Jahre alt. Die Sozialdemokratie ist schon älter und hat viele Wurzeln. Sie hat keine Nationalität, sondern war und bleibt antinationalistisch. Mit dem 23. Mai 1863 begann ein Projekt für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität konkret zu werden. Bis heute sind wir von der Idee des demokratischen Sozialismus geleitet, der keine Grenzen – besonders keine nationalstaatlichen – kennt. Immer wieder traf unser emanzipatorischer Zukunftsentwurf auf massive Hindernisse: „Sozialistengesetze“, und gar die
10 nationalsozialistische Verfolgung. Durch internationale Solidarität konnten auch diese schweren Phasen überstanden werden und der Kampf für eine solidarische Welt ging weiter. Bis heute pflegt die SPD in der Sozialistischen Internationalen oder der SPE ihren Internationalismus. Wir als Jusos gehen dabei im IUSY, Ecosy oder Projekten wie dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem voran. Auch die SPD sollte klar machen: Wir machen
15 keine Politik nationalstaatliche Interessen. Wir machen Politik in unserer globalen Verantwortung! Wir als Jusos gehen mit dem „Workers‘ Youth Festival“ unter dem Motto „UNITED WE MAKE HISTORY – SOLIDARITY NOW!“ voran – die SPD sollte uns folgen!

(Selbst-)Kritik ein Teil unseres Grundverständnisses

Immer wieder haben sich auch Politiker_innen in nationalistisches Fahrwasser begeben. Die SPD hat dadurch auch schwere Fehler gemacht: Eine der traurigsten und bis heute andauernden Entscheidungen war die Zustimmung der SPD zum „Asylkompromiss“, der
25 faktisch das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Auf Asyl waren so viele Sozialdemokrat_innen und andere Verfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus angewiesen – Willy Brandt war selbst ein Flüchtling. Dieser Kardinalfehler geschah wenige Tage nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen. Die Gewalt wurde nachträglich bestätigt. Die Nation verlangte bestätigt. Zu einer ehrlichen Auseinandersetzung gehört es nach unseren Grundwerten zu
30 fragen und kritisch unsere Politik daran zu messen. Eins ist sicher, der Kampf gegen Ausgrenzungen wie Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Homophobie, Sozialchauvinismus und Nationalismus ist sozialdemokratische Pflicht! Deshalb werden wir in der aktuellen Krise des Kapitalismus Solidarität gegen nationale Konkurrenz stellen.

Wir wollen keine „Deutschland“-Tage!

Am 16. bis zum 18. August möchte die SPD ein „Deutschlandtreffen“ ausrichten. Den Namen „Deutschlandtreffen“ gebrauchte die SPD schon mehrfach, was kein Grund ist, ihn nicht zu hinterfragen. Auch die SED richtete „Deutschlandtreffen der Jugend“ aus oder es gab das
40 „Deutschlandtreffen der Schlesier“ – um nur Beispiele herauszugreifen. Die Junge Union nennt ihre Kongresse „Deutschlandtage“. In allen Fällen stellten die Veranstalter_innen Deutschland als Nation mit dem Namen in den Mittelpunkt – vor ihrem jeweiligen historischen Hintergrund. Möchten wir diese Tradition fortsetzen? Der Name lässt befürchten, dass es eine Veranstaltung mit schwarz-rot-goldenen Anstrich wird. Ganz im Sinne der

45 Forderung unseres Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel auf den Juso-Bundeskongress 2011
nach einem „neuem Patriotismus“. Wir brauchen keinen „neuen Patriotismus“, sondern einen
Kampf gegen Patriotismus und jede andere Form von Nationalismus. Wir nehmen
ausgrenzendes Ungleichwertigkeitsdenken nicht hin, sondern kämpfen für grenzenlose
Solidarität. Ein "Wir-gegen-die Anderen"-Denken wird es mit uns nicht geben. Wir setzen
50 uns für eine Überwindung des Konstrukts der Nation ein. Auch ein Deutschland, das
behauptete, gelernt zu haben und daher überlegen sei – „man“ also wieder stolz sein könne –,
lehnen wir ab. Die neue nationalistische „Unverkrampftheit“ bei den letzten
Fußballmeisterschaften sehen wir enorm kritisch. Der damit verbundene ansteigende
Alltagsrassismus gibt uns leider Recht. Von daher ist der Vorwurf, Vaterland verratende
55 Gesell_innen zu sein, für uns ein Kompliment, wie er es für alle Sozialdemokrat_innen sein
sollte. Wir fordern ein kritisches und emanzipatorisches Feiern des Jubiläums! Für uns bleibt
die Internationale unser Lied, nicht die Nationalhymne! Wir wollen, dass der Festakt
umbenannt wird.

Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband „Deutsche Burschenschaften“

Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ und dem Dachverband VdS

- 5 (1) Der Bundesvorstand der JungsozialistInnen in der SPD wird aufgefordert, alle notwendigen Vorbereitungen und Schritte zu unternehmen, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zur Herbeiführung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses bezüglich einer
- 10 Mitgliederschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und ihren Arbeitsgemeinschaften und der Mitgliedschaft in einer, in dem Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ organisierten Burschenschaften und VdSt organisierten Burschenschaften und Verbindungen anzustreben.

Digitale Spartenkanäle erhalten. Für eine kreative Fernsehlandschaft kämpfen.

- Der Programmauftrag öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist klar umrissen: Information, Bildung und Unterhaltung sind die Grundsätze, auf deren Basis Sendungen von ARD und ZDF zu gestalten sind. Als Folge der Etablierung privat-rechtlicher Rundfunkanstalten in Deutschland, stetig expandierender Programmangebote und eines daraus resultierenden Verlusts der einstigen Monopolstellung öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten, befindet sich deren Programm seit 1984 in einem Spannungsverhältnis von Qualität und Quote. Die Herausforderung, mit der Ausstrahlung qualitativ hochwertiger Formate ein möglichst breites Publikum zu erreichen, hat durch das zukünftige Leitmedium Internet sowie auf Grund der Digitalisierung des Rundfunks, neue Dimensionen erreicht. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache lässt sich die Skepsis der Programmverantwortlichen gegenüber experimentellen Stoffen und innovativen Formaten erklären, die eher selten an exponierter Stelle im Hauptprogramm platziert sind.
- 15 Einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der kreativen Fernsehlandschaft in Deutschland leisten die Programme digitaler Spartenkanäle. „Nischenprogramme“ wie *ZDF_neo* oder *Einsfestival* bieten innovative Fernsehunterhaltung auf hohem Niveau und richten dabei ihre Perspektive auf junge Zuschauer. Auch dort gelten die Grundsätze Information, Bildung und Unterhaltung. Ohne Quotendruck ergibt sich jedoch die Möglichkeit, unkonventionelle und spezielle Themen in unterschiedlichen Formaten gezielt aufgreifen zu können. So stellt beispielsweise *ZDF_neo* die Plattform der Sendung „TVLab“ dar, die dem Publikum eine vollkommen neue Partizipationsform der Fernseh-Rezeption erschließt. Zuschauer können hier direkten Einfluss auf die Programmgestaltung nehmen.
- 25 Die Existenzberechtigung der digitalen Spartenkanäle von ARD und ZDF wird ungeachtet dessen regelmäßig von verschiedener Seite zur Debatte gestellt. Wir Jusos fordern an dieser Stelle zu einem medienpolitischen Umdenken auf. Qualität und Quote sind nur dann miteinander vereinbar, wenn eine Grundlage für anspruchsvolle Sendungen besteht! Programmverantwortliche wie Politiker müssen erkennen, dass einseitige Einsparmaßnahmen zu Lasten dieser Kanäle die Attraktivität des Mediums Fernsehen massiv beschädigen würden.
- 30

Ernährungspolitik

5 Laut aktuellem Report der Welternährungsorganisation (FAO) wächst der Hunger weiter an. Täglich sterben, so der Welternährungsbericht 2011, 37.000 Menschen an den Folgen des Hungers und über eine Milliarde Menschen sind unterernährt. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren.

10 Als die Hungerkrise verschärfender Trend ist das massive Ansteigen der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren auszumachen, welches sich vor allem durch die Spekulation mit Nahrungsmitteln, die Zunahme von Ernteaussfällen wegen klimatischer Extremereignisse, den steigenden Fleischkonsum und die Flächenkonkurrenz mit dem „Agrarsprit“ erklären lässt. Während einige größere Staaten die Folgen der Lebensmittelpreissteigerungen abfedern können, rutschen gerade Entwicklungs- und Schwellenländer, da sie meist stark vom Import abhängig sind, weiter in die Armutsfalle, so der Bericht der FAO. Vor allem der Aufkauf von fruchtbaren Flächen in Entwicklungsländern durch reiche Staaten, Privatpersonen oder 15 Fonds, etwa zu Anbau von Gen-Soja für die Massentierhaltung der Westlichen Staaten oder zum Anbau von Agrarpflanzen zur Produktion von Bio-Kraftstoffen trägt zu einer Verschärfung des Hungers bei. Gleichzeitig besagt der Bericht, dass die Landwirtschaft heute problemlos 9 bis 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Hunger also kein Problem der Knappheit, sondern ein Problem der Verteilung sowie der verfügbaren Kaufkraft ist. Kurz 20 gesagt: Die derzeitigen Ernährungsstrukturen sind alles andere als nachhaltig.

Für uns Jusos spielt Nachhaltigkeit auch im Bereich Ernährung eine große Rolle für eine gerechte Gesellschaft. Auf dem Weg zu Lösungsansätzen wollen wir auf die aktuell bestehenden Probleme aufmerksam machen und Zusammenhänge aufzeigen. Wir wollen 25 Lösungen finden, die sowohl den weltweiten Überfluss als auch Mangel an Lebensmitteln lindert.

Wir wollen mit diesem Antrag einen Prozess starten, hin zu einer weltweit gerechten und nachhaltigen Ernährungspolitik. Unser Forderungskatalog besteht aus kurzfristigen und 30 langfristigen Forderungen. Eine koordinierte Umsetzung dieser Forderungen wird dazu führen, dass wir eine gerechte und nachhaltige Ernährungspolitik verwirklichen können.

1. Ungerechter Zugang zu Lebensmitteln

35 Untersucht man die Ursachen für den weltweiten Überfluss als auch den Mangel an Lebensmitteln, so wird schnell klar, dass die Probleme von Menschen gemacht sind und somit auch von Menschen gelöst werden können.

Geiz ist Geil

40 In einer Gesellschaft, in der Geiz geil ist und Jede und Jeder für sich selber kämpft, wird wenig über die Auswirkungen des eigenen Handelns und Konsumierens nachgedacht. Der Herstellungsprozess mit seinen Arbeitsbedingungen und die Qualität stehen im Hintergrund solange das Produkt wenig kostet. Wer wenig verdient, hat dabei selten die Wahl und oft nur 45 Zugang zu weniger Qualität.

Hunger

50 Mangelernährung ist ein großes Problem in der Ernährungspolitik, dabei unterscheiden wir qualitative Mangelernährung (Fehlernährung) und quantitative Mangelernährung (Unternährung) beide stehen in engem Zusammenhang mit Armut. Als Fehlernährung bezeichnen wir den Mangel an bestimmten für den Körper notwendigen Nährstoffen, Vitaminen etc. Grund dafür ist zum Beispiel eine unausgewogene Ernährung, diese kann zu schweren Erkrankungen führen.

55 Bei der Unterernährung werden zu wenig Lebensmittel zu sich genommen, diese kann besonders bei Kindern die körperliche und geistige Entwicklung hemmen und die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten fördern, die zum Tode führen können.

60 Verteilung von Lebensmitteln

Die Gründe für diese ungerechte Verteilung von Lebensmitteln sind vielfältig. Vor allem die OECD- Staaten tragen mit ihrem Agrardumping einen großen Teil der Verantwortung. 2008 förderten sie ihre einheimischen Landwirtschaften mit insgesamt 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen. So sind selbst in Afrika Früchte aus vielen OECD-
65 Staaten günstiger zu erwerben als die afrikanischer Bäuerinnen und Bauern. Diese haben so nicht die geringste Chance aufs Existenzminimum zu kommen. Hinzu kommt die Auslandsverschuldung der afrikanischen Staaten, hervorgerufen einerseits durch Agrardumpings, andererseits durch die Strukturanpassungsprogramme.

70 Die Politik des Weltwährungsfonds IWF zerstört die Nahrungsmittelsouveränität in diesen Ländern, durch Förderungen der Exportlandwirtschaft, um Deviseneinkünfte zu erzielen, damit die ärmsten Länder ihre Schulden bei den großen internationalen Banken bedienen können. Doch wo Baumwolle für den Export angebaut wird, kann Essen angebaut werden,
75 um den Hunger zu stillen. Zusätzlich ist es für Hedge-Funds oder Großbanken einfach, mit Spekulationen auf den Agrarrohstoffmärkten schnell Profit zu machen. Als Folge steigen die Grundnahrungsmittelpreise und mit ihr auch die Verteilungsungerechtigkeit, da Lebensmittel so zum „Luxusprodukt“ werden. Laut dem Welternährungsindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO sind die Preise für Mais in den
80 letzten 18 Monaten um 73 Prozent gestiegen, für Reis um 64 Prozent und für Getreide um 110 Prozent (Stand 2011).

Verteilung von Wasser

85 2010 hat der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution beschlossen, die das Menschenrecht auf Wasser und Sanitäranlagen erklärt. Ein erster Schritt um weltweit auf die Trinkwasserprobleme aufmerksam zu machen.

90 Die Wasserknappheit in vielen Regionen der Erde ist ein akutes Problem. Laut Weltagrарbericht sei genügend Trinkwasser für die Lebensmittelproduktion vorhanden, doch Wasserknappheit ist die Folge aus Übernutzung, Verschwendung und Vergiftung durch die derzeitigen Formen der Wasserbewirtschaftung.

95 Der größte Anteil des Trinkwassers wird für die Landwirtschaft aufgebracht. Rund 40% aller Lebensmittel sind laut Weltagrарbericht auf künstlich bewässerten Flächen angebaut. Besonders kritisch ist dabei die Wüstenbewässerung. Vielen Gewässern wird zu viel Wasser

entnommen, z.B. durch den Anbau von Mais und Baumwolle in trockenen Gegenden, sodass sie ihren Wasserstand nicht halten können. Folgen daraus sind Austrocknung von Gewässern, Zusammenbruch von Fischerei sowie Wasser- und Bodenverunreinigungen die zu chronischen Erkrankungen führen können.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Wasser für die Landwirtschaft ist ebenso ungleich verteilt wie der zu Lebensmitteln und Grundbesitz. In der Landwirtschaft gibt es zudem eine Umverteilung von virtuellem Wasser, also dem Wasser, welches zur Erzeugung von Produkten aufgewendet wird, von unten nach oben. So fließt das Wasser aus Entwicklungsländern in großem Maße in die Fleischproduktion der Industriestaaten.

Wasser ist einer der wichtigsten Rohstoffe. Das macht den Handel mit Wasser für private Unternehmen besonders interessant. Obwohl es häufig sauberes Trinkwasser aus dem Wasserhahn gibt, ist Mineralwasser oder Limonade aus Flaschen nicht nur in Europa eine Selbstverständlichkeit, doch auch hier wird teilweise Trinkwasser aus Gebieten abgefüllt, in denen die Bewohner keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Auch die Versorgung mit sauberem Trinkwasser aus Leitungen wird zunehmend zur Ware. Viele verschuldete Kommunen sehen in der Privatisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung eine schnelle Geldquelle um Schulden abzubauen. Doch den Preis zahlen die Einwohnerinnen und Einwohner in den Gebühren wieder drauf. Die großen Unternehmen haben dabei selten Interesse an der Instandhaltung der Infrastruktur, Chlor ist als Reinigungsmittel eine kostengünstige Alternative, aber die Wasserqualität sinkt und somit steigt das Erkrankungsrisiko. Viele Städte und Kommunen steuern deshalb hin zu einer Rekommunalisierung der Wasserversorgung.

Sauberes Trinkwasser ist zentral für unser Überleben und steht bei der falschen Wasserbewirtschaftung nicht unbegrenzt zur Verfügung. Drohender oder existierender Wassermangel führt unweigerlich zu Krisen zwischen Staaten und Menschen.

Rolle der Lebensmittelindustrie

Rund um die Nahrungskette hat sich weltweit eine Nahrungsmittelindustrie entwickelt. Während bei der Eigenversorgung stets darauf geachtet wird, tatsächlich nur das, was tatsächlich nachgefragt oder benötigt wird, anzubauen, geht die Nahrungsmittelindustrie eher den Weg, künstlich ein Warenüberangebot zu schaffen, um einerseits Marktanteile zu sichern und andererseits Preise zu kontrollieren. So folgt die Nahrungsmittelindustrie stets dem kapitalistischen Ideal der Gewinnmaximierung und des Wettbewerbes um mehr Kunden. Hieraus haben sich industrielle Anbaumethoden entwickelt, die diesen Trend verschärft haben. In diesem Markt können nur die Größten und Stärksten überleben, was zu einem Oligopol in der weltweiten Nahrungsmittelindustrie geführt hat. Wenige Unternehmen regeln hier den Markt unter sich (in Deutschland unter anderem Tchibo Holding AG, Nestlé Gruppe, Dr. August Oetker KG, Procter&Gamble, Unilever, Coca-Cola Organisation, Henkel, Cobana Fruchtring, Kraft Foods, InBev).

Da der ideelle Wert der Lebensmittel zunehmend verloren geht, ergänzt sich das Verhalten der Konsumenten immer mehr mit den Produzenten, so dass die Problematik in unserer Überflussesgesellschaft immer weiter befördert und verschärft wird. Dies spiegelt sich sowohl in den Supermärkten, bei denen Woche für Woche Tonnen überschüssiger Nahrung vernichtet wird als auch im eigenen Haushalt, wo die Lebensmittelvorräte anschwellen und

bei Bedarf entsorgt werden.

150 Dabei wird vom Verbraucher verkannt, dass sein Handeln auch Folgen für den Anbau und
die Tierhaltung hat. Die industrielle und damit extensive Anbaumethode ist maßgeblich
verantwortlich für Bodenerosionen, Wasserverschmutzung- und Verknappung sowie die
Zerstörung natürlicher Lebensräume von Pflanzen und Wildtieren. Etwa 75 Prozent der
weltweiten Entwaldung lässt sich auf die Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen
zurückführen. Zudem hat die exzessive Landwirtschaft einen hohen Wasserverbrauch,
155 wodurch ganze Regionen von künstlich hervorgerufenen Dürren geplagt werden.
Beispielsweise wird im trockenen Andalusien das Grundwasser legal sowie illegal angezapft,
um Europa und die Welt mit Gemüse und Obst zu versorgen. Die Folgen sind eine drohende
Verwüstung Spaniens. Zudem werden die Böden mit dem Einsatz von chemischen Dünge-
und Pflanzenschutzmitteln, das übermäßige Pflügen und den exzessiven Monokulturen stark
160 belastet und ausgelaugt.

Der Pro-Kopf-Jahresfleischverbrauch ist in Deutschland seit 1950 von etwa 26kg auf über
60kg im Jahr 2010 gestiegen und soll nach OECD-Studien innerhalb der nächsten Jahre auf
über 70kg ansteigen. Durch die mangelnde Nachfrage nach höherwertigen und damit teureren
165 Fleischprodukten, nimmt die Produktion von günstigen Fleischprodukten immer weiter zu.
So kommt es, dass analog zu den Monokulturen der hohe Fleischkonsum in den
Industriestaaten dazu führt, dass immer mehr Mastanlagen und Massentierhaltungen
entstehen. Hier muss man sich über die Folgen solcher Entscheidungen auch Gedanken
machen, denn zur Herstellung von einem Kilogramm Rindfleisch werden rund 15.000 Liter
170 Wasser benötigt. So gern wir uns an Fleischprodukte gewöhnt haben, so nötig ist es, einen
öffentlichen Diskurs über die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des
aktuellen Fleischkonsums zu führen.

Ungleiche Verteilung der Nutzflächen

175 Der unbändige Lebensmittelkonsum führt dazu, dass wir zu jeder Jahreszeit alle Lebensmittel
zur Verfügung haben wollen: Erdbeeren im Winter oder Tomaten und Paprika das gesamte
Jahr über. Wo diese Waren herkommen und unter welchen Bedingungen sie angebaut werden
ist für die KonsumentInnen oftmals nicht ersichtlich. Somit beherrscht der
180 Lebensmittelkonsum der EU sowie der Industriestaaten weite Teile der weltweiten
Nahrungsmittelproduktion

Dies hat unter anderem zur Folge, dass Pflanzen mit hohem Wasserbedarf in potenziell
wasserarmen Regionen angebaut werden, damit sie in unserer Klimazone das ganze Jahr über
185 verfügbar sind. Spätestens an diesem Punkt müssen wir uns die Frage stellen, wie hier ein
Gleichgewicht wiederhergestellt werden kann. Dazu können zum einen für die
KonsumentInnen transparente Produktionsprozesse, verstärkte Aufklärung oder auch die
Verlagerung von Anbausubventionen für Pflanzen, die ursprünglich nicht in unserer
Klimazone wachsen hin zu einer Subventionierung von solchen Pflanzen, die an das spezielle
190 Klima angepasst sind, dienen. Am Ende müsste sichergestellt sein, dass der Ertrag nicht in
einem Missverhältnis zu den verbrauchten Ressourcen steht.

EU-Agrarpolitik

195 Durch die EU-Agrarpolitik nehmen wir aktiv Einfluss auf die weltweite

Nahrungsmittelproduktion. Während wir durch die Agrarsubventionen beispielsweise bei Fleisch, Zucker oder im Bereich der Hülsenfrüchte unseren EU-Binnenmarkt gegenüber Importen aus Entwicklungs- und Schwellenländern abschirmen, berauben wir mit den Exportsubventionen gleichzeitig vielen Menschen in diesen Ländern ihre Existenzgrundlage. Da Kleinbauern und lokale Lebensmittelproduzenten preislich nicht mit den Importprodukten konkurrieren können, wird ihnen so der Zugang zu den eigenen lokalen Märkten beraubt. Sie werden folglich gezwungen – sofern sie Zugang zu den Vertriebswegen erhalten – die Produkte anzubauen, für die in der EU einen Importbedarf besteht. Doch meist bleiben diese Vertriebswege nur lokalen Großbauern oder multinationalen Produzenten offen, was dazu führt, dass Kleinbauern und lokale Lebensmittelproduzenten ihrer Existenzgrundlage gänzlich beraubt werden. Folglich entsteht in diesen Ländern eine massive Abhängigkeit an Nahrungsmitteln aus der EU – eine Selbstversorgung wird verhindert. Wir zementieren mit unserer EU-Agrarpolitik somit die Armut in diesen Ländern.

210

Verteilung von Agrarsubventionen der EU

Die Europäische Union fördert den Agrarsektor über Subventionen aus Steuergeldern. Diese sind für viele Familienbetriebe überlebensnotwendig, um überhaupt mit den Weltmarktpreisen zu konkurrieren. Die Subventionen werden unabhängig von der Art der Bewirtschaftung vergeben, sei es Massentierhaltung oder gar in den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Die Offenlegung der Subventionsempfangenden war lange nicht gewollt, denn zu den im großen Maße Geförderten gehörten nicht die kleinen Landwirtschaftsbetriebe sondern große Unternehmen.

220

RWE zum Beispiel erhielt Förderung für den Kauf von Ackerflächen für den Braunkohletagebau und kassierte für die spätere Rekultivierung erneut ab. Durch den Transport subventionierter Lebensmittel über Binnengewässer hinaus, fließen sogar EU-Subventionen in das Catering auf Kreuzfahrtschiffen oder in Flugzeugen. Deutlich mehr als bäuerliche Betriebe profitiert auch der alte Landadel in großem Maße von den Subventionen aus Steuergeldern. Die Offenlegung der Subventionen empfangenden Betriebe und Unternehmen war eine wichtige Entscheidung um den Verbleib der Subventionen nachzuvollziehen, doch die veröffentlichten Listen geben keinen Hinweis darauf, wofür die Förderung gezahlt wurde.

230

Agrarsprit und Spekulationen um Lebensmittel

Durch die Subvention von Agrarsprit (im Volksmund: Biosprit) wird ein unnötiger Wettbewerb zwischen den Nutzpflanzen ausgelöst. Die Pflanzen, aus denen Agrarsprit gewonnen wird, können nur auf nährstoffreichen Böden angebaut werden und verdrängen dort Nahrungsmittelpflanzen. Dadurch verteuert sich der Preis der Nahrungsmittelpflanzen künstlich – Spekulationen mit diesen Nahrungsmitteln treiben die Preise weiter an. Dies führt zu einer künstlichen Nahrungsmittelvertéuerung und -verknappung. Dadurch besteht die Gefahr, dass nicht mehr genug Anbauflächen für die weltweite Nahrungsversorgung bereit stehen. Die Subventionen bieten Landwirten auch den Anreiz, eine Monokultur einzuführen.

240

2. Ist Gentechnik der Ausweg?

In den letzten Jahren ist die Gentechnik immer mehr in den öffentlichen Fokus gerückt, sei es im Bereich der Insulinherstellung, bei der Tierzüchtung oder in der Lebensmittelindustrie. Unter Gentechnik versteht man ein Verfahren aus der Biotechnologie, bei dem gezielte

245

Eingriffe in das Erbgut (Genom) und damit in die Lebensgrundlage eines jeden Lebewesens erfolgen. Ziel ist es, durch die Rekombination der DNA gentechnisch veränderte Organismen (GVO) herzustellen. So sollen besondere Eigenschaften eines Lebewesens entweder
250 hervorgehoben oder unterdrückt werden. Somit wird bei der Gentechnik nicht nur der Eingriff in die DNA im Reagenzglas als auch an lebenden Organismen vollzogen sowie gezielte veränderte DNA in lebende Organismen eingepflanzt.

Bei der öffentlichen Diskussion wird oft vernachlässigt, dass es verschiedene Bereiche der
255 Gentechnik gibt. Obwohl es große Gemeinsamkeiten zwischen den verwendeten Methoden gibt, wird speziell nach folgendem Anwendungsbereich differenziert:

Rote oder Gelbe Gentechnik

260 Die Rote oder Gelbe Gentechnik findet Ihre Anwendung bei Organismen mit rotem Blut – beispielsweise bei Wirbeltieren – oder an Zellen aus diesen Organismen. Sie wird vermehrt in der Medizin und in der Pharmaindustrie beispielsweise bei der pränatalen Diagnostik oder in der Gentherapie eingesetzt. Bei der Gentherapie wird versucht, Krankheiten, die durch defekte Gene verursacht werden, durch den Austausch genau dieser Gene zu heilen.

265 Einen Grenzfall stellt das Klonen von Nutztieren dar. Am Beispiel des Schafes „Dolly“ gibt es immer noch eine Diskussion bei den Gentechnikbefürwortern, ob es sich dabei um Grüne oder Rote Gentechnik handelt.

270 Weiße oder Graue Gentechnik

Die Weiße oder Graue Anwendung bei Industrieprozessen, bei der durch die Herstellung von bestimmten Verbindungen aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen ein Katalysator entstehen soll. Die Graue Gentechnik findet speziell in der Abfallwirtschaft ihre Anwendung.
275 Hier können Biokatalysatoren beispielsweise biochemische Reaktionen katalysieren und neue Stoffwechselprodukte herstellen.

Grüne Gentechnik

280 In den letzten Jahren ist die Gentechnik vermehrt als Grüne Gentechnik wahrgenommen worden. Die Grüne Gentechnik – Auch Agrogentechnik genannt – wird vorwiegend in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie eingesetzt mit dem Ziel, den Ertrag der Pflanzen zu steigern.

285 Weit verbreitet ist die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft, um eine Herbizid Resistenz zu erreichen. Im Fokus der Gentechnik-Forscher sind aber auch beispielsweise nährstoffangereicherte, schadstoffabsorbierende oder dürreresistente Pflanzen. Deren Anwendung ist aber höchst umstritten.

290 2.1 Fokus grüne Gentechnik

Auf Grund der aktuellen öffentlichen Diskussion werden wir im Weiteren den Fokus auf die Grüne Gentechnik legen, da sie unmittelbar mit den aktuellen Problemen und Ereignissen in der Nahrungsmittelproduktion in Verbindung steht. Dabei ist es notwendig, vorab sich
295 Gedanken über die Pros und Contras zur Grünen Gentechnik zu machen.

2.1.1 Argumente der BefürworterInnen

300 Befürworter der Grünen Gentechnik geben als Hauptargument die Möglichkeit, durch Genpflanzen den Hunger weltweit zu bekämpfen. So sollen mit Hilfe der Grünen Gentechnik die Ernteerträge und dadurch die Produktivität pro Anbaufläche deutlich erhöht werden.

305 Mit der so genannten "Grünen Revolution" soll die Züchtung von Pflanzen gefördert werden, die resistent ist gegenüber Schadorganismen. Denn über 50 Prozent der weltweiten Ernte fällt dem Befall durch Schadorganismen wie Pilzen und Insekten zum Opfer. Weiter sollen Pflanzensorten mit einer Dürre- und Salztoleranz gezüchtet werden. Somit sollen auch Wüsten und wüstenartige Regionen bewirtschaftet werden können. Weitere Argumente sind der verminderte Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel bei Monokulturen sowie die verminderte Bodenerosion durch die pflanzliche Herbizid-Toleranz.

310 Ein Verbot der Gentechnik könne zur Folge haben, dass Forschungsinvestitionen von Unternehmen in Deutschland unterbleiben. Das würde wiederum zur Folge haben, dass die Forschung und Entwicklung der Produkte und deren Produktion ins Ausland und mit ihnen Arbeitsplätze abwandern.

315

2.1.2 Kontra Grüne Gentechnik

320 Gegner der Grünen Gentechnik bezweifeln, dass durch Genpflanzen der Hunger weltweit zu bekämpfen sei. Sie kritisieren, dass Wissenschaftler verhängnisvoll „Gott spielen“, obwohl es genug konventionelle Alternativen gibt.

Kein Kampf gegen den Welthunger

325 Entgegen der Behauptung der Gentechnik-Befürworter hat weder der UN-Weltnahrungsrat noch das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages bestätigt, dass Gentechnik den Welthunger lindern könne. Vielmehr wird immer deutlicher, dass es bereits jetzt konventionelle Pflanzensorten gibt, die dieselben Eigenschaften wie gentechnisch veränderte Produkte haben.

330 Beispielsweise habe die Gentechnik-Kartoffel Amflora von BASF ähnliche Resistenzgene gegen therapeutisch wichtige Antibiotika wie beispielsweise die konventionellen Kartoffelsorte "Eliane".

Forschungsgelder gehen in die falsche Richtung

335

Unter dem Vorwand, die Grüne Gentechnik zu fördern um den Welthunger zu lindern, werden jährlich unnötige Fördergelder in die Erforschung neuer Gentechniken investiert. Sinnvoller investiert wäre das Geld in der Forschung nachhaltiger Anbaumethoden. Hier sind vor allem Pflanzen gefragt, die sich an die lokalen klimatischen und geologischen Bedingungen anpassen oder bereits angepasst sind.

340

Grüne Gentechnik und ihre Risiken sind nicht beherrschbar - Kontrollen bringen nichts

345 Die von der Politik geforderten besseren Kontrollen von Gensaat sind der verzweifelte Versuch, den Fehler, die Erprobung und Erzeugung von gentechnisch veränderten Pflanzen,

350 einzudämmen. Als Spielball der Multinationalen Unternehmen ist die Politik gefangen
einerseits in der selbstverschuldeten Abhängigkeit der Lebensmittelindustrie-Lobby und
andererseits in der Vertrauenskrise der großen Politik. Dem öffentlichen Druck beugend
werden dann kurzfristige Entscheidungen getroffen, wie das Verbot von Genmais MON810
sowie die Errichtung von gentechnikfreien Zonen.

355 Bereits beim niedersächsischen Pioneer-Skandal im Juni 2010 wurde deutlich, dass
Kontrollen nichts bewirken können. Obwohl es für die gesamte EU ein Anbauverbot für
Gentechnikprodukte gibt, hat das Unternehmen Pioneer damals Landwirte mit Genmais
beliefert.

360 Es ist zentrale Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass die Interessen der Menschen und
nicht der Gentechnik-Industrie berücksichtigt werden. Hier muss ein klares Bekenntnis gegen
Grüne Gentechnik ansetzen und nicht der Ansatz gewählt werden, gentechnikfreie Regionen
einzuführen.

365 **Monopole Entscheiden und verdrängen Wettbewerb - Verdrängungen und Monokulturen**

Der globale Wettbewerb und der dadurch entstehende Druck, eine nationale sowie
internationale Dominanz aufzubauen, stehen in der Lebensmittelindustrie vor dem Prinzip
einer nachhaltigen Entwicklung. Dieser selbst auferlegte Wettbewerbsdruck hat eine Stufe
erreicht, dass keine Zeit für eine nachhaltige Forschung – die natürlich zeitintensiver ist –
370 mehr aufzubringen ist. Zeit und Gelddruck fordert immer schnellere Entwicklungen und so
kommt die Grüne Gentechnik als Heilsbringer immer mehr ins Spiel.

Diese Tendenzen greifen stark auf Entwicklungs- und Schwellenländer über, die Abhängig
von Nahrungsmittelexporten in die Industriestaaten sind. Somit verdrängen Monokulturen
375 immer mehr Kleinbauern in diesen Ländern - folglich sind selbst auch Kleinbauern in der
misslichen Situation, sich den neuen Heilsbringern zu ergeben – sprich auf Gen-Pflanzen zu
setzen. Dies bringt sie in eine unüberwindbare Abhängigkeit durch die Patentrechte der
Firmen, die sich nicht nur auf das Saatgut, sondern weiter auf in Kombination patentierte
Düngemittel sowie Herbi- und Pestizide ausweitet. Es findet eine systematische Ausbeutung
380 und Verdrängung von Kleinbauern auf Grund der hohen Kosten der patentierten Produkte
sowie der langfristigen Verträge statt.

Folglich erleben wir in der Landwirtschaft der Entwicklungs- und Schwellenländern die
zunehmende Entwicklung hin zur Konzentration auf profitbringende Pflanzen wie
385 Baumwolle, Mais, Raps und Soja, die weltweit 99% der gentechnisch veränderten Gewächse
ausmachen. So verdrängen die Monokulturen und nun auch die Gentechnik die Artenvielfalt
vor Ort.

390 Und so schießt sich der Kreis, dass mittlerweile sechs Unternehmen, die eigentlich in der
Chemie-Industrie angesiedelt sind, den Markt gentechnisch manipulierter Pflanzen
beherrscht: Monsanto, Syngenta, Bayer, BASF, Dow und DuPont/Pioneer.

Bedrohung für Flora und Fauna

395 Die größte Bedrohung bei der Grünen Gentechnik ist die Vermengung von konventionellen
und gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Pollen. Für viele Experten ist eine

Vermischung normaler Feldpflanzen mit gentechnisch veränderten Pflanzen unausweichlich, wodurch der Wunsch nach gentechnikfreien Zonen obsolet wird. Besonders insektenresistente Gentechnik-Pflanzen könnten die Biodiversität und Flora gefährden. Denn werden Bienen (aber auch andere Insekten) daran gehindert, ihren Pollenflug zu beenden, so wird die Blütezeit – was ihre Wirkung für das Gleichgewicht in der Natur angeht – massiv gestört.

Vergleichbar mit unzähligen Parallelbeispielen, bei denen Fremdlebewesen nach Einschleppung in intakte Ökosysteme, könnten hier gentechnisch veränderte Pflanzen konventionelle Pflanzen verdrängen und sich stark vermehren, da sie nicht dieselben natürlichen Feinde haben. Bekannt ist auch, dass durch Pollenflug von gentechnisch veränderten Pflanzen sich mit konventionellen auskreuzen können. Die langfristigen Wirkungen oder Schädigungen der Umwelt oder der Einfluss auf Mensch und Tier sind noch gar nicht erst erforscht.

Erste Forschungsergebnisse, wie die vom ungarischen Wissenschaftlers Arpad Pustai, belegen, dass Nahrung aus Genpflanzen Gendefekte und Krebs bei Mäusen auslösen können. Die Gen-Lobby bestreitet und vertuscht diese Ergebnisse vehement mit massiven Medienkampagnen. Weitere Studien hätten zudem ergeben, dass der Verzehr von gentechnisch veränderten Pflanzen gesundheitsschädigend auch bei Säugetieren sein könne.

2.2 Aktuelle Gesetzeslage

In den USA, in Kanada und Argentinien ist der Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen nahezu uneingeschränkt möglich.

In Europa ist der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen weitestgehend erlaubt. Es bedarf aber der Zulassung nach der „Freisetzungsrichtlinie“ sowie der „Lebens- und Futtermittelordnung“. Jedoch wurde bis heute kein Antrag abgelehnt.

In Deutschland gilt trotz des Gentechnikgesetzes von 2008, dass – laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes - auch unbeabsichtigt gentechnisch manipulierte Pflanzen, die ausgesät wurden – umgehend vernichtet werden müssen, um eine weitere Kontamination zu verhindern. Bislang bleiben aber die Landwirte auf den Kosten sitzen.

EU-weite Einheitlichkeit der Gesetzeslage

Seit 1990 gibt es in Deutschland ein Gentechnik-Gesetz. Dies soll neben dem Schutz der Umwelt und Gesundheit einen rechtlichen Rahmen für die Erforschung, Entwicklung, Nutzung und Förderung der Gentechnik schaffen. Die Grundsätze, aber auch einzelne Verfahrensregeln sind durch EU-Richtlinien vorgegeben. Das Gentechnik-Gesetz setzt also die Richtlinien zur „Anwendung von gentechnisch veränderten Mikroorganismen in geschlossenen Systemen“ und die Richtlinie über die "absichtliche Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt" um. Für den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen gelten in allen EU-Mitgliedstaaten die gleichen Rechtsvorschriften.

Das Gesetz setzt einerseits die Vorgaben bezüglich des Umgangs mit gentechnisch Veränderten Organismen in Laboren für Forschung, Entwicklung oder Analytik, sowie auch in Produktionsanlage um. Diese bezeichnet man als geschlossene Systeme.

450 Andererseits regelt es die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen. In den letzten Jahren wurden die Bestimmungen gentechnischen Arbeiten in Labore oder Produktionsstätten betreffend immer wieder gelockert oder gar ganz abgeschafft. Bei gentechnisch veränderten Pflanzen dagegen wurden sie immer strenger, komplizierter und aufwändiger.

455 **Umsetzung der Europäischen Richtlinie zur „Anwendung von gentechnisch veränderten Mikroorganismen in geschlossenen Systemen“ im deutschen Recht**

So sind seit 2008 gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 1, also Gentechnisch veränderte Organismen "ohne Risiko" bei den zuständigen Länderbehörden nur noch anzuzeigen. Auch für die gentechnische Arbeiten der Sicherheitsstufe 2 ("geringes Risiko") wird nur noch die Anmeldung vorausgesetzt. Eine Wirkliche Kontrolle über im Labor entstehende „Produkte „ist so nicht wirklich möglich.

Umsetzung der Europäischen Richtlinie über die "absichtliche Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt" im deutschen Recht

465 Besteht also der Wille, gentechnisch veränderte Pflanzen „frei zu setzen“, muss dies laut EU Richtlinie von der zuständigen Behörde, in Deutschland vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit genehmigt werden. Dabei gilt, dass jede Pflanze die freigesetzt werden soll, einzeln betrachtet und bewertet werden muss. Nur wenn nach dem Stand der Wissenschaft keine „unvertretbaren schädlichen Einwirkungen“ - also
470 zum Beispiel eine Auskreuzung des veränderten Gens - zu erwarten sind wird eine Genehmigung erteilt. Oft wird die Genehmigung nur unter bestimmten Auflagen erteilt. Solche Auflagen sollen die Verbreitung der Pflanze in der Umwelt verhindern. Eine völlige Abschirmung des Versuchs gegenüber der Umwelt ist aber rein technisch, trotz Zäune oder Netze, um Tiere abzuhalten, Abstandsflächen oder „Fängerpflanzen“, die Pollen sammeln,
475 nicht möglich.

Konkret bedeutet dies, dass zwar im Labor oder Gewächshaus schon erste Daten über Verhalten und Eigenschaften der neuen Pflanze gewonnen werden können, doch sich erst im Freiland zeigt, ob die Pflanze tatsächlich "funktioniert" und ihren Zweck erfüllt, oder ob sie
480 sogar eine schädigende Wirkung für die Umwelt besitzt. Um dies abschätzen zu können, kann man anfangs nur auf Erfahrungen mit ähnlichen Pflanzen oder Merkmalen und auf biologisches Grundwissen zurückgreifen. Daher wird von Beginn an bei jeder Freisetzung in Testreihen untersucht, ob die Pflanze mit ihrem neuen Merkmal Tiere und Pflanzen schädigt, die Umwelt belastet oder die Bodenfruchtbarkeit mindert.

485 **Weiterverarbeitung gentechnisch veränderter Pflanzen nach dem Europäischen Zulassungsverfahren**

490 Doch auch die Weiterverarbeitung von gentechnisch veränderten Pflanzen ist gesetzlich geregelt. So gibt es ein europäisches Zulassungsverfahren, in dem die Sicherheit des Produktes durch die Europäische Behörde für Lebensmittel bewertet wird und im Anschluss die EU-Kommission und der Lebensmittelausschuss über dessen Zulassung entscheiden. Zugelassen werden nur die Pflanzen, die keine nachteiligen Auswirkungen auf Mensch und Tier oder Umwelt haben. Auch dürfen die Pflanzen in ihrem Verzehr gegenüber
495 konventionellen Vergleichsprodukten nicht zu Ernährungsmängeln führen. Im Juli 2010 wurden darüber hinaus bereits 6 neue Genmaissorten für den Markt zugelassen, die aus den

USA stammen und in der EU verarbeitet, aber nicht angebaut werden dürfen.

500 Die Verbraucher dürfen nicht irregeführt werden, etwa durch das Verschweigen des gentechnisch veränderten Inhaltsstoffes, deshalb müssen alle Endprodukte unabhängig davon, ob der gentechnisch veränderte Organismus in den verarbeiteten Bestandteilen noch nachweisbar ist oder nicht als Lebensmittel mit gentechnischer Veränderung ausgewiesen werden.

505 Doch sind Lebensmittel mit geringfügiger Beimischung von dieser Richtlinie ausgeschlossen und ebenfalls solche Lebensmittel, deren Zutaten und Zusatzstoffe nicht aus, sondern mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden, wie Fleisch, Eier oder Milch von Tieren deren Futtermittel gentechnisch verändert war.

510 **2.3 Politische und gesellschaftliche Einordnung**

Wie sehen die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus, unter denen die aktuelle Diskussion um ein Pro oder Contra Gentechnik geführt wird.

515 **Brot für die Welt**

Die Befürworter der grünen Gentechnik sehen in ihr eine Möglichkeit zur Hungerbekämpfung. Eins ihrer Argumente ist die Ertragssteigerung, doch hängt der Ertrag einer Pflanze nicht nur von genetischen Voraussetzungen, sondern vor allem von
520 Umweltfaktoren wie Wasser- und Nährstoffverfügbarkeit ab. Diese sind aber in den am stärksten von Hunger betroffen Armutsgebieten meist knapp bemessen. Es ist durch Grüne Gentechnik also keine nennenswerte Verbesserung zu erwarten. Eher besteht - auch nach Meinung der Organisation Brot für die Welt - die Gefahr einer weiteren Verschärfung der Hungerproblematik. Daran schuld ist das Patent- und Lizenz-Recht für Gensaar.

525 Denn für viele Kleinbauern sind die Lizenzgebühren unerschwinglich, weil deren Produktion überwiegend für die eigene Ernährung und nicht für einen Markt bestimmt ist. Hinzu kommt, dass noch völlig unklar ist, welche Risiken von Genpflanzen ausgehen und wie unterernährte Menschen auf sie reagieren. Klar ist nur, dass auch die Entwicklungsländer gesetzliche
530 Regelungen benötigen, die ihre Konsumenten und die heimische Landwirtschaft vor den wirtschaftlichen Interessen multinationaler Saatgutunternehmen schützen und das es eine Alternative gibt: Nachhaltige Landwirtschaft. So hat eine Untersuchung von über 200 Projekten im Auftrag von „Brot für die Welt“ und Greenpeace ergeben, dass mit nachhaltigem Landbau unter Armutsbedingungen eine im Vergleich zum traditionellen
535 Regenfeldbau Ertragssteigerungen von 50 bis 100 Prozent möglich sind.

Züchtungsproblematik

Die reguläre Züchtung war in den letzten Jahrzehnten auf die Erhöhung des Produktionspotentials, gepaart mit Expansion und Spezialisierung, ausgerichtet. Der Landbau
540 ging somit in eine industrielle Richtung. Die Möglichkeit der genetischen Veränderung von Pflanzen wird von vielen in diesem Prozess als großer Fortschritt angesehen. Doch gerade diese bringen große Gefahren für Mensch und Umwelt mit sich.

545 Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen birgt die Gefahr, dass sich die neu hinzugefügten Gene ausbreiten und an wilde Verwandte oder Kulturpflanzen benachbarter

Felder weitergegeben werden. Durch diesen Prozess kann eine negative Beeinflussung des Ökosystems erfolgen, sowie auch durch die Wirkung der gentechnisch veränderten Lebensmittel auf sogenannte Nichtzielorganismen wie Nutzinsekten oder Bodenmikroorganismen. Hinzu kommt, dass durch die im gentechnisch veränderten Organismus gebildeten Inhaltsstoffe allergenes Potenzial hervorgerufen wird. Nicht zuletzt führen Auskreuzen der neuen Eigenschaft (horizontaler Gentransfer) auf andere Lebewesen des jeweiligen Biotops je nach der Art der übertragenen Eigenschaft ebenfalls zu negativen ökologischen Effekten.

555

Das Patentrecht untergräbt die öffentliche Forschung

Laut dem Europäischen Patentamt (EPA) ist "Das Patent ist ein Rechtstitel, der dem Patentinhaber das ausschließliche Recht verleiht, die patentierte Erfindung auf einem bestimmten räumlichen Gebiet für eine befristete Zeit zu benutzen, indem er andere u.a. von der Herstellung, dem Verkauf oder dem Gebrauch dieser Erfindung ohne seine Zustimmung ausschließen kann". In Europa haben nationale Patente europaweit denselben Status und dementsprechend dieselbe rechtliche Wirkung. Einmal erteilte Patente gelten für eine Laufzeit von 20 Jahren.

565

Seit Jahren vermehrt sich der Trend hin zur Patentierung von Gentechnik-Produkten. Bei der Grünen Gentechnik führt die Patentierung von Produkten dazu, dass auch Produkte, die das gentechnikveränderte Produkt veredeln sollen, unter diesen Patentschutz fallen. Hierzu zählen beispielsweise Düngemittel sowohl Herbi- und Pestizide.

570

Da sich das Europäische Patentamt von selbst finanziert – also über die Einkünfte aus Verfahrens- und Jahresgebühren für erteilte Patente – besteht natürlich zwischen dem EPA und Industrie eine enge Verflechtung und eine gegenseitige Schutzwirkung: Je mehr Patente erteilt werden, desto höher sind die Einkünfte der Behörde. Umgekehrt: Je mehr Patente auf Produkte eines Herstellers vergeben werden, desto mehr genießt er Marktschutz für seine Produkte. Da meist mit dem Patent auf ein Genprodukt auch das dazu passende Düngemittel sowie die Herbi- und Pestiziden patentiert sind, ergibt sich eine vollkommene Abhängigkeit gegenüber einem Unternehmen.

575

Sind Patente erst einmal vergeben, so sind sie in der Regel nicht mehr auszuhebeln. Denn nur die Vertragsstaatenkonferenz ist berechtigt, Änderungen am Text des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) vorzunehmen. Und da alle Parlamente der Mitgliedsländer die Änderungen bestätigen müssen, lassen sich Änderungen des EPÜ letztlich nur in Einstimmigkeit durchsetzen.

585

Einfluss von Großkonzernen am Beispiel Monsanto

Wie die aktuelle Gesetzeslage den Einfluss von Großkonzernen auf die Welternährung ermöglicht, zeigt sich am Beispiel des Gentechnik-Giganten Monsanto. Monsanto ist der einflussreichste Agro-Konzern weltweit. Während sich das Unternehmen als Retter in Sachen Welt-Ernährung und Unterstützer nachhaltiger Landwirtschaft präsentiert, beschreiben Kritikerinnen und Kritiker sein Handeln als 'skrupellos' und 'gierig nach Profit'.

590

Erfolgreich ist der Konzern in den 1960er und 1970er Jahren durch die Geschäfte mit 'Agent Orange' geworden. Im Vietnam-Krieg wurde dieser dioxinhaltige Giftstoff von den USA zur Entlaubung von Wäldern verwendet. Dieses Gift hatte starke gesundheitsschädliche Folgen

595

für die Menschen, wie Krebs, Missbildungen und den Tod von Ungeborenen. Die Gefährlichkeit für Mensch und Tier leugnet das Unternehmen bis heute und scheue, so zeigen Medienberichte, auch nicht vor Fälschung von Fakten und Vertuschung zurück.

600

Aus dieser Zeit stammt die starke Verbindung des Konzerns zur US-amerikanischen Politik, die ihm Tür und Tor öffnete. Heute gehören dem Unternehmen rund 90% der Gentechnisch veränderten Organismen (GVO) weltweit. Neutrale Untersuchungen der Sicherheit der GVOs fanden in der Vergangenheit nicht statt.

605

Monsantos Machtstrategie

Die vollständige Kontrolle der globalen Landwirtschaft bedarf Verbindungen in vielen Bereichen. Die eng verzahnten Strategien verhelfen dem Unternehmen zum Einfluss.

610

- Kontrolle durch Patente

Den großen Einfluss auf die Agrarwirtschaft hat Monsanto nicht zuletzt durch Patente auf gentechnisch verändertes Saatgut erlangt. Besonders gewinnbringend sind bei den GVO die BT-Technologie als Schutz vor Schädlingen und die Roundup-Ready-Technologie, als Resistenz gegen das Herbizid Roundup, das von Monsanto hergestellt wird.

615

Monsanto macht ein lukrativ klingendes Angebot, indem es höhere Erträge bei geringerem Aufwand versprechen. Diese erlauben es ihm, Knebelverträge mit LandwirtInnen zu machen, die ihr Saatgut kaufen. Denn nicht nur das Saatgut sondern auch die Ernte und die Folgeprodukte sind lizenzrechtlich geschützt. Die Ernte darf also nicht als Saatgut wieder verwendet werden, somit verpflichten sich landwirtschaftliche Unternehmen, für die nächste Ernte neues Saatgut von Monsanto zu kaufen. Dazu schreiben die Verträge vor, die Chemikalien für den Anbau ausschließlich bei Monsanto zu kaufen. Eine Verschwiegenheitsklausel soll verhindern, dass bei Vertragsverletzungen die Öffentlichkeit davon mitbekommt.

620

625

- Übernahme durch Kontamination und Aufkäufe

Die gentechnisch veränderten Pflanzen verdrängen zunehmend einheimische Pflanzen. Durch Bestäubung findet eine Auskreuzung statt und so finden sich veränderte Gene auch in den konventionellen Pflanzen und im Saatgut wieder. Einmal Gentechnisch verändert, ist die Saat ein für alle Mal kontaminiert. So ist die konventionelle Landwirtschaft hilflos ausgeliefert. Die vermeintliche Ertragssteigerung vernichtet also die einheimischen Pflanzen, die wie z.B. der Mais in Mittelamerika selber robust genug sind.

630

635

Neben durch Kontamination, ist auch der weltweite Kauf von Saatgutfirmen ein Baustein der Machtsteigerung. Monsanto ist mittlerweile der zweitgrößte Saatgutanbieter und der größte Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut.

640

- Erschließung neuer Märkte

Lobbyismus ist ein starkes Mittel, um Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Monsanto wechseln auch in öffentliche Verwaltungen und Kontrollinstanzen und zurück. Zudem sponsert Monsanto beispielsweise Weiterbildungsmaßnahmen, Professuren und Promotionen an Universitäten weltweit.

645

Gegenforschungen werden still gelegt und Forscherinnen und Forscher diskreditiert.

650 Ziel des Unternehmens ist es neue Märkte für ihr Gentechnik-Saatgut zu erschließen. Unter dem Vorwand den 'Welthunger' bekämpfen zu wollen, versucht Monsanto Anbaugenehmigungen zu erlangen. Ist nur ein Teil des Saatguts gentechnisch verändert, tut die Kontamination den Rest. Werden Monsanto-Gene in den Pflanzen gefunden, kann der Gentechnik-Gigant Lizenzgebühren verlangen.

655 Der Großkonzern drängt auch auf den deutschen Markt. Bereits 2004 fand ein sogenannter 'Erprobungsanbau' statt. Die daraus folgenden Ergebnisse wurden in Zusammenarbeit mit Monsanto erarbeitet. Diese zeigen, dass eine Koexistenz zwischen konventionellen und gentechnisch veränderten Maisfeldern mit einfachen Mitteln möglich sei. Eine gentechnische Verunreinigung muss nicht nachgewiesen werden. Den konventionellen Landwirtschaftenden
660 auf benachbarten Feldern wird die Abnahme der kompletten Ernte zum aktuellen Marktpreis angeboten. So hat der Konzern Einfluss auf die gesamte Ernte und der Endverbraucher keine Möglichkeit mehr, zwischen genmanipuliertem und gentechnikfreiem Anbau zu unterscheiden.

665 **3. Lösungsansätze und Forderungen**

Wir wollen eine Gesellschaft, die nachhaltig und bewusst mit Lebensmitteln umgeht. Wir stellen hierzu folgende Forderungen, um eine faire und gerechte Verteilung von Lebensmitteln weltweit zu erwirken, um einerseits den Überfluss an Lebensmitteln
670 einzudämmen und andererseits den Mangel an Lebensmitteln in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu lindern.

Verteilungsfrage neu klären: Agrarsubventionen einschränken

675 Agrarsubventionen sind soweit zurückzufahren und zu dosieren, dass einerseits eine nötige Unterstützung von Bauern und Landwirten stattfindet, um unseren Nahrungsmittelbedarf abzudecken aber andererseits keine Abschirmung gegenüber Agrarprodukten aus Entwicklungs- und Schwellenländern stattfindet. Absolut unterbunden werden soll die Subvention auf Lebensmittelexporte in Richtung Entwicklungs- und Schwellenländer.

680 Die Vergabe von Agrarsubventionen soll dabei an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein, um eine sozial gerechte, bäuerliche, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern. Um einen Missbrauch zu verhindern, sollen die Listen mit allen Geförderten mit Angabe von Fördergrund und Förderhöhe öffentlich
685 zugänglich gemacht werden.

Agrarsprit- und Agrargasanbau kontrollieren

690 Um den Widerspruch zu entkräften, dass der Anbau von Agrarkraftstoffen keinen direkten Einfluss auf Hungersnöte hat, sollen diese nur auf Flächen angebaut werden, auf denen keine Nahrungsmittel oder bedrohte Pflanzenarten wachsen.

Unter gewissen Umständen kann der Anbau von Agrarkraftstoffen (Agrar-Sprit und Agrar-Gas) sinnvoll sein: wenn er dort einsetzt wird, wo die nachwachsenden Rohstoffe auch
695 wachsen sowie die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist. So ließen sich dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen.

In Entwicklungsländern könnten so Kleinbauern und Genossenschaften vor Ort gefördert werden.

700 Wenn Agrarkraftstoffe wirklich „BIO“ sein sollen, dann muss die Ökobilanz stimmen. Agrarkraftstoff-Varianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen geächtet werden. Sinnvoll ist hierzu ein europäisches / weltweites Zertifizierungssystem zur Unterscheidung von Agrarkraftstoffen und wirklichen Biokraftstoffen. Zusätzlich könnte eine weltweite Quotierung und Zertifizierung landwirtschaftlicher Flächen (vor allem Plantagen) für Agrarkraftstoffe eingeführt werden. So wäre sichergestellt, dass keine Nahrungsmittelpflanzen verdrängt werden und kein Regenwald gerodet wird.

710 Ein sinnvoller Ansatz ist vielmehr die Entwicklungshilfe so umzugestalten, dass die Unterstützung und Forschung in bessere Anbaumethoden etablierter und heimischer Pflanzenarten erfolgt. Nur eine Unterstützung vor Ort mit regionalen und einheimischen Pflanzen sowie moderneren nicht-extensiven Landwirtschaftsmethoden kann den Welthunger lindern.

715 **Verteilungsfrage neu klären: Fair Trade fördern**

Fair Trade ist ein gesteuerter Handel, bei dem der Erzeuger für seine Produkte mindestens einen vorab festgelegten Mindestpreis erhält. Somit erhält der Erzeuger einen verlässlichen Mindestpreis – der über dem Weltmarktpreis liegt – wodurch ihm eine Grundsicherung gewährt wird. Im Gegenzug wird der Erzeuger angehalten, vorab vorgeschriebene Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. Durch das Fair Trade-System wird eine langfristige und stabile Handelsbeziehung zwischen den Händlern und den Erzeugern aufgebaut.

725 Fair Trade ist die Vision ist eine Welt, in der Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung im Zentrum der Handelsstrukturen und-Praktiken stehen, so dass jedeR durch seine Arbeit einen menschenwürdigen Lebensstandard erreichen und sein Entwicklungspotential voll entfalten kann.

730 Der Faire Handel kommt daher nicht mit einem Patentrezept für alle aus, sondern hat unterschiedliche Instrumente, um ProduzentInnen dabei zu unterstützen, ihre eigene Entwicklung in die Hand zu nehmen.

735 Der Fair Trade Handel beschränkt sich hauptsächlich auf Waren, die aus Entwicklungs- und Schwellenländern in Industrieländer exportiert werden. Dies können sowohl handwerkliche Produkte aber auch landwirtschaftliche Erzeugnisse sein. Zurzeit weiter sich der Fair Trade auch auf industrielle Produkte aber auch auf den Touristik-Bereich unter der Bezeichnung „fares Reisen“ ausgeweitet.

740 Die KleinbäuerInnen schließen sich in der Regel in Genossenschaften zusammen, in denen sie an allen wichtigen Entscheidungen direkt und demokratisch beteiligt sind. Neben der Vermarktung der Produkte setzen sich die Genossenschaften beziehungsweise ihre Dachverbände unter anderem für soziale Sicherung, Weiterbildung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen ein. Die Bildungsarbeit des Fairen Handels macht anhand von Waren aus den Ländern des Südens globale Zusammenhänge anschaulich und verständlich. Menschen sollten dazu ermutigt und befähigt werden, in globalen Zusammenhängen zu denken, sich für verantwortungsbewussten Konsum zu entscheiden und sich ihrerseits für

eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzusetzen.

750 Fair Trade setzt auf eine nachhaltige Entwicklung und fordert strenge Umweltkriterien ein. So werden die Natur und auch die Lebensumwelt der ProduzentInnen geschützt unterhalten. In einem weiteren Schritt setzen Betriebe vollständig auf Bio-Produktion um. Und auch hier werden die Produzentinnen und Produzenten von Fair Trade unterstützt. Dreiviertel aller fair gehandelten Waren werden heute ökologisch hergestellt. So wirkt sich der faire Handel doppelt positiv aus.

755 So sind in vielen Regionen Gemeinschaftsprojekte entstanden, die unter anderem „Sauberes Wasser für alle“, kostenlose Betriebskantinen, eine gute medizinische Versorgung, Schulbildung für Kinder und eine Altersvorsorge vorsahen - also Maßnahmen, von denen die gesamte Gemeinschaft profitiert.

760 Nichtsdestoweniger befürworten wir den Grundgedanken, die hinter der Idee des Fairen Handels steckt: Nämlich Millionen von Menschen „des Südens“ in einer maroden und inhumanen Wirtschaftsordnung eine Perspektive und soziale Sicherheit zu bieten. Und das Vorhaben die Bevölkerungen des „Nordens“ über das unmenschliche Voranschreiten des vorherrschenden Kapitalistischen Wirtschaftssystems aufzuklären.

Die Vorteile sind unter anderem:

770 Für kleine Erzeuger in Entwicklungs- und Schwellenländern bedeutet der faire Handel nicht weniger als die Sicherung der eigenen Existenz. Sie sind vom Weltmarkt ausgeschlossen und erst durch Fair Trade erschließen sich ihnen weltweite Absatzmärkte.

775 Der Faire Handel ermöglicht es insbesondere den im Welthandel benachteiligten KleinbäuerInnen, unter fairen Bedingungen am Marktgeschehen teil zu nehmen und aus eigener Kraft für einen angemessenen Lebensunterhalt zu sorgen.

780 Die Fair Trade Dachverbände in den Entwicklungs- und Schwellenländern sorgen unter anderem für soziale Sicherung, Weiterbildung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen. Die ökologischen Mindestanforderungen sind ein wichtiger Bestandteil der Fair Trade-Standards. Dazu gehören der Schutz des Wassers und der dazugehörigen Fauna, der Schutz von Wäldern und natürlichen Vegetationsgebieten, der beschränkte Einsatz von Pestiziden, das Verbot von gentechnischer Veränderung sowie die Abfallentsorgung, das Wasserrecycling und die Energieeinsparung.

785 Beim Fairen Handel geht es nicht nur um gute Produkte zu fairen Preisen, sondern auch um die Demokratisierung in den Wirtschaftsstrukturen der Entwicklungs- und Schwellenländern und der Schaffung von Arbeitnehmerrechten. Dies liegt zuletzt nicht nur daran, dass eben die Fair Trade-Betriebe – also die Wirtschaft - das leisten muss, wozu die einzelnen Staaten nicht imstande sind. Nämlich der Schaffung von sozialer Sicherheit und Unabhängigkeit.

790

Arbeitsbedingungen in der industrialisierten Landwirtschaft verbessern!

795 Mit der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft verändern sich auch die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Die unwürdige Behandlung von Tieren in der Massentierhaltung und der anschließenden Tötung und Verarbeitung in gigantischen Schlachthöfen führen zu einer immer weiteren Entfremdung zwischen Mensch und Tier. Die

Tiere werden zunehmend als Objekte wahrgenommen und die Berichte über Tierquälereien nehmen zu. Hinzu kommt Lohndumping das vor allem von deutschen Schlachthöfen gegen die EU-Konkurrenz betrieben wird. In der Feldwirtschaft werden in immer größeren Betrieben immer weniger Menschen beschäftigt, da die Mechanisierung und Effizienzsteigerung ohne Rücksicht auf Mitarbeiterinnen vorangetrieben werden. Es wird mit sogenannten Lohnunternehmen gearbeitet, die ihre Arbeiter und Maschinen anbieten und mit diesen die Felder der Auftraggeber bearbeiten. Auch hier setzt sich der gegen die Konkurrenz durch, der die Lohnkosten am stärksten nach unten drücken kann. Die Industrialisierung in der Landwirtschaft hat zu teilweise extrem verschlechterten Bedingungen für die Beschäftigten geführt. Hier muss gegengesteuert werden.

Gegen Massentierhaltung – für nachhaltige und artgerechte Tierhaltung

Die Negativmeldungen um Massentierhaltungsanlagen reißen nicht ab und verunsichern die Verbraucherinnen und Verbraucher: Massensterben in den Ställen, der übermäßige Einsatz von Antibiotika. Bedenkt man, dass über 95% der Masttiere behandelt werden und Studien des BUND (Bundes für Umwelt und Naturschutz) ergeben haben, dass ein Großteil aller Geflügelprodukte in deutschen Supermärkten mit Antibiotika resistenten Keimen versetzt sind, so ist ein Handeln notwendig. Wegen den überwiegen unhygienischen Zuständen in den Mastanlagen greifen immer mehr Produzenten zu Antibiotika. Die Folge: Greifen Antibiotika resistente Keime auf den Menschen über, so lassen sie sich nicht mehr wirksam bekämpfen. Deshalb muss der Einsatz von Humanantibiotika in Massentierhaltungen eingeschränkt werden. Das bedeutet, dass nur die mit Bakterien infizierten Tiere mit Antibiotika behandelt werden dürfen. Außerdem muss der Einsatz von Antibiotika in Betrieben mit Massentierhaltung streng kontrolliert werden.

Des Weiteren fordern wir ein Umsteuern bei der Tierhaltung: wir brauchen eine Abkehr von der industriellen Tierproduktion hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Nur so ist die Möglichkeit gegeben, hochwertige und gesunde Lebensmittel – unabhängig vom Einkommen – sicher zu stellen. Es steht für uns fest, dass wir nicht wollen, dass Fleisch zum Luxusprodukt wird. Eine Verzichtsdebatte lehnen wir ab. Jedem Menschen muss es möglich sein (wenn gewünscht) weiterhin Fleisch zu konsumieren.“

Gegen Grüne Gentechnik!

Wir bezweifeln stark, dass die Grüne Gentechnik den Welthunger besiegen wird. Das Gentechnik-Prinzip beruht wegen des Patentrechts auf eine Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion, die den Zugang vieler Menschen zu Lebensmitteln einschränkt oder gar hindert. Dass in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Monokulturen immer mehr Kleinbauern ihrer Existenz beraubt werden, ist eine weitere Folge der Grünen Gentechnik, da sie nur in einer extensiven Landwirtschaft profitabel ist. Dies lehnen wir strikt ab. Auch der Bedrohung der Vermengung von konventionellen und gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Pollen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Zudem sind die langfristigen Wirkungen oder Schädigungen der Umwelt oder der Einfluss auf Mensch und Tier sind noch gar nicht erst erforscht.

Eine bloße Ausweisung von Gentechnikfreien Zonen reicht nicht aus. Aus unserer Sicht wird vor allem die Umstellung auf eine nachhaltige und naturnahe Landwirtschaft dazu führen können, alle Menschen auf der Erde mit Lebensmitteln zu versorgen sowie den freien und

gerechten Zugang aller Menschen zu ermöglichen.

850 **Fokus auf saisonale Früchte statt auf Ganzjahresangebot**

Um die Überproduktion von Lebensmitteln sowie den weltweiten Transport von Lebensmitteln hin zu den Industrienationen einzudämmen, fordern wir ein gesamtgesellschaftliches Umdenken hin zum Genuss einheimischer und saisonaler Früchte.

855

Ziel muss es sein, dass wasserintensive Pflanzen nicht mehr aus wüstenähnlichen Regionen importiert werden sowie Exotische und saisonale Früchte und Gemüsesorten nicht mehr ganzjährig zur Verfügung stünden. Hier wäre es sinnvoller, auf einheimische oder dem Klima angepasste Pflanzen zu setzen sowie auf Saisonfrüchte und Saisongemüse zu setzen. Dies muss nicht unweigerlich zum Verzicht führen sondern kann eher zu einem bewussten Umgang mit unseren Lebensmitteln führen.

860

Ernährungsbewusstsein stärken

865 Für eine aufgeklärte Gesellschaft, ist es immens wichtig, einen nachhaltig und bewusst mit Nahrungsmitteln umzugehen. Viele Menschen sind sich der Auswirkungen ihrer Ernährungsgewohnheiten nicht bewusst. Europa ist in der Pflicht, Millionen von Menschen „des Südens“ in einer maroden und inhumanen Wirtschaftsordnung eine Perspektive und soziale Sicherheit zu bieten. Dieses Handeln muss sich sowohl in der Bildung und Erziehung
870 bereits bei Kindern als auch in den Medien, in der Werbung und in der Öffentlichkeit wiederfinden.

VerbraucherInnenschutz

875 Aufklärung über die Herkunft von Lebensmitteln ist eine wichtige Aufgabe auch für den Verbraucherschutz. Öffentliche Beratungsstellen sollen dabei die Arbeit vor Ort unterstützen. Um den Menschen Transparenz in der Ernährung zu bieten, ist eine Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln ein gutes Mittel.

880 Solange gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem Markt sind, soll diese Kennzeichnung für Lebensmittel angewendet werden, die unter der Verwendung grüner Gentechnik produziert wurden, sei es das Produkt selbst oder durch Aufnahme der Tiere von genmanipuliertem Futtermittel.

885 Eine soziale Ausgestaltung des VerbraucherInnenschutz heißt dabei auch Mindestanforderungen für Lebensmittel an Qualität, Anbau und Tierhaltung zu definieren und zu kontrollieren. Denn so kann auch Geringverdienenden eine gute Ernährung gewährleistet werden, die dazu auch ökologisch nachhaltig ist.

890 **Vergesellschaftung der Forschung**

Wie bereits dargelegt, untergräbt das Patentrecht die öffentliche Forschung. Unter dem Schutz der Patente können multinationale Unternehmen Ihre Produkte zu monopolähnlichen Bedingungen auf den Markt bringen. Wir streben eine europaweite Vergesellschaftung der
895 Nahrungsmittelforschung an, die das Ziel hat, unabhängig und dem Menschen zu Gute kommende Forschungsprojekte zu verfolgen. Eine zentrale Erfassungsbehörde, die zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Bundesamt für

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, muss die Unabhängigkeit gewährleisten.

900 Über einen Umlagefonds werden alle Unternehmen, die auf dem Europäischen Markt mitwirken möchten, angehalten, die Kontrolle und die Forschung neuer Produkte zu finanzieren. Hier kann die zentrale Erfassungsbehörde alle zu vergebenen oder seitens der Lebensmittelindustrie angefragten Forschungsprojekte vorab nach ethischen Gesichtspunkten evaluieren und den jeweiligen zugelassenen Forschungsinstituten weitergeben.

905 Mit diesem Prinzip finden wir einen Weg weg von der Monopolisierung der Lebensmittelindustrie, die nur das Ziel der Gewinnmaximierung hat, hin zu den menschlichen Bedürfnissen ausgelegten Lebensmitteln. Wir erhalten eine Stärkung der Forschung in den öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise den Universitäten sowie den
910 Landwirtschaftlichen Bundesanstalten.

Ein Ansatz wäre die Intensivierung der Forschung im Bereich des nachhaltigen Anbaus, das im weiteren Verlauf näher beschrieben wird. Im Kampf gegen den Welthunger sind vor allem Pflanzen gefragt, die an die lokalen klimatischen und geologischen Bedingungen anpassen
915 oder bereits angepasst sind. Auch in der Erforschung und Züchtung von Kreuzungen lassen sich erhebliche Fortschritte realisieren.

Nachhaltiger und Naturnaher Anbau

920 Unter dem nachhaltigen Anbau versteht man die Landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter Berücksichtigung der biologischen Vielfalt, der Produktivität und Vitalität des Bodens sowie der Pflanzen und Tierwelt. Somit geht der nachhaltige Anbau einher im Einklang mit der Natur. Das Prinzip beruht auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen, Tieren und Pflanzen in einem zeitlich unbegrenzt funktionierenden System. Somit ist der
925 nachhaltige Anbau weitreichender als der Bio-Anbau, da neben den gesundheitlichen auch soziale und geopolitische Aspekte berücksichtigt werden.

Durch den nachhaltigen Anbau soll die Nahrungsversorgung der Menschen langfristig sichergestellt werden. Dies soll ohne den Einsatz von chemischen Düngemitteln, Pestiziden, Fungiziden hohe Erträge erzielt werden. Durch organische Dünger, Kompost, Gründüngung
930 und eine vielseitige Fruchtfolge wird die Fruchtbarkeit des Bodens gefördert. Pestizide sind auch nicht nötig, da die Schädlings- und Unkrautbekämpfung durch ökologische Verfahren über Pflanzenpräparate wie Brennesseljauche oder Algenextrakte oder über das bewusste Einbringen von Viren und Lebewesen erzielt wird. Vorbeugend gegen Krankheiten und
935 Schädlingen werden zudem bevorzugt robuste Sorten angepflanzt.

Der nachhaltige Anbau ist somit ein Gegenmodell zu der vorherrschenden industriell-konventionellen Anbaumethode sowie zur neu aufkommenden Grünen Gentechnik. Durch Klimawandel verändern sich die klimatischen Bedingungen in den einzelnen Regionen. Dies
940 führt zu neuen Herausforderungen in der Nahrungsmittelkette. Hier kann der Austausch aus Erfahrungen mit Früchten aus den einzelnen Regionen dazu führen, dass ein zukünftiger Anbau nur dort stattfindet, wo es nachhaltig Sinn macht. Fernab aller Subventionen ist deshalb zu überlegen, ob Wasserintensive Pflanzen überall angebaut werden müssen.

Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und Europa

Europa steckt in der Krise. Seit Jahren ist sie damit auch hierzulande das dominierende Thema. Wir sind überzeugt: Die europäische Krise ist eine Folge der Finanzkrise seit 2007. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bei ihrer Lösung kläglich versagt. Immer wieder werden zögerlich Schritte erst dann vollzogen, wenn sie unvermeidbar erscheinen. Dabei werden ausschließlich Symptome, nicht aber die Ursachen bekämpft. Gleichzeitig deutet schwarz-gelb die Krise als eine Staatsschuldenkrise, die einzig durch eine unsolide Haushaltspolitik in den südeuropäischen Staaten verursacht worden sei. Immer wieder bedient die Bundesregierung dabei auch gezielt nationalistische und rassistische Ressentiments. Merkels neoliberale Antwort auf die Krise ist ein von außen verordneter harter Konsolidierungskurs. Dieser Kurs führt zu heftigen sozialen Verwerfungen in den südeuropäischen Ländern, verschärft die wirtschaftliche Rezession und ist zudem undemokratisch. Die Wahrheit ist: Die beschlossenen Rettungspakete sichern das Kapital derjenigen, die Staatsanleihen der Krisenländer besitzen. Sie nützen dem Großteil der Menschen in diesen Ländern nichts.

Auch hierzulande macht schwarz gelb eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen. Es mag sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland noch positiv ist. Aber die Krise droht bereits auf den deutschen Arbeitsmarkt überzuspringen. Und die allermeisten Menschen haben an der positiven Entwicklung nicht partizipiert. Während die einkommensstarken und vermögenden Schichten kräftige Gewinne verzeichnen können, ist für die Vielen stagnierende Löhne, eine Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie eine Zunahme des Armutsrisikos und damit die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg die alltägliche Lebensrealität. Die soziale Spaltung in Deutschland nimmt zu. Auch gesellschaftspolitisch erleben wir einen Rollback: Statt an die gleichstellungspolitischen Erfolge der vergangenen Jahre anzuknüpfen, führt schwarz-gelb das Betreuungsgeld ein. Statt auch angesichts des demographischen Wandels eine fortschrittliche Zuwanderungsdebatte zu führen, scheut der Innenminister nicht vor regelmäßigem rassistischem Populismus zurück und will das Asylrecht einschränken. Und statt Nazis mit allen Mitteln zu bekämpfen, beschäftigt sich die Familienminister mit dem Phantom des Linksextremismus und schränkt zivilgesellschaftliches Engagement gegen Nazis ein. Der schwarz-gelbe Kurs ist klar: Statt eine Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen, werden einzelne Gruppen gezielt diskriminiert und die gesellschaftliche Spaltung verschärft.

Die Bundesregierung handelt damit auch konsequent gegen die Interessen junger Menschen. Denn auch ihr Leben ist von Unsicherheit und drohender sozialer Spaltung geprägt. Wir wissen: Junge Menschen wollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Dazu müssen sie aber die Möglichkeiten haben. Noch immer ist das deutsche Bildungssystem himmelschreiend ungerecht und behindert sozialen Aufstieg. Noch immer gibt es zu wenig gute Ausbildungsplätze. Immer mehr junge Menschen landen nach Studium oder Ausbildung in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das alles erschwert die eigene Lebensplanung. Nicht ohne Grund erwarten junge Menschen von der Politik, für gute Bildung und Ausbildung, einen sicheren Berufseinstieg und soziale Sicherungssysteme zu sorgen, die eventuelle Brüche in der Biographie abfedern und gegen die großen Lebensrisiken absichern. Junge Menschen erwarten keine Rundum-Versorgung. Sie

erwarten aber, dass die Politik für Rahmenbedingungen sorgt, die eigene Anstrengungen belohnt und allen Chancen einräumt. Auch hier versagt die Bundesregierung.

50 **Wir wollen den Politikwechsel**

Wir Jusos kämpfen deshalb 2013 für einen Politikwechsel mit der SPD. Dieses Land wird nicht nur schlecht, sondern in fast allen Fragen falsch regiert. Wir wollen nicht nur Köpfe auswechseln, wir wollen die Politik auswechseln. Vieles muss anders, fast alles besser gemacht werden. Die Menschen erwarten von der SPD für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Hierzulande, in Europa und in der Welt. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden. Wir haben uns nach der Wahlniederlage 2009 auf den Weg gemacht, das sozialdemokratische Profil zu schärfen. Wir haben mit der Vergangenheit aufgeräumt und richten den Blick nach vorn. Wir haben deutlich gemacht, dass wir verstanden haben: Die SPD braucht ein klares Profil als linke Volkspartei und damit Alternative zur aktuellen Bundesregierung. Das Wahlprogramm muss deutlich machen: Soziale Gerechtigkeit ist für unser Markenkern und die Klammer, die alle Politikbereiche zusammenhält. Dafür brauchen wir auch glaubwürdiges Spitzenpersonal. Wenn wir Erfolg haben wollen, muss ein Schattenkabinett Ausstrahlungsfähigkeit in viele gesellschaftliche Gruppen haben. Wenn wir deutlich machen wollen, dass wir für tatsächliche Gleichstellung stehen, muss die Hälfte des Schattenkabinetts aus Frauen bestehen.

Wir Jusos führen 2013 einen engagierten Jugendwahlkampf. Wir wollen die Mehrheit der jungen Menschen für die SPD begeistern. Wir wollen deutlich machen: Die SPD ist auch die Partei der jüngeren Generation, weil sie wirkliche Perspektiven für junge Menschen schaffen will. Wir kämpfen dafür, dass die SPD stärkste Kraft wird und Peer Steinbrück Bundeskanzler. Wir setzen auf ein möglichst starkes Ergebnis der SPD. Koalitionen nach der Wahl müssen auf Grundlage unseres Programms bewertet werden. Einen Politikwechsel werden wir aber nur erreichen, wenn diese Bundesregierung komplett abgelöst wird. Unser Ziel ist rot-grün. Ausschlüsse von Koalitionsoptionen abseits einer großen Koalition führen uns aber nur erneut in ein Dilemma, das wir 2009 erlebt haben. Wir müssen deutlich machen, dass wir bereit sind, nach der Bundestagswahl alle Koalitionsoptionen zu überprüfen.

80 **10 Punkte für Soziale Gerechtigkeit**

Wir Jusos werden uns diesen Zielen folgend in den kommenden Monaten in die Erarbeitung des Wahlprogramms einbringen. Wir begrüßen den BürgerInnendialog als ergänzende Säule. Denn er zeigt, dass wir die Fragen und Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wir brauchen aber ebenso eine klare Zuspitzung für ein Programm, das Soziale Gerechtigkeit als Markenkern hat. Ein solches Programm muss aus unserer Sicht folgende Ziele umfassen:

1. Die SPD zieht die Lehren aus der Krise: Wir müssen den von der Krise betroffenen Ländern eine mittelfristige Perspektive geben. Dazu müssen wir ihre Finanzierung sicherstellen. Dazu dienen Eurobonds und dient eine einmalige hohe Vermögensabgabe, um ein Programm für Wachstum und Beschäftigung, das seinen Namen auch verdient hat. Die Krise hat ihren Ursprung auf den Finanzmärkten, sie müssen endlich umfassend reguliert werden. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist nur ein erster Schritt. Die Krise hat aber auch die Konstruktionsfehler der Europäischen Union deutlich gemacht. Statt eines Fiskalpakts brauchen wir eine Fiskalunion, in der die Fiskalpolitik der Länder

- endlich koordiniert werden. Kurzfristig brauchen wir europäische Mindeststeuersätze für Vermögen und Unternehmen und eine Erhöhung des EU-Budgets, mittelfristig eine europäische Steuererhebungscompetenz, um damit Investitionsprogramme finanzieren zu können. Damit können wir auch dazu beitragen, die erheblichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zurückzuführen, die eine weitere Ursache der Krise sind. Bei allen diesen strukturellen Reformen wollen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments, um die Demokratiedefizite zu beseitigen.
- 105 2. Die SPD will in die Zukunft investieren: Deutschland gibt Jahr für Jahr deutlich weniger Geld für Bildung und Infrastruktur aus als seine europäischen Nachbarländer. In den Kommunen ist der Finanznotstand am deutlichsten sichtbar. Das ist alles andere als nachhaltig und beschädigt die Interessen jüngerer Menschen. Wir fordern ein Investitionsprogramm in Bildung, Infrastruktur und Kommunen. Dafür werden wir die Einkommensstärkeren und Vermögenden wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen müssen. Wir brauchen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Rückkehr zur synthetischen Einkommensbesteuerung, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Reform der Erbschaftsteuer.
- 110
- 115 3. Wir wollen, dass alle Menschen ihre elementaren Bedürfnisse stillen können. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge ist deshalb ein zentraler Bestandteil unserer Politik. Wasser, Wärme, Energie, Wohnungen usw. dürfen nicht zum Spielball privater Marktmechanismen werden. Deshalb muss öffentliche Daseinsvorsorge öffentlich organisiert werden – zu gerechten Preisen und Bedingungen. Die Public-Privat-Partnership-Modelle waren ein Fehler. Es darf nicht sein, dass Kommunen Abwasserleitungen und inzwischen sogar Gefängnisse von Privaten mieten müssen. Deshalb wollen wir einen Rückkauf der privatisierten Infrastruktur sobald das geht. Wir wollen dazu einen "Rekommunalisierungsfonds" schaffen, mit dessen Hilfe auch kleine oder arme Kommunen die Mittel erhalten, die sie zur Rekommunalisierung benötigen.
- 120
- 125 4. Die SPD steht für gute Ausbildung: Eine gute Ausbildung im Dualen System oder im Studium ist eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunftschancen junger Menschen. Die SPD muss sich zu einer Stärkung der beruflichen Bildung bekennen. Dazu gehört zum einen, für ausreichend gute Ausbildungsplätze zu sorgen. Dazu ist die Einführung einer branchenbezogenen Ausbildungsplatzumlage notwendig. Dazu gehört zum anderen die Qualität zu verbessern. Ausbildung darf keine Ausbeutung sein. Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften hierbei stärken. Um allen ein Studium zu ermöglichen, müssen wir ausreichend Studienplätze, insbesondere im Master, zur Verfügung stellen.
- 130
- 135 5. Die SPD will gute Arbeit von Anfang an: Für die meisten jungen Menschen beginnt der Einstieg ins Berufsleben mit Unsicherheit und Prekarität. Dem müssen wir konsequent entgegen treten. Wir brauchen eine Regulierung von Praktika, dazu gehört eine Mindestvergütung sowie eine Begrenzung der Dauer. Praktika nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung lehnen wir ab. Wir brauchen ebenso klare Mindestanforderungen für Volontariate oder Trainee-Programme. Bei ihnen muss das Lernziel im Vordergrund stehen. Wir müssen die Gewerkschaften bei der Frage der Übernahme nach der Ausbildung stärken. Deswegen muss die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Und wir müssen Leiharbeit wieder auf ihre Kernfunktion, der Abfederung von Produktionsspitzen zurückführen.
- 140
- 145

- 150 6. Die SPD ist die Gleichstellungs-Partei: Die SPD hat in den vergangenen Jahren gleichstellungspolitische Erfolge erzielen können. Dennoch: Es bleibt noch viel zu tun, bis Frauen und Männer endlich gleichgestellt sind. Wir brauchen ein Gesetz, um die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu erreichen. Wir brauchen eine klare Position gegen das Betreuungsgeld und müssen stattdessen Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend und kostenfrei sicherstellen. Wir wollen das Elterngeld nur noch paritätisch auszahlen. Im Steuerrecht muss das Ehegattensplitting endlich überwunden werden. Und wir fordern eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen.
- 155 7. Die SPD sorgt für soziale Sicherheit: Auch und gerade für junge Menschen müssen die großen Lebensrisiken weiterhin solidarisch abgesichert sein. Wir müssen die Sozialversicherungen weiterentwickeln. Wir wollen die BürgerInnenversicherung für die Gesundheit und die Pflege. Und wir müssen den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder erweitern. Gerade für Einkommensschwache ist es ein Unding, wenn Brillen und Zahnersatz privat finanziert werden müssen. Auch junge Menschen wollen ein System der Alterssicherung, das ihnen auch in Zukunft noch Sicherheit gibt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Teil-Privatisierung ein Fehler war. Wir wollen eine Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung, in der das Rentenniveau zumindest auf dem heutigen Stand gesichert wird. Das ist auch gerechter, weil die ArbeitgeberInnen an der Finanzierung beteiligt sind. Und wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, mit der auch Weiterbildung für mehr Menschen ermöglicht wird.
- 160 8. Die SPD kämpft für Toleranz und Menschenrechte: Die SPD muss deutlich machen: Wir stehen an der Seite derjenigen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben. Wir grenzen uns deutlich von den rassistischen Stammtischparolen über angeblich verfehlte Integrationspolitik ab. Das ist zuallererst eine Haltungsfrage. Das muss aber auch an politischen Entscheidungen deutlich werden. Wir wollen nicht nur die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Einschränkung gewähren sondern auch das Wahlrecht für alle diejenigen, die schon längere Zeit in diesem Land leben. Und wir wollen, dass Menschenrechte auch hierzulande gelten. Deshalb muss das Asylrecht deutlich liberalisiert werden. Dafür müssen die Kriterien verändert werden. Flüchtling ist nicht nur, wer vom Staat verfolgt wird. Für alle Asylsuchenden muss gelten: Wir wollen ein ausreichendes Auskommen, die Abschaffung der Residenzpflicht und eine Abschaffung des „Flughafenverfahrens“.
- 170 9. Die SPD wird Nazis konsequent bekämpfen: Der Kampf gegen Nazis ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er muss aber von der Politik unterstützt werden. Wir fordern deshalb vor allem eine bessere und verlässlichere finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Nazis und die Abschaffung der Extremismusklausel. Die SPD muss deutlich machen: Das Problem sind die Nazis und nicht irgendwelche von Kristina Schröder erfundene „Linksextremisten“.
- 175 10. Die SPD steht für den Frieden und gerechte Entwicklung: Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss sich stets am Prinzip der friedlichen Konfliktlösung orientieren. Elementarer Baustein davon ist es auch, hierzulande die gigantischen Waffenexporte drastisch einzuschränken. Dazu müssen Waffenexporte verstärkt parlamentarisch kontrolliert werden. Wir fordern eine Abstimmung über alle Waffenexporte im Plenum des Deutschen Bundestags, um Transparenz herzustellen. Die SPD baut mit an einer gerechten Weltordnung. Sie versteht Außenpolitik nicht als Förderung des heimischen
- 180 185 190 195

Wirtschaftsstandorts sondern als Beitrag zu Frieden und Entwicklung. Unter einer SPD-geführten Regierung wird Deutschland Vorreiter für ein neues globales Klimaabkommen und wird sein Versprechen, Mittel in Höhe von 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, endlich halten.

ECOSY jetzt stärken

Die Schwäche des demokratischen Sozialismus ist die Stärke des Kapitalismus in Europa. Die zeigt auch die Bewertung der Krise und die Austeritätspolitik, die in Europa gnadenlos derzeit durchgesetzt wird. Wir Jusos fordern seit Jahren ein soziales Europa und die Demokratisierung Europas. Bisher gibt es lediglich Ansätze einer Wachstumspolitik und zarte Forderungen des europäischen Parlaments nach mehr Macht und mehr Budget im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus fehlt der politische Wille, auch wenn es die Ideen gibt, ein soziales Europa zu verwirklichen.

Mit der Kampagne „Rise up!“ haben zehn sozialistische Jugendverbände Europas ein Ausrufezeichen für eine vertiefte politische Zusammenarbeit gesetzt und konkrete Forderungen für ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa aufgestellt.

ECOSY hat in den letzten Jahren mit der *Social Europe for Everyone, Chance for Europe* und *Talking about my Generation* drei Kampagnen organisiert, an deren Konzeption auch Jusos maßgeblich beteiligt waren. Die *Talking about my Generation*-Kampagne der Ecosy war Grundlage für die Durchsetzung der PES Kampagne für eine Youth Guarantee. In der Ausgestaltung dieser Kampagne ist ECOSY treibende Kraft.

Und dennoch: ECOSY muss in Zukunft mehr sein als eine Dachorganisation. Wenn wir in Zukunft bei jeder politischen Vision, bei jeder Forderung Europa mitdenken und ansprechen, dann müssen wir stärker als zuvor auch ECOSY als politische Handlungsebene in allen Politikfeldern begreifen.

Deshalb wollen wir in den nächsten Monaten eine Debatte darüber mit anstoßen welche Praxisänderung, Strukturen und Reformen ECOSY braucht um gestiegenen Erwartungen gerecht zu werden. Dieser Reformprozess soll innerhalb des nächsten Mandats 2013-2015 zu einem Ergebnis kommen.

Folgende Punkte sind dabei zentral für uns:

1. Für uns muss ECOSY der Stachel im Fleisch der SPE sein und linke Politik in Europa voranbringen. An der Seite der ArbeitnehmerInnen, der jungen Generation Krise, Teil einer linken Jugendbewegung, anderer kritischer Organisationen in Europa wollen wir ECOSY sehen, nicht auf der Suche nach einer ominösen „Neuen Mitte“. Wir müssen ECOSY deutlich politisieren und inhaltliche Streits auch nachvollziehbar für unsere nationalen Verbände austragen.

2. Gerade in Zeiten der Krise muss ECOSY mit seinen Strukturen in der Lage sein eine Stimme verbunden mit Krisenanalyse und –Kritik, aber auch konkreten Forderungen in die nationalen Organisationen, bis hin vor Ort, zu haben.

3. Kampagnen müssen deshalb, sollen sie erfolgreich sein, anders organisiert werden und die Gliederungen vor Ort stärker beteiligen. Dazu sind beide Seiten, nationale

Organisationen wie auch ECOSY, stärker in der Pflicht.

50 4. Die Demokratisierung europäischer Strukturen ist eine fortwährende Aufgabe. In der ECOSY entsprechen die althergebrachten Strukturen ihrer Gründerzeit heute nicht mehr den Anforderungen einer inzwischen sehr gewachsenen und vielfältigen Organisation. Wir brauchen eine demokratische Reform, die der gewandelten Organisationsrealität Rechnung trägt ohne bewährte Konsensverfahren zu beschädigen. Unsere Mutterpartei kann darin Vorbild sein. ECOSY-Kongress-Delegationen sollten mittelfristig dann auch direkt auf Bundeskongressen gewählt werden. Eine Reformkommission auf ECOSY-Ebene
55 soll sich damit auseinandersetzen.

60 5. ECOSY muss mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Inwiefern ist es jetzt bereits möglich, dass ECOSY Gelder europäischer Töpfe beantragt. Inwiefern kann im europäischen Budget Geld für politische Jugendverbände bereitgestellt werden? Inwiefern kann über mehr gemeinsame Veranstaltungen mit nationalen Mitgliedsverbänden die Situation verbessert werden?

Für uns Jusos ist darüber hinaus wichtig:

65 1. Wir wollen eine Verbesserung der Kommunikation der zentralen politischen Inhalte von ECOSY. Das kann ein ECOSY-Vize nicht alleine leisten. Wie diese Verbesserung aussehen kann ist gemeinsam in der BKI zu erarbeiten. Es geht vor allem um die Kommunikation in die Breite des Verbandes.

70 2. Wir wollen eine stärkere Präsenz und Unterstützung des/der ECOSY-Vize.

75 3. Wir wollen Kompetenzen und Austauschprogramme, regionale internationale Strukturen/regionale Bündnisse in die Juso-LVn und UBn eingebunden sind stärker zur Bündnisarbeit in ECOSY nutzen. NRW-Niedersachsen-Niederlande-Belgien, Saar-Loor-Lux, Alpen-Internationale, Tschechien-Sachsen, MV-Polen usw. RLP-Russland-Georgien. Dies ist entscheidend für die Politisierung ECOSYs. Der zentrale Austausch findet über die BKI statt, muss aber auch durch Präsenz der/des ECOSY-Vize in regionalen Treffen stattfinden.

80 4. Der nächste Europawahlkampf 2014 muss ein echter europäischer Wahlkampf werden. Dazu müssen wir den Grundsatzprogrammprozess auf europäischer Ebene stärker auch bei den Jusos vor Ort verankern, weil auf diesem Grundsatzprogramm auch das Wahlmanifest der SPE fußen soll. Und es müssen Jusos vor Ort sein, die einen echten europäischen Wahlkampf mit betreiben und antreiben.

85 Die Krise muss das Fanal sein unsere Kräfte noch stärker zu bündeln. Lasst uns ECOSY demokratisieren und stärken!

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - Kein neuer Wein in alten Schläuchen!

5 Im Jahr 2010 ist die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) an der Nicht-Ratifizierung im NRW-Landtag gescheitert. Vorausgegangen war dieser Entscheidung eine intensive und teilweise heftige Diskussion über Sinn und Zweck der Novelle. Die Verfahren, die zur Entwicklung des Vertragsentwurfs genutzt wurden und die Frage, wie man Jugendschutz in der Digitalen Gesellschaft umsetzen kann, standen dabei gleichermaßen in der Kritik.

10 Für 2013 wurde nun vor kurzem ein neuer Anlauf zur Novellierung des JMStV angekündigt und von den RegierungschefInnen der Länder vereinbart. Bisher sind nur wenige Informationen über die geplante Novelle und die zur Diskussion stehenden Inhalte bekannt. Auf Basis der gemachten Erfahrung und unseren Beschlüssen zur Gestaltung der Digitalen Gesellschaft mahnen wir jedoch drei zentrale Punkte für die anstehende Novellierung an.

- 15
1. Politische Entscheidungen benötigen demokratische Legitimation und parlamentarische Beteiligung. Bei der Vorbereitung des neuen JMStV sind die Landesparlamente von Anfang an am Diskussionsprozess zu beteiligen und etablierte parlamentarische Verfahren zu nutzen.
20 Die Erarbeitung eines Vertragsentwurfs, welcher dann den Parlamenten nur noch zur staatstragenden Beschlussfassung vorgelegt werden, sind einer modernen Demokratie nicht würdig.
 2. Die Kritik an der letzten Novelle und die in die Diskussion eingebrachten Alternativen und Konzepte zum Jugendmedienschutz müssen ernst genommen werden. Statt auf Filtersysteme zu setzen, sind die Förderung von
25 Medienkompetenz und der Kompetenzaufbau der NutzerInnen angemessene Ansätze für den Jugendmedienschutz, die auch von ExpertInnen in die Diskussion eingebracht wurden. Bei der Novelle müssen diese Ansätze und Vorschläge ernsthaft berücksichtigt und Fachleute zu diesen Themen angehört werden.
30 Ein einfaches Aufwärmen der gescheiterten Ansätze darf es nicht geben, die Novelle des JMStV muss von Grund auf neu gedacht werden.
 3. Technische Filtersysteme zur Überwachung und Einschränkung von Inhalten, unabhängig davon von wem diese zur Verfügung gestellt werden sollen, lehnen wir weiterhin ab. Sie sind keine angemessenen Verfahren zum Jugendmedienschutz.
35 Alle Erfahrung mit entsprechender Software zeigen, dass unerwünschte Nebeneffekte wie ein Over-Blocking der Inhalte nicht ausgeschlossen werden können und die Nutzer sich letztlich nur noch in einer gated-community bewegen. Jugend(medien)schutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht an technische Systeme delegiert werden kann.

Resolution: Den völkischen Nationalismus in Ungarn bekämpfen!

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zeigen sich zutiefst bestürzt über die bestenfalls ausbaufähige politische Auseinandersetzung der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union im allgemeinen sowie der deutschen und europäischen Sozialdemokratie im besonderen mit der „nationalen Revolution“ in Ungarn. Der autoritär-völkische Block aus dem Fidesz, der konservativen Partei von Ministerpräsident Victor Orban, und der Jobbik, den ungarischen Faschisten, verfügt seit den Parlamentswahlen von 2010 über mehr als 80% der Sitze im ungarischen Parlament. Das Programm der zum Teil auch offen mit Jobbik zusammenarbeitenden Orban-Regierung ist ein völkisches, das sich durch Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, autoritären Etatismus sowie eine antiwestliche, rassistische, antisemitische und antiziganistische Politik auszeichnet.

15 Die Ausgangslage

Schon unter Reichsverweser Miklós Horthy dominierten ab 1920 volksnationale Kräfte die ungarische Politik. In den 1933 im Deutschen Reich an die Macht gekommenen Nationalsozialisten fanden jene einen willkommenen und mächtigen Verbündeten, dem man sich bis 1945 ideologisch mehr und mehr annähern sollte. So beteiligte Ungarn sich am Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion. Unter Ministerpräsident Döme Sztójay wurden zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli 1944 437.000 ungarische Juden nach Auschwitz in die industrielle Massenvernichtung deportiert. Nach dem Sturz Horthys und der Machtübernahme durch die Pfeilkreuzler um Ferenc Szálasi zog sich die wahnhafte Ermordung der ungarischen Juden, von denen nur ein Viertel die Massenvernichtung überlebte, und anderer Gruppen bis zum Ende des 2. Weltkriegs hin.

Nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus geriet Ungarn in den stalinistischen Machtbereich. Hier wie anderswo etablierten sich offen "antifaschistische" Regime, unter deren Oberfläche die alten völkischen Ideologien und Vernichtungswünsche gegen JüdInnen sowie Sinti und Roma grassieren konnten. So konnte sich in Folge des Zusammenbruches des Ostblocks ab 1989 keine demokratische Zivilgesellschaft ausbilden, die stark genug gewesen wäre, die eigene völkische, antisemitische und antiziganistische Vergangenheit offen zu thematisieren und jene weit verbreiteten Vorstellungen zu bekämpfen. Von der Weltwirtschaftskrise ab 2007 war Ungarn stark betroffen und schon sehr früh auf finanzielle Zahlungen von EU und IWF angewiesen – im Gegenzug musste die damalige sozialdemokratische Regierung massiven Sozialabbau betreiben, so dass das politische System in eine Legitimationskrise geriet. Auf diesem Pulverfass aus Blut- und Bodenideologien und kapitalistischer Krise gelang den rechten Parteien bei den Parlamentswahlen von 2010 mit offen nationalistischen, antisemitischen und europafeindlichen Kampagnen ein überwältigender Wahlsieg. Seitdem stellen Fidesz und Jobbik etwa 80% der Parlamentssitze und verfügen damit über eine komfortable,

45 verfassungsändernde Mehrheit.

Die "nationale Revolution" seit 2010

50

Kaum ein anderes Land durchläuft derzeit eine ähnlich tiefgehende gesellschaftliche und politische Transformation wie Ungarn. Bereits im Wahlkampf 2010 zeigte sich, wohin der ungarische Weg führen sollte: Sowohl der konservative Fidesz als auch Jobbik stimmten dem Gesetzesvorhaben, die Leugnung des Holocausts unter Strafe zu stellen, nicht zu und verfielen dabei in klassische neonazistische Argumentationsmuster. Um die Gunst der WählerInnen konkurrierten beide Parteien mit offen völkischer Propaganda. So phantasierten sich VertreterInnen beider Parteien herbei, Israel wolle Ungarn erobern und eine kleine "antimagyarische Minderheit" sei bestrebt, das ungarische Volk zu unterjochen. Der Wahlerfolg der Völkischen stellte dabei eindrucksvoll unter Beweis, dass in der ungarischen Bevölkerung ein nationaler bis rechtsradikaler Diskurs hegemonial ist.

60

65

Mit der verfassungsändernden Mehrheit im Rücken kann Fidesz nun die in den Volksmassen verbreiteten Ideologien und Ressentiments politisch umsetzen und Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus institutionalisieren. Wirtschaftspolitisch fährt die Regierung Orban mit Unterstützung von Jobbik ein Programm, das jenem der Nationalsozialisten ähnelt. Ganz im Duktus eines regressiven Antikapitalismus polemisiert die ungarische Rechte gegen das internationale Finanzkapital, Spekulanten und global orientierte Großkonzerne. Demgegenüber wird vor allem das schaffende nationale Kapital positiv konnotiert. So lehnte Ungarn auch die europäische Sparpolitik ab, pochte auf die Selbstbestimmung des eigenen Volkes und sprach von "wirtschaftlicher Eigenständigkeit".

70

75

Auch in anderen Politikbereichen zeigt sich die geschichtsrevisionistische und nationalistische Wende der ungarischen Gesellschaft. Der Fidesz hat jedes Schamgefühl verloren und verwirklicht die kulturpolitischen Forderungen von Jobbik. Die Lehrpläne und Curricula ungarischer Schulen und Universitäten triefen längst vor antisemitischen und nationalistischen Inhalten, faschistische Schriftsteller aus der Zeit des 2. Weltkrieges werden rehabilitiert, überall im Land Statuen und Gedenktafel zu Ehren Reichsverwesers Horthy aufgestellt. Qua Verfassungsänderung entzieht sich Ungarn jedweder historischer Verantwortung oder Schuld für die Deportationen ungarischer Juden in den Jahren 1944 und 1945. Linke und liberale Oppositionelle werden mitunter als "zionistische Agenten" oder westliche Spione verunglimpft, die oppositionellen SozialistInnen mal als "rote Kapitalisten", mal als "liberal-bolschewistische Landesverräter tituliert". Auch LGBT-Gruppen und FeministInnen werden regelmäßig verunglimpft und in ihrer Arbeit massiv beeinträchtigt. Nicht zuletzt gelang es Fidesz, die Meinungs- und Pressefreiheit massiv zu beschneiden.

80

85

90

Ein weiteres Problem stellt die offene Pogrom-Stimmung in weiten Teilen Ungarns gegen Sinti und Roma sowie JüdInnen dar. Im Jahr 2009 wurden alleine neun als "Zigeuner" abgewertete Menschen ermordet, Übergriffe gegen eben jene Minderheiten gehören zur Tagesordnung. Eine besondere Rolle hierbei spielen faschistische Milizen, die oftmals verflochten sind mit der Jobbik-Partei. Die staatlichen Behörden fördern mit ihrem Gefasel

95 von "Zigeunerkriminalität" die aufgeladene Stimmung noch und bereiten damit den rechten
Schlägern bereitwillig den Boden. Wie wenig die eh schon schwache liberale
Zivilgesellschaft dem entgegensetzen kann, beweist das Niederschreiben des Budapester
Oberbürgermeisters Demszky während der Gedenkfeierlichkeiten zur Revolution von 1948
100 im März 2012: "Judenschwein, Judenschwein, in die Donau mit dir." Die Minderheit der
Sinti und Roma weiß sich nach Abschaffung ihrer Minderheitenrechte gegen rechte Gewalt
nicht anders zur Wehr zu setzen, als eigene Milizen auszuheben - all dies mitten im Europa
des Jahres 2012.

105 **Die Reaktionen auf den ungarischen Rechtsruck**

In Ungarn selber scheint derzeit niemand wirklich in der Lage, der Regierung Orban
effektiv entgegenzutreten zu können. Die SozialistInnen sind auch in Folge ihrer Sparpolitik
110 ab 2008 abgewählt worden und im Zuge der antisemitischen Propaganda gegen sie in
weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert. Die oftmals aus dem stalinistischen Spektrum
stammenden Gewerkschaften sind zum Teil zu den Rechten übergelaufen. Eine liberale
Gegenöffentlichkeit gibt es kaum, wie der Prozess gegen sechs oppositionelle ungarische
Philosophen in 2011 beweisen konnte.

115

Auf der Ebene der Europäischen Union ist es bisher erst zwei Mal zu einem wirklichen
Aufschrei gegen die Orban-Regierung gekommen: Zum einen kam es (richtigerweise) zu
einer massiven Kritik an der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Ungarn.
120 Zum anderen - und das wesentlich häufiger - wurde Orban für seinen Widerstand gegen die
neoliberale Sparpolitik in Europa gerügt. Wolfgang Schäuble soll ihm auf einer Konferenz
in Budapest sogar zugesichert haben, Ungarn bekäme keine außenpolitischen Probleme,
wenn es die europäischen Sparvorgaben einhalte. Die Europäische Volkspartei (EVP), der
Orbans Partei angehört, macht bisher keinerlei Anstalten, notwendigen Druck auf die ihre
125 Schwesterpartei auszuüben. Die Europäische Union hat es bisher nicht für nötig befunden,
der "nationalen Revolution" in Ungarn auch nur irgendetwas entgegenzusetzen - hier gilt
anscheinend die Schäuble zugeordnete Ansage, solange die Austeritätspolitik nicht
beeinträchtigt werde, sei alles andere egal.

130

Die Jusos fordern daher:

135 1. Die Europäische Volkspartei (EVP) wird aufgefordert, von ihrer Schwesterorganisation
Fidesz sich zu distanzieren und Nationalismus bzw. Rechtspopulismus eine klare Absage
zu erteilen.

140 2. Die Europäische Union hat dem ungarischen Rechtsruck wirkungsvolle Maßnahmen
entgegenzusetzen. Es gilt, die Minderheiten der Sinti und Roma, die ungarischen JüdInnen
und andere von den Völkischen diskreditierten Gruppen vor staatlicher Diskriminierung
und "außerparlamentarischer" Verfolgung zu schützen. Die EU darf kein nationalistisches
Regime in Europa tolerieren und hat massiven politischen Druck auf Ungarn auszuüben.
Die Fraktion der Sozialisten und Demokraten im EU-Parlament hat entsprechende

145 Maßnahmen zu initiieren.

150 3. Auch die Bundesrepublik Deutschland kann eine offen völkische Regierung in unmittelbarer Nachbarschaft nicht akzeptieren. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat adäquate Schritte einzuleiten, Menschen- und BürgerInnenrechte sowie die Demokratie in Ungarn zu schützen. Hier gilt es, auch koordiniert mit der supranationalen Ebene der EU vorzugehen.

155 4. Die Sozialdemokratische Partei Deutschland muss auf allen politischen Ebenen Druck auf Ungarn ausüben. Darüber hinaus gilt es, linke, liberal-demokratische und andere oppositionelle PartnerInnen in Ungarn politisch zu unterstützen.

20 Jahre danach: Rassismus konsequent entgegentreten!

5 In der Nacht vom 22. auf den 23. November 1992 griffen zwei Neonazis zwei Wohnhäuser in Mölln mit Molotow-Cocktails an. Die beiden 10 und 14 Jahre alten Mädchen Yeliz und Aise Yilmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan starben im Feuer, im zweiten Haus wurden neun Menschen schwer verletzt. Noch während das Feuer gelöscht wurde, gingen Bekenner_innenanrufe bei der Polizei ein, die mit "Heil Hitler" endeten. Die Täter waren inspiriert durch die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda.

10 Nicht nur die erneuten Hakenkreuz-Schmierereien in Mölln Anfang November 2012 oder die Morde des "Nationalsozialistischen Untergrunds" zeigen uns, dass die Kette rechtsextremistischer Morde, Gewalttaten und Übergriffe nicht abzureißen scheint. Vielmehr scheinen die rechtsradikalen Aktivitäten seit einigen Jahren wieder zuzunehmen.

15 Die Anschläge von Mölln reihen sich in die Vielzahl der rassistischen und menschenfeindlichen Anschläge der 90er Jahre ein und zeigen uns: Neonazismus und Rassismus waren keineswegs nur ein Problem in Ostdeutschland! Es hat uns aber auch gezeigt, wie offen Rassismus geäußert und in die Tat umgesetzt wird.

20 Nun jähren sich die Anschläge in diesem Jahr zum 20. Mal und wir müssen uns fragen: Was hat sich verändert?

Das Vergangene ist nicht tot, es ist noch nicht einmal vergangen.

25 Man geht mittlerweile von 182 Toten durch Nazis aus. Das hat uns gezeigt: Niemand ist vor den Gewalttaten der Nazis sicher - auch heute nicht. Für uns bedeutet es konkret, dass wir den Kampf gegen Rechts entschlossen fortsetzen müssen und dass die Erinnerung an all diejenigen, die ermordet wurden, nicht vergehen darf.

30 Rassismus tötet - Mölln ist kein Einzelfall!

35 Wir müssen nicht nach Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen oder Mölln schauen, um zu sehen, dass Rassismus tötet und menschenfeindliches Gedankengut sich durch alle Kreise der Gesellschaft zieht. Wir stoßen überall und in den unterschiedlichsten Situationen auf Ressentiments und Stigmatisierung. Wir tragen eine Verantwortung, immer wieder aufzuzeigen, dass es sich eben nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass sich Übergriffe wie ein roter Faden durch die Geschichte ziehen. Dem gilt es, entschieden entgegentreten!

40 Gemeinsam leben - Die Internationale Begegnungsstätte

Vielerorts wird die Erinnerung aufrecht erhalten. Als Zeichen der Demokratie und des Miteinanders ist das angezündete Haus in Mölln mittlerweile eine internationale Begegnungsstätte für interkulturelles, demokratisches Zusammenleben geworden. Sie bietet

- 45 Raum, dem Geschehenen zu gedenken und mahnt vor jedem aufkeimenden Rassismus.
Es ist unsere Aufgabe, als Jusos Rassismus schon in seinen Anfängen zu bekämpfen!